

Manfred Kittel
Vertreibung der Vertriebenen?

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Sondernummer**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Vertreibung der Vertriebenen?

Der historische deutsche Osten
in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik
(1961–1982)

Von
Manfred Kittel

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2007 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung:

Thomas Rein, München und Daniel von Johnson, Hamburg
Umschlagabbildung: 8. Deutschlandtreffen der Schlesier auf dem Messegelände in Hannover, 11.6.1961; von links: Bundeskanzler Konrad Adenauer, der niedersächsische Ministerpräsident Kopf und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt; ullstein bild

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Typodata GmbH, München
Druck: Grafik+Druck, München
Bindung: Thomas Buchbinderei, Augsburg

ISBN-13: 978-3-486-58087-7
ISBN-10: 3-486-58087-6
ISSN: 1863-3129

Inhalt

I.	Einleitung	7
II.	Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne: Vertreibungsdiskurs im Schatten der Zweiten Berlin-Krise	13
III.	Die Medien als „Wegbereiter“ ostpolitischen und erinnerungskulturellen Wandels in den 1960er Jahren	31
	1. Die Presse	31
	2. Hörfunk und Fernsehen	41
IV.	Eine Zentralstelle zur Verfolgung von Vertreibungsverbrechen? Die Rückseite der Verjährungsdebatte 1964/65	59
V.	Politische Parteien und „deutscher Osten“ bis 1966.	73
VI.	Spätsommer ostdeutscher Erinnerungskultur in den 1960er Jahren?	81
	1. Der Kulturparagraf des Bundesvertriebenengesetzes in der politischen Praxis	81
	2. Ostkunde und Häuser des deutschen Ostens	90
	3. Patenschaften über ostdeutsche Kreise und Gemeinden	97
VII.	Durchbruch zur „neuen Ostpolitik“ 1966–1972	101
VIII.	Entspannung und Verdrängung: Der „deutsche Osten“ in der sozialliberalen Erinnerungspolitik 1969–1982	111
	1. Mittelkürzungen und „Bezeichnungsrichtlinien“	111
	2. Der Bericht des Bundesarchivs zu „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948“ und seine Debatte 1974/75	118
	3. Kleinkrieg um die Erinnerung	122
IX.	Zwischen „neuer Ostpolitik“ und altostdeutscher Kulturpflege: Ambivalenzen der Erinnerungskultur in Ländern und Kommunen während der 1970er Jahre	131
X.	Verbreitetes Schweigen bis zum Holocaust-Film 1979: Vertreibung und „deutscher Osten“ in Medien und Literatur.	147
XI.	Erinnerung im „Ghetto der Landsmannschaften“: Der historische deutsche Osten und die Gesellschaft der Bundesrepublik	169

■ **6** Inhalt

Quellen- und Literaturverzeichnis	187
Abkürzungsverzeichnis	201
Personenregister	203

„Was meinen Sie? Eine vergangene Welt? Also das alles kommt Ihnen vor wie eine vergangene Welt, vergessen und tot, sagen Sie, glücklich überwunden? – Ich weiß nicht, mein Lieber, für mich gibt es keine vergangene Welt, keine abgebuchte Zeit, so einfach nur heruntergepflückt vom Abreißkalender der Geschichte; ich bin vielmehr davon überzeugt, daß alles Vergangene dauert [...]. Ja, das Vergangene ist unter uns [...]“.

(Siegfried Lenz, Heimatmuseum, S. 64)

I. Einleitung

Zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten bemerkt das literarische Alter ego von Günter Grass in seiner Novelle über den Untergang des Flüchtlingsschiffs Wilhelm Gustloff: „Niemals hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennende Reue vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestricken überlassen dürfen“. In einer Besprechung der Novelle in der *Zeit* äußerte sich Günter Franzen Anfang 2002 ähnlich selbstkritisch: „Man muß schon mit einer erheblichen Trägheit des Herzens geschlagen sein“, wenn man sich der späten Einsicht verweigere, daß der von der 68er-Generation jahrzehntelang befolgte „Ernüchterungsappell“ – „Wir haben die Sowjetunion mit Krieg überzogen, dem Land unendliches Leid gebracht und dann den Krieg verloren“ – nur die halbe Wahrheit enthalte¹. Immerhin handelte es sich bei der Zwangsaussiedlung von 12 bis 14 Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa, bei der nach manchen Schätzungen etwa zwei Millionen Menschen starben², um das „größte Vertreibungsgeschehen der Weltgeschichte“³.

Auch Historiker, die nicht im Ruf besonders konservativer Gesinnung stehen, haben davon gesprochen, daß die Vertreibung seit den 1960er Jahren „immer mehr aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden“ sei⁴. Ja, Helga Grebing hat sogar die Frage aufgeworfen, ob nicht das Nichtakzeptieren der Leidensgeschichte der Vertriebenen „ein weiteres Kapitel der Unfähigkeit der Deutschen [darstelle], Trauerarbeit zu leisten: wie gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus nun auch gegenüber den Opfern seiner Folgen“⁵. Dagegen haben Eva und Hans Henning Hahn an prominenter Stelle die Auffassung vertreten, der Erinnerungsort „Flucht und Vertreibung“ habe seine „oktroyierte zentrale Stellung im kollektiven Gedächtnis der deutschen Nachkriegsgesellschaft bis heute“, und das hieße ja auch während der 1960er und 1970er Jahre, „behauptet“⁶. Mit ähnlichem Tenor hat Knut Nevermann, bis 2005 Ministerialdirektor bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ver-

¹ Günter Franzen, *Der alte Mann und sein Meer*, *Die Zeit*, 7. Februar 2002; Grass, *Im Krebsgang*, S. 99.

² *Vertreibung und Vertreibungsverbrechen*, S. 54. Zur Schwierigkeit, exakte Zahlen zu ermitteln, vgl. Naimark, *Flammender Haß*, S. 280 f.

³ So Pfeil, *Zentrum*, S. 124. Der vom Umfang her ähnlich gigantische indisch-pakistanische Fall war in manchem anders gelagert, betraf er doch v. a. zwei Opfergruppen, Hindus und Moslems, gleichzeitig.

⁴ Faulenbach, *Die Vertreibung der Deutschen*, S. 52.

⁵ Schulze/von der Brèlie-Lewien/Grebing, *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte*, S. 2.

⁶ Eva und Hans Henning Hahn, *Flucht und Vertreibung*, S. 341.

sichert, das Thema Flucht und Vertreibung sei seit den 1960er Jahren keineswegs „stiefmütterlich“, sondern angemessen behandelt worden⁷.

Äußerungen letzterer Art sind wohl auch als linker Reflex auf besonders scharfe Verdrängungsbefunde von konservativer Seite zu verstehen. So hat etwa der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Herbert Hupka, im März 1982 eine vernichtende Erinnerungspolitische Bilanz der zu Ende gehenden sozialliberalen Regierungszeit gezogen: Die Schlesier oder die Ostpreußen würden zunehmend aus der deutschen Geschichte „exkommuniziert“, zu den Gebieten jenseits von Oder und Neiße bestehe im deutschen Geschichtsbewußtsein „gar kein Verhältnis mehr“⁸. Der angesehene Althistoriker Alfred Heuß äußerte sich bald nach Hupka noch drastischer über den „Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses“⁹. Es sei, so meint Heuß im Hinblick auf den Stellenwert des historischen deutschen Ostens im kollektiven Gedächtnis unserer Nation, als ob „ein Franzose an den Verlust von Indochina“ denke¹⁰. Derart heruntergekommen sei der geschichtliche Bildungsstand der Deutschen, daß sich kaum jemand die Folgen der Vertreibung bewußt mache: „die Dezimierung der Substanz des deutschen Volkes, bei der es nicht nur um eine Unsumme grausamer Einzelschicksale geht, sondern um [...] ein Phänomen, das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung ‚Phylozyd‘ belegen müßte, denn es gibt von nun an keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudetendeutsche usw. mehr. Ihre Sprache bzw. Dialekte, wichtige Bestandteile des deutschen Sprachkörpers, haben aufgehört zu existieren“. 1945 hätten, so resümiert Heuß, deutsche Volksstämme ihr Ende gefunden, „ohne die das Bild Deutschlands ein halbes Jahrtausend hindurch unvorstellbar“ war¹¹.

Die Meinungen zur Erinnerungskultur¹² der Vertreibung gehen also weit auseinander. Um sie zu beurteilen, soll hier vom Begriff des „kollektiven Gedächtnisses“ ausgegangen werden, wie ihn der französische Soziologe und Philosoph Maurice Halbwachs entwickelt hat. Danach konstruiert sich – pointiert gesagt – jede Gesellschaft die Vergangenheit, die sie für ihr Selbstbild braucht; und zwar je nach den Anforderungen der Zeit in verschiedener, sich unter Umständen sehr stark wandelnder Weise¹³. Im kollektiven Erinnern geht es gerade nicht um die geschichtswissenschaftlich saubere Rekonstruktion von Fakten, so wie sie „gewesen sind“, es erweist sich zum Zwecke der Sinnstiftung für die Gegenwart vielmehr als fähig „zu allen Übertragungen, Ausblendungen, Schnitten und Projektionen“¹⁴. Auf die

⁷ Lepiarz, *Blühende Erinnerungslandschaften*, S. 1. Norbert Frei, der ausgesprochen streng über die Defizite bei der Bewältigung der NS-Vergangenheit während der 1950er Jahre urteilt, hat jüngst bezüglich der Vertreibung Günter Grass kritisiert, nachdem der Schriftsteller auch auf diesem Feld gesellschaftliche Verdrängungsprozesse diagnostiziert hatte. *Die Zeit*, 21. Oktober 2004.

⁸ So Hupka auf der Bundeskulturtagung seines Verbandes im Haus Schlesien in Heisterbacherrott bei Königswinter (Hupka war 1969 für die SPD in den Bundestag eingezogen, aus Protest gegen die sozialliberalen Ostverträge aber 1972 zur CDU übergewechselt). *DOD*, Nr. 6, 1982, S. 7.

⁹ So der Untertitel eines Buches von Heuß, *Versagen und Verhängnis*.

¹⁰ *Ebd.*, S. 143. Vergewärtigt man z. B. die Wirkung des vielbeachteten Films „Indochine“ in Frankreich Anfang der 1990er Jahre, so drängt sich der Eindruck auf, Indochina sei im kollektiven Gedächtnis der französischen Nation immer noch präsenter als der Osten in der Erinnerung der Deutschen.

¹¹ Heuß, *Versagen und Verhängnis*, S. 208 f., 142.

¹² Zum Begriff der Erinnerungskultur vgl. präzise zusammenfassend Hockerts, *Zugänge zur Zeitgeschichte*; Cornelißen, *Was heißt Erinnerungskultur?*, v. a. S. 554 f., sowie den Klassiker von Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis*.

¹³ Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, v. a. S. 19, 22, 368, 390.

¹⁴ Nora, *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, S. 13.

Erinnerung an die Vertreibung und den alten „deutschen Osten“¹⁵ bezogen hieße das: In den 1950er Jahren, während des existenzbedrohenden Kalten Krieges gegen den kommunistischen Sowjetblock – und das bedeutete eben auch: gegen die Hauptopfer des NS-Rassenwahns und zugleich gegen die Haupttäter der Vertreibung – bestand in der Bundesrepublik reichlich politischer Anlaß, die (ost-)deutschen Leiden und Opfer herauszustellen. Im Gegenzug hieß dies, die von Deutschen an „Fremden“ im Osten begangenen Verbrechen nicht in den Mittelpunkt zu rücken, sondern vor allem die nach wie vor beanspruchten, von Polen und der UdSSR nur „verwalteten“ Ostgebiete des Deutschen Reiches, aber auch die Heimat der Sudetendeutschen und der anderen deutschen Volksgruppen im Osten im kollektiven Gedächtnis der Nation zu bewahren. Ob das wirklich jemals auch nur annähernd so umfassend und durchgreifend geschah wie etwa in Frankreich nach 1871 mit der lange offen revanchistischen Erinnerung an die verlorenen Provinzen Elsaß und Ostlothringen, ist eine andere Frage; auch wenn Konrad Adenauer z. B. auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier 1961 den Versammelten ausdrücklich empfahl, an Elsaß-Lothringen zu denken, das „erst nach 47 Jahren wieder, seinem Willen entsprechend, zu Frankreich zurückgekommen ist. Haben Sie Geduld, haben Sie Ausdauer, haben Sie Hoffnung“¹⁶.

Zwischen jener ersten, bis etwa 1960 zu datierenden Phase der Erinnerungskultur in der kältesten Zeit des Kalten Krieges und der dann folgenden, den zunehmend von „Détente“ zwischen den „Blöcken“ geprägten 1960er und vor allem 1970er Jahren, gibt es offensichtlich einen qualitativen Unterschied. Die letzteren beiden Dekaden mit ihren komplexen Wechselbeziehungen zwischen Entspannung und Erinnerung bilden den Gegenstand vorliegender Analyse. Wie einschneidend die spätere Zäsur des Jahres 1982 mit dem Bonner Regierungswechsel tatsächlich war, oder ob nicht erst mit der (Wieder-)Vereinigung Deutschlands und der definitiven Regelung seiner Ostgrenze 1990/91 sowie mit den Zwangsmigrationen während der jugoslawischen Kriege und dem Beschluß zur Osterweiterung der Europäischen Union eine dritte Phase des kollektiven Erinnerens an die Vertreibung aus dem Osten eingesetzt hat¹⁷, soll hier nicht mehr näher untersucht werden. Zumindest die finanziellen Zuwendungen für die Kulturarbeit der Vertriebenen wuchsen während der Ära Kohl von 3 Millionen DM (1982) auf über 45 Millionen DM (1998) exponentiell an¹⁸.

Neben den zum Verständnis der Erinnerungskultur unabdingbaren, allgemeinen ostpolitischen Entwicklungen, vor allem dem Verhältnis zwischen Politik und Vertriebenenverbänden, wird diese Studie weitere zentrale Themen ostdeutscher „Vergangenheitsbewälti-

¹⁵ Der Begriff „deutscher Osten“ im engeren völkerrechtlichen Sinne wäre streng genommen nur für die preußischen Provinzen östlich von Oder und Neiße bis zum Zwei-plus-vier-Vertrag 1990 sachlich zutreffend. Auch wenn die erinnerungskulturelle Präsenz dieser Gebiete – ihrer Bedeutung entsprechend – im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung stehen muß, werden unter der griffigen, wenngleich – im Hinblick auf die interethnischen Aspekte der *Germania slavica* bzw. *Slavia germanica* – nicht ganz unmißverständlichen Bezeichnung „deutscher Osten“ hier all die Regionen in Ostmitteleuropa gefaßt, die von Deutschen historisch entscheidend (mit) geprägt wurden. Der Begriff „Vertriebene“, schon von der amerikanischen Besatzungsmacht eingeführt („expellee“), um die Endgültigkeit des Vertreibungsvorgangs auszudrücken, umfaßt nach dem Bundesvertriebenengesetz von 1953 alle Vertriebenen deutscher Staats- und Volkszugehörigkeit. Zu den weiteren terminologischen Feinheiten des Gesetzes vgl. Stückler, Ostdeutsch, S. 9 ff..

¹⁶ Zit. nach Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 83.

¹⁷ So die Argumentation bei Hirsch, Flucht und Vertreibung, S. 25.

¹⁸ Lepiarz, Blühende Erinnerungslandschaft.

gung“¹⁹ fokussieren, die sich um die eng miteinander verbundenen Erinnerungsorte „Deutscher Osten“ und „Flucht und Vertreibung“ spannen. Eva und Hans Henning Hahn haben ja sogar die These vertreten, die Heimatvertriebenen hätten eine Gedächtniskonstruktion erhalten, deren Objekt quasi nicht ihr erlebtes Leid, sondern der „deutsche Osten“ gewesen sei²⁰. Vor diesem Hintergrund wird im folgenden gefragt, wie in der Öffentlichkeit – in Presse, Rundfunk und Literatur, auf bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene – mit den sieben, acht Jahrhunderten „deutscher Geschichte im Osten Europas“²¹ und ihrem gewaltsamen Ende umgegangen wurde bzw. ob und wie sich die Perspektiven zwischen 1961 und 1982 veränderten? Daß der Stoff aus analytischen Gründen in zwei große Abschnitte zu gliedern ist: einen ersten, der von der Zweiten Berlin-Krise bis zum Amtsantritt der sozialliberalen Koalition 1969 reicht, und einen weiteren, der von 1969 bis zum Beginn der Ära Kohl 1982 datiert, wurde im Verlauf der Recherchen rasch deutlich.

Zunächst aber ist die grundlegende Frage zu untersuchen, welche Bezüge zwischen den von einer deutschen Diktatur verübten Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges und der Vertreibung aus dem Osten im öffentlichen Diskurs um 1960 aufschienen, und wie sich dabei die Gewichte in der moralischen Bewertung durch intellektuelle Milieus und Publizistik verschoben. Da die Medien nicht nur Seismographen der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vertreibung aus dem Osten waren, sondern bekanntlich auch als Schrittmacher der „neuen Ostpolitik“ fungierten²², bedarf es der Klärung, ob dieses Engagement wirklich auch mit einem Verlust an Empathie gegenüber den Vertreibungsopfern und mit einer Distanzierung vom kulturellen Erbe des historischen deutschen Ostens einherging. Besonderes Augenmerk gilt der vor allem Mitte der 1960er Jahre virulenten Diskussion um die Errichtung einer Zentralen Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen. Nach einer Analyse der parteipolitischen Positionen bis zu den Ostverträgen richtet sich der Fokus dann auf die 1970er Jahre, wobei die Aktivitäten von Bundesregierung und Bonner Opposition, die Verhältnisse in den Ländern und Kommunen sowie schließlich die weiteren Entwicklungen im Bereich der Medien und der Literatur beleuchtet werden. Konkret geht es in diesem Zusammenhang um den noch von der Großen Koalition in Auftrag gegebenen Bericht des Bundesarchivs zu „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen“ von 1974, um Ostkunderichtlinien und deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen, um die Polonisierung ostdeutscher Geographie – auch infolge des regierungsamtlichen Verzichts auf die sog. „Bezeichnungsrichtlinien“ (1970) – bis hin zur Entwicklung bundesdeutscher Patenschaften für ostdeutsche Städte und Regionen. Summa summarum sollen also nicht nur die bekannteren Hauptkonfliktfelder der Erinnerungskultur, sondern gerade auch die zahlreichen kleineren „Nebenkriegsschauplätze“ ins Visier genommen werden²³, da sich nur so ein Gesamtbild gewinnen läßt.

¹⁹ Zur Problematik des Begriffs vgl. Kittel, Nach Nürnberg und Tokio, S. 10.

²⁰ Hahn, Flucht und Vertreibung, S. 341.

²¹ So der einschlägige Titel einer insgesamt verdienstvollen, auf zehn Bände angelegten Gesamtdarstellung aus den 1990er Jahren, die von Werner Conze begründet und dann von Hartmut Boockmann und anderen herausgegeben wurde. Kritisch zu diesem vom Bundesinnenministerium bezuschußten Unternehmen Czaja, Unterwegs, S. 862.

²² Vgl. etwa Bender, Neue Ostpolitik, S. 118.

²³ Wie angemessen solch martialisch anmutende Begrifflichkeit dem Untersuchungsgegenstand ist, demonstriert etwa auch der Titel eines Sammelbandes zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland: Winkler, Griff nach der Deutungsmacht.

Nach üblichem Verständnis sind im „kollektiven Gedächtnis“ zwei Dimensionen zu unterscheiden: Das „kommunikative Gedächtnis“, aus dem sich aufgrund seines Gruppenbezugs und seiner Trägerspezifität „vielfältige, auch rivalisierende Erinnerungsmilieus“ herausbilden können, sowie die „öffentliche Erinnerungskultur“, die sich „vom lebendigen Gruppengedächtnis löst, anders geformt und gestützt wird, nämlich institutionell“²⁴. Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht weniger das „kommunikative Gedächtnis“ der Ostdeutschen, sondern die maßgeblich von den „Altwestdeutschen“ mitgeprägte „öffentliche Erinnerungskultur“ in der Bundesrepublik, wobei deren spannungsreiches Verhältnis zum Gruppengedächtnis der Vertriebenen stets im Blick zu behalten ist. Konkret geht es also nicht um die vielfältige, aber „allenfalls auf eine mittelbare Breitenwirkung“ (Max-Hildebert Böhm) zielende Arbeit des 1952 gegründeten Ostdeutschen Kulturrates oder der (ost-)wissenschaftlichen Spezialeinrichtungen an sich, sondern um Fragen der Pflege und Förderung ostdeutscher Kulturwerte „in breiten Bevölkerungsschichten – nicht nur der Vertriebenen, sondern auch der Einheimischen“²⁵.

Als Quelle werden neben den Beständen relevanter Bundesministerien und des BdV in Koblenz²⁶ sowie mehrerer Rundfunkarchive²⁷ vor allem Zeitungen und Zeitschriften herangezogen, die in der Bundesrepublik während der 1960er und 1970er Jahre die öffentliche Meinung prägten. Aber auch Vertriebenenblätter und vor allem der *Deutsche Ostdienst* (DOD), der erinnerungskulturelle Gravamina mit penibler Genauigkeit registrierte, waren gründlich auszuwerten. Zumal der DOD lieferte in seinem Medienspiegel wertvolle, in der Bewertung stets vom Verbandsinteresse geleitete, aber sachlich weiterführende Hinweise auf Fernseh- und Hörfunksendungen, die dann durch das Studium kontroverser Urteile in neutralen oder vertriebenenkritischen Publikationen näher zu beleuchten waren – teilweise durch die Presseauswertung des SPD-Vertriebenenreferats²⁸, punktuell auch durch die weit links stehenden „Neuen Kommentare“²⁹ unterstützt. Ausgewertet wurden ferner relevante Debatten des Deutschen Bundestages sowie einiger Landtage. Daß auch politische Memoirenliteratur ost- und entspannungspolitischer Protagonisten – mit der gebührenden Vorsicht gegenüber derartigen Traditionsquellen – Verwendung fand, versteht sich von selbst. Angesichts des Aspektreichtums des Themas ostdeutscher Erinnerungskultur kann die Studie nur den Versuch unternehmen, einige vorläufige Breschen in das bislang noch ziemlich undurchdringliche, erst in Einzelbereichen jüngst etwas gelichtete Dickicht der Forschungsdesiderata zu schlagen. Die notwendige Vertiefung zahlreicher der angesprochenen Themen durch Heranziehen weiterer, reichlich vorhandener Archivalien staatlicher oder verbandlicher Provenienz bietet der künftigen historischen Forschung noch ein weites Feld.

²⁴ Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte, S. 18.

²⁵ DOD, Nr. 48, 1961, S. 9f.

²⁶ Dabei handelt es sich um das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt), das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), seit 1969 unter der Bezeichnung Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB), das Bundesministerium des Inneren (BMI), das Bundespresse- und Informationsamt (BPA) sowie den Bestand B 234 (Bund der Vertriebenen).

²⁷ Neben dem Unternehmensarchiv des ZDF waren dies die Historischen Archive des Bayerischen und des Hessischen Rundfunks.

²⁸ Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD): DW 2-1f.

²⁹ Das in Frankfurt am Main von Georg Herde vierzehntägig herausgegebene Periodikum war eine Art vertriebenenfeindliches Sprachrohr der SED im Westen. Es ist im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte einzusehen.

Über das Thema des historischen deutschen Ostens in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik ist bislang – anders als zur Frage der sozialen Integration der Vertriebenen – bemerkenswert wenig geforscht worden. Wie wenig, das fällt vor allem dem auf, der die kaum mehr zu überblickenden Regalmeter halbwegs kennt, die zum Problem des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945 in allen denkbaren Aspekten schon gefüllt wurden. Verdienstvolle jüngere Essays zur kollektiven Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten enthüllen den Mängelbefund schon beim ersten Blick in den Anmerkungsapparat in aller Deutlichkeit³⁰. Zumindest wenn man vom wissenschaftlichen Forschungsstand ausgeht, ließe sich das eingangs erwähnte Urteil Helga Grebings also in die leitende Fragestellung zuspitzen: War die „Unfähigkeit zu trauern“ beim Thema Vertreibung vielleicht sogar ausgeprägter als in bezug auf die Verbrechen der NS-Diktatur³¹? Hat tatsächlich eine „zweite Vertreibung“ (Reinhard Müller) stattgefunden³², jene Vertreibung aus der Erinnerung, die der karpatendeutsche Politiker Adalbert Hudak 1975 in die bitteren Worte faßte: „Dreißig Jahre danach ist die Vertreibung der Vertriebenen vollkommen“³³?

Der Maßstab, an dem im folgenden Erfolg bzw. Mißerfolg der „ostdeutschen Erinnerungskultur“ gemessen werden sollen, ist vom wichtigsten Protagonisten der neuen Ostpolitik, Willy Brandt, im April 1969 vor dem Beirat für Vertriebene und Flüchtlinge beim Parteivorstand der SPD selbst formuliert worden: „Ich möchte, daß die Pflege der ostdeutschen Kultur nicht eine Sache der Verbände und Landsmannschaften bleibt, sondern daß wir miteinander dafür sorgen, der ganzen Nation die kulturelle und geistige Substanz der Ostgebiete zu erhalten; nur so kann im Innern gewonnen werden, was draußen verloren ging. Die deutsche Sprache würde ohne Not ärmer werden, wenn die ostdeutschen Dialekte aussterben sollten. Es ist auch nicht zu spät, dem traditionellen Rang der ostdeutschen Universitäten und Kultureinrichtungen im Westen eine neue Heimstatt zu geben. Die kulturelle und geistige Substanz des deutschen Ostens muß nicht nur den Vertriebenen und Flüchtlingen des Jahres 1945, ihren Kindern und Enkelkindern, sie muß unserem Volk in seiner Gesamtheit erhalten werden.“³⁴

³⁰ Hirsch, *Flucht und Vertreibung*; Faulenbach, *Die Vertreibung der Deutschen*.

³¹ Obwohl – oder weil? – die Wahrnehmung der Vertreibung als reines Folgeverbrechen des Nationalsozialismus so weit verbreitet ist (Beispielhaft hierfür die Fernsehserie bzw. das Begleitbuch von K. Erik Franzen, *Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer*). Vgl. aber zum weiteren Kontext die Frühgeschichte ethnischer Säuberungspraxis seit dem 19. Jahrhundert: Grulich, „Ethnische Säuberung“, S. 11–21.

³² *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. April 1998.

³³ DOD, Nr. 14, 1975, S. 2 f.

³⁴ AdSD DW 2-1f, Nr. 96: Willy Brandt, 22. April 1969, vor dem Beirat für Vertriebene und Flüchtlinge beim Parteivorstand.

II. Deutsche Schuld und ostdeutsche Sühne: Vertreibungs- diskurs im Schatten der Zweiten Berlin-Krise

Davon auszugehen, daß der erinnerungskulturelle Stellenwert der „Vertreibung aus dem Osten“ nur im Kontext grundsätzlicher Schwierigkeiten der Deutschen zu ermitteln ist, nach 1945 ein angemessenes Verhältnis zu ihrer jüngsten Vergangenheit zu finden, dürfte kaum auf Widerspruch stoßen. Wir folgen damit einem Gedanken, den etwa Peter Graf Kielmansegg in seiner Analyse der „langen [braunen] Schatten“ nach 1945 geäußert hat: Trotz aller staatlichen und medialen Bemühungen um die „Bewältigung“ der NS-Katastrophe hätten die Deutschen nach dem Krieg in der privaten Sphäre eine „Gefühlsbeteiligung“ an den fremden, aber in gewisser Weise auch an den eigenen Opfern vermieden und versucht, eine „neue, geschichtslose Identität zu finden“¹. Gehörte dazu, so ließe sich weiter fragen, auch die „Verdrängung“ des auf so enge Weise mit den letzten Kapiteln des Dritten Reiches, mit Flucht und Vertreibung verknüpften deutschen Ostens, in dessen unmittelbarer räumlicher Nachbarschaft, in Auschwitz, Majdanek und Treblinka, kurz zuvor der Holocaust verübt worden war? Haben die Deutschen aus Scham über die Verbrechen des NS-Regimes die ebenso nachvollziehbare wie problematische Unterlassung begangen, um den Verlust des Ostens zu trauern, „darum, daß eine bedeutende Spur ihrer Geschichte ausgelöscht, ein Kernstück des deutsch geprägten mitteleuropäischen Kulturraumes für immer zerstört ist?“²

Jedenfalls ist unübersehbar, daß nach einer noch vergleichsweise breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung in den 1950er Jahren – vor allem durch das regierungsamtlich geförderte Projekt der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ (1953–1962) unter der Leitung Theodor Schieders³ – dieses Thema um 1960 „in ein Abhängigkeitsverhältnis“⁴ mit der Auseinandersetzung um die NS-Verbrechen geriet und sich dabei die Gewichte verschoben. Zwar hatte die Auseinandersetzung mit der Erblast des Dritten Reiches die Bundesrepublik prinzipiell seit ihrer Gründung beschäftigt und beschäftigen müssen; doch war das Thema infolge von Wiederaufbau, Westintegration und Wiederbewaffnung in der politischen Prioritätenskala im Laufe der 1950er Jahre nach hinten gerutscht. Nunmehr rückte es – nachdem Skandale der „Vergangenheitsbewältigung“ vor allem um den ehemaligen Buchenwalder KZ-Arzt Hans Eisele bzw. den Ulmer Einsatzgruppenprozeß erhebliche Mängel bei der justitiellen Ahndung von NS-Verbrechen aufgezeigt hatten – mit der Einrichtung der Ludwigsburger Zentralen Stelle Ende 1958 wieder nach vorne, und dies sogar weiter als je zuvor. Dafür gab es im wesentlichen zwei Gründe. Zum einen nahm sich innenpolitisch die Gesellschaft der Bundesrepublik in den Jahren nach Erreichen der politischen und militärischen Westintegration, dem Ende des Besatzungsstatuts und

¹ Kielmansegg, Lange Schatten, S. 68. Auf den Kontext hingewiesen hat auch Mathias Beer; vgl. seinen Diskussionsbeitrag in: Bingen/Borodziej/Troebst, Vertreibungen europäisch erinnern, S. 273.

² Kielmansegg, Lange Schatten, S. 69.

³ Beer, Im Spannungsfeld.

⁴ Mathias Beer, in: Bingen/Borodziej/Troebst, Vertreibungen europäisch erinnern, S. 273.

den ersten Erfolgen des Wiederaufbaus mehr und mehr als gefestigt wahr⁵; außenpolitisch aber wurde der erinnerungskulturelle Paradigmenwechsel paradoxerweise bald dadurch forciert, daß die Bundesrepublik nach dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows in die schwerste Krise seit 1949 geriet und – bei schwindendem Rückhalt an den zunehmend Détente-orientierten Schutzmächten – mit dem Rücken zur Wand um die Freiheit Westberlins und die damit zusammenhängenden Rechtspositionen in der deutschen Frage kämpfte⁶. Nach den spektakulären Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge in der Christnacht 1959 und Kommentaren in der westlichen Presse, es lohne nicht, zwischen Deutschen und Nazis zu unterscheiden, ließ sich der britische Premierminister Harold Macmillan sogar von der Idee seines Außenministers Selwyn Lloyd begeistern, den in der Berlin-Frage so hartnäckig auf völkerrechtlichen Formeln pochenden Adenauer weiter in Verlegenheit zu bringen: Der Bundesrepublik sollte in einer konzertierten Aktion mit den amerikanischen und französischen Verbündeten klar gemacht werden, daß die nazistischen „Infektionsherde“ zu beseitigen seien. Adenauer müsse also vor allem Kanzlerberater Hans Globke, die Minister Gerhard Schröder, Theodor Oberländer und Hans-Christoph Seebohm sowie NS-belastete Richter und Polizisten aus dem Verkehr ziehen⁷.

Auch ohne von diesen internen, schließlich an den beiden anderen Westmächten scheitrenden Überlegungen zu wissen, stellte sich in der Bundesrepublik damals schockartig die Erkenntnis ein, es werde „lange dauern, ehe der Schatten der Gaskammern von unserem Land weicht“⁸. Die schon in den Jahren vor den Kölner Schmierereien wegen vorhandener Defizite bundesdeutscher Erinnerungskultur zunehmend in die Kritik geratenen Institutionen des Staates – von der Politik über die Justiz bis zu den (Hoch-)Schulen – sahen sich in dieser Lage veranlaßt, ihre bisherigen Bemühungen um die „Vergangenheitsbewältigung“ noch sehr viel mehr zu verstärken. Dies betraf vor allem die von den Kultusministern der Länder 1960 beschlossenen politisch-pädagogischen Anstrengungen zur vermehrten Aufklärung über die NS-Zeit an den Schulen und Universitäten durch abermals verbesserte Lehrpläne, neue Professuren etc. Bald darauf folgten vielbeachtete NS-Prozesse vor allem gegen die Auschwitz-Mörder (ab 1963) in Frankfurt⁹.

Mit der Vertreibung aus dem Osten standen diese Entwicklungen der NS-„Vergangenheitsbewältigung“ schon insofern in Zusammenhang, als es sich bei den wegen ihrer Biographien im Dritten Reich zunehmend auch in der westdeutschen Öffentlichkeit kritisierten Bundesministern für Verkehr bzw. Vertriebenenfragen, Seebohm und Oberländer, um prominente „Ostdeutsche“ handelte. Der im thüringischen Meiningen geborene Oberländer war nach 1933 beruflich u. a. in Königsberg führend in der deutschen Volkstumsarbeit tätig gewesen. Seebohm, ein gebürtiger Oberschlesier¹⁰, war im Egerland aufgewachsen,

⁵ Vgl. Herbert, Best, S. 493.

⁶ Wie „tiefgreifend“ die Bedrohung Berlins „auch die innenpolitische Landschaft ... umgestaltet“ hat, analysiert Schwarz, *Die Ära Adenauer* (Zitat S. 80).

⁷ Zwar erwog man zumindest in Washington, den Bundeskanzler auf das Problem der Belasteten anzusprechen, doch letztlich zeigten sich Londons Alliierte nicht geneigt, den englischen Vorstoß aufzugreifen, zumal die Deutschen bald selbst daran gingen, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Brochhagen, *Nach Nürnberg*, S. 302 ff., 308, 311 ff.

⁸ Christ und Welt, 28. Januar 1960.

⁹ In dieser Zeit (1961) fand zudem der spektakuläre Eichmann-Prozeß in Jerusalem statt.

¹⁰ Vgl. auch Kempf/Merz, *Kanzler und Minister*, S. 654–658; Mursch/Simon, Hans-Christoph Seebohm.

hatte während des Dritten Reiches als Dr.-Ing. im Bergbau gearbeitet und nach 1945 bei der eigentlich eher „vertriebenenfeindlichen Welfenpartei“ in Niedersachsen politisch angedockt: Von daher – und von seiner anfänglichen Skepsis gegenüber dem Lastenausgleich – rührt auch die Einschätzung, daß es „mit der Vertriebeneneigenschaft von Seebohm so eine Sache“ war¹¹. Allerdings wäre der 1949 bestellte Bundesverkehrsminister bei grundsätzlichen Zweifeln an seiner vertriebenenpolitischen Glaubwürdigkeit von Lodgman von Auen, dem großen alten Mann der Sudetendeutschen, 1950 wohl kaum für den Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) vorgeschlagen worden. Seit 1958 SL-Sprecher, sorgte der – bis 1960 der rechtskonservativen Deutschen Partei angehörende – Seebohm während der 1950er Jahre mit markigen deutschnationalen Äußerungen periodisch für Aufregung. Nachdem er die 54 sudetendeutschen Opfer der blutig niedergeschlagenen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht vom 4. März 1919 als ein „Glied in jener Kette der Ereignisse“ benannt hatte, „die zum Zweiten Weltkrieg führten“, warf ihm der Tübinger Ordinarius Theodor Eschenburg in der *Zeit* Nationalismus vor; die sowjetische *Literaturnaja Gazeta* sah zudem die Chance, aus der von einer monatelangen Leserbriefdiskussion in der *Zeit* und weiteren öffentlichen Angriffen etwa in der *Frankfurter Rundschau* begleiteten Kontroverse einen „Fall“ zu machen. Der Vorwurf, Seebohm habe an der Arisierung und Enteignung jüdischen Vermögens in der Tschechoslowakei teilgenommen und enge Beziehungen zu Hermann Göring unterhalten, war allerdings – aus vertriebenenkritischer Sicht – zu schön, um wahr zu sein. Im Herbst 1960 stellte sich heraus, daß hier eine – wohl bewußte – Verwechslung mit einem entfernten Vetter des Ministers, Berthold Seebohm, vorlag¹².

Dagegen mußte mit Oberländer im April 1960 erstmals ein „ostdeutscher“ Bundesminister zurücktreten, der sich Vorwürfen wegen seines Verhaltens in der Zeit des Nationalsozialismus ausgesetzt sah. Die Ambivalenzen und Widersprüche seiner Vergangenheit hatte Adenauer in unnachahmlicher Prägnanz auf die Formel gebracht: „Er war einer von den Anständigeren – nicht von den Anständigen“¹³. Seit 1953 wußte man um die biographischen Stationen des vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) zur CDU gewechselten Vertriebenenpolitikers, der als Achtzehnjähriger mit Hitler auf die Feldherrnhalle marschiert war und vor allem – fälschlicherweise – verdächtigt wurde, später mit dem „Bataillon Nachtigall“ an NS-Gewaltverbrechen in Lemberg beteiligt gewesen zu sein, der aber auch immer wieder mit den Machthabern des Dritten Reiches in Konflikt geraten war. Jetzt schien er – vom obersten Gericht der DDR in einem weltweit beachteten Schauprozeß in absentia zum Tode verurteilt – als Minister nicht mehr tragbar. Die gegenwärtige Distanzierung von der NS-Ideologie, die seit Gründung der Bundesrepublik zu den konstitutiven Merkmalen der neuen Demokratie gezählt hatte, reichte nun offensichtlich nicht mehr aus, vielmehr forderte die Öffentlichkeit darüber hinaus Distanzierung von moralisch fragwürdigen NS-Vergangenheiten ein. Kaum war Oberländer zurückgetreten, machten sich auch schon – vom Bund der Steuerzahler bis in die Presse hinein – Stimmen vernehmbar, das Vertriebenenministerium gleich ganz aufzulassen oder die personelle „Verlegenheitslösung“ der Ernennung des DP-Politikers Hans-Joachim von Merkatz

¹¹ Stickler, Ostdeutsch, S. 291.

¹² Vgl. Bulletin der Bundesregierung, 27. September 1960, S. 1751; Keesings Archiv der Gegenwart, 25./26. September 1960, S. 8469; DOD, Nr. 31, 1960, S. 2 f.; Kittel, Die Legende, S. 77 f., 84, 252.

¹³ Wachs, Der Fall Theodor Oberländer, S. 497.

zum Nachfolger Oberländers als Vorstufe einer spätestens nach der Bundestagswahl 1961 erfolgenden Suspendierung des Hauses zu sehen¹⁴.

Vertieft wurde der fahle Nachgeschmack, den die Causa Oberländer hinterließ, noch dadurch, daß der nach dem Rücktritt Adenauers vom Kanzleramt im Herbst 1963 zum Vertriebenenminister ernannte erste Vorsitzende des BdV, Hans Krüger¹⁵, erinnerungspolitisch ebenfalls rasch unter Beschuß geriet. Dies war um so fataler, als Krügers Wiederwahl zum BdV-Vorsitzenden Anfang 1960 in einer Kampfabstimmung gegen den Oberschlesier Otto Ulitz weithin als Sieg der besonnenen Kräfte gegen radikale Strömungen innerhalb des Verbandes gewertet worden war, die über die Grenzen von 1937 hinausgingen und obendrein die deutsch-polnische Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg in Frage stellten¹⁶. Krüger, der schon vom Habitus her nicht dem Bild des vom Vertreibungsschicksal gramebeugten, kantigen BdV-Politikers entsprach¹⁷, hatte etwa in einer Rede vor dem Verband Heimatvertriebener und Geflüchteter Deutscher Studenten den brillanten, von der Weimarer Rechten einst verfemten, DDP-nahen jüdischen Minister Walther Rathenau als eines der stärksten Vorbilder für die heutige junge Generation herausgestellt¹⁸.

Um dagegen zu beweisen, daß jüngste Sprengstoffattentate an der Berliner Mauer und in Südtirol gleichsam im Zuge einer großdeutschen Verschwörung „in direktem Auftrag der Bonner Minister Seebohm und Krüger“ geschehen seien, startete Pankow im Herbst 1963 – in Mailand hatte im Oktober der weltweit beachtete Prozeß um die radikalen Verfechter des Südtiroler Selbstbestimmungsrechts begonnen – eine neue Kampagne gegen „Funktionäre“ der Landsmannschaften und deren „Nazi-Verbrechen“¹⁹. Zwar wurde Krüger nach Vorwürfen wegen seiner Tätigkeit im westpreußischen Konitz, wo er während des Krieges als Vertreter eines Beisitzers dem dortigen Sondergericht zugeteilt war, von einigen Entlastungszeugen brieflich bestätigt, daß dort damals kein Terror geherrscht habe; dennoch sah sich der Minister im Januar 1964 zum Rücktritt veranlaßt, nachdem die Staatsanwaltschaft Bonn Material aus der Sowjetzone erhalten und der Minister einige „Erinnerungslücken“ nur scheinbar zu füllen vermocht hatte. So stellte sich peinlicherweise heraus, daß Krüger für die – falsche – Behauptung Pankows, er sei 1923 am Hitlerputsch beteiligt gewesen, indirekt selbst verantwortlich zeichnete; denn er hatte während des Dritten Reiches in einem Personalbogen eine solche, potentiell karrierefördernde

¹⁴ Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 27, 1960, S. 21 f., Nr. 30, 1960, S. 7, sowie den Pressespiegel im DOD, Nr. 46, 1960, S. 6. Die u. a. in der *Süddeutschen Zeitung* angemahnte Auflösung des Hauses wurde dann nach den Bundestagswahlen 1961 abermals zum Thema. Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 48, 1961, S. 29.

¹⁵ Zwischen 1961 und 1963 hatte der FDP-Politiker Wolfgang Mischnik das Amt innegehabt.

¹⁶ Vgl. den Pressespiegel im DOD, Nr. 8, 1960, S. 7. Zum Werdegang Krügers siehe Kempf/Merz, *Kanzler und Minister*, S. 392 ff., sowie den Artikel über Krüger in: *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, Bd. 6, S. 122; StICKLER, *Ostdeutsch*, S. 96, 205.

¹⁷ Krüger war, so das von StICKLER, *Ostdeutsch*, S. 96, gezeichnete Profil, „ein weicher Typus ohne Charisma“. Ein CSU-Bundestagsabgeordneter äußerte sich über den CDU-Kollegen Krüger abfällig: Dieser sei nicht das „Land des Lächelns“, sondern das „Lächeln des Landes“. Ebd., S. 204.

¹⁸ DOD, Nr. 9, 1960, S. 4.

¹⁹ DOD, Nr. 51, 1963, S. 3. Ausgangspunkt der – im Mailänder Prozeß 1963/64 nicht zu belegenden – SED-Verschwörungstheorie waren die Mitgliedschaft des aus Böhmen stammenden Generalsekretärs der Südtiroler Volkspartei, Hans Stanek, in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sowie die Verbindungen der SL zu dem in München ansässigen „Kulturwerk für Südtirol“. LILL, *Völkerfreundschaft im Kalten Krieg*, S. 157. Zu Seebohm als Zielobjekt des DDR-Ministerium für Staatssicherheit: Knabe, *Die unterwanderte Republik*, S. 27, 125. Vgl. auch Lemke, *Kampagnen gegen Bonn*.

Angabe gemacht. Tatsache aber war, daß der Minister, Parteigenosse seit 1933, zumindest einige Monate lang im Jahr 1943 als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Konitz fungiert und wie Oberländer dem antislawisch gesinnten „Bund deutscher Osten“ angehört hatte²⁰.

In der zweiten Reihe der Vertriebenenpolitiker, die zumindest nicht im Rampenlicht eines Staatsamtes standen, sondern lediglich führende Funktionen innerhalb eines Verbandes innehatten, konnte sich der Prototyp des „häßlichen“, mehr oder weniger angebräunt wirkenden Ostdeutschen leichter halten. Beispielhaft genannt seien nur der Baltendeutsche Axel de Vries, 1950 bis 1952 (geschäftsführender) Vorsitzender der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften und seit 1962 erster Sprecher der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft²¹. Der 1953 auch kurzzeitig für die FDP dem Bundestag angehörende Vertriebenenpolitiker hatte Ende 1941 im besetzten Weißrußland als landwirtschaftlicher Sonderführer in der Wirtschaftsinspektion Mitte die Juden als „Rückgrat“ der Partisanen und „Todfeinde“ der Deutschen ausgemacht und vorgeschlagen: „Sie müssen restlos vernichtet werden [...]“²². Als weiteres Beispiel läßt sich Krügers BdV-interner Gegenkandidat von 1960, der langjährige Vorsitzende der oberschlesischen Landsmannschaft Ulitz²³ anführen. Der in Kattowitz aufgewachsene Ulitz (Jahrgang 1885) hatte bereits während der Zwischenkriegszeit zu den führenden Politikern der deutschen Volksgruppe in Polen gezählt. 1939 „soll er an den Vorbereitungen für den fingierten“, den Vorwand zum Krieg gegen Polen liefernden Schein-Anschlag auf den Sender Gleiwitz „beteiligt gewesen sein“²⁴. Obschon nicht Mitglied der NSDAP, zeichneten ihn die Nationalsozialisten wegen seiner Verdienste um die deutsche Volksgruppe in Oberschlesien mit dem Goldenen Parteiabzeichen aus. Nach 1945 lange Jahre in polnischen und sowjetzonalen Gefängnissen, wurde Ulitz 1952 in die Bundesrepublik entlassen, wo er schon 1953 zum Sprecher der Oberschlesier avancierte und dezidiert rechtskonservative Positionen vertrat. Als 1964 ein junges Mitglied der Landsmannschaft sich mit der Frage an den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch wandte, ob ein Mann vom Schlage eines Ulitz nach den Fällen Oberländer und Krüger noch tragbar sei, nahm dieser den Angegriffenen in Schutz. Selbst die polnischen Machthaber hätten Ulitz keine Verfehlung nachweisen können; zudem könne sich die Nachkriegsgeneration schwer ein Urteil darüber bilden, „in welchen Verstrickungen die Grenzlanddeutschen nach dem Ersten Weltkrieg und in der Zeit des Dritten Reiches gestanden“ seien. Die „Ungeprüften“ sollten sich daher mit Urteilen über solche Männer zurückhalten, „bis sie selbst ähnliche Bewährungsproben bestanden haben“²⁵.

Obendrein gab es auch eine ganze Reihe von Gegenbeispielen zum Typus des „häßlichen“, in den Braunbüchern der DDR auftauchenden Vertriebenenpolitikers; erwähnt seien nur Jaksch selbst, der als Sozialdemokrat 1938 vor den Nationalsozialisten nach London geflohen und 1945 dann gleichsam zum zweiten Mal vertrieben worden war²⁶, oder der erste Vertriebenenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans Lukaschek²⁷, der

²⁰ Der Spiegel, Nr. 1/2, 1964, S. 20; Nr. 4, 1964, S. 19 f.; DOD, Nr. 5, 1964, S. 6.

²¹ StICKLER, Ostdeutsch, S. 39.

²² Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 686.

²³ Webersinn, Otto Ulitz; vgl. auch Georg Herdes Attacke auf die „Symbol-Figur“ Ulitz anläßlich von dessen 80. Geburtstag: Neue Kommentare, Nr. 23-24/1965, S. 11-13.

²⁴ StICKLER, Ostdeutsch, S. 322.

²⁵ Zit. nach dem Nachlaß Jaksch bei StICKLER, Ostdeutsch, S. 323.

²⁶ Bachstein, Wenzel Jaksch; Martin, „... nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“.

²⁷ Kempf/Merz, Kanzler und Minister, S. 459-461; Abmeier, Hans Lukaschek.

vor 1933 Oberpräsident der Provinz Oberschlesien gewesen war. Nach der NS-Machtergreifung als katholischer Zentrumsmann aus dem Amt verdrängt, hatte Lukaschek als Rechtsanwalt in Breslau gearbeitet, sich dem aktiven Widerstand des Kreisauer Kreises angeschlossen und nach dem 20. Juli 1944 Haft und Folter überlebt. Aber Männer wie Lukaschek, dessen Vertrauensbasis bei den Vertriebenen bis 1953 rasch schmälere wurde, weil er als Minister längst nicht alle ihre materiellen Wünsche erfüllen konnte, prägten das Image der Vertriebenenpolitiker doch weniger als die Oberländer und Seeböhm, auch wenn rein statistisch gesehen der Anteil nationalsozialistisch wirklich belasteter Personen „in den Spitzenpositionen der Vertriebenenverbände“ – zumindest nach dem Befund von Matthias Stickler – „keineswegs überdurchschnittlich hoch war“²⁸.

Erinnerungskulturell zeitigten vor allem die spektakulären Ministerrücktritte erhebliche Konsequenzen: Sie lieferten lebendiges Anschauungsmaterial zu der von den bundesdeutschen Stammtischen bis hin zu intellektuellen Kreisen in unterschiedlicher Form anzutreffenden These von einer besonderen Schuld der Ostdeutschen am Erfolg des Nationalsozialismus. Zwar hatten die Ostgebiete vor 1933 lange nicht zu den Hochburgen der NSDAP gezählt, aber – vom katholischen Ermland und von Oberschlesien abgesehen – doch zumindest zu den Bastionen der DNVP; nur im Sudetenland waren die rechten Parteien bis 1935 noch relativ schwach geblieben. Daß es trotz der Steigbügeldienste des DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg für Hitler entscheidende Unterschiede zwischen der nationalkonservativen DNVP und der nationalistisch-revolutionären NSDAP gab und daß vor allem die besondere Notlage der Grenzlanddeutschen diese für extrem rechte Parteien besonders ansprechbar hatte werden lassen, gewann im politischen Urteil über die vertriebenen Ostdeutschen kaum differenzierende Bedeutung. Vielmehr wurden sie nach 1945 seitens alteingesessener Westdeutscher „neben anderen Geschmacklosigkeiten“ immer wieder mit der Ansicht konfrontiert: „Das sind doch die größten Nazis gewesen!“ Verstärkt worden war dieses Vorurteil noch dadurch, daß es auch „die Eigenart mancher Autoren und Drehbuchschreiber“ war, sich „den parteifrommen Nazi [...] als typischen Ostdeutschen vorzustellen“²⁹. So mußte etwa in der TV-Verfilmung des Erfolgsromans von Hans Scholz „Am grünen Strand der Spree“³⁰ anno 1960 wieder einmal ein Unteroffizier, der auf den eindeutig ostdeutsch klingenden Namen Jaletzki hörte, als übelste und simpelste Figur des Stückes erhalten. (In der ersten Folge der Fernsehproduktion war in erschütternden Bildern die Erschießung von Juden durch SS-Einheiten gezeigt worden.)³¹

Intellektuell gewendet begegnete man dem Theorem spezifisch ostdeutscher Schuld etwa im Geschichtsbild des viel gelesenen englischen Universalhistorikers Arnold Toynbee, der schon 1950 in einem offenen Brief seiner Erwartung Ausdruck gab, daß die Vertreibung eine Verwestlichung des Ostdeutchtums zur Folge haben werde. Danach war der deutsche Westen ein Hort der Demokratie und des freiheitlichen Denkens, der deutsche Osten dagegen das Land des nationalistisch-militaristisch-preußischen Herrenmenschtums. Führende Historiker wie der ehemalige Königsberger Ordinarius Hans Rothfels

²⁸ Stickler, Ostdeutsch, S. 320; zu ganz anderen Ergebnissen gelangte dagegen jüngst *Der Spiegel*, Nr. 33, 2006, S. 46–48.

²⁹ So der DOD, Nr. 14, 1960, S. 5.

³⁰ Scholz, *Am grünen Strand der Spree* (1955); zur Biographie von Scholz: Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 9, S. 109.

³¹ Vgl. Classen, *Bilder der Vergangenheit*, S. 88, 115 ff., 157 ff.

haben dem entschieden widersprochen; sie verwiesen auf die gemeinsame abendländische Wurzel von ost- und westdeutscher Kultur sowie darauf, daß vieles, was als preußisch verächtlich gemacht werde, gerade „ein Ausfluß nationalistisch-rationalistischer Denkweise des Westens“ sei³². Noch vehementer als renommierte Fachhistoriker machten die Vertriebenenverbände gegen das Vorurteil spezifisch ostdeutscher Schuld Front, nicht nur, indem sie jedes Indiz wie einen Strohalm aufgriffen, das etwa den Anteil ostelbischer Großagrarien am Sturz der Regierung Brüning 1932 differenzierte oder besser noch, den „ostelbischen Dolchstoß“ gleich ganz als „Legende“ zurückwies³³; sondern notfalls auch mittels der Replik, Adolf Hitler und die Schar seiner wichtigsten Paladine seien weder Preußen noch Ostdeutsche gewesen. Die Ostdeutschen entsännen sich vielmehr „noch sehr gut, wie zahlreich sie im Tausendjährigen Reich für einige Jahre mit wackeren Bajuwaren, Westfalen, Rheinländern, Hannoveranern und Alemannen als Gauleiter, Oberführer, Regierungspräsidenten beglückt wurden“. Zwar seien unter den „wackersten alten Kämpfern auch Jaletzki“ gewesen, doch eben „nicht weniger als anderswo und auch nicht mehr“³⁴.

Mit derartigen Argumenten wurde im gesellschaftlichen Klima der frühen 1960er Jahre mancherorts nur mehr schwache Wirkung erzielt. Dies zeigte besonders deutlich ein Artikel in einer PR-Zeitung der Ruhrindustrie, der sich über das west-ostdeutsche Patenschaftswesen zwischen Bochum (Patenschaft über Neidenburg) und Bottrop (Patenschaft über Gleiwitz) ausließ. Der Zweite Weltkrieg, so lautete der Tenor des Kommentars, habe in Gleiwitz begonnen, „und wenn die Gleiwitzer heute vertrieben sind, dann sollten sie sich mit samt den Millionen Schicksalsgefährten an die Brust schlagen und in den westdeutschen Patenstädten Schuldstuben einrichten statt Heimatstuben!“³⁵. Der Topos von der ostdeutschen Spezialschuld floß wohl zumindest implizit in eine – sehr viel ernster zu nehmende – Argumentation ein, wonach die kollektive Verantwortung der Deutschen für die verbrecherische Ostpolitik der Nationalsozialisten den Verzicht auf die ehemals deutschen Siedlungsgebiete begründe. „Einer muß die Zeche zahlen“³⁶, lautete die – etwa in einer Jugendfunk-Diskussion von Radio Bremen zu hörende – Standardformel, die den Ostdeutschen zwar nicht explizit eine Sonderschuld am Dritten Reich, aber doch einfach besonderes Pech attestierte, weil sie aufgrund der geographischen Lage ihrer Heimat sozusagen stellvertretend für das schuldig gewordene deutsche Volk zu büßen und eine besonders schwere Last zu tragen hätten. Auf dieser Argumentationslinie bewegte sich auch der Moderator der ARD-Sendung „Hallo Nachbarn“, Richard Münch, als er studentischen Protest gegen einen Gedenkwegweiser nach ostdeutschen Städten 1965 mit den Worten kommentierte: Alle deutschen Städte sollten solche Wegweiser aufstellen, doch

³² DOD, Nr. 48, 1960, S. 1 f. Vgl. auch Rothfels, Ostdeutschland und die abendländische politische Tradition.

³³ DOD, Nr. 48, 1960, S. 5: „Wer stürzte Brüning“; Nr. 4, 1963, S. 7 (Zitat). Vgl. auch die in diesen Jahren entstandene, 1966 abgeschlossene Dissertation von Fiederlein, Der Deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher.

³⁴ DOD, Nr. 14, 1960, S. 5.

³⁵ Der Artikel der Zeitschrift „Ruhrgebiet“ erhielt durch einen wohlwollenden Bericht des „Informationsdienstes Ruhr“, der ansonsten Nachrichten verschiedener Stadtverwaltungen und des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk verbreitete, breitere Publizität. DOD, Nr. 4, 1962, S. 4.

³⁶ Das Thema der am 7. Dezember 1960 ausgestrahlten Sendung lautete: „Was ist des Deutschen Vaterland?“. DOD, Nr. 51/52, 1960, S. 6.

sollten sie „gleich die Namen Auschwitz, Treblinka und Lidice mit hinzuschreiben“, denn dann werde sogleich jeder begreifen, „warum er diese deutschen Städte nicht mehr besuchen kann“³⁷.

Zu den prominentesten Vertretern ähnlicher Überzeugungen zählte neben dem WDR-Intendanten Klaus von Bismarck³⁸, dem Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker oder dem Publizisten Sebastian Haffner³⁹ auch Golo Mann⁴⁰. Dieser war davon überzeugt, es sei Aufgabe der Professoren, die öffentliche Meinung für den Verzicht auf die Ostgebiete reif zu machen, „weil das die Bundesregierung und die Parteien noch nicht tun könnten“.⁴¹ Im September 1961 stellte er einen Aufsatz für die *Zeit* unter die Überschrift: „Die Rechnung für den verlorenen Krieg“⁴². Zwar ließ der Stuttgarter Professor keinen Zweifel daran, daß die Vertreibung ein nicht zu rechtfertigendes Verbrechen darstelle und die Polen besser auf Rache verzichtet hätten; doch wolle man nicht aufs neue das „Teufelsrad von Rache und Vergeltung“ in Gang setzen, dann müsse Deutschland auf die Ostgebiete verzichten⁴³. Zu der Position des Historikers gehörte auch der idealistische Vorschlag, Polen solle es zumindest einer bestimmten Zahl Deutscher ermöglichen, unter Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft in die alte Heimat zurückzukehren. Die BdV-Presse beließ es daraufhin nicht dabei, Golo Mann an die „halkyonischen Tage“ zu erinnern, die er mit seinen Eltern und Geschwistern in den letzten Weimarer Jahren im Sommerhaus auf der Kurischen Nehrung in Nidden verlebt hatte⁴⁴, sondern verdammt ihn in Bausch und Bogen als Professor, der glaube, seinem „Vaterland in den Rücken fallen zu können“⁴⁵. Tatsächlich aber war unübersehbar, wie wenig Mann einseitige historische Schuldzuschreibungen an die deutsche Seite für angemessen hielt. Die Polen, so meinte er, seien auch „keine Engel“; schon in der Teilungszeit seien sie eine „schwache, amorphe, chaotische Nation“ gewesen und in der Gegenwart selbst nicht frei von „Großmannssucht“ und imperialen Gelüsten⁴⁶.

³⁷ DOD, Nr. 8, 1965, S. 6. Die Satire-Sendung „Hallo Nachbarn“ war bei Vertriebenen damit nicht zum ersten Mal auf scharfe Kritik gestoßen. Vgl. etwa den Protestbrief gegen eine Persiflage der Nationalhymne in BAK B 145/1336 (Eberhard Paluschtzik, Wiesbaden, 17. April 1964, an Richard Münch, NDR). Vgl. auch den Kommentar über die Schwierigkeiten der Deutschen mit der Satire im allgemeinen, mit der „Hallo-Nachbarn-Brisanz“ im besonderen, in: *Die Welt*, 13. November 1965.

³⁸ Klaus von Bismarck war ein Bruder Philipp von Bismarcks, des Sprechers der Pommerschen Landsmannschaft, auf den man – nach dem kritischen Urteil des langjährigen BdV-Präsidenten Czaja, Unterwegs, S. 570 – „bei schwierigen politischen Entscheidungen nicht rechnen konnte“. Die früh auf Versöhnung mit Polen setzende pommersche Seitenlinie der Verwandten des Reichskanzlers unterstützte z. B. eine polnische Stiftung auf ihrem früheren Gut in Külz.

³⁹ Vgl. etwa dessen Artikel „Polen ist Mode geworden“, in: *Christ und Welt*, 10. März 1961.

⁴⁰ Vgl. Bender, *Neue Ostpolitik*, S. 118.

⁴¹ StICKLER, *Ostdeutsch*, S. 106.

⁴² Golo Mann, *Die Rechnung für den verlorenen Krieg. Grenzen und Möglichkeiten der neuen deutschen Außenpolitik*, in: *Die Zeit*, 22. September 1961. Zu Manns ostpolitischen Aktivitäten vgl. Butterli, *Golo Mann – Instanz und Außenseiter*, v. a. S. 285–302, sowie Jonas, *Golo Mann – Leben und Werk*, dort besonders S. 219 ff. (mit diverser Literatur zu Reaktionen Heimatvertriebener auf Äußerungen Golo Manns).

⁴³ So Mann bei einer vom ASTA organisierten Diskussion mit Wenzel Jaksch an der Stuttgarter TH. DOD, Nr. 25/26, 1964, S. 7.

⁴⁴ „Erinnern Sie sich ..., wenn Sie in Mondscheinnächten mit den Kurenfischern aufs Haff segelten ...“. DOD, Kulturdienst, Nr. 19/20, 1964, S. 4.

⁴⁵ DOD, Nr. 40, 1961, S. 2. Vertiefend zur Kontroverse zwischen Mann und dem BdV: StICKLER, *Ostdeutsch*, S. 105 ff.

⁴⁶ DOD, Nr. 25/26, 1964, S. 7.

Ebenso früh wie Mann wagte sich Karl Jaspers mit Ideen an die Öffentlichkeit, die den Verzicht auf die Ostgebiete beinhalteten. Bereits in einer vielbeachteten Vorlesungsreihe im Wintersemester 1945/46 hatte den Philosophen die Frage umgetrieben, in welchem Sinn „sich jeder von uns mitverantwortlich fühlen muß“ an den Verbrechen des Dritten Reiches. Jaspers lehnte zwar das Wort „Kollektivschuld“ ab, sprach aber von der Notwendigkeit tiefgreifender innerer Reinigung und Buße und betonte, daß das deutsche Volk für die Schandtaten der Nationalsozialisten politisch kollektiv hafte⁴⁷. Es war gewiß kein Zufall, daß ausgerechnet Jaspers nun in der Umbruchsituation Anfang der 1960er Jahre zu den Vordenkern einer neuen Deutschlandpolitik zählte und den Verzicht auf eine Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland – und damit implizit auch mit den alten ostdeutschen Gebieten – forderte⁴⁸.

Ähnliches galt für den Linkskatholiken Eugen Kogon, einem der Pioniere der „Vergangenheitsbewältigung“ in den ersten Nachkriegsjahren⁴⁹, dessen Mitstreiter Walter Dirks dem national orientierten Westpreußen und Ex-KZ-Häftling Kurt Schumacher (SPD) einmal vorgeworfen hatte, „in Unschuld verstockt“ zu sein⁵⁰. Kogon reihte sich jetzt ebenfalls in die Phalanx intellektueller Kritiker der Ostpolitik ein und nutzte seine publizistischen Möglichkeiten, sei es in den *Frankfurter Heften* oder als Gesprächsleiter im WDR dazu, den von ostdeutscher Seite so sehr propagierten Begriff des Heimatrechtes als „wirklich nicht ungefährlich“ darzustellen⁵¹. Als ihm der prominente Frankfurter Zoodirektor Bernhard Grzimek, gebürtig aus dem schlesischen Neiße, Recht gab und während einer TV-Sendung am 14. Oktober 1960 („Wiedersehen mit Schlesien“) für Polen positiv ausfallende Reiseindrücke schilderte, protestierte BdV-Vorsitzender Krüger: „Das Heimatrecht ist ein Grundrecht und kann auch nicht durch Zoologen verwässert werden. [...] Man kann nicht Polen sagen und Schlesien meinen“⁵².

Das Entsetzen in den Vertriebenenverbänden über die Folgen des immer intensiver werdenden Schuld diskurses war umso größer, als dieser keineswegs nur „linke“ Intellektuelle erfaßte, sondern sogar einen, wenngleich sehr unorthodoxen Katholisch-Konservativen wie Paul Wilhelm Wenger. Der Hauptstadt-Korrespondent des *Rheinischen Merkur*, der im März 1961 auf Einladung des Katholischen Bildungswerkes einen Vortrag an der Universität Bonn hielt, sah das Bild der 1000jährigen deutsch-polnischen Geschichte „überschattet von einseitiger deutscher Schuld“. Schon die „Schwertmission“ des Deutschen Ritterordens habe die Christianisierung im baltischen Raum um mindestens 200 Jahre verzögert. Die eigentliche Tragödie aber sei die preußische Polenpolitik gewesen, von der aus Wenger eine „direkte Linie über Weimar zu Hitlers Vernichtungspolitik“ zog⁵³.

⁴⁷ Jaspers, Die Schuldfrage, S. 56.

⁴⁸ Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 226–231; vgl. auch Jaspers, Lebensfragen der deutschen Politik.

⁴⁹ Sein Buch „Der SS-Staat“ war 1946 erschienen.

⁵⁰ Frankfurter Hefte, 3/1950, S. 543.

⁵¹ Eugen Kogon, Diskussion um Heimatrecht, in: Frankfurter Hefte 8/1960, S. 533–544, hier S. 535; DOD, Nr. 22, 1960, S. 3.

⁵² Stickler, Ostdeutsch, S. 365; DOD Nr. 43, 1960 S. 6.

⁵³ DOD, Nr. 11, 1961, S. 10. Wenger, der auch im *Rheinischen Merkur* zum Thema Oder-Neiße-Linie publizierte (vgl. etwa „Die Tragödie von Jalta. Eine Dokumentation zur deutsch-polnischen Frage“, in: Rheinischer Merkur, 21. April 1961) war schon im Vorjahr mit dem BdV aneinandergeraten, weil er ein Erdkundebuch als „absurde Ostwestkunde“ kritisiert hatte, wo von Köln als dem „westdeutschen Gegenstück zu Breslau“ die Rede war. DOD, Nr. 12, 1960, S. 3. Zur schillernden Persönlichkeit Wengers und zu seinen teils abenteuerlichen deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen vgl. Meyer, Geschichte der Wochenzeitung Rheinischer Merkur, S. 97 ff., 450–469.

Der selbst Adenauer manchmal zu radikal westorientierte Jurist und publizistische Sonderling Wenger bediente sich damit freilich nur einer Argumentation, die bei den durch die neue Ostpolitik besonders geforderten Geschichts- und Politikwissenschaftlern – über den bereits genannten Golo Mann hinaus – sehr an Zustimmung gewann. Den großen Rahmen hatte Fritz Fischers Studie „Griff nach der Weltmacht“ (1961) zur kaiserlichen Kriegszielpolitik bis 1914 vorgegeben⁵⁴. Danach waren die Deutschen nicht mehr nur am Zweiten Weltkrieg allein schuldig – eine Vorstellung, an die sie sich gerade langsam zu gewöhnen begannen –, sondern jetzt auch noch hauptsächlich am Ersten Weltkrieg, zu dessen Erklärung bislang doch ein Bild allseitiger Verfehlungen und Verstrickungen der imperialistischen Mächte gezeichnet worden war. Die Studie Fischers sollte „wie ein Sprengsatz mit Zeitzünder“ wirken und eine bald in breitere Öffentlichkeitsschichten vordringende „Formverwandlung“ des historisch-politischen Denkens ankündigen, in dessen Folge sich „die Distanzierung von allem Nationalen noch beschleunigt“ hat⁵⁵. Das Buch hätte nie und nimmer so viel Wirkung erzielt, wenn die Antennen der Öffentlichkeit für neue Beiträge zur deutschen Schulddebatte damals nicht so empfänglich gewesen wären. Denn unter den etablierten Fachhistorikern stieß Fischer zunächst auf eine breite Front der Ablehnung. Die Geschichtswissenschaft wurde aber im Zuge dieser Kontroverse zur *public science*, wofür nicht zuletzt der seit der Spiegel-Affäre für manche zur moralischen Instanz gewordene Rudolf Augstein und die vielen Studenten sorgten, die Fischer auf dem Berliner Historikertag 1964 umjubelten⁵⁶.

Nur vor diesem Hintergrund ist auch zu verstehen, daß die Überblicksdarstellung „200 Jahre deutsche Polenpolitik“⁵⁷, die der aufstrebende Historiker Martin Broszat vom Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) 1963 veröffentlichte, eine so beachtliche Wirkung entfaltete. Offensichtlich lieferte das Buch dem von immer mehr Intellektuellen und Journalisten politisch als notwendig Erachteten mehr oder weniger gute historische Begründungen. Erschienen war es denn auch in einer Reihe, in der Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens „aktuelle Probleme“⁵⁸ behandelten. Broszat, der als Schüler Theodor Schieders in den 1950er Jahren noch selbst an dessen großer Vertreibungsdokumentation im Auftrag des Bundes mitgewirkt hatte, war wesentlich wohl auch infolge seiner intensiven Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Polen⁵⁹ um 1960 herum zu neuen politischen Einsichten gelangt. Fortan plädierte er dafür, den „Verlust deutscher Stellung im Osten“ zu akzeptieren und den seit 1945 „veränderten Gegebenheiten“ mittels einer neuen Polenpolitik Rechnung zu tragen⁶⁰. Prominente Osteuropahistoriker kritisierten Broszats kleine Studie wegen ihrer „Einseitigkeit“ mit großer Schärfe, monierten, daß er schon bei der Geschichte der polnischen Teilungen Preußen „in stärker-

⁵⁴ Vgl. Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 231–236; Schöllgen, *Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse*; Mombauer, *The origins of the First World War*; Jarausch, *Der nationale Tabubruch*.

⁵⁵ Wolfrum, *Geschichtspolitik*, S. 235, 238.

⁵⁶ Vgl. Große Kracht, *Die zankende Zunft*, S. 47–67, v. a. 61 f.

⁵⁷ Broszat, *200 Jahre deutsche Polenpolitik*.

⁵⁸ So hieß es im Umschlagtext.

⁵⁹ Nachdem er sich seit Mitte der 1950er Jahre intensiv mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Ostmitteleuropa befaßt und dabei vor allem auch Fragen der „Judenpolitik“ in Ungarn, Rumänien oder der Slowakei sowie das Verhalten deutscher Volksgruppen im Osten behandelt hatte, legte Broszat 1961 eine Studie zu Polen vor: Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik*.

⁶⁰ Broszat, *200 Jahre deutsche Polenpolitik*, S. 242, 258.

rem Maße als Initiator“ herausstelle, „als es den Tatsachen entspricht“⁶¹, daß die Darstellung zudem von der Ansicht ausgehe, die Berliner Polenpolitik seit 1871 sei „eine Vorform der nationalsozialistischen Polenpolitik oder gar noch mehr als das gewesen“⁶², und daß suggeriert werde, die deutsche Minderheit in Polen nach 1918 sei „durch eine entsprechende polnische Minderheit in Deutschland aufgewogen worden“⁶³. Aber selbst eine vernichtende Besprechung in dem – von Schieder herausgegebenen – Traditionsorgan der Historikerkunft, das Broszats Buch wegen seiner besonderen Bedeutung eine außergewöhnliche, zehnstufige Großrezension widmete, tat der öffentlichen Wirkung der Publikation kaum Abbruch⁶⁴.

Daß mit einem Aufsatz über die Vorgeschichte der „Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei“ 1960 und einer Miszelle 1962 auch die wissenschaftliche Debatte um das Thema Vertreibung in den vom IfZ herausgegebenen *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* für mehrere Dekaden so gut wie abbrach⁶⁵, war indes nicht das Ergebnis einer bestimmten – traditionell ausschließlich an inhaltlicher Qualität orientierten – Redaktionspolitik, sondern nur ein Spiegelbild der generellen Forschungstrends im Fach – und eben auch am IfZ. Publikationen vom äußersten rechten Rand, die in den hitziger werdenden ostpolitischen Debatten Vertreibungsverbrechen gegen NS-Verbrechen aufrechneten, verstärkten nur noch die Überzeugung, das Thema für „nationalistisch affiziert“ zu halten, was seinen Teil dazu beitrug, „daß es von der jüngeren Generation der Historiker seit den sechziger Jahren kaum [...] aufgegriffen wurde“⁶⁶. Später kam noch eine weitere, schmerzliche Erkenntnis hinzu: Das lange wichtigste vertriebenengeschichtliche Projekt in der Bundesrepublik hatte man mit Schieder ausgerechnet einem Historiker anvertraut, dessen wissenschaftliche Exzellenz unbestritten war, der sich aber als junger Assistent für diese Aufgabe nicht gerade qualifiziert hatte, indem er in einer Denkschrift über die zu annektierenden polnischen Grenzstreifen am 7. Oktober 1939 schrieb: „Die Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens in diesen Gebieten macht Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig“⁶⁷.

Es lag aber nicht an der persönlichen Belastung Schieders, daß der von Anfang an geplante Ergebnisband der Dokumentation nicht mehr erschien und das Großprojekt 1962 mit dem fünften Band ziemlich abrupt endete. Vielmehr wurde der Schlußband auch von dem gewandelten „Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft [...] zur NS-Zeit in den Schwellenjahren um 1960 eingeholt“. Bestimmte nunmehr „ein rigoroser Dualismus von Nationalsozialismus und Holocaust einerseits und ‚Flucht und Vertreibung‘ andererseits“ die öffentliche wie die wissenschaftliche Debatte, so hatte die von Schieder geleitete Kommission eben diesen Dualismus „im Ansatz wissenschaftlich überwunden“⁶⁸. Sie interpretierte die NS-Umsiedlungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik als „zusätzliche Faktoren

⁶¹ Horst Jablonowski, in: HZ 198 (1964), S. 397–406, hier S. 399.

⁶² Ebd., S. 400.

⁶³ Ebd., S. 406.

⁶⁴ Vgl. etwa die angesichts der damaligen ostpolitischen Positionen der SPD ziemlich bemerkenswerte Würdigung im *Vorwärts*, 11. September 1963, der das Buch schon deshalb so begrüßenswert fand, weil es „anti-polnischen Affekten“ und „Chauvinismus“ seitens der Vertriebenenverbände entgegenwirke und der „Wahrheit“ diene.

⁶⁵ Fortan tauchte die Vertreibung in den Vierteljahrsheften allenfalls noch „als Folgeproblem“ auf. Herbert Ammon, Stiefkind der Zunft, sowie ders., Die Vertreibung der Deutschen.

⁶⁶ Faulenbach, Die Vertreibung der Deutschen, S. 53.

⁶⁷ Aly, Endlösung, S. 16.

⁶⁸ Beer, Die Dokumentation, S. 24.

mit katalytischer Wirkung“, stellte sie aber in den Kontext einer langen Kette von Zwangsumsiedlungen in der europäischen Geschichte, für welche die seit dem 19. Jahrhundert vom Nationalismus genährte Idee des ethnisch reinen Nationalstaates „eine wesentliche Triebfeder bildete“⁶⁹. Vor dem Hintergrund einer veränderten Erinnerungskultur war den schwarzen, mit einem weißen Umschlag versehenen Bänden, die in Auflagen zwischen 8 000 und 10 000 Exemplaren gedruckt worden waren, kein Verkaufserfolg beschieden. Die Hälfte davon ging kostenlos an wissenschaftliche und öffentliche Einrichtungen im In- und Ausland. Jahre später resümierte das zuständige Bonner Ministerium: „Es hat sich gezeigt, daß die ‚Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa‘ [...] weitgehend unbekannt ist bzw. geblieben ist“⁷⁰.

Außerhalb der wissenschaftlichen Literatur sah die Lage in den 1960er Jahren noch anders aus. Das „Ostpreußische Tagebuch“ von Hans Graf von Lehndorff⁷¹, zunächst erschienen als nicht besonders beachteter Beitrag in Schieders Vertreibungsdokumentation, wurde 1961/62 als eigenständiges Taschenbuch auf den Markt gebracht, führte zeitweilig die Bestseller-Liste des Deutschen Buchhandels an und erreichte noch im ersten Jahr die zehnte Auflage mit an die 200 000 Exemplaren⁷². Eine Reihe weiterer monographischer Vertreibungsberichte, durchweg in preiswertem Taschenbuchformat, folgte im Sog des Erfolgsbuches, bis das Vertreibungsgedenkjahr 1965 Anlaß zu neuen, populär gehaltenen – qualitativ unterschiedlichen – Veröffentlichungen gab. Genannt seien nur Ernst Edgar Jahn „Pommersche Passion“⁷³ oder Rolf O. Beckers „Niederschlesien 1945. Die Flucht – Die Besetzung“⁷⁴. Wer in jenen Jahren die Frankfurter Buchmesse besuchte, konnte zudem Publikationen zu völkerrechtlichen oder wirtschaftlichen Aspekten der deutschen Ostgebiete finden, aber auch „die Stimme der Dichter und Schriftsteller des deutschen Ostens“⁷⁵ vernehmen: Werner Bergengruen, Edzart Schaper oder Siegfried Lenz. Und der Westpreuße Günter Grass, dem mit seiner „Blechtrommel“ 1959 ein sensationelles Debüt gelungen war, ließ diesem Roman die Erzählung „Katz und Maus“ (1961) und den Roman „Hundejahre“ (1963) folgen, die er später als „Danziger Trilogie“ zusammenfaßte⁷⁶. Er habe versucht, so Grass später, „mit literarischen Mitteln eine verlorene Welt, nämlich Danzig und die Weichselniederung, in eine neue Form zu übersetzen und ihr dadurch, so hoffe ich, einige Dauer zu leihen.“⁷⁷ Daß es oft nicht die bekannten „ostdeutschen“ Verlage waren, sondern westdeutsche, die mit ostdeutschen Autoren und Themen Erfolge hatten, war auffällig, aber nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen. So verließ selbst BdV-Kulturexperte Georg Hermanowski, wenngleich kein Freund von Günter Grass, die Frankfurter Messe 1963 mit dem günstigen Eindruck, „daß auch heute, fast zwei Jahrzehnte nach der Vertreibung, der deutsche Osten in der Literatur lebt“⁷⁸.

⁶⁹ Ebd., S. 23.

⁷⁰ So verlautete 1975 aus dem Bundesinnenministerium. Ebd., S. 25.

⁷¹ Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch (1961).

⁷² Die Auflage liegt heute bei über 270 000 Exemplaren.

⁷³ Jahn, Pommersche Passion.

⁷⁴ Becker, Niederschlesien. Vgl. auch die Beilage zum DOD, Nr. 51/52, 1965 (DOD-Kulturdienst, S. 22).

⁷⁵ So Georg Hermanowski im DOD, Nr. 40/41, 1963, S. 6.

⁷⁶ Rautenberg, Die Vertreibung, S. 276.

⁷⁷ Manuskript der Sendung „Der ostdeutsche Kulturrat – sein Werden und Wirken“ vom 14. November 1970, 13.40–13.55 Uhr im I. Programm des WDR („Alte und neue Heimat“). BAK B 106/27211.

⁷⁸ DOD, Nr. 40/41, 1963, S. 6.

Den Wandel der kollektiven Erinnerung an die Vertreibung aus dem Osten konnten all diese Bücher aber nicht hindern. Er vollzog sich unaufhaltsam, zunächst vor allem auf den weiten Feldern des gesellschaftlich damals noch recht einflußreichen Protestantismus. Zwar hatten die evangelischen Kirchen mit der Teilung 1945 – rein quantitativ gesehen – die dominierende Stellung eingebüßt, die sie seit der Bismarckschen Reichsgründung eingenommen hatten. Doch in der – mit Ernst Troeltsch zu reden – nach allen Seiten offenen Halle des Protestantismus fingen sich die Winde des Zeitgeists nach wie vor viel stärker als im Katholizismus. Und jetzt, nach dem Schock des Berliner Mauerbaus 1961, gab es dafür sogar einen besonders guten Grund: Denn vom Schwinden auch der letzten Hoffnungen auf eine baldige Überwindung der deutschen Teilung waren die evangelischen Christen besonders betroffen. In Mitteldeutschland lagen die Kernlande der Reformation, und die Wiedervereinigung mit den Glaubensbrüdern und -schwestern in der DDR war über die kirchenpolitischen Flügel hinweg eineinhalb Jahrzehnte lang mit heißem Herzen erstrebt worden. Wie um die maßlos enttäuschten nationalen Sehnsüchte innerlich zu verarbeiten und den unabwendbar gewordenen Status quo der deutschen Teilung ethisch zu legitimieren, rekurrten die Kirchenleitungen nunmehr verstärkt auf den gesamtgesellschaftlich ohnehin immer wichtiger werdenden Topos der deutschen Schuld, statt weiterhin von der „sittliche(n) Notwendigkeit“ der Wiedervereinigung zu sprechen⁷⁹ und – wie noch die EKD-Synode anläßlich des Eichmann-Prozesses 1961 – zu betonen: „Keine Schuld ist so groß, daß sie ausgenommen wäre von der Vergebung Gottes“⁸⁰.

Bereits das Tübinger Memorandum angesehenen evangelischer Persönlichkeiten mit seinem Plädoyer für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie⁸¹ wirkte im Februar 1962 wie ein erstes Wetterleuchten der stürmischen ostpolitischen Debatten. Einige Jahre später, im Oktober 1965, wurden in der von der Kammer für öffentliche Verantwortung ausgearbeiteten und vom Rat der EKD veröffentlichten Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ die „den Deutschen angetanen Unrechtstaten“ erstmals quasi kirchenamtlich begründet mit der „schwere[n] politische[n] und moralische[n] Schuld“, die das deutsche Volk gegenüber seinen Nachbarn auf sich geladen hatte (die Vertreibung sei ein „Gericht Gottes“) und daraus der Verzicht auf die seit 1945 polnisch bzw. russisch verwalteten Ostgebiete (als „Wiedergutmachung für begangenes Unrecht“) abgeleitet⁸². Für die deutsch-polnische Versöhnung erwies sich die Denkschrift langfristig als Meilenstein.

⁷⁹ So z. B. die Generalsynode der EKD im Mai 1955. Siehe Heidtmann, *Hat die Kirche geschwiegen?*, S. 214.

⁸⁰ Heidtmann, *Hat die Kirche geschwiegen?*, S. 340. Zu dieser Entwicklung trug auch die Gründung einer evangelischen Arbeitsgemeinschaft „Juden und Christen“ auf dem Kirchentag in Berlin 1961 bei, die sich um die überfällige Neubestimmung des Verhältnisses zwischen beiden Religionen bemühte und damit die Matrix des deutschen Protestantismus nachhaltig veränderte. Nowak, *Vergangenheit und Schuld*, S. 123. Vgl. auch Hanke, *Die Deutschlandpolitik der evangelischen Kirche*, v. a. S. 176 ff., sowie Bayer, *Die deutsche Frage auf den EKD-Synoden*.

⁸¹ Zum Tübinger Memorandum vgl. Greschat, „Mehr Wahrheit in der Politik!“.

⁸² *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*. Eine evangelische Denkschrift, S. 7 (Zitat), S. 42 ff. Zur Entstehung der Denkschrift und ihrer Diskussion siehe v. a. das zweite und dritte Kapitel in Rudolph, *Evangelische Kirche und Vertriebene*. Nach Ansicht des renommierten Osteuropahistorikers Gotthold Rhode hatten die Autoren der Denkschrift unter dem Vorsitz des Tübinger Professors Ludwig Raiser nicht hinreichend bedacht, weshalb „gerade die Vertreibung Gottes Gericht“ sei, das man hinzunehmen habe, „die Teilung Deutschlands und die Mauer in

Leider beließ es die Kammer für öffentliche Verantwortung, der kein einziger Vertriebener angehörte⁸³, nicht bei im weitesten Sinne ethischen Erwägungen. Sie begab sich vielmehr weit hinaus auf das Feld der Historie und erweckte den Anschein, das nationalsozialistische Lebensraumideologem unseligen Angedenkens gleichsam in sein Gegenteil verkehren zu wollen. Obwohl die Volksrepublik Polen nicht einmal halb so dicht besiedelt war wie die Bundesrepublik, sprach die Denkschrift mit Blick auf die polnischen Gebietsverluste im Osten 1945, die größer gewesen seien als die Gewinne im Westen, von einer Verpflichtung der Deutschen, dem polnischen Volk „den Raum zu lassen, den es zu seiner Entfaltung bedarf“⁸⁴. Polen habe 46,3% seines früheren Staatsgebietes an die Sowjetunion verloren, Deutschland mit seinen Ostgebieten nur 24,23% der alten Fläche (in den Grenzen von 1937)⁸⁵. Außer Betracht blieb dabei das geschichtliche Faktum, daß Polen sich die – mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen bewohnten – „Ostgebiete“ am Ende des Ersten Weltkriegs gewaltsam einverleibt und – auch wegen seiner repressiven Minderheitenpolitik zwischen 1919 und 1939 – einen keineswegs unumstrittenen Anspruch auf weite Teile davon hatte. Zudem waren aus den deutschen Ostgebieten vier oder fünf mal mehr Menschen vertrieben worden als aus den polnischen. Und wie wollte man – mit Wenzel Jaksch zu reden – überhaupt „glaubhaft machen, daß die dünnbesiedelten Prypjetsümpfe gegen das blühende Schlesien eingetauscht werden mußten“⁸⁶?

Auch wenn Jaksch mit dieser Formulierung dem polnischen Verlust Lembergs oder Wilnas nicht gerecht wurde⁸⁷, erweist sich die territoriale Kompensationstheorie zumindest teilweise als Mythos. Mag die Geschichte von den drei Streichhölzern, mit denen Churchill auf der Teheraner Konferenz die Westverschiebung Polens demonstrierte, noch so eingängig sein: Als reine Kompensation hätten Ostpreußen und/oder Oberschlesien vollauf genügt, und die polnische Exilregierung in London wollte ja auch gar nicht darüber hinausgehen, weil sie mit Schärfe sah, welch unendliche Belastung des deutsch-polnischen

Berlin aber nicht“, doch war eben damit die spätere Entwicklung der EKD-Position zur Wiedervereinigung bereits angedeutet. Die von Rhode gestellte Frage, wo eigentlich die göttliche Strafe bleibe „für die Macht, die den Überfall [auf Polen 1939, M.K.] durch den Pakt vom 23. August erst ermöglichte und dann am 17. September 1939 Polen [...] überfiel und überhaupt im Bündnis mit dem Nationalsozialismus eine Politik betrieb, die in nichts moralischer war als die ihres Partners“ (Rhode, Brief an Bischof Lilje, S. 27 f.), hielt man in den Kirchenleitungen des deutschen Protestantismus seit Mitte der 1960er Jahre immer weniger für bedenkenswert.

⁸³ Schwarz, Die evangelischen Vertriebenen, S. 244.

⁸⁴ Die Lage der Vertriebenen, S. 29. Vorher wurde der Breslauer Bischof Boleslav Kommenek mit den Worten zitiert, für die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lebenden Polen sei „anderswo ein entsprechender Lebensraum nicht gegeben.“ Ebd., S. 20.

⁸⁵ Die Lage der Vertriebenen, S. 21.

⁸⁶ DOD, Nr. 7, 1965, S. 10. Vgl. auch die kritischen Stimmen von Rehs im *Vorwärts*, 1. Dezember 1965, oder Philipp von Bismarcks in der *ZETT*, 12. November 1965, der vor allem auch den „für uns heute peinlich wirkenden nationalsozialistischen Begriff des ‚Lebensraumes‘“ in der EKD-Denkschrift kritisierte. Sie rufe den unzutreffenden Eindruck hervor, „als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sogenannte ‚Westverschiebung‘ Polens notwendig gemacht“. Auch im außenpolitischen Arbeitskreis der SPD-Fraktion kritisierten einige Abgeordnete, daß die Denkschrift „Mängel in der historischen Darstellung“ zeige. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. Zweiter Halbband, S. 869.

⁸⁷ Wilna und v.a. Lemberg, das „kleine Wien“, waren zentrale Stätten polnischer Kultur und besaßen etwa nach Einschätzung Philipp Thers „für Polen eine noch größere Bedeutung als Breslau und Königsberg für Deutschland“. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 105.

Verhältnisses – zu Gunsten des lachenden Dritten in Moskau – aus einer Oder-Neiße-Grenze resultieren würde. Ministerpräsident Stanisław Mikolajczyk brachte noch im Herbst 1944 schwere Bedenken gegen eine Annexion Breslaus und Stettins vor, da diese Städte „fast völlig deutsch“ seien⁸⁸. Obendrein gewann das schiefe territoriale Kompensationsargument für die Vertreibung der Sudetendeutschen und anderer deutscher Volksgruppen aus dem Südosten Europas ohnehin keine Erklärungskraft. Ob es auch Eingang in die EKD-Denkschrift gefunden hätte, wenn der langjährige Vertriebenenbeauftragte der EKD, Bischof Reinhard Wester, mehr als nur partiell an der Ausarbeitung des Papiers beteiligt worden wäre, darf bezweifelt werden⁸⁹.

Für die Vertriebenen Denkschrift der EKD gab es auf katholischer Seite kein Pendant. Eine – ebenfalls ohne Mitwirkung Vertriebener ausgearbeitete – Erklärung des linkskatholischen Bensberger Kreises im Sinne des EKD-Memorandums artikuliert 1968 nur die Meinung einer Minderheit⁹⁰. Dagegen hatten die deutschen Bischöfe in der Antwort auf ein mutiges Einladungsschreiben ihrer polnischen Amtsbrüder zu den Millenniumsfeiern der Christianisierung Polens 1966 (Wir „gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“⁹¹) „in Liebe und Wahrhaftigkeit“ deutlich gemacht, daß die vertriebenen Deutschen, von einigen Ausnahmen abgesehen, „keine aggressive Absicht“ verfolgten, wenn sie vom „Recht auf die Heimat“ sprächen: „Unsere Schlesier, Pommern und Ostpreußen wollen damit sagen, daß sie Rechtens in ihrer alten Heimat gewohnt haben und daß sie dieser Heimat verbunden bleiben“. Dabei sei ihnen aber bewußt, daß dort jetzt eine neue Generation heranwachse, die das ihren Vätern zugewiesene Land „ebenfalls als ihre Heimat“ betrachte⁹². Nachdem die Erklärung der deutschen Bischöfe mithin zwar auf Versöhnung, nicht aber ausdrücklich auf Verzicht gestimmt war, konnte es kaum verwundern, wenn ihnen die Einreisevisa für die Millenniumsfeiern von einem polnischen Staat verweigert wurden, der damals auch seine eigenen Bischöfe wegen der Verzeihungsadresse an die Deutschen massiv unter Druck setzte⁹³.

Während die katholische Kirche auf die ostpolitischen Entwicklungen eher behutsam reagierte und der Vatikan die Neuzirkumskription der ostdeutschen Diözesen erst nach Abschluß des Moskauer und Warschauer Vertrags 1972 vornehmen sollte⁹⁴, erwies sich die EKD-Denkschrift von 1965 trotz ihrer inhaltlichen Mängel als ausgesprochen wirkungsmächtig. Es werde, so kommentierte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der ostdeutschen Landesvertretungen, Philipp von Bismarck, in einer WDR-Sendung empört, der Eindruck erweckt, als müsse man den deutschen Vertriebenen erst „beibringen, daß es keine

⁸⁸ Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, S. 359.

⁸⁹ Die Bedenken gegen die Denkschrift veranlaßten den Bischof endgültig, seine schon länger bestehenden Überlegungen zum Rücktritt in die Tat umzusetzen. Vgl. Neubach, *Die Rolle der beiden christlichen Kirchen*, S. 211, sowie Rudolph, *Evangelische Kirche*, Bd. II, S. 177 ff.

⁹⁰ Vgl. Lorenz, *Die katholischen Vertriebenen*, S. 260; Czaja, *Unterwegs*, S. 449–453. Für die Vorgeschichte unverzichtbar: Bendel, *Aufbruch aus dem Glauben*.

⁹¹ So hieß es in der Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe, Rom, 18. November 1965, in: Jacobsen/Tomala, *Bonn – Warschau*, S. 142.

⁹² Die Antwort der deutschen Bischöfe an die polnischen Bischöfe, Rom, 5. Dezember 1965, in: Jacobsen/Tomala, *Bonn – Warschau*, S. 144.

⁹³ Czaja, *Unterwegs*, S. 443. Veruefend zum Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe, Heller, *Macht Kirche Politik*.

⁹⁴ Vgl. vor allem Hummel, *Vatikanische Ostpolitik*, sowie Stehle, *Die Ostpolitik des Vatikan*.

neue Vertreibung geben dürfe⁹⁵. Jedenfalls hatten mit der EKD-Denkschrift erstmals die Verantwortlichen einer großen gesellschaftlichen Gruppe von anerkannter Autorität ausgesprochen, was bis dahin noch „fast an Landesverrat grenzte“⁹⁶, auch wenn mehr und mehr Intellektuelle und Journalisten so argumentierten. Daß die Forderung nach Grenz- anerkennung – sowohl moralisch im Blick auf die Gewaltpolitik des Dritten Reiches wie auch außenpolitisch-pragmatisch begründbar – sich obendrein pseudohistorischer Argumente bediente, wurde vielleicht durch Überreaktionen im BdV selbst begünstigt. Dort verloren angesichts der Enttäuschung über die wachsenden Verzichtstendenzen manche das Maß und steckten sogar differenziertere Geister wie Golo Mann umstandslos in die Schublade der vaterlandslosen Gesellen⁹⁷. Und so machten sich die Vertriebenen Zeitgenossen zu Feinden, die mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie keinesfalls auch eine Vertreibung des alten deutschen Ostens aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation bezweckten. Den Nutzen davon sollten schreckliche Vereinfacher in Politik und Gesellschaft davontragen, die den territorialen Verzicht offensichtlich als Verzicht auch auf ostdeutsche Erinnerungskultur, ja teils sogar auf Empathie mit den Opfern der Vertreibung fehlinterpretierten.

Wenn die Berliner „Stachelschweine“ schon Anfang der 1960er Jahre Hohn und Spott über die Vertriebenen sprecher ausgossen und sie – als ob es die Stuttgarter Charta nicht gäbe – als fanatische Ostlandreiter darstellten, so mochte dies der Narrenfreiheit des Mediums Kabarett geschuldet sein⁹⁸. Aber galt dies auch noch für die NDR-Fernsehsendung „Hallo Nachbarn“ am 11. November 1965, die sogar Vertreibungsmethoden und die Art der Flucht kabarettistisch verzerrte und wie folgt ins Lächerliche zog? „Beispielsweise müssen die Anstandsregeln der Vertreibung offenbar sehr leger gehandhabt worden sein. Der Herr läßt die Dame entweder rechts oder links von sich gehen. Nur daß man ehepaarweise vertreiben läßt, scheint selbstverständlich zu sein“⁹⁹. Auch andere Kabaretts wie die „Münchener Lach- und Schießgesellschaft“ oder das Düsseldorfer „Kom(m)ödchen“ meinten es „mit dem Angriff auf die Vertriebenenverbände sehr ernst“¹⁰⁰. Sie zeichneten sie als Inbegriff derer, „die aus der Vergangenheit keine Lehren gezogen haben“ und nannten sie „mit den unverbesserlichen Nationalsozialisten in einem Atemzug“¹⁰¹. Als plastischer

⁹⁵ BAK B 150/3344: WDR Hauptabteilung Politik, Manuskript für die Sendung „Alte und neue Heimat“ vom 23. 10. 1965, 13.45 Uhr, S. 5.

⁹⁶ Bender, Neue Ostpolitik, S. 121.

⁹⁷ Vgl. DOD, Nr. 8, 1964, S. 7. So wurde gegen den Stuttgarter Politikprofessor beim Kultusministerium in Stuttgart ein dienstaufsichtliches Verfahren angestrengt; doch zog sich Mann schließlich 1964 freiwillig von seinem Lehrstuhl zurück. Vgl. auch Stickler, Ostdeutsch, S. 107.

⁹⁸ Vgl. hierzu das 27. Programm der Stachelschweine (1959/60): Schaffner, Das Kabarett, S. 199, 336; DOD, Nr. 36, 1960, S. 3.

⁹⁹ Zit. nach: Textauszug aus der am 11. November 1965 in der ARD ausgestrahlten Sendung, in: BAK B 150, Fiche 3339, Bl. 255–257. Zum Protest der Landsmannschaft Oberschlesien und dem Kommentar der *Welt am Sonntag* „Treibjagd gegen die Vertriebenen“ vgl. DOD Nr. 49/50, 1965, S. 11, Nr. 48, 1965, S. 6; einen anderen Akzent setzte dagegen Klaus Heinrich Meyer in der *Süddeutschen Zeitung*, 15. November 1965 („Hallo Nachbarn!“).

¹⁰⁰ Schaffner, Das Kabarett, S. 200. Im 12. Programm der „Münchener Lach- und Schießgesellschaft“ 1965 („Schuld abladen verboten“) hieß es etwa: „Wir haben uns seit 1937 auch Verschiedenes genommen, was uns nicht gehört. Daraus ist nicht unbedingt das Recht auf das abzuleiten, was uns heute auch nicht gehört!“. Ebd., S. 201, vgl. auch S. 202, 337.

¹⁰¹ Schaffner, Das Kabarett, S. 199.

Beleg für die politische Verbissenheit des Kabarets bei diesem Thema sei nur noch der „überdeutliche, pointenlose“ – für die „Stachelschweine“ ganz ungewöhnliche – Schluß in ihrem 27. Programm vom Winter 1959/60 erwähnt: „Erlauben Sie mal – um das Erbe unserer Väter, das uns gestohlen wurde, werden wir kämpfen! [...] Wie dumm. Nicht die anderen, – sondern wir selbst haben uns [...] um das Erbe unserer Väter gebracht.“¹⁰² Wenn sich die Kabarettisten seit den 1960er Jahren zunehmend auf die ihres Erachtens „immer verlogener Politik der Vertriebenenverbände“ einschossen, um – wie es hieß – die Stimmung einzufangen, die „durch die Öffentlichkeit geht“¹⁰³, so war das eine Sache. Eine andere war es, zwischen den Verbandsfunktionären, die sich als Personen der Zeitgeschichte Kritik natürlich gefallen lassen mußten, und den einfachen Opfern der Vertreibung oft nicht hinreichend zu differenzieren.

Auf einen ähnlichen Mangel an Empathie stieß man bei jungem akademischen Publikum während eines universitären Streitgespräch über alte und neue Ostpolitik mit dem überzeugten NS-Gegner Wenzel Jaksch. Das studentische Mißfallen über dessen Ansichten äußerte sich teilweise in blankem Zynismus. Als Jaksch sagte, daß ihm das Leid der Vertriebenen „ans Herz greife“, daß „schon Schumacher, der im KZ [...]“ – wurde er durch höhnisches Gelächter kurzerhand am Weiterreden gehindert¹⁰⁴. Das Denken, das aus einem derartigen Verhalten sprach, verschaffte sich manchmal auch in handgreiflicher Form Ausdruck. 1967 wurde etwa ein erst im Vorjahr eingeweihter Deutschland-Gedenkstein im Göttinger Wald geschändet, wobei unbekannte Täter aus dem – auf Initiative von Vertriebenen aufgestellten – Denkmal mit einer Landkarte Gesamtdeutschlands die Ostgebiete herausmeißelten und mit roter Farbe besudelten. Ein anderes Mal rissen Studenten der TH Aachen vor einer Veranstaltung des BdV in der Aula die dort als Saalschmuck angebrachten Wappen der deutschen Ostgebiete wieder herunter¹⁰⁵. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war wohl im Sommer 1970 erreicht, als der Süddeutsche Rundfunk im Rahmen der Sendung „Heiße Sachen – Zeitgenuß für Zeitgenossen“ einen Kabarettbeitrag zum Thema: „Heterologe Insemination oder die Endlösung des Vertriebenenproblems“ ausstrahlte. Danach sollte Ostdeutschland durch Zeugung möglichst vieler „reinrassiger“ Vertriebener neu besiedelt werden, indem „reinrassigen“ Frauen „reinrassiger Samen“ namentlich genannter BdV-Politiker inkorporiert würde: „Das reicht bis zum Jahr 2000, und wenn es nottut, zum Ural“¹⁰⁶. Die Sendung, so kommentierte *Der Schlesier* bitter, sei nach dem Motto verlaufen: „[...] Die Vertriebenen sind die Wanzen unserer Gesellschaft, darum müssen sie zwischen den Fingern zerdrückt werden“¹⁰⁷. Der Vorfall, für den sich der

¹⁰² Tschechne, *Das Stachelschweinbuch*, S. 115B. Zu den „Stachelschweinen“, die nach einem Beitrag über die Berliner Mauer 1964 vom ARD-Programmbeirat als „zersetzend“ gerügt wurden, vgl. auch Hodenberg, *Konsens und Krise*, S. 351.

¹⁰³ Pelzer, *Kritik durch Spott*, S. 133, 145. Ein besonders dankbares Objekt für das Kabarett war SL-Sprecher Seeböhm. Vgl. hierzu das Stück „Heim ins Reich. Vorzutragen vor einem Seeböhm-Bild“, in: Kühn, *Wir sind so frei*, S. 237 ff.

¹⁰⁴ DOD, Nr. 25/26, 1964, S. 7.

¹⁰⁵ DOD, Nr. 25, 1967, S. 10; Nr. 3, 1971, S. 5.

¹⁰⁶ Vgl. *Der Schlesier*, 16. Juli 1970; DOD, Nr. 21/22, 1970, S. 16 (Zitat), sowie Nr. 26, 1970, S. 7.

¹⁰⁷ *Der Schlesier*, 16. Juli 1970 (Rundfunk- und Fernsehspiegel): Wenn es „einen Preis der internationalen Pornographie für Schweinerei im Programm des Rundfunks gäbe, die [...] Sendung [...] des Süddeutschen Rundfunks müßte schleunigst dafür vorgeschlagen werden. Diese Geschmacklosigkeit ist nicht nur im übertragenen Sinn eine Schweinerei, sie ist es auch vollinhaltlich.“

SDR-Intendant entschuldigen mußte, illustrierte überdeutlich, wie wenig die Vertriebenen von wachsenden Teilen der Gesellschaft eigentlich als Opfer wahrgenommen wurden¹⁰⁸. Ähnlich krasse kabarettistische Stücke zu Lasten anderer Opfergruppen des Zweiten Weltkriegs wären schwer vorstellbar gewesen.

¹⁰⁸ Goschler, „Versöhnung“ und „Viktimisierung“, S. 878, hat in diesem Zusammenhang mit Bezug auf Elazar Barkan zutreffend von „unerwünschten Opfern“ gesprochen.

III. Die Medien als „Wegbereiter“ ostpolitischen und erinnerungskulturellen Wandels in den 1960er Jahren

1. Presse

Eine Hauptrolle im ostpolitischen und erinnerungskulturellen Klimawandel während der 1960er Jahre spielten die Medien. Mit an erster Stelle ist dabei der Verleger von *Zeit* und *Stern*, Gerd Bucerius, zu nennen, der nach schweren Zerwürfnissen mit dem alternden Kanzler Adenauer und einem vom CDU-Bundesvorstand mißbilligten, weil christliche Empfindungen verletzenden *Stern*-Artikel („Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?“) sein Bundestagsmandat 1962 niedergelegt und die CDU verlassen hatte¹. Was danach geschah, liest sich in einem Rückblick des *Deutschen Ostdienstes* wie folgt: „Er [Bucerius, M.K.] und kein anderer befahl ‚Stern‘ und ‚Zeit‘ im Jahre 1962 den Kurswechsel von rechts nach links, nachdem er Adenauer, der CDU und dem Bundestag den Rücken gekehrt hatte. Das gilt auch für die Kehrtwendung dieser Blätter in der Deutschland- und Vertriebenenpolitik. [...] Eingesegnet von Deutschland-Präzeptor Golo Mann spurteten die flinken Lehrlinge der Nannen-Schule in jenen Jahren gen Osten. Mit reicher Beute kamen sie zurück, brachten die Kunde, daß die Vertriebenen besser daran täten, auf Rückkehr zu verzichten, bei den Fleischtöpfen der Bundesrepublik zu verbleiben und abzuwarten, bis eine bessere deutsche Regierung durch Verzicht auf diese Gebiete zumindest die Grenzen in dieses herrliche Urlaubsgebiet auch für die von dort Vertriebenen geöffnet haben werde“².

Falsch an dieser Sicht ist gewiß die Fixierung auf das Jahr 1962. Tatsächlich begann das Umdenken – nicht nur bei Bucerius – schon früher infolge der deutschlandpolitischen Desillusionierung seit 1955/56³ und der Wahrnehmung wachsender sowjetischer Stärke, die sich Ende 1958 im Berlin-Ultimatum Chruschtschows dramatisch niederschlug⁴. Während der Zweiten Berlin-Krise war in der politischen Diskussion immer wieder von einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als westlicher Konzession die Rede, um dadurch im Gegenzug die Freiheit Berlins zu gewährleisten⁵. Der BdV sorgte sogar selbst dafür, den Zusammenhang zwischen dem deutschen Osten und dem Status der ehemaligen Reichshauptstadt mit anderem, offensivem Akzent ins Bewußtsein zu rücken: Der Weg zu einem „freien Breslau“ und einem „freien Königsberg“ könne nur über ein „freies Berlin“ führen⁶.

¹ Ein wenig betrübt, Ihre Marion, S. 63; vgl. auch Dahrendorf, *Liberal und unabhängig*, S. 146 ff.; *Süd-deutsche Zeitung*, 9. Februar 1962; *Die Welt*, 9. Februar 1962 (Bucerius wirft der CDU Intoleranz vor. Der Verleger will sein Bundestagsmandat niederlegen); *Der Spiegel*, Nr. 9, 1962, S. 37.

² DOD, Nr. 1, 1974, S. 7.

³ Als deren parlamentarischer Höhepunkt kann wohl die berühmte Nachtdebatte des Deutschen Bundestages im Januar 1958 gelten. Kittel, *Genesis einer Legende*.

⁴ Janßen, *Die Zeit*, S. 138, unterstreicht, daß *Die Zeit* schon seit 1956 nicht müde wurde, „den Politikern in Bonn die Veränderungen in Osteuropa aufzuzählen, auf die Adenauers Regierung mit einer neuen Politik reagieren müßte“. Den Zäsurencharakter der Zweiten Berlin-Krise seit 1958 für die vertriebenenpolitischen Einschätzungen der bundesdeutschen Medien betont auch Ahonen, *After the expulsion*, S. 165.

⁵ Vgl. etwa Mauer, *Macmillan und die Berlin-Krise*, S. 253.

⁶ Vgl. den Bericht zum Tag der Heimat im DOD, Nr. 40, 1961, S. 5.

Bereits im Zuge dieser Debatten begannen die von Bucerus verlegten Blätter in ihrer Einschätzung der Oder-Neiße-Linie von der CDU-Linie abzuweichen, so daß diese Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit zu den möglichen Motiven seines Parteiaustritts gezählt wurden. Auf dem Kölner CDU-Parteitag im Sommer 1961 hatte BdV-Präsident Krüger Bucerus deswegen attackiert, und ein Leitartikel Henry Nannens im *Stern* bot abermals Anlaß für Krüger, sich von Bucerus zu distanzieren⁷. Allerdings wandten sich „Buc“ und seine Blätter keineswegs radikal und abrupt von einer CDU ab, die sich ja ihrerseits neuen ostpolitischen Strategien keineswegs völlig verschloß⁸. Richtig ist aber doch, daß der Verleger rascher und nachhaltiger Sympathien für die sich verändernde Einstellung der „jungen Leute“ in der *Zeit* zur Oder-Neiße-Grenze entwickelte⁹, als dies für seine (ehemaligen) Parteifreunde zuträfe¹⁰. Gleichzeitig – und das war kaum ein Zufall – nahm „Buc“ eine stärker moralisch geprägte Haltung gegenüber der NS-Vergangenheit ein, die sich etwa im Januar 1960 in einem Artikel für die *Zeit* ausdrückte. Unter der Überschrift „Was ist mit den Nazis in Bonn?“ schloß sich Bucerus den Forderungen nach einem Rücktritt Oberländers an und provozierte damit ein – ergebnislos bleibendes – Parteigerichtsverfahren¹¹. Hätte „Buc“ anders gedacht, wäre der deutschlandpolitische Kurswechsel der noch in den 1950er Jahren „weiter rechts als die CDU“¹² positionierten *Zeit* so schwerlich vorstellbar gewesen. Denn Bucerus vertrat in der Tat die „tief verwurzelte Meinung, daß jemand, der das Risiko des Verlegers trägt, verdammt noch mal bestimmen dürfe, was in seinen Zeitungen steht“¹³.

Ein *Zeit*-Bericht im Sommer 1960 über die Stimmung in den Ostgebieten war noch der alten Linie verpflichtet – er sprach vom Unbehagen der Polen, in fremdem Eigentum zu wohnen, und von ihrer verbreiteten Erwartung, daß die Deutschen ja doch wiederkämen¹⁴. Schon ein Jahr später aber anlässlich eines Artikels von Wolfgang Leonhard zu Gunsten der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze äußerte man im BdV den Eindruck¹⁵, *Die Zeit* öffne ihre Spalten mit Vorliebe „für derartige Stimmen des Verzichts. [...] Wenn auch Gräfin Dönhoff [...] darauf hinweist, daß dieser Vorschlag Leonhards nur zur Diskussion gestellt werde“¹⁶. In den folgenden Jahren bestätigte sich dieser Eindruck zusehends, etwa als *Die Zeit* im April 1965 unter dem Titel „Nach Ostland wollen wir reiten“ einen Generalangriff auf die traditionelle „Ostkunde im Unterricht“ startete¹⁷ und dabei vornehmlich sudetendeutsche Politiker sowie die „Mutter Ostpreußens“ Agnes Miegel attackierte, die, wie es hieß, wegen ihrer bräunlichen Biographieanteile völlig zu Unrecht als „größte deut-

⁷ DOD, Nr. 7, 1962, S. 12. Zum CDU-Parteitag vgl. *Der Spiegel*, Nr. 19, 1961, S. 23–25, sowie *Die Welt*, 27., 28. u. 29. April 1961.

⁸ Zur anhaltenden CDU-Nähe des Verlegers vgl.: Ein wenig betrübt, Ihre Marion, S. 63.

⁹ Vgl. einen Brief an Marion Dönhoff vom 1. Juni 1965, in: Ein wenig betrübt, Ihre Marion, S. 74 f.

¹⁰ Vgl. auch den Kommentar Dieter Schröders in der *Süddeutschen Zeitung*, 10./11. Februar 1962: „Der Höllenfeuer-Artikel erhitzt die CDU-Gemüter. Die ehemaligen Parteifreunde des Verlegers Gerd Bucerus sind froh, den Außenseiter der Fraktion los zu sein.“

¹¹ Janßen, *Die Zeit*, S. 204; Dahrendorf, *Liberal*, S. 145 f.

¹² Von der Heide/Wagener, „Weiter rechts als die CDU“.

¹³ Riehl-Heise, *Götterdämmerung*, S. 78.

¹⁴ *Die Zeit*, 24. Juni 1960; DOD, Nr. 28, 1960, S. 10.

¹⁵ Wolfgang Leonhard: Ein Vorschlag für Deutschland. So könnte der Westen Initiative zeigen und der Osten Aufrichtigkeit, in: *Die Zeit*, 11. August 1961.

¹⁶ DOD, Nr. 34, 1961, S. 5.

¹⁷ Vgl. Meinhardt, *Deutsche Ostkunde*, S. 213 ff.

sche Dichterin“ gepriesen werde¹⁸. Tatsächlich hatte sich Miegel während des Dritten Reiches zu hymnischen Versen auf den „Führer“ hinreißen lassen; doch würde es ihrem Gesamtwerk in keiner Weise gerecht, sie als „Nazidichterin“ abzustempeln, zumal die Botschaft der Menschlichkeit und der Appell, „nichts als den Haß zu hassen“, ihr ganzes Schaffen durchzog¹⁹. Einige ihrer Gedichte, man denke nur an „Die Frauen von Nidden“, das Bundespräsident Karl Carstens in seine Sammlung deutscher Gedichte aufnahm, zählen zu den schönsten in deutscher Sprache²⁰.

Auf der anderen Seite stand *Die Zeit* im gleichen Jahr 1965 in der Reihe jener Zeitungen, die „in breit angelegten und eindrucksvoll illustrierten Beiträgen an die Grauen der Vertreibung und an die Zerstörung jahrhundertealten deutschen Kulturgutes“ vor 20 Jahren erinnerten²¹. Und als bei den Zwanzigjahrfeiern der „Wiedergewinnung“ der polnischen Westgebiete Kardinal Wyszynski im September 1965 vor seinen in Breslau versammelten Bischöfen den Zweiten Weltkrieg und die schrecklichen Leiden, die er über Polen gebracht hatte, zur „felix culpa“ theologisierte, die schließlich Gutes, nämlich die Oder-Neiße-Gebiete, gebracht habe, kommentierte *Die Zeit* kritisch: „Zur historischen Klitterung gesellte sich die moralische Dialektik“²². Als „seien es die Mauerreste der slawischen Burg Wratislav, die Breslau zu Wrocław werden ließen, und nicht erst Hitlers Krieg“²³.

Läßt sich dieser ambivalente Befund damit erklären, daß die aus einem reichsgräflichen ostpreußischen Hause stammende Chefin des Politischen Ressorts, Marion Gräfin Dönhoff, bis in die Zeit der Ostverträge hinein „in ihrer Aussage zwiespältig“ war, „uneins mit sich selbst, im Widerstreit zwischen Herz und Vernunft, zwischen Grundsatzstandpunkt und Anpassung an die Lage“²⁴? Zunächst ist offensichtlich, daß vor allem die Gräfin, die noch 1962 ein bewegendes Erinnerungsbuch an ihre ostpreußische Heimat vorgelegt hatte („Namen, die keiner mehr nennt“²⁵), sich damals mit der Energie ihrer vom „preußi-

¹⁸ *Die Zeit*, 9. April 1965.

¹⁹ Vgl. Kopp, Agnes Miegel, S. 5.

²⁰ Carstens, *Deutsche Gedichte*, S. 225 f.; Ende der 1960er Jahre kulminierte der Streit um die Schriftstellerin, als ein Gymnasium im niedersächsischen Bad Nenndorf nach ihr benannt werden sollte, was den Ort in zwei politische Lager spaltete. Einen weiteren Konflikt löste 1979 die Hamburger FDP-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Helga Schuchardt aus, als sie eine zum 100. Geburtstag der Dichterin in einer Auflage von 30 Millionen Stück erschienene Briefmarke der Bundespost heftig attackierte. Der Programm-Beirat der Post, der Minister Kurt Gscheidle in derartigen Fragen beriet, hatte sich indes für die Briefmarke entschieden, weil Miegel die Literatur Ostpreußens repräsentiere. Für Einblick in die einschlägigen Materialien (teilweise undatierte Zeitungsausschnitte sowie einen Brief Schuchardts vom 24. April 1979 an „Herrn Speersneider“ im Archiv der Agnes-Miegel-Gesellschaft, Bad Nenndorf) danke ich Frau Inge Meyer.

²¹ So lautete das ausdrückliche Lob im DOD, Nr. 8, 1965, S. 8.

²² *Die Zeit*, 10. September 1965. Nüchterner als der Kardinal, so Hansjacob Stehle, habe indes der Chefredakteur des Krakauer katholischen *Tygodnik Powszechny* die „Rückkehr dieser Gebiete“ vor allem als Akt „der ausgleichenden Gerechtigkeit“ bezeichnet „für das, was in den Jahren 1939 bis 1945 geschah“.

²³ Ebd.

²⁴ DOD, Nr. 40, 1971, S. 1.

²⁵ Dönhoff, Namen die keiner mehr nennt. Im BdV schwankte das Charakterbild der „Gräfin“. Ihr ostpreußischer Landsmann Georg Hermanowski besprach das Buch „dieser klugen Frau, die alles vorher wußte und alles kommen sah“, ausgesprochen unfreundlich. Die lapidare Bemerkung, mit der sie den Bericht über „ihren letzten Herrenritt von Ostpreußen ins Reich“ 1945 beendete („Für mich war dies das Ende Ostpreußens“) klinge „nahezu zynisch“. Das Denkmal, das die Gräfin der „verlorenen Heimat“ setze, liege „im Schatten des Verzichts“. DOD, Nr. 44, 1962, S. 8. Der DOD-Chefredakteur Clemens J. Neumann

schen Geist“ geprägten Persönlichkeit²⁶ darum kümmerte, die deutschlandpolitische Umorientierung der Hamburger Wochenzeitung nicht in eine Vertreibung des historischen deutschen Ostens aus der Erinnerung ausmünden zu lassen. In klug abwägenden Worten erinnerte Dönhoff im September 1964 an die Charta der Heimatvertriebenen, an die feierlichen Verpflichtungen von Bundestag und Bundesregierung zum Gewaltverzicht und daran, daß es selbst unter den radikalsten Vertretern der Vertriebenen keinen gebe, „der zur Rückgewinnung jener Gebiete Gewalt anzuwenden bereit“ sei²⁷. Vielmehr seien auch diese, da man den heutigen Zustand nun einmal nur mit Gewalt ändern könne, gewillt, „sich mit dem bestehenden Zustand abzufinden, aber sie sind nicht bereit zu ver-zichten“²⁸. Niemandem, der aus dem Osten stamme und sich mit den Vermögensverlusten abfinde, sei zuzumuten, den Verzicht auf Land auch noch auszusprechen. Denn das „wäre so, als verlangte man von ihnen, ihre Toten zu verraten“²⁹. Da die Polen dem deutschen Gewaltverzicht nicht trauten, würden sie auch einem Territorialverzicht keinen Glauben schenken. „Wie kann ein Pole überhaupt glauben, daß man auf 700 Jahre Geschichte einfach verzichtet?“³⁰ Als Ausweg aus diesem Dilemma schlug die Gräfin vor, den Gedanken einer westalliierten Garantie des bundesdeutschen Gewaltverzichts „einmal ernsthaft (zu) erwägen“³¹.

Sechs Jahre später, 1970, hatte sich die Position Dönhoffs unter dem Eindruck der scharfen ostpolitischen Debatten um mehr als einige Akzente verschoben. In einer Stellungnahme zum gerade ausgehandelten Warschauer Vertrag nahm sie die sozialliberale Bundesregierung energisch vor dem Vorwurf in Schutz, deutsches Land verschenkt zu haben. Es sei Adolf Hitler gewesen, „dessen Brutalität und Größenwahn“ schon 25 Jahre früher „700 Jahre deutscher Geschichte auslöschten“³². Da nie zuvor „einem Volk soviel Leid zugefügt worden“ sei wie dem polnischen während des Dritten Reiches, mochte Dönhoff „es den Polen“ auch nicht „verdenken“, daß sie Millionen Ostdeutsche vertrieben hatten³³. Andererseits war sie nach wie vor nicht bereit, dem ostpolitisch für richtig und notwendig Erkannten auch Opfer erinnerungskultureller Art darzubringen und polnisch-nationalistische Geschichtsbilder einfach stehen zu lassen. Ganz im Gegenteil äußerte Dönhoff

hielt ihrem Erinnerungsbuch – trotz eines nur „platonischen“ Treuebekenntnisses zur ostpreußischen Heimat – dagegen zugute, „eindrucksvoll von diesem Lande, von seiner Schönheit, seiner reichen Kultur [...] wie auch vom Leid der Vertriebenen, das sie selber erfahren hat, Kunde gegeben“ zu haben. DOD, Nr. 40, 1971, S. 1.

²⁶ Vgl. etwa Dönhoff, *Weit ist der Weg nach Osten*, S. 234.

²⁷ Wie sehr dieser Befund zutrif, läßt sich etwa an der Eröffnungsrede des Sprechers der Schlesischen Landsmannschaft, Erich Schellhaus, der zu den verbal radikalsten Vertriebenenpolitikern zählte, beim Deutschlandtreffen 1961 illustrieren. Dort unterstrich er die in der Charta von 1950 eingegangene Verpflichtung, „Freiheit und Selbstbestimmung für Schlesien unter Verzicht auf jegliche Gewalt zu erstreben“. Die Welt, 10. Juni 1961. Zum politischen Profil von Schellhaus vgl. Rohde, Heinrich Albertz und Erich Schellhaus.

²⁸ Unterstreichungen vom Autor.

²⁹ Dönhoff, *Im Wartesaal der Geschichte*, S. 169. Der Titel des Kommentars lautete: „Versöhnung: ja, Verzicht: nein“.

³⁰ Ebd., S. 170 f.

³¹ Ebd., S. 171.

³² Dönhoffs *Zeit*-Artikel „Ein Kreuz auf Preußens Grab – Zum deutsch-polnischen Vertrag über die Oder-Neiße-Grenze“ wird hier zitiert nach dem Wiederabdruck in: Dönhoff, *Weit ist der Weg nach Osten*, S. 231.

³³ Ebd., S. 232.

jetzt ausdrücklich den Wunsch, „daß die Polen uns in Zukunft mit ihrem Chauvinismus verschonen, der sie von ‚wiedergewonnenen Gebieten‘ reden und sogar in offiziellen Schriften immer wieder Behauptungen aufstellen“ lasse, wonach die sogenannten „Westgebiete unter deutscher Herrschaft größtenteils von bodenständiger, polnischer Bevölkerung bewohnt“ gewesen seien. Denn in Wahrheit, konstatierte die Gräfin, stellten die Deutschen in Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien 98 bis 100 Prozent der Bevölkerung und bestanden die Ostgrenzen Schlesiens und Ostpreußens „seit 700 Jahren unverändert“³⁴. Die „Ostalgie“, die aus Dönhoffs Worten sprach, erklärt sich auch daraus, daß sie die Bundesrepublik zwar als demokratischen Staat schätzte, an dem mitzuarbeiten sich lohnte, Heimat aber könne „sie dem, der aus dem Osten kam, nicht sein“. Gerade für den „Menschen aus dem Osten, [...] jener großen einsamen Landschaft endloser Wälder, blauer Seen und weiter Flußniederungen“ bedeute Heimat „wahrscheinlich doch mehr als für diejenigen, die im Industriegebiet oder in Großstädten aufwuchsen“³⁵.

Das aus der eigenen Biographie resultierende Bemühen Dönhoffs, auch im Zeitalter der Entspannungspolitik ostdeutsches Kulturerbe zu wahren, prägte zwar die Linie der *Zeit* noch spürbar mit, ein so hohes Maß an Empathie für die Vertriebenen brachten aber nicht alle Redaktionskollegen auf. Ähnliches galt für die Journalisten in den anderen beiden, zeitweilig ebenfalls im legendären Hamburger Pressehaus am Speersort von Henri Nannen und Rudolf Augstein gesteuerten Zeitschriften *Stern* und *Spiegel*. Am schärfsten und frühesten und auch bereits vor dem Bau der Berliner Mauer hatte der *Spiegel* Kritik an der vermeintlich revanchistischen Bonner „Boullanger-Politik“³⁶ geübt und etwa im Dezember 1958 die nationalkommunistische polnische Polemik gegen eine Göttinger Broschüre zur Oder-Neiße-Linie ungeprüft übernommen³⁷. Besonders echauffierte sich das „Nachrichtenmagazin“ darüber, daß in der „Vertriebenen-Saison“ von Mai bis Oktober „Seh- und Hörfunk ihre sonntäglichen Abendnachrichten fast ausschließlich mit dem Unrecht von 1945“ bestritten. Den Anlaß zu diesem Kommentar Jens Daniels' hatte ein Auftritt des Vizekanzlers, Ludwig Erhard, vor den Oberschlesiern im Spätsommer 1960 gegeben. Der CDU-Minister war über die Reichsgrenzen von 1937 hinausgegangen und hatte die Lösung Ostoberschlesiens von Deutschland 1922 als einen nicht hinzunehmenden „Unrechtsakt“ gegeißelt. „Bismarcks Grenzen als Bonner Ziel“ titelte daraufhin die *Times*³⁸. Einige Wochen zuvor hatte Kanzler Adenauer vor 100 000 Ostpreußen versprochen, infolge seiner Außen- und Sicherheitspolitik würden „der Welt Frieden und Freiheit wiedergeben werden und damit auch Ihnen Ihr schönes Heimatland Ostpreußen“³⁹.

Die *Spiegel*-Kritik rekurrierte vor allem auf jene Schuld-Argumentation, die sich gesamtgesellschaftlich erst in den folgenden Jahren voll durchsetzen sollte: „Russen, Polen und Tschechen zusammen“ hätten den Deutschen „bis zum heutigen Tag nicht halb soviel mordlüsternes Unrecht angetan wie wir den Ostvölkern“; es gehöre demnach schon „die

³⁴ Ebd., S. 233. Daß dies etwa für Ostpreußen nur dann zutrif, wenn man das Nationalbewußtsein der Bevölkerung meinte, nicht aber ihre ethnischen Wurzeln, hat Kossert, Ostpreußen, im Blick auf die polnischen und litauischen Aspekte der Regionalgeschichte erst jüngst herausgearbeitet.

³⁵ Ebd., S. 231.

³⁶ Jens Daniel, Das permanente Unrecht, in: *Der Spiegel*, Nr. 37, 1960, S. 14.

³⁷ *Der Spiegel*, Nr. 51, 1958, S. 35–37 („Schwindelt für Deutschland“), sowie DOD, Nr. 6, 1960, S. 3.

³⁸ Hentschel, Ludwig Erhard, S. 363.

³⁹ *Der Spiegel*, Nr. 37, 1960, S. 14.

ganze Naivität des Wirtschaftsministers dazu, auf eine Stufe zu stellen, was wir und was die Sowjets den Polen getan haben (und was die Polen uns)⁴⁰. Den festen entspannungspolitischen Überzeugungen des *Spiegel* korrelierte aber auch eine mitunter hämisch wirkende Distanz gegenüber der deutschen Geschichte im Osten Europas. So charakterisierte etwa „Telemann“, der TV-Kritiker des *Spiegel*, nach der Fernsehsendung „Unter uns gesagt“ im Mai 1960 den dort aufgetretenen CSU-Bundestagsabgeordneten und langjährigen Vorsitzenden der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft Baron Georg Manteuffel-Szoegge mit den Worten: diesem seien „in Hinterpolen mehr Hektar Land enteignet worden [...], als seine Bauern Läuse auf dem Kopf hatten“⁴¹.

Dem *Spiegel* stand jetzt immer öfter Nannens *Stern* zur Seite, eine noch in den 1950er Jahren „mit allerlei antipolnischen Klischees befrachtete Illustrierte“⁴². Etwa seit 1960/61 aber bemühte sich das Blatt mit Millionenaufgabe darum, vor allem die wechselnden Sprecher der Vertriebenenverbände von Hans Krüger über Wenzel Jaksch bis Herbert Czaja „scharf aufs Korn zu nehmen und, wenn möglich, abzuschießen“⁴³. Welchen Beitrag die Erfahrung der Zweiten Berlin-Krise zum ostpolitischen Umdenken leistete, erhellt aus der Tatsache, daß einer der ersten vertriebenenkritischen Leitartikel Nannens im September 1960 erschien und dem BdV wegen der Ausrichtung des „Tages der Heimat“ in Westberlin mangelnde Sensibilität vorwarf; die Veranstaltung, so hieß es, sei eine unnötige Provokation und werde in den USA nicht verstanden⁴⁴. Nannen gelangte damals mehr und mehr zu der Überzeugung, „daß wir mit unseren Nachbarn im Osten Frieden machen mußten“; das vom BdV geltend gemachte „Recht auf die Heimat“ sei angesichts der politischen Realitäten mehr als problematisch⁴⁵.

Um dies auch den Lesern zu demonstrieren, suchten sich der *Stern*-Reporter Egon Vacek und der Fotograf Max Scheler einen niederschlesischen Ort aus: Oels, das auf polnisch jetzt Olesnica hieß. Nachdem die Journalisten sich zunächst alte Photos von Oelser Häusern besorgt und das Schicksal ihrer Bewohner recherchiert hatten, fuhren sie nach Niederschlesien, photographierten dieselben Gebäude in ihrem derzeitigen Zustand und sprachen mit den Menschen, die dort lebten und die oft ihrerseits (aus dem sowjetisch gewordenen Ostteil Zwischenkriegspolens) vertrieben worden waren. Um zu testen, ob die Botschaft der im *Stern* im Sommer 1962 erzählten Geschichte auch angekommen war, ließ Nannen eine Meinungsumfrage unter den heimatvertriebenen Deutschen durchführen, die das von ihm gewünschte Ergebnis erbrachte: Nur 18 Prozent waren bereit, in ihre alte Heimat zurückzukehren; 61 Prozent der Oelser aber bejahten die Frage, ob die „in ihrer alten Heimatstadt geborenen“ Polen nun ihrerseits dort ein Recht auf Heimat erworben hätten⁴⁶.

Nannen ging in seinem Kampf für eine neue Ostpolitik bei einer Begegnung mit dem FDP-Vorsitzenden und Oppositionsführer Erich Mende im Februar 1967 sogar so weit,

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Der *Spiegel*, Nr. 21, 1960, S. 74. Aufschlußreich für die 1960 im BdV noch recht zuversichtliche Einschätzung der eigenen Position ist der DOD-Kommentar zur Kritik an Manteuffel-Szoegge: „Wir haben einmal mehr zur Kenntnis genommen, daß die Spiegel-Mannen nicht nur auf den deutschen Osten verzichten, sondern auch darauf, politisch ernst genommen zu werden“. DOD, Nr. 21, 1960, S. 3.

⁴² Minkmar, *Die doppelte Wundertüte*, S. 194.

⁴³ DOD, Nr. 1, 1974, S. 8.

⁴⁴ *Stern*, 14. September 1960; DOD, Nr. 39, 1960, S. 4.

⁴⁵ Schreiber, Henri Nannen, S. 278 f.

⁴⁶ Ebd.

diesen zu einer radikalen deutschlandpolitischen Kehrtwendung der FDP und einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als „endgültige deutsche Ostgrenze vor einem Friedensvertrag“ nachgerade zu zwingen. Für einen „Frontwechsel der FDP“ bot Nannen nicht nur die Unterstützung seiner eigenen Illustrierten an, sondern auch die von *Spiegel*, *Zeit*, *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutscher Zeitung* sowie zahlreicher politischer Redakteure des Ersten Deutschen Fernsehens⁴⁷. Auf dem Hannoveraner FDP-Parteitag 1967 versuchte dann das FDP-Mitglied Rudolf Augstein, als Gastdelegierter Rederecht zu erwirken, und forderte, nachdem die Jungdemokraten mit einem entsprechenden Antrag knapp gescheitert waren, per Presseerklärung im Benehmen mit dem ebenfalls anwesenden Nannen den Rücktritt des ostpolitisch taktierenden und zögerlichen Mende⁴⁸. Zwar scheiterte der linke „rubinrote“ Flügel⁴⁹ auf dem Parteitag noch mit seinem Bemühen, die deutschland- und ostpolitischen Koordinaten der FDP zu verschieben, doch setzte in den oben erwähnten Medien die von Nannen angekündigte Kampagne gegen Mende ein, der als Hindernis auf dem Weg zu einer neuen Ostpolitik attackiert wurde⁵⁰. In die Resignation getrieben, verzichtete der langjährige FDP-Vorsitzende angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse 1968 darauf, abermals für den Vorsitz der FDP zu kandidieren. Mende machte den Weg für den ostpolitisch flexibleren Walter Scheel frei.

Ein gewisses Gegengewicht zu der in der Publizistik allmählich überwiegenden Neigung, definitiv Abschied vom „deutschen Osten“ zu nehmen, stellte die weit verzweigte Springer-Presse dar. Axel Cäsar Springer war nach seinem 1958 kläglich gescheiterten Versuch, in Moskau quasi im Alleingang die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen, zu einem erbitterten Feind der UdSSR und bald auch der neuen Ostpolitik geworden, bei der es sich in seinen Augen bloß um sowjetische Westpolitik handelte⁵¹. Zu den unter anderem verlegerischen Motiven seines Moskau-Abenteuers hatte er dem „HÖR ZU“-Chef kurz vor der Abreise mitgeteilt: „Wir werden Redaktionen in Königsberg, Leipzig, Breslau, Dresden errichten [...] und unsere Auflagen verdreifachen“⁵². Springer ließ seinen „festen Glauben [...] an die geschichtliche Einheit Deutschlands“ im Mai 1959 bei der Grundsteinlegung des neuen Verlagshauses an der Berliner Mauer auch symbolträchtig in das Fundament eingießen und verpflichtete schließlich 1967 in der legendären „Magna Charta“ jeden leitenden Journalisten seines Medienimperiums auf diese Grundsätze⁵³. Dazu gehörte nicht zuletzt das Bewußtsein, daß Königsberg nicht aufhörte, eine deutsche Stadt zu sein, „nur weil eine Tyrannei es sich einverleibt hat“⁵⁴. Daß die politischen Blätter des Springer-Konzerns die neue Tonart linker oder liberaler TV-Journalisten gegenüber den Vertriebenen nicht mitmachten, sondern dezidiert auf Gegenkurs hielten, fügte sich im übrigen gut in das damalige Bestreben des Groß-Verlegers, sich – auch mit Kritik an Ein-

⁴⁷ Mende, *Die FDP*, S. 220; vgl. auch Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition*, S. 346.

⁴⁸ Siekmeier, *Restauration oder Reform*, S. 336 f.; zur Position Mendes vgl. auch die Darstellung im später folgenden Kapitel über die politischen Parteien.

⁴⁹ FDP-Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin war einer der führenden Männer der sozialliberalen Richtung in der FDP.

⁵⁰ Vgl. Mende, *Von Wende zu Wende*, S. 262 f.

⁵¹ Zur Moskau-Reise Springers vgl. Kruip, *Das „Welt“-„Bild“*, S. 169 ff.

⁵² Lohmeyer, *Springer – Ein deutsches Imperium*, S. 227. Vgl. auch die Schilderung des Vorgangs bei Rhein, *Der Jahrhundertmann*, S. 440.

⁵³ Lohmeyer, *Springer – Ein deutsches Imperium*, S. 241, 315 f.

⁵⁴ Springer, *Aus Sorge um Deutschland*, S. 122.

seitigkeiten der TV-Berichterstattung – Zugang zu dem in den 1960er Jahren immer wichtiger werdenden Medium Fernsehen zu erkämpfen⁵⁵.

Als „sachlich und loyal“⁵⁶ lobte der BdV grundsätzlich die Artikel über die Vertreibungsgebiete in der Springerpresse, und das mochte angesichts der Empfindlichkeit der Landsmannschaften in diesen Fragen schon etwas heißen. Selbst Wolf Jobst Siedlers „Abschied von Preußen“, vollzogen „melancholisch und feuilletonistisch gepflegt“ in Essays der *Welt* in den Jahren 1964 und 1965, war im *Deutschen Ostdienst* als negatives Gegenbeispiel herangezogen worden: Die *Welt*-Redaktion lasse es zu, „daß sich ab und an in den Spalten dieses Blattes Verzicht und Resignation breit machen“. Dabei hatte Siedler – keineswegs mit „linkem“ Impetus – nur geschrieben, mit dem 20. Juli 1944 sei der preußische Geist heldenhaft untergegangen und in der politischen Apparatur des wiedererstandenen deutschen Staates ausgeschieden sowie durch das Rheinische, Bayerische und Schwäbische ersetzt worden. Preußen, ob aus Berlin, Ostpreußen oder Schlesien stammend, hätten keinen nennenswerten Einfluß auf die Geschichte der deutschen Nachkriegspolitik gehabt; und wo sich der Osten noch politisch zu Wort melde, geschehe es im „unpreußischen Stil“ Oberländers und Krügers⁵⁷. Trotz der Verärgerung über Siedlers Thesen oder andere gelegentliche Irritationen⁵⁸ war man sich im BdV 1965 aber bewußt, daß vor allem in der *Welt* „seit Jahren, eifriger als an anderen markanten Orten, an die gesamte deutsche Geschichte erinnert“ werde⁵⁹. Auch in Springers *Hamburger Abendblatt* war Ende August 1965 in vier ganzseitigen, bunt bebilderten Folgen eine Reportage von Egbert Hoffmann über Ostpreußen zu lesen, die zwar den weit fortgeschrittenen Wiederaufbau Allensteins würdigte („Eine saubere, lebendige Stadt mit vielen neuen Vierteln ...“), aber doch klarmachte, daß Allenstein nur „ein Paradies in der Wüste“ darstellte und viele andere Städte von Braunsberg über Mehlsack bis Guttstadt „unvorstellbar verkommen“ seien. Noch drastischer fiel der Bericht über die Dörfer aus: „Diese Dörfer! Sie sind ein Alptraum. Was Granatwerfer und Stalinorgeln verschonten, zerbröckelt langsam, aber sicher [...] Offenbar leiden die Menschen nicht darunter. Der große Polentreck hat sie aus Wolhynien oder Galizien oder sonst woher in diese Häuser gespült. Vertriebene, für die das neue Land keine Heimat ist“⁶⁰.

In die publizistische Generallinie der Springer-Presse fügte sich auch ihre Reaktion auf die Ostdenkschrift der EKD im Herbst 1965. Die evangelische Kirche, so kritisierte Hans-Georg von Studnitz in der *Welt am Sonntag*, überschätze ihre Verankerung in der Bevölkerung, wenn sie unter Berufung auf Gott der Vertreibung Aspekte abzugewinnen suche, „die auch der geduldigste Christ nicht hinzunehmen vermag“. Begrüßt worden sei das Memorandum doch nur von den „Ritterkreuz-Pietisten“, also gewissen religiösen Schwärmern, oder „von in der Leberwurst-Philosophie verharrenden Opportunisten des Wirt-

⁵⁵ Vgl. hierzu Lohmeyer, Springer – Ein deutsches Imperium, S. 339 ff.

⁵⁶ DOD, Nr. 34/35, 1965, S. 3.

⁵⁷ DOD, Nr. 24/25, 1965, S. 2.

⁵⁸ So hatte etwa Albrecht von Kessel, „diplomatischer Mitarbeiter“ der *Welt* unter Bezugnahme auf Äußerungen Botschafter Wilhelm Grewes einen Artikel veröffentlicht, in dem von Überlegungen die Rede war, einen Preis für die Wiedervereinigung zahlen zu müssen. DOD, Nr. 17/18, 1963, S. 8. Vgl. auch die Aufregung im BdV um den *Welt*-Leitartikel „Die Zeit nutzen“ vom 17. Februar 1962 in: Die Welt, 20. u. 27. Februar 1962.

⁵⁹ DOD, Nr. 24/25, 1965, S. 2.

⁶⁰ DOD, Nr. 34/35, 1965, S. 4.

schaftswunders, von den politisch Denksfaulen und Berufsbesiegten“⁶¹. Mit Genugtuung vermerkte Wilfried Hertz-Eichenrode zwei Jahre später in der *Welt* über ein „Lexikon des katholischen Lebens“, dieses setze der Verzichtthese der EKD-Denkschrift die Auffassung entgegen, daß die durch die Vertreibung „verletzte Sittenordnung nur geheilt werden könne durch die Durchsetzung des Rechts“. Die „Vertreibermächte“, so folgerte der Journalist, seien „für ihre rechtswidrige Willkür verantwortlich und gegenüber ihren Opfern wiederherstellungspflichtig“⁶².

Auch das klassische Argument der neuen Ostpolitik von der Notwendigkeit, Realitäten anzuerkennen, ließ man in der Springer-Presse „erst“ 20 oder 25 Jahre nach 1945 nicht gelten. Schließlich habe etwa Frankreich nach dem Verlust Elsaß-Lothringens „mit einer vorbildlichen Disziplin“ 50 Jahre lang geduldig auf eine Veränderung der europäischen Machtverhältnisse gewartet⁶³. Die dahinter steckende Auffassung, Geschichte sei von jeher eine Geschichte der Grenzveränderungen gewesen, vertrat – trotz des Eintritts in das Atomzeitalter – auch Winfried Martini. Ja, Mitte der 1960er Jahre konnte er es sogar noch wagen, die Grenzen von 1937 mit den Worten in Frage zu stellen: „Sie schlossen weder den polnischen Korridor noch die ‚Freie Stadt Danzig‘ ein. Beides aber trug den Keim zum Zweiten Weltkrieg in sich, insofern, als beides zu dem Aufstieg Hitlers beigetragen hatte“⁶⁴.

Der alte deutsche Osten, so ist zu resümieren, war in der Springer-Presse auch nach dem Mauer-Schock nicht nur ein wichtiger Erinnerungsort, sondern integraler Bestandteil einer weiterhin die Wiedervereinigung West-, Mittel- und Ostdeutschlands anstrebenden und entsprechende politische Strategien unterstützenden Publizistik. Die Ausstrahlung dieser Überzeugungen auf meinungsprägende intellektuelle Milieus blieb freilich – verglichen mit der Bucerius/Augstein-Presse – recht bescheiden, ja womöglich waren die Beiträge der Springer-Blätter angesichts des überdimensionalen Feindbildes, das sie für die meinungsstarke 68er-Bewegung bald abgaben⁶⁵, erinnerungskulturell sogar kontraproduktiv, weil aufgrund des ausgeprägten Abwehrinstinktes gegen Springer eigentlich nicht richtig sein konnte bzw. durfte, was seine Zeitungen für richtig hielten.

Hinzu kam, daß die vertriebenenpolitische Position der von bürgerlichen Eliten so geschätzten *Frankfurter Allgemeinen* gerade in der Phase der Weichenstellung für eine neue Ostpolitik Anfang der 1960er Jahre maßgeblich von ihrem Warschauer Korrespondenten Hansjacob Stehle mitgeprägt wurde, der so ziemlich das genaue Gegenteil wie die Springer-Presse für geboten hielt und als dezidierter Anhänger einer neuen Ostpolitik galt. „Das polnische Volk will an Oder und Neiße bleiben“, schrieb er in einem dreispaltigen Artikel am 1. September 1960; an diesem Punkt seien sich, anders als der BdV es darstelle, in Polen alle einig – einschließlich der Kirche⁶⁶. Zumindest wenn man die Leserbriefe als Gradmesser heranzieht, fand Stehles Position viel Zuspruch auch im „bürgerlichen“

⁶¹ „Die Evangelische Kirche und der deutsche Osten“. *Welt* am Sonntag, 31. Oktober 1965.

⁶² „Ein katholisches Wort zur Vertreibung“. *Die Welt*, 24. Juni 1967. Der Artikel bezog sich auf das 1966 erschienene Buch des Prälaten Golombek, *Die katholische Kirche und die Völker-Vertreibung*.

⁶³ „Die Kirche hätte besser geschwiegen“. *Welt* am Sonntag, 14. November 1965 (von Studnitz).

⁶⁴ Zit. nach Müller, *Der Springer-Konzern*, S. 294 f.

⁶⁵ Vgl. hierzu Kruip, *Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags*, S. 217 ff.; laut Kruip wurden die deutschlandpolitischen Kampagnen der Springer-Presse von den Lesern lediglich „hingenommen“ und blieben „weitgehend wirkungslos“. Ebd., S. 266 f.

⁶⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. September 1960.

Milieu⁶⁷. Wo Stehle stand, war vielleicht am objektivsten an seinen folgenden beruflichen Stationen abzulesen. Nachdem der politisch allzu exponierte Warschau-Korrespondent von den FAZ-Herausgebern durch eine zurückhaltendere Kollegin ersetzt worden war, heuerte er bei Nannens *Stern* an, schrieb für die *Zeit*, um schließlich auch für WDR, NDR und HR zu arbeiten⁶⁸, nachdem er bereits 1963 als Berater Jürgen Neven-du Monts an einem entspannungspolitisch orientierten Breslau-Film mitgewirkt hatte. Auch in Werner Höfers Frühschoppen war er zum Thema Oder-Neiße-Linie ein gern gesehener Gast⁶⁹.

Allerdings kamen in der *Frankfurter Allgemeinen*⁷⁰ auch andere Stimmen als die Stehles zu Wort. Charakteristisch war ein abgewogener Kommentar Johann Georg Reißmüllers zu dem Breslau-Film Neven-du Monts. Die Vertriebenenverbände hätten sich selbst ins Unrecht gesetzt, als sie den Journalisten, dessen Film das heutige Breslau tatsächlich „zugunsten der Polen verzeichnet“, als verkappten Kommunisten im Dienste Gomulkas darstellten. Was die sich an den Film anschließende Debatte um die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie betreffe, falle indes auf, daß diese „vor allem von solchen Deutschen gefordert wird, die keinerlei Beziehungen zu diesen Provinzen hatten, als sie noch deutsch waren. In Hamburg und Freiburg ist man begreiflicherweise weniger daran interessiert, wem Breslau und Königsberg gehören“. Zu Neven-du Monts Argument, die Breslauer seien schließlich einst freiwillig vor Hitler marschiert, bemerkte Reißmüller: „...die Stuttgarter und Frankfurter etwa nicht?“⁷¹ Kardinal Wyszynskis berühmt-berüchtigten Äußerungen vom September 1965, daß die Altäre in Schlesien, Pommern und im südlichen Ostpreußen „die Seele Polens“ verkörperten und die Kirchen und geistlichen Güter dort das „Erbe“ mittelalterlicher polnischer Herzöge seien, trat die *Frankfurter Allgemeine* als „chauvinistischer Geschichtsklitterung“ ebenfalls klar entgegen⁷².

Trotz derartiger Stimmen wird man das Meinungsbild in der Presse für die Vertriebenen insgesamt als ungünstig bezeichnen müssen. Zwar tummelten sich im Bereich der Landsmannschaften selbst – nach einer Zählung von 1963 – 336 Periodika mit einer Gesamtauflage von rund zweieinhalb Millionen Exemplaren, doch bestand gerade in dieser Zersplitterung „gegenüber den führenden Organen der Öffentlichkeit“ das Problem. Auch das relativ starke „Ostpreußenblatt“ erfüllte nicht die Funktion einer mit den großen überregionalen Zeitungen konkurrenzfähigen Massenpublikation. Zwar wurde öfters darüber nachgedacht, wie Remedur zu schaffen sei, doch aufzuholen war der Vorsprung der „Einheimischen-Presse“, die nach 1945 unter ungleich günstigeren Bedingungen gestartet war, zu keinem Zeitpunkt mehr⁷³. Besonders besorgniserregend mußte es für die Vertriebenen sein, daß die Studentenpresse, in der sich die künftige gesellschaftliche Elite zu

⁶⁷ Der DOD vermutete, dahinter müsse wohl eine gesteuerte Leserbriefaktion vom kommunistischer Seite stecken. DOD, Nr. 47, 1960, S. 4.

⁶⁸ Beispielsweise auch immer wieder für das Polit-Magazin Panorama zu ostpolitischen Themen. Lampe, Panorama, S. 124.

⁶⁹ DOD, Nr. 41, 1964, S. 8; Nr. 38, 1967, S. 11. Zur Position Stehles vgl. auch sein Buch, Nachbarn im Osten

⁷⁰ Vgl. das FAZ-Porträt von Korda, Für Bürgertum und Business.

⁷¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juli 1963.

⁷² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. September 1965. Die Priester trugen bei dieser Gelegenheit Meßgewänder mit dem polnischen Staatswappen. Die Welt, 2. September 1965.

⁷³ DOD, Nr. 11, 1963, S. 7. Hierzu auch Gaida, Die offiziellen Organe der ostdeutschen Landsmannschaften; Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, sowie v. a. StICKLER, Ostdeutsch, S. 172 ff.

Wort meldete, rasch vom „Konkret“-Bazillus angesteckt wurde. Was die weit links stehende Hamburger Postille 1964 in rhetorisch gemeinte Frageform gegossen hatte: „Sind Vertriebene Nazis?“⁷⁴, fand sich als Meinung in mehr oder weniger ausgeprägter Form auch im studentischen Blätterwald wieder. Nicht nur liberale und sozialdemokratische Zeitschriften forderten, „dem Folklorismus seinen Einfluß auf die westdeutsche Innen- und Außenpolitik zu nehmen“, auch etwa die katholische Studentenzeitung *initiative* stellte im Dezember 1964 die in ihrer Verwechselbarkeit, wie es hieß, austauschbaren Vertriebenenpolitiker „Wenzel Seebohm und Christoph Jaksch“⁷⁵ als halbe Volksverführer dar. Nimmt man die ostpolitischen Entwicklungen in der studentischen Publizistik und den wachsenden Bedeutungsverlust der Landsmannschaften zusammen, so bestätigte sich für den BdV gleichsam ex negativo das bekannte Sprichwort: Wer die Jugend hat, der hat auch die Zukunft⁷⁶.

2. Hörfunk und Fernsehen

Wenn Stern-Chef Nannen bei seinen Drohungen gegen den FDP-Vorsitzenden Mende 1967 auf die Schützenhilfe des Fernsehens verwies, so hatte dies gute Gründe. Tatsächlich fungierten TV-Journalisten und Programm-Verantwortliche wie Neven-du Mont, Dieter Gütt oder Peter Merseburger – nach eigener Einschätzung – als „Wegbereiter“ der neuen Ostpolitik⁷⁷. Bereits vor dem Mauerbau mehrten sich Ende der 1950er Jahre in Funk und Fernsehen die Anzeichen für einen Verzicht auf die Ostgebiete. Schon gegen eine Fernsehreportage des jungen Martin Walser im Jahr 1957, die Polen kommentarlos in den faktischen Grenzen von 1945 darstellte, erhoben die Vertriebenenverbände Protest⁷⁸. Im Dezember 1960 wurde in einer WDR-Sendung über „Das goldene Zeitalter in der Geschichte der europäischen Völker“ (am Beispiel Polens) nicht nur die Stadt Breslau als historisch polnisch dargestellt, sondern eine ganze Reihe weiterer Geschichtsklitterungen vorgenommen. Auf ganzen sechs Seiten listete daraufhin ein vom Gesamtdeutschen Ministerium (BMG) beim Herder-Institut in Auftrag gegebenes Gutachten die Mängel auf⁷⁹. Aus ihrer Sicht bessere journalistische Beiträge würdigte die *Schlesische Rundschau* schon damals als „Bresche in der Mauer der Gleichgültigkeit“, die in den bundesdeutschen Rundfunkprogrammen gegenüber Ostdeutschland bestehe⁸⁰.

⁷⁴ Manfred Bissinger, Sind Vertriebene Nazis?, in: Konkret, Nr. 5, 1964, S. 7–11.

⁷⁵ DOD, Nr. 3, 1965, S. 3.

⁷⁶ „An Nachwuchs mangelt es“, hatte etwa *Der Schlesier* schon 1957 geklagt, und über ein Jahrzehnt später hatte sich an dieser Einschätzung nichts geändert. Ganz im Gegenteil hieß es 1968 in dem Vertriebenenblatt: „Wenn es nicht gelingt, die breite Masse der ostdeutschen Jugend aus dem Abseits herauszuholen und für unsere heimatpolitische Aufgabe immer wieder zu begeistern, können wir unsere landsmannschaftliche Arbeit einstellen ...“. Gaida, Die offiziellen Organe, S. 301 f.

⁷⁷ Mit diesen Worten stellte sich jedenfalls der damalige Panorama-Chef Merseburger (Mitglied der SPD) 1975 bei einer Tagung der politischen Akademie in Tutzing vor. Fritsche, Ostdeutschland und das Bild der Vertriebenen in Hörfunk und Fernsehen, S. 6; Lampe, Panorama, S. 141.

⁷⁸ Vgl. die Walser-Biographie von Magenau, Martin Walser, S. 123 f.

⁷⁹ Die Stellungnahme des Instituts vom 20. Juli 1961 sowie das 60-seitige Manuskript der WDR-Sendung vom 15. Dezember 1960 in: BAK B 137/1266.

⁸⁰ Schlesische Rundschau, 25. Juni 1960.

Die Besprechung des vom Göttinger Arbeitskreis herausgegebenen Handbuchs „Das östliche Deutschland“ im Radio Bremen am 7. Juli 1959 gewährt Einblick in den (entspannungs-)politischen Gestaltungswillen auf journalistischer Seite. Nach Erhalt der von Heinrich Zillich angefertigten Rezension schrieb ihm die zuständige Redakteurin, sie werde den Text mit einigen Änderungen und Zufügungen senden, allerdings, da keine Zeit mehr sei, die Stellungnahme des Autors abzuwarten, ohne Erwähnung seines Namens. Zwar entsprach die Sendung im Aufbau genau der ursprünglichen Besprechung, doch ließ sie „entscheidende [...] Tatsachen, soweit sie die Polen belasten“, einfach weg und leugnete – wie Zillich beanstandete – „unseren Rechtsanspruch auf die Ostgebiete zwar nicht“ schlangweg, entwertete ihn aber doch „durch mehrmals wiederholte Argumentationen“ derart, daß der Sinn des eingereichten Manuskriptes „völlig umgebogen“ wurde. Noch „unter keinem Regime“, so schrieb Zillich als „ehrenamtlicher Diener der ostdeutschen Sache“ dem Intendanten empört, hätte er in vierzigjähriger schriftstellerischer Tätigkeit erlebt, „was hier mit meinem Aufsatz geschah“⁸¹.

Aufschlußreich ist der Fall auch insofern, als der Duktus der inkriminierten Sendung sehr gut erkennen läßt, wie vorsichtig die Sympathisanten einer neuen ostpolitischen Linie am Ende der 1950er Jahre noch zu agieren hatten. „Kein Staat und kein Volk“, so hieß es im Radio Bremen einleitend, „wird auf so bedeutende Gebietsteile, die in Jahrhunderten von seiner Wesensart geprägt worden sind, ohne weiteres verzichten. [...] Die deutsche Situation ist freilich mit einer fürchterlichen Hypothek belastet: jeder Gegner kann darauf hinweisen, daß wir selbst dieses Recht nicht geachtet und mit den Austreibungen im großen Umfang begonnen haben. Bei allen Versuchen von deutscher Seite, die deutschen Provinzen jenseits von Oder und Neiße wiederzugewinnen, müssen wir dieser Schuld eingedenk sein – aber es ist ebenso selbstverständlich, daß wir alle Rechtsgrundlagen zusammentragen, die uns beim Kampf ohne Waffen um die verlorenen Landgebiete helfen können“⁸². Die mäandernde Argumentation weist noch einmal auf den vertriebenenpolitischen Zeitgeist der 1950er Jahre zurück, der z. B. auch den stets windschnittigen Moderator des „Internationalen Fröhschoppens“ Werner Höfer⁸³ dazu bewog, die Vertriebenenverbände in einer Sendung im August 1959 ausdrücklich für ihre sehr besonnene, auf friedliche Mittel des Konfliktaustrags bedachte Adresse an das polnische Volk anläßlich des 20. Jahrestages des Kriegsbeginns 1939 zu loben. Als ein dänischer Journalist, unterstützt von einem Engländer, auf Transparente bei einer Demonstration in Bonn rekurrierte, auf denen sogar das Sudetenland gezeigt worden sei, versetzte Höfer: „Ja, aber es stand ja nun nirgends, daß wir die amerikanische Armee auffordern wollen, nun gen Osten zu marschieren, um das wiederzuholen“⁸⁴.

Ein früher Höhepunkt des ostpolitischen und erinnerungskulturellen Klimawandels wurde am 7. Mai 1963 mit dem bereits erwähnten TV-Film „Polen in Breslau. Porträt einer Stadt“ erreicht, den der NDR-Chefreporter Neven-du Mont angefertigt hatte⁸⁵. Bereits

⁸¹ BAK B 150/3345a: Heinrich Zillich an den „Herrn Intendanten des Radio Bremen“, 15. August 1959.

⁸² Vgl. die erste Seite des Sendemanuskriptes „Betr.: Buchbesprechung (!) d. Handbuchs ‚Das östliche Deutschland‘ i. d. Sendung Radio Bremen v. 7. 7. 59 (Gött. Arb. Kreis)“ in: BAK B 150/3345a.

⁸³ Kammann, Spätschoppen. Der Fall Werner Höfer. Kritisch zum Fröhschöppner Höfer auch Geisler, Nazis into democrats?

⁸⁴ BAK B 150/3344: Auszug aus einem Sendemanuskript des Internationalen Fröhschoppens vom 30. August 1959.

⁸⁵ Sendemanuskript in: BAK B 145/2858, Nachrichten Rundfunkaufnahmen Deutsche Gruppe West, DFS/NDR/7. 5. 63/20.15/ „Polen in Breslau“. Vgl. jetzt auch Hodenberg, Konsens, S. 335 f.

1961 hatte der Journalist in einem umstrittenen Fernsehfilm über die Situation in Polen und in den Oder-Neiße-Gebieten berichtet⁸⁶. Jetzt suggerierte er, die Schlesier seien im Grunde selbst daran schuld, wenn Polen heute die Herrschaft über Schlesien und Breslau ausübten; schließlich seien die Schlesier gläubige Anhänger des Nationalsozialismus gewesen, was die TV-Produktion mit Bildern eines Meeres von Hakenkreuzfahnen in Breslau zu unterstreichen suchte. Darüber hinaus betonte sie die von Polen erzielten Erfolge beim Wiederaufbau der Stadt so stark und blendete die Ruinen in der Schweidnitzer Straße oder im Bahnhofsviertel so strikt aus, daß man den Eindruck gewinnen konnte, Breslau sei „eine glanzvollere Stadt [...] als New York“⁸⁷. BdV-Präsident Krüger warf denn auch – in Kenntnis anderer, kurz zuvor jenseits von Oder und Neiße gemachter Photographien – Neven-du Mont „polnische Reklame“ im Sinne der herrschenden Kommunisten vor; die wirkliche Situation in den Ostgebieten, so Krüger, habe demgegenüber „so etwas Niederdrückendes“, daß er sogar meine: „Die Heimat schreit nach uns“⁸⁸.

Massive Kritik an dem Beitrag Neven-du Monts kam nicht nur vom BdV, sondern aus allen Parteien. Theo Burauen, SPD-Oberbürgermeister in Köln, wo wenige Wochen nach dem Breslau-Film ein großes Schlesiertreffen stattfand, distanzierte sich ebenso⁸⁹ wie der Vorsitzende des Vertriebenen- und Flüchtlingsbeirats der SPD, Reinhold Rehs: „[...] die Darstellung dessen, was durch die Schuld Hitlers verursacht worden ist, wird falsch, wenn man neues Unrecht durch früheres Unrecht zu rechtfertigen versucht“⁹⁰. Den „Zusammenhalt der Deutschen in schweren Schicksalsfragen“ habe der Film keineswegs gefördert⁹¹. Die Arbeitsgruppe Heimatvertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nahm speziell auch an einer Szene Anstoß, die den Kustos der Breslauer Universität mit einer Sammlung polnischer Bücher aus der deutschen Zeit der Stadt zeigte. Damit werde der falsche Eindruck erweckt, „daß eine Kontinuität der geschichtlichen Entwicklung Breslaus gewahrt“ sei⁹². Auch der Bundesausschuß für Vertriebene und Flüchtlinge der FDP protestierte gegen die Sendung, weil „Breslau ein Teil Deutschlands“ sei⁹³.

Auf Initiative mehrerer Abgeordneter beschäftigte der TV-Skandal in einer Fragestunde am 15. Mai 1963 den Deutschen Bundestag. Vertriebenensprecher Krüger wandte sich an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Rainer Barzel: Halte es die Regierung für zweckdienlich im Sinne eines dauerhaften Friedens in Europa, „wenn immer wieder von Einzelgängern [...] dem deutschen Volk eine völlige Kapitulation in seiner Geschichtsauffassung unter Verneinung unseres Rechtsstandpunktes zugemutet“ werde? Der aus Ostpreußen stammende Barzel antwortete auf diese und andere Fragen mit dem Hinweis, die

⁸⁶ Vgl. auch die Vorankündigung der Sendung „Polen in Breslau“ in: Pressedienst Nr. 19/63, vom 5. bis 11. Mai 1963, der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland für das Deutsche Fernsehen.

⁸⁷ So der Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Wilhelm Wolfgang Schütz, in einer Presseerklärung. DOD, Nr. 19, 1963, S. 7. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (9. Mai 1963) kommentierte denn auch, es sei beeindruckend, mit welcher „großen Energie und materiellem Aufwand“ Polen an den Aufbau des zu siebzig Prozent zerstörten Breslau herangegangen sei.

⁸⁸ Der Spiegel, Nr. 27, 1963, S. 24 (Zitat); vgl. auch Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 85. Zum Wiederaufbau Breslaus gleichsam aus neutraler Sicht vgl. jetzt Davis/Moorhouse, Die Blume Europas, S. 505 ff.

⁸⁹ Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 86.

⁹⁰ DOD, Nr. 19, 1963, S. 7.

⁹¹ Süddeutsche Zeitung, 10. Mai 1963.

⁹² DOD, Nr. 19, 1963, S. 6.

⁹³ DOD, Nr. 20, 1963, S. 6.

Breslau-Sendung sei auch „nach Meinung der Bundesregierung einseitig“ und fehlerhaft gewesen und habe „ein verzerrtes Bild der Probleme“ gezeigt. Wenn „die Unschuld der in Breslau geborenen polnischen Kinder besonders dargetan“ werde, so sei zu fragen, „ob etwa die Kinder der deutschen Breslauer schuldiger“ seien⁹⁴.

Trotz der Kritik aus sämtlichen politischen Lagern erhielt Neven-du Mont für seinen Breslau-Film und einen Folgebeitrag „Sind wir Revanchisten?“ (eine am 2. Juli 1963 gezeigte „Untersuchung über die Deutschen und die Oder-Neiße-Linie“) volle Rücken- deckung seitens des sozialdemokratischen NDR-Intendanten Gerhard Schröder und des Programmbeirats der ARD. Er habe „ausgezeichnete“ Arbeit geleistet, keineswegs den deutschen Rechtsstandpunkt geschmälert und auch sein „Revanchisten-Beitrag“ sei in Anlage und Zielsetzung durchaus glaubwürdig und von absoluter Objektivität getragen⁹⁵. Die veröffentlichte Meinung stand ebenfalls hinter dem Journalisten, der bei Dreharbeiten auf dem Schlesiertag kurz nach dem Breslau-Film von einer Gruppe wütender Heimatvertriebener attackiert worden war. Obwohl sich nur ein halbes Dutzend radikaler Hitzköpfe zu Schmähungen und Drohungen hatte hinreißen lassen, ohne Neven-du Mont jedoch ein Haar zu krümmen, während hunderttausend andere Teilnehmer des Treffens ihren Unmut lediglich mit Buhrufen artikulierten⁹⁶, sprach nicht nur das *Neue Deutschland* von einem „Revanchisten-Pogrom“⁹⁷. Auch in führenden bundesdeutschen Zeitungen war von „Nazi-Terror“, „Kristallnacht“-Geist und „Lynch-Stimmung“ die Rede bzw. davon, daß der Bundessprecher der Landsmannschaft Schlesien, Erich Schellhaus, die Menge vorher aufgepeitscht habe⁹⁸. Das Mitgefühl vieler Journalisten für Neven-du Mont hatte auch damit zu tun, daß sie dessen Filme als „politisch vollkommen unanstößig“ empfanden; seine erkennbare Absicht, so *Die Zeit*, sei doch „auf die Belehrung jener stumpfsinnigen Teile der deutschen Schlesienvertriebenen“ gegangen, „die an der Unfähigkeit der polnischen Bevölkerung festhalten, deutsche Provinzen zu verwalten“⁹⁹. Ausgewogener drückte sich Jürgen Tern in einem großen FAZ-Kommentar aus: Dem Film Neven-du Monts möge es zwar „an einseitiger Akzentuierung“ nicht gefehlt haben, Informationen über die gegenwärtigen Veränderungen in Breslau aber müßten sein¹⁰⁰. Jedenfalls sei der Sache der Vertriebenen, so resümierte *Die Welt*, mit den Tätlichkeiten von Köln ein „Bärendienst“ erwiesen worden¹⁰¹. Nur selten wurde dagegen die – von der Bundesregierung gestellte – Frage zustimmend aufgegriffen, ob der NDR gut beraten war, ausgerechnet den Skandal-Reporter zum Schlesiertreffen zu entsenden¹⁰². Wie positiv sich die Reputation Neven-du Monts infolge seiner Breslau-Filme außerhalb von Vertriebenenkreisen entwickelte, dokumentierte

⁹⁴ Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 76. Sitzung, 15. Mai 1963, S. 3668.

⁹⁵ Gerhard Schröder an Staatssekretär Karl-Günther von Hase, 13. Juni 1963, in: BAK B 145/2858; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Mai 1963, S. 5; *Die Welt*, 10. Mai 1963; DOD, Nr. 29, 1963, S. 3.

⁹⁶ Eine ausführliche sachliche Schilderung des „Tathergangs“ findet sich im Kölner Stadtanzeiger, 10. Juni 1963.

⁹⁷ *Neues Deutschland*, 11. Juni 1963.

⁹⁸ *Die Welt*, 10. Juni 1963; *Der Spiegel*, Nr. 25, 1963, S. 17; vgl. auch den Pressespiegel im DOD, Nr. 24/25, 1960, S. 7.

⁹⁹ Fernsehkolumne der *ZEIT*, 17. Mai 1963.

¹⁰⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juni 1963.

¹⁰¹ *Die Welt*, 11. Juni 1963.

¹⁰² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juni 1963; DOD, Nr. 24/25, 1960, S. 7.

bald auch eine Reihe von Preisen, mit denen der fast zum „Märtyrer“ gewordene Journalist ausgezeichnet wurde; so der vom Berliner Senat gestiftete Kunstpreis und der vom Deutschen Volkshochschulverband gestiftete Adolf-Grimme-Preis in Silber¹⁰³.

Zu Neven-du Monts Breslau-Film hatte das Fernsehreferat des Bundespresseamtes noch vermerkt, man müsse Verständnis für die Reaktion der Vertriebenenverbände aufbringen, schließlich habe „das Deutsche Fernsehen noch nie über eine Stadt oder ein Land im Westen [...] so positiv berichtet [...] wie über Breslau“, wo doch die Journalisten sonst immer so auf kritische Berichterstattung Wert legten¹⁰⁴. Andererseits wurde der Folgebeitrag, der anhand einer Infratest-Umfrage den Rückkehrwillen der Schlesier in Zweifel zog und zudem eine Blütenlese politisch bedenklicher Artikel „einzelner Vertriebenenblätter“ lieferte, vom Bundespresseamt intern sehr ernst genommen. Er gebe „zu der Frage Veranlassung, ob derartige, die Wirklichkeit verzeichnende Beiträge auch in denjenigen Vertriebenenzeitungen enthalten sind“, die von der Bundesregierung unterstützt würden. Sollte dies der Fall sein, müsse unverzüglich über eine Streichung der Zuschüsse nachgedacht werden¹⁰⁵.

Der Breslau-Film stand in einer langen Reihe ähnlich aufwühlender Sendungen und Kommentare, mit denen Journalisten sämtlicher Anstalten bis hin zu dem – keineswegs CSU-durchherrschten – Bayerischen Rundfunk die westdeutsche Öffentlichkeit in den 1960er Jahren auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einstimmten¹⁰⁶. Nach Neven-du Mont war es am 2. Oktober 1964 Hansjacob Stehle, der in einem TV-Beitrag des Hessischen Rundfunks über „Deutschlands Osten – Polens Westen“ zu zeigen versuchte, wie glänzend der polnische Staat die Eingliederung der ehemals deutschen Ostgebiete bewältigt habe: „Auf 5000 Kilometer Reise sahen wir selbst in den rückständigsten Gegenden keine herrenlosen Höfe, keine verlassen Felder“, berichtete Stehle wörtlich¹⁰⁷. Allerdings hatte Stehle zum Ausgangspunkt seiner Reise auch das „wiederaufgebaute“ Danzig genommen, Elbing dagegen, die benachbarte zweitgrößte Stadt Westpreußens, ignoriert, die von der *Bunten Illustrierten* wegen ihrer Ruinenlandschaft gerade als „polnisches Pom-

¹⁰³ Letztere Ehrung wurde wohl auch dadurch erleichtert, daß als Präsident der Volkshochschulen mit Professor Raiser ein Mitglied der Tübinger Acht fungierte. Fritsche, Ostdeutschland, S. 7 f.

¹⁰⁴ BAK B 145: V/3 Fernsehreferat, 10. Mai u. 13. Mai 1963, Vermerke betr. Polen in Breslau.

¹⁰⁵ BAK B 145/2858: III/2, Aufzeichnung, Bonn, den 3. Juli 1963.

¹⁰⁶ In diese Richtung argumentierte im August 1965 z. B. auch eine BR-Reportage von Bodo Scheurig über eine Reise durch die Ostgebiete, auf der dem Autor zunächst „die Schwere des erlittenen Verlustes erneut bewußt und die Oder-Neiße-Linie geradezu unerträglich“ wurde – Liegnitz etwa sei heute eine „Geisterstadt“. Ebenso aber griff Scheurig die von Warschau stets betonte These zustimmend auf, das heutige Polen habe Ostdeutschland überhaupt erst wieder bewohnbar gemacht, und plädierte im Ergebnis klar und deutlich für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Vgl. das Manuskript der am 10. August 1965 in der Reihe „Ostdeutsches Tagebuch“ gebrachten Sendung „Ostdeutschland heute“ in: BAK B 150 Fiche 3339, Bl. 11 ff.; dort auch ein Protestbrief der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen an den stellvertretenden BR-Intendanten Walter v. Cube gegen diese „staatsgefährdenden und verfassungswidrigen“ Sendungen. Vgl. auch die BdV-Kritik an einem ARD-Kommentar des Chefredakteurs des Bayerischen Fernsehens, Hans Heigert, der sich Anfang des Jahres 1967 dezidiert für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aussprach (DOD, Nr. 8, 1967, S. 4). CSU-Mitglied Heigert wechselte später aus Protest gegen die Medienpolitik der CSU zur *Süddeutschen Zeitung* und trat aus der CSU aus (Lampe, Panorama S. 53, 272, 425). „Wie problematisch die ‚Dichotomie NDR/protestantisch/links – BR/katholisch/rechts‘ ist“, hat für die 1960er Jahre auch Lampe, Panorama, S. 52, unterstrichen.

¹⁰⁷ Manuskript der Sendung vom 2. Oktober 1964, 20.15 Uhr, in: Historisches Archiv des HR; Archivnummer 3 – 30 047. Manuskripte FS 21006-50174, hier S. 8; vgl. auch DOD, Nr. 45/46, 1964, S. 9, Nr. 41, 1964, S. 8, sowie Der Spiegel, Nr. 48, 1964, S. 62 f. („Wenzel Jaksch. Vertriebene – ein und dasselbe Bild“).

peji“ bezeichnet worden war¹⁰⁸. Lediglich das schlesische Hirschberg war zu sehen, das nicht der Krieg, sondern „der Schwamm in den Mauern“ zerstörte; insgesamt aber überwogen die Gegenbeispiele etlicher Städte, die wie Rastenburg gegenwärtig sogar mehr Einwohner hatten als vor dem Krieg¹⁰⁹. Gleich zu Beginn der Sendung hatte Stehle den Hauptton angeschlagen und (mit Bildern vom Kriegsbeginn 1939 an der Westerplatte) den Überfall Hitlers auf Polen als „Auftakt [...] zum Verlust der deutschen Einheit“ bezeichnet, „zur Vernichtung seiner Ostgrenze, mit der sich Deutschland nie hatte abfinden wollen – der Grenze von Versailles, die man heute Grenze von 1937 nennt“¹¹⁰. Am Ende des Films stand der politisch noch recht vorsichtige Appell, „den Blick auf die Tatsachen zu lenken“, wenn nicht heute, „dann an dem Tage, an dem Deutschland in Frieden Polens Nachbar wird“¹¹¹.

Schon vor Ausstrahlung der Sendung hatte sich der Sprecher der Bundesregierung, Karl-Günther von Hase, an den HR-Intendanten Werner Hess gewandt und wegen der aufgekomenen Spekulationen, „bei der Produktion sei mit dem ostzonalen Fernsehen zusammengearbeitet worden“, seine Bedenken angemeldet. Hess versicherte ihm aber, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehrten. Er habe sich die „aus einem überaus sachlichen, manchmal fast trockenen Bericht“ bestehende Produktion bereits angesehen und könne konstatieren, daß sie sich „aller politischen Kommentierungen enthält“. Ärgernis würde sie allerhöchstens in den Kreisen auslösen, „denen aber auch jeglicher Bericht über den tatsächlichen Zustand in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße unangenehm ist“. Eine Absetzung oder Verschiebung des Beitrages müßte gerade im Blick auf den bevorstehenden Chruschtschow-Besuch in der Bundesrepublik vermieden werden, weil dadurch eine „sehr unliebsame politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit“ heraufbeschworen würde¹¹².

Zwar riet das Bundespresseamt dem BdV bereits vor der Sendung, trotz deren offensichtlicher Tendenz, die wirtschaftlichen Aufbauleistungen der Polen „sehr stark“ herauszustellen, „nur mit sachlichen, nüchternen Argumenten“ auf den Film zu reagieren, weil jede „emotional bedingte Reaktion [...] nur der Sache der Heimatvertriebenen schaden“ könne¹¹³; doch war das offensichtlich zuviel verlangt. Die gegen den Film rasch anlaufende Protestwelle aus Vertriebenenkreisen¹¹⁴ qualifizierte der Hessische Rundfunk in einem Beitrag in eigener Sache als „organisiert“ und sprach von „Meinungsterror“. Wenzel Jaksch bescheinigte daraufhin im Namen des BdV-Präsidiums dem Intendanten Pfarrer Hess in einem offenen Brief, „als ein Mann geistlichen Standes [...] Millionen von Christenmenschen in der Bundesrepublik das Ärgernis eines offenen Amtsmißbrauches zu geben“, ja mit dieser Politik „an der Seite von Todfeinden der Demokratie gegen die Interessen des eigenen Landes“ zu stehen¹¹⁵. Erst ein halbes Jahr später, im März 1965, entspannte Hess

¹⁰⁸ Bunte Illustrierte, 7. Oktober 1964.

¹⁰⁹ Manuskript der Stehle-Sendung vom 2. Oktober 1964, 20.15 Uhr, in: Historisches Archiv des HR; Archivnummer 3 – 30 047. Manuskripte FS 21006-50174, hier S. 17 (Zitat), 28.

¹¹⁰ Ebd., S. 1.

¹¹¹ Ebd., S. 33.

¹¹² Werner Hess an Karl-Günther von Hase, 24. September 1964, in: BAK B 145/1340.

¹¹³ BAK B 145/1340: Vermerk V/3 – Fernsehreferat –, Bonn, den 16. September 1964.

¹¹⁴ Vgl. dazu den Bestand BAK B 137/1266.

¹¹⁵ DOD, Nr. 44, 1964, S. 1; vgl. auch den Rückblick auf diese Kontroverse im SPD-PresseDienst P/XX/62, Noble Geste, 31. März 1965 (BAK B 137/1266).

den Konflikt dadurch ein wenig, daß er überraschend an einer BdV-Kundgebung in Fulda teilnahm und der HR zudem eine Sendung über die „Passion der Vertreibung“ als Beitrag zum laufenden Jahr der Menschenrechte ankündigte¹¹⁶.

Die Bundesregierung, im Parlament einmal mehr mit einer ostdeutschen Fernseh-Quelle konfrontiert, reagierte einigermmaßen hilflos. Ihr stünden, wie Innenminister Hermann Höcherl (CSU) erklärte, keine Weisungsrechte gegenüber den Rundfunkanstalten der Länder zu, um etwa eine Gegendarstellung in gleicher Länge und zur gleichen Sendezeit zu erwirken¹¹⁷. Höcherl zog sich auf die Position zurück, den Film nicht selbst gesehen zu haben und deshalb „zum Inhalt selbstverständlich keine Stellung beziehen“ zu können¹¹⁸. Die offiziöse Warschauer *Tribuna Ludu* dagegen hatte den Film gesehen und fand ihn ebenso gut gelungen wie den früheren Breslau-Beitrag Neven-du Monts. Er gebe ein objektives und sachliches Bild eines bewirtschafteten Landes; überall zeige er die Jugend, die hier nach dem Kriege geboren worden sei. Bereits wenige Wochen nach seiner deutschen TV-Premiere strahlte das polnische Fernsehen dann auch seinerseits den Stehle-Film aus¹¹⁹.

Stehles Reportage hatte wie schon jene Neven-du Monts nicht nur eine ostpolitische, sondern auch eine im engeren Sinne erinnerungskulturelle Dimension. Wenn er sich über die katastrophale menschenrechtliche Lage der nach wie vor beträchtlichen deutschgesinnten Minderheit unter den Autochthonen ausschwie¹²⁰, dann konnte dies auch als Aussage über die irgendwie nie so ganz richtig deutsche Vergangenheit der Oder-Neiße-Gebiete (miß-)verstanden werden; obwohl dies Stehle, wenn man andere Äußerungen von ihm kennt, eigentlich fernlag. Verzerrungen ähnlicher Art, die dem entspannungspolitischen Verzicht historische (Schein-)Begründungen lieferten bzw. liefern sollten, gab es während der 1960er Jahre in den öffentlich-rechtlichen Medien immer wieder.

Der Hessische Rundfunk strahlte Ende Juni 1967 eine Sendung zum Thema „Der Deutschritter-Orden ohne Heiligenschein“ aus, dessen Quintessenz lautete: Die Deutschen sollten nie vergessen, auf welche Weise sie in den Besitz der baltischen Länder einschließlich Ostpreußens gekommen seien und „welche Schuld sie den unterdrückten Eingeborenen abzutragen haben“¹²¹. Erinnerungskulturell problematisch waren auch Sendungen von Peter Coulmas im WDR und BR zu Beginn des „Menschenrechtsjahres“ 1965 zum Thema „Die große Flucht – nach dem Einbruch der Roten Armee in Mitteleuropa 1945“. Zwar fanden sich darin zahlreiche Zitate aus Schieders Dokumentation, ausgerechnet diejenigen Stellen aber, die von dem grausamen Zusammenstoß mit den Russen handelten, blieben ausgespart. Die Begründung wirkte sehr respektabel. Der Autor, so sagte Coulmas über seine Arbeit, „hat die Berichte gelesen, einen nach dem anderen. Oft hat er das Buch aus der Hand gelegt. Er vermochte nicht weiterzublättern [...] Der Hals war ihm ausgetrocknet, vor so viel Schrecklichem, das oft in ungelungenen und unbeholfenen, aber immer eindrucksvollen Worten mitgeteilt wird“¹²². Doch lag angesichts des in den Medien sonst so ruppig

¹¹⁶ SPD-Pressedienst P/XX/62, Noble Geste, 31. März 1965 (BAK B 137/1266).

¹¹⁷ Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, so kündigte Höcherl an, werde sich der Sache aber annehmen.

¹¹⁸ Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 141. Sitzung, 23. Oktober 1964, S. 7047 ff.

¹¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Dezember 1964.

¹²⁰ So die Kritik im DOD, Nr. 41, 1964, S. 8.

¹²¹ Manuskript der am 27. Juni 1967 im Ersten Programm des HR ausgestrahlten Sendung in: BAK B 150 Fiche 3339, Bl. 85–128, Zitat Bl. 127.

¹²² DOD, Nr. 14, 1965, S. 5; vgl. auch DOD, Nr. 15/16, 1965, S. 5.

gewordenen Umgangstons mit den Vertriebenen die Vermutung ganz fern, hier sei es nicht nur darum gegangen, die den Betroffenen „noch in den Gliedern“ steckende Russenangst nicht traumatisierend wieder aufleben zu lassen, sondern darüber hinaus bewußt vermieden worden, das Mitgefühl mit einer gesellschaftlichen Gruppe zu mehren, deren Verbände sich gerade mit Händen und Füßen gegen eine neue Ostpolitik zur Wehr setzten?

Historisch besonders einseitig argumentierte ein NDR-Film Peter Schier-Gribowskys¹²³ über die oberschlesische Stadt Hindenburg. Der Beitrag war infolge einer Polen-Reise Charles de Gaulles im September 1967 entstanden, in deren Verlauf der französische Staatspräsident Hindenburg als die polnischste aller polnischen Städte bezeichnet hatte¹²⁴. Ein halbes Jahr später lief im ARD-Sonntagabendprogramm am 7. April 1968 eine Sendung unter dem Titel „Zabrze oder Hindenburg – Porträt einer umstrittenen Stadt“, den das NDR-Panorama einige Tage vorher groß angekündigt hatte. Der Film wirkte in manchem wie eine Kopie des Breslau-Filmes von 1963: „Viel Folklore, studentische Songs, ein bißchen Hakenkreuz“¹²⁵. Die Stadt sei erst im Zuge der Schlesischen Kriege in den 1740er Jahren „durch Eroberung in den Besitz Preußens gekommen“ hieß es – als ob Zabrze vorher nicht Jahrhunderte lang zu Osterreich bzw. zum Heiligen Römischen Reich gehört hätte¹²⁶. Überdies hätte die Bevölkerungsmehrheit laut der Statistik von 1905 polnisch gesprochen – als ob dies angesichts des Auseinanderfallens von Sprache und nationalem Bewußtsein im deutsch-polnischen Grenzraum eine entscheidende Rolle spielte. Und schließlich wurde auch noch das prodeutsche Plebiszit von 1921 in Zweifel gezogen, weil es nur durch die Stimmberechtigung von längst ins Reich abgewanderten Hindenburgern zustande gekommen sei. Daß die Stadt Zabrze nur 30 Jahre lang – zu Ehren des „Retters von Tannenberg“ – den deutsch klingenden Namen Hindenburg getragen hatte, gehörte ebenfalls zu den Indizien, die de Gaulles Diktum als zumindest nicht ganz falsch erhärten sollten. Bemerkenswerterweise bediente sich der Fernsehjournalist zur Erklärung der höchst komplizierten oberschlesischen Geschichte nicht etwa eines ausgewiesenen Ostexperten, sondern ausgerechnet des geschworenen Preußen-Feindes Paul Wilhelm Wenger, der sein Wissen eingestandenermaßen aus einem Lexikon-Artikel schöpfte und dann auch alles wild durcheinander würfelte, indem er ständig national-polnisch meinte, wenn von der sogenannten wasserpolnischen Sprache in Oberschlesien die Rede war¹²⁷.

Erstaunlich war die Tendenz des Filmes auch insofern, als de Gaulles Formel nicht nur im Deutschen Bundestag schon zurückgewiesen worden war¹²⁸. Günter Grass äußerte sich ebenfalls klipp und klar. „Ich sage das ganz bewußt“, so Grass, „das sind deutsche Gebiete,

¹²³ Schier-Gribowskys war ansonsten in der Panorama-Redaktion auf Themen der NS-Vergangenheitsbewältigung spezialisiert. Lampe, Panorama, S. 29, 47, 88, 120 ff.

¹²⁴ Vgl. auch Humbert, Charles de Gaulle et la „Ligne Oder-Neisse“.

¹²⁵ So kommentierte der DOD, Nr. 14, 1968, S. 8. Im Archiv des Norddeutschen Rundfunks, Hamburg, liegt eine Kopie des Filmes. Eine Sendemanuskript ist nicht erhalten.

¹²⁶ Zum mächtropolitischen Spannungsfeld, in dem die frühe oberschlesische Regionalgeschichte anzusiedeln ist, vgl. etwa Wunsch, Oberschlesien.

¹²⁷ DOD, Nr. 11/12, 1968, S. 18 f.; Nr. 13, 1968, S. 10; Nr. 14, 1968, S. 8. Der TV-Kritiker der *Welt* wollte zwar nicht von Geschichtsklitterung reden, bemängelte aber auch, daß die Sendung das „Kernproblem“, die nationale „Indeterminierbarkeit großer Teile der oberschlesischen Grenzbevölkerung [...] nicht richtig zur Geltung“ gebracht habe. Die Welt, 9. April 1968 („Die oberschlesischste aller Städte“). Vgl. auch Rheinischer Merkur, 12. April 1968, S. 3.

¹²⁸ Auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger trat de Gaulle bei den Heimattagen in Göppingen energisch entgegen: „Jeder Versuch, uns vorzumachen, dies sei polnisches Gebiet, ist von

immer deutsche Gebiete gewesen, die wir verloren haben, aufs Spiel gesetzt haben und zu Recht verloren haben. Ich weise auf der anderen Seite jeden nationalistischen Anspruch von polnischer Seite, auch in de Gaullescher Interpretation zurück¹²⁹. Trotz dieser Klarstellung aus prominentem Munde kann man sich fragen: Blieb von Geschichtsklitterungen vor einem Massenpublikum im Fernsehen nicht zumindest immer irgend etwas hängen, was den Entfremdungsprozeß von der deutschen Geschichte im Osten Europas potentiell förderte? Die Wirkungen gleichsam negativer Erinnerungskultur waren auch dadurch kaum ganz zu löschen, daß vor allem im gerade erst gegründeten ZDF oder in manchen Radio-Sendungen manchmal sehr viel Differenzierteres über diese Fragen zu sehen bzw. zu hören war.

In den im Staatsvertrag für das Zweite Deutsche Fernsehen bereits vorgesehenen und vom ZDF-Fernsehrat 1963 gebilligten Programm-Richtlinien hieß es wörtlich: „Das Programm soll der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit [...] dienen. Es sind Sendungen zu veranstalten, die über die Lage in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und in den Gebieten hinter der Oder und Neiße mit dem Willen zur Objektivität unterrichten“¹³⁰. Diesem Programmauftrag entsprach der Sender ab April 1963 nicht zuletzt mittels einer im Sinne der alten Ostpolitik „korrekten“ Wetterkarte. Die ARD dagegen hatte das bisherige meteorologische Schaubild des Seewetterdienstes Hamburg mit Königsberg und Breslau als Ortsmarkierungen im März 1960 aus dem Verkehr gezogen und benutzte statt dessen nur noch eine Karte, die sozusagen den touristischen Realitäten Rechnung trug. Dort war zwar Platz für Belgien und die Niederlande, von der Oder-Neiße-Linie aber wurde gerade noch der Umriß gezeigt, und weder Oberschlesien, der Ostzipfel Pommerns noch Ostpreußen waren zu erkennen¹³¹. Davon hob sich die Wetterkarte des neuen ZDF augenfällig ab, indem sie die alten Ostprovinzen in ihrer ganzen Ausdehnung ins Bild rückte. Das ZDF, so betonte Intendant Karl Holzammer, sehe „unser Vaterland trotz willkürlicher Grenzziehung immer noch als ungeteiltes Ganzes“¹³²; und es hielt daran trotz wiederholter Angriffe aus Warschau noch ziemlich lange fest¹³³.

Kaum dem neuen ostpolitischen Zeitgeist entsprachen auch ZDF-Beiträge wie die am 24. November 1965 zur besten Sendezeit zwischen 20.30 und 21.10 Uhr ausgestrahlte Dokumentation „Die europäische Tragödie“, die dem Zuschauer in ihrer „Eindringlichkeit und Unmittelbarkeit den Atem“ verschlug; der Beitrag sparte keines der großen Flucht- und Vertreibungsdramen der zweiten Weltkriegszeit aus – auch nicht die Vertreibung und

vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir müssen de Gaulle und allen anderen ohne Hektik und in aller Gelassenheit sagen, daß die Leistungen unseres Volkes, die in den vergangenen neun Jahrhunderten in diesen Gebieten geschaffen wurden, alles scheitern lassen, was die Dinge verfälschen will.“ DOD, Nr. 41/42, 1967, S. 10. Vgl. hierzu auch die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Ertl und die Antwort des Staatssekretärs des Äußeren, Jahn, in: Drucksachen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 29. September 1967, Drucksache V/2124, Nr. 14, S. 3 (Frage Ertl); Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 121. Sitzung, 4. Oktober 1967, S. 6120.

¹²⁹ Grass hatte nach dem Nürnberger Parteitag der SPD 1968 in der Sendung „Bericht aus Bonn“ zur Frage der Oder-Neiße-Linie Stellung genommen. DOD, Nr. 13, 1968, S. 10.

¹³⁰ Wehmeier, Die Geschichte des ZDF, S. 46.

¹³¹ Vgl. den Protest des BdV-Vorsitzenden Krüger gegen die „verstümmelte Deutschlandkarte“ der ARD in: DOD, Nr. 11, 1960, S. 7.

¹³² DOD, Nr. 17/18, 1963, S. 8 f.

¹³³ Vgl. etwa den Vorwurf der in Breslau erscheinenden *Gazeta Robotnicza*, die ZDF-Wetterkarte sei revan-chistisch. DOD, Nr. 30, 1967, S. 9.

Ermordung der Juden Europas. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten wurde dabei in einer Art und Weise thematisiert, die sogar den BdV von einem „nachahmenswerten Beispiel“ sprechen und die Landsmannschaft Oberschlesien in einem Telegramm an den ZDF-Intendanten Holzammer ausdrücklich für diesen gelungenen Beitrag danken ließ¹³⁴. Mit Blick auf den Film versicherte das Bundesvertriebenenministerium einem Petenten, der sich über die Darstellung des deutschen Ostens im Fernsehen mokierte: „Die vorhandenen Einwirkungsmöglichkeiten“ auf die Rundfunkanstalten würden seitens der Regierung genutzt, auch wenn sich einer Einflußnahme bekanntlich „Schwierigkeiten [...] entgegenstellen“¹³⁵. Welche Erwartungen die Vertriebenen an den ZDF-Film knüpften, erhellt auch aus der Tatsache, daß sich der parlamentarische Beirat des BdV unter dem Vorsitz Heinrich Windelens am Abend des 24. November 1965 eigens versammelte, um gemeinsam im großen Sitzungssaal des Bundespresseamtes endlich einmal der Ausstrahlung einer weniger vertriebenenkritischen Sendung beizuwohnen¹³⁶.

Entsprechende Hoffnungen hatte auch der ZDF-Programmdienst geweckt, der dem Film in seiner Ankündigung zugute hielt, den „tödlichen Kreislauf von Unrecht und Gewalt in den letzten 25 Jahren europäischer Geschichte“ ebenso deutlich zu machen wie das „Schicksal eines Kontinents, der nicht zur Ruhe kommen kann, weil noch immer eine gerechte Ordnung fehlt“¹³⁷. Die Regionalpresse vom *Solinger Tageblatt* bis zur *Bonner Rundschau*¹³⁸ kommentierte den Film, der „unter die Haut“¹³⁹ ging, überwiegend positiv. Allerdings gab es auch heftige Kritik. So sprach etwa die *Frankfurter Rundschau* von einer „verlogenen Dokumentation“, die auf die Ursachen der Vertreibung nicht eingegangen sei, vor allem nicht „auf die Zustimmung eines ganzen Volkes zur faschistischen Ideologie Hitlers“¹⁴⁰.

Ähnlich geteilte Resonanz bei allerdings deutlich erhöhtem Anteil negativer Stimmen fand der 90-minütige Film „Flucht über die Ostsee“, den das ZDF zwei Jahre später am 13. Januar 1967 ebenfalls zur besten Sendezeit von 20.00 bis 21.30 Uhr ausstrahlte. Gegenstand des Dokumentarspiels war der Großangriff der Roten Armee auf Ostpreußen im Januar 1945, dessen Dramatik dadurch noch gesteigert worden war, daß NS-Gauleiter Erich Koch mit unsinnigen Befehlen die rechtzeitige Evakuierung der Bevölkerung verhindert hatte. „Doch eine Gruppe tatkräftiger Männer“ in der Leitstelle der 9. Sicherungsdivision in Gotenhafen und in der Kriegsmarine, so kündigte das ZDF die Sendung an, „schaffte das Unmögliche“, d. h. „sicheres Geleit“ für die Flüchtlingsschiffe; und so seien „unter selbstlosem Einsatz des Heeres, der Kriegsmarine und der Zivilverwaltung“ zwei Millionen Menschen über die Ostsee gerettet worden¹⁴¹.

Die Kritik an dem Film richtete sich vor allem gegen die Darstellung der „Wackere(n) Militärs“; er sei ein einziges Hochlied auf Armee und Marine gewesen, monierte nicht nur

¹³⁴ DOD, Nr. 48, 1965, S. 4 (Zitat), sowie Nr. 49/50, 1965, S. 11.

¹³⁵ BAK B 150, Fiche 3339, I B 3 – 2622b – 3317/65, 16. Dez. 1965, Bl. 259.

¹³⁶ BAK B 145/1346: Vermerk Fernsehreferat Ma/Pi, 24. November 1965.

¹³⁷ ZDF-Programmdienst 48/65, 21.–27. Mai 1965, „Europäische Tragödie“, 24. November 1965, o. S. (ZDF-Unternehmensarchiv).

¹³⁸ *Solinger Tageblatt*, 25. November 1965; *Bonner Rundschau*, 25. November 1965.

¹³⁹ *Hamburger Abendblatt*, 25. November 1965.

¹⁴⁰ *Frankfurter Rundschau*, 28. November 1965.

¹⁴¹ „Flucht über die Ostsee“, 13. Januar 1967, 20–21.30 Uhr. Dokumentarspiel von Cajus Bekker und Frank Wisbar. ZDF. Programm der 2. Woche. 8. Januar bis 14. Januar 1967, hg. vom ZDF, o. S. (ZDF-Unternehmensarchiv).

die in diesen Fragen traditionell sehr bedenkliche *Frankfurter Rundschau*¹⁴². Die *Süddeutsche Zeitung* sprach gar von „historischer Sudelei“¹⁴³, und auch andere Kritiker stießen sich daran, daß die „Neudeutsche Heldensage“, ohne geschichtliche Hintergründe zu berücksichtigen, tüchtige Militärs und egoistische Nazibonzen „simpler klischiert“¹⁴⁴ und so getan habe, als hätte es in den letzten Kriegstagen „nur Gut und Böse“ gegeben¹⁴⁵. Bei den Vertriebenenverbänden überwog dagegen die Genugtuung darüber, das eigene Schicksal im mächtigen Medium Fernsehen gewürdigt zu sehen. „Wir Ostpreußen“, so ließ *Das Ostpreußenblatt* verlauten, „sind den Autoren und dem ZDF zu Dank verpflichtet“¹⁴⁶.

Ähnliche Akzeptanz wie die beiden ZDF-Filme fand in Vertriebenenkreisen eine Stundensendung zum Thema „Vertrieben“, die der WDR 1965 auf der gemeinsam mit dem NDR benutzten Mittelwelle ausstrahlte. „Ein Unrecht wiegt ein anderes nicht auf“, hieß es schon zu Beginn des Beitrags kurz nach 20 Uhr. Ausdrücklich wandte sich der Autor, Rudolf Jacobs, auch gegen eine aktuelle Äußerung des polnischen Vizepremierministers Zenon Nowak, es könne gar nicht von einer Vertreibung der Deutschen die Rede sein, sondern nur von Flucht und humanitärem Bevölkerungstransfer. Dagegen führte Jacobs einen französischen Zeugen ins Feld, der nicht nur die „wilde“ Vertreibung, sondern auch die Vorgänge nach der Potsdamer Konferenz als „abscheuliche Unmenschlichkeit“ benannte. „Man kann vergessen, vergeben, nicht aber leugnen“, lautete die Quintessenz der Sendung, die der BdV dem Gesamtdeutschen Ministerium für seinen Rundfunkpreis ans Herz legte¹⁴⁷.

Sendungen mit Jacobschem Tenor waren allerdings in WDR, NDR und den anderen Anstalten der Länder, die „in ununterbrochener Tradition Mittel- und Ostdeutschland zum Inhalt ihres Radio-Programmes“ machten – hinter dem an erster Stelle zu nennenden Süddeutschen Rundfunk gehörten hierzu der Bayerische Rundfunk und aufgrund einer wichtigen sozialpolitischen Reihe auch der Hessische Rundfunk¹⁴⁸ –, in den 1960er Jahren keineswegs mehr die Regel. Ganz anders argumentierten Beiträge wie der von Jürgen Rühle und Klaus Liebe im WDR (1968), der die Frage „Wem gehört der Osten?“ mit dem Satz beantwortete: „Den Menschen, die ihn bewohnen, heute bewohnen. Der heranreifenden europäischen Gemeinschaft, die weit hinüberreicht [...] bis an die Ufer des Amur“¹⁴⁹. Selbst die 1966 im Bundesvertriebenenministerium als „äußerlich [...] bisher positivste Fernsehsendung des Deutschen Fernsehens“ gewürdigte Produktion des Hessischen Rundfunks „Vertriebene 1966 – Zwei Jahrzehnte nach dem großen Treck“ (von Helmut Clemens) predigte, wie es in einem regierungsinternen Vermerk dazu hieß, „sehr raffiniert [...] wieder Verzicht“. Die „Gefährlichkeit dieser Sendung“ liege „in der scheinbaren Sachlichkeit“¹⁵⁰.

¹⁴² Frankfurter Rundschau, 16. Januar 1967.

¹⁴³ Süddeutsche Zeitung, 17. Januar 1967.

¹⁴⁴ Funk-Korrespondenz, 19. Januar 1967.

¹⁴⁵ Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 14. Januar 1967.

¹⁴⁶ Das Ostpreußenblatt, 25. Februar 1967.

¹⁴⁷ DOD, Nr. 24/25, 1965, S. 11. Mit ähnlichem Tenor: Der Schlesier, 24. Juni 1965. („Ohnmächtig gegen brutale Gewalt. Zu einer Sendung von Rudolf Jacobs im Westdeutschen Rundfunk“).

¹⁴⁸ DOD, Nr. 39/40, 1967, S. 12. Beim Süddeutschen Rundfunk gab es z. B. Heimatsendungen für Ost-, Mittel- und Auslandsdeutsche. Einblick in eine Reihe von dortigen Sendemanuskripten bietet der Bestand BAK B 150/3334c. Vgl. auch Baehr, Die Vermittlerrolle.

¹⁴⁹ Vgl. das Manuskript (Zitat S. 26) des vom WDR, Hauptabteilung Zeitgeschehen, am 6. März 1968, 20.15 Uhr, gesendeten Beitrags: BAK B 150/3344.

¹⁵⁰ BAK B 150, Fiche 3339, I B 3c – 2517 –, Vermerk, 10. Februar 1966. Die Sendung wurde im Februar 1966 (um 21.45 Uhr) im ARD-Programm ausgestrahlt.

Clemens würdigte etwa, daß die Deutsche Jugend des Ostens einen Kongreß im Herbst 1965 mit einer Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Dachau eröffnet habe¹⁵¹. Andererseits begann der Beitrag mit einem ausdrücklichen Lob für die „redliche Gesinnung“ der EKD-Ostdenkschrift, ohne auf deren inhaltliche Schwächen einzugehen. Erinnerungskulturell relevant war der Film auch insofern, als der Marburger Soziologe Kurt Lenk in einem Statement die schulische Ostkunde ziemlich polemisch attackierte – sie beuge sich in der Gefahr „politischer Indoktrinierung“, so wie sie „ja einmal im 3. Reich mit der Jugend geschehen ist“¹⁵². Darauf folgten Bilder einer Lehrerin, die Spätaussiedler in Espelkamp (Nordrhein-Westfalen) mit dem Hinweis tröstete, vor 800 Jahren seien die Deutschen in die Ostgebiete gegangen, „nach dem Krieg jetzt kehren die Deutschen wieder in ihre alten Heimatgebiete zurück [...] Ihr kommt nachhause“. Im Kommentar hieß es dazu: „Espelkamp ist eine fortschrittliche Stadt“¹⁵³.

Für die Sudetendeutschen war das Meinungsklima in den Medien kaum günstiger als für die Vertriebenen aus den Oder/Neiße-Gebieten. Zum Sudetendeutschen Tag 1964, der auf dem ehemaligen Nürnberger Reichsparteitagsgelände stattfand, lieferte der Bayerische Rundfunk in der Abendschau vom 20. Mai so ziemlich das Gegenteil von Hofberichterstattung: bedrohlich aufmarschierende Deutsche Jugend des Ostens mit Fanfaren und Landsknechtstrommeln, die am Gewaltverzicht der Landsmannschaften Zweifel aufkommen lassen konnten, sowie einen kritischen Kommentar von Günther Milbrad. Günter Gaus assistierte rasch. Und ein halbes Jahr später behauptete ein WDR-Fernsehkommentator sogar fälschlich, Wenzel Jaksch würde unter Bezug auf das Münchner Abkommen territoriale Forderungen gegenüber der CSSR erheben¹⁵⁴. Dabei mußte jeder, der sich mehr als oberflächlich mit der Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft beschäftigte, wissen, daß es ihr im Kern nicht um eine Grenzverschiebung, sondern um das Heimat- und Rückkehrrecht ging. Nicht ein ganz falsches, aber doch ein einseitiges Bild der böhmisch-mährischen Landesgeschichte lieferte auch eine Fernsehsendung des Südwestfunks mit Golo Mann. Denn der Beitrag betonte die Gleichberechtigung der Sudetendeutschen als „volle Staatsbürger“ in der CSR nach 1918 viel stärker als die repressiven Elemente der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik und hielt es für bedeutsam zu erwähnen, daß die Deutschen in den Randgebieten Böhmens und Mährens „erst“ seit dem 11. Jahrhundert „zuhause gewesen“ seien¹⁵⁵.

Der Unmut über die Medien, teilweise auch über Journalisten, die wie Panorama-Chef Joachim Fest früher als CDU-nah gegolten hatten¹⁵⁶, wurde infolge derartiger Sendungen so stark, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft im April 1968 eine eigene Großkundgebung unter dem Motto „Freiheit und Demokratie – gegen Diffamierung in Rundfunk und Fernsehen“ durchführte. „Wir sind nicht mehr gewillt“, so SL-Sprecher und CSU-

¹⁵¹ Historisches Archiv des HR, Archivnummer 3-20271. Manuskript der Sendung von Helmut Clemens „Vertriebene 1966. Zwei Jahrzehnte nach dem großen Treck“, S. 19.

¹⁵² Ebd., S. 4.

¹⁵³ Ebd., S. 5 f.

¹⁵⁴ DOD, Nr. 22/23, 1964, S. 10; sowie Nr. 47, 1964, S. 10.

¹⁵⁵ DOD, Nr. 41/42, 1965, S. 4.

¹⁵⁶ In der letzten Sendung unter seiner Moderation ging Fest im Dezember 1966 auch auf eine gerade ausgefochtene Kontroverse mit Ex-Bundesminister und SL-Sprecher Seeböhm ein, der über Fest nach einer Panorama-Sendung gesagt hatte: „Diesen Mann kann ich nur als Schwein bezeichnen, dem das deutsche Volk alles zurückzahlen sollte, was dieser ihm angetan hat.“ Lampe, Panorama, S. 138.

MdB Walter Becher mit Bezug vor allem auch auf einen seines Erachtens „verfassungsfeindlichen“ BR-Beitrag Bernt Engelmanns, „Sendungen zu finanzieren, die Rufmord an uns und unserer Sache betreiben“¹⁵⁷. In den starken Beifall für Becher mischten sich Zwischenrufe, die sogar den Rücktritt des BR-Intendanten Christian Wallenreiter – eines als liberal geltenden Unionsmitgliedes – forderten¹⁵⁸.

Je mehr Anhänger die neue Ostpolitik im letzten Drittel der 1960er Jahre auch innerhalb der politischen Klasse gewann und je erbitterter sich die Vertriebenenverbände dagegen zur Wehr setzten, desto heftiger wurden sie von sozialliberalen Publizisten bekämpft. Markanter Kulminationspunkt dieser Entwicklung war im Mai 1969 – es roch nach der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten bereits stark nach einem „Machtwechsel“ in Bonn – der „Fall Dieter Gütt“. Die traditionellen Pfingsttreffen der Vertriebenen kommentierte der Journalist Gütt am 27. Mai 1969 in der Spätausgabe der Tagesschau als „frivole(s) Fest“ und titulierte deren „Funktionäre“ als „geifernde Kamerilla von Volksvertretern“, die „das Messer schwingen darf, um verleumderisch und hetzend“ Revisionismus zu predigen, ja deren Reden sich „wie eine Zitatensammlung aus dem Wörterbuch des Unmenschen“ anhörten¹⁵⁹. Gewiß auch im Zeichen einer vor der anstehenden Bundestagswahl erhöhten politischen Polarisierung stellte sich daraufhin der CDU-Vertriebenenminister deutlicher als irgendeiner seiner Vorgänger hinter die ostdeutschen Landsmannschaften und warf Gütt in einem offenen Brief „politische Brunnenvergiftung“ vor. Die Vertriebenen, so betonte Heinrich Windelen, seien bei allem Festhalten an den Rechtspositionen keineswegs „revanchistisch“ gesinnt. WDR-Intendant Klaus von Bismarck wiegelte ab, sprach einerseits von „Mißverständnissen“, andererseits aber doch auch davon, daß aufgrund mancher Parolen von Vertriebenen (hinsichtlich der NPD als möglicher politischer Alternative) durchaus Anlaß zu der von Gütt ausgesprochenen Warnung vor einer neuen Harzburger Front bestehe, wenn auch manche Formulierungen „überspitzt“ gewesen seien¹⁶⁰.

Nicht nur die starke vertriebenenkritische Presse stellte sich mehr oder weniger hinter den Journalisten. Auch Rudolf Zischka von der „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Funktionäre der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik“ richtete einen „Offenen Anti-Brief“ an Windelen und übersandte ihm eine Dokumentation des Sudetendeutschen Tages in Nürnberg („Heerschau der braunen Vergangenheit“). Andererseits erreichten den Minister vor allem nach einer Fernsehdiskussion mit Gütt in der ARD am 3. Juli 1969 auch Hunderte von Glückwunschbriefen und Telegrammen von Privatpersonen oder landsmannschaftlichen Sprechern. Diese dokumen-

¹⁵⁷ Süddeutsche Zeitung, 8. April 1968. Engelmann hatte sich schon früher als Kritiker sudetendeutscher Vertriebenenpolitiker hervorgetan und etwa im Januar 1964 für das Fernsehmagazin Panorama deren „revanchistische Tendenzen“ attackiert. Lampe, Panorama, S. 88.

¹⁵⁸ Süddeutsche Zeitung, 8. April 1968. Zum Profil Wallenreiters vgl. Lampe, Panorama, S. 60, 283.

¹⁵⁹ Wortlaut des Kommentars als Dokumentation abgedruckt im DOD, Nr. 29, 1969, S. 1. Der „Fall Gütt“ beschäftigte schließlich sogar den Bundestag. Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 237. Sitzung, 12. Juni 1969, S. 13169–13175.

¹⁶⁰ Der offene Brief an Gütt vom 30. Mai 1969 ist als Anlage einem Schreiben Windelens an den WDR-Intendanten Klaus von Bismarck beigefügt: BAK B 150/3739; dort auch die Stellungnahme von Bismarcks. Wie falsch der Vorwurf der NPD-Nähe war, hat Stickler, Ostdeutsch, S. 337–346, überzeugend herausgearbeitet. Auch Ahonen, After the expulsion, S. 269, kommt zu dem Befund, die Schlüsselfiguren der Vertriebenenverbände „were fundamentally opposed to attempts to undermine the Federal Republic's democratic system“.

tierten nicht zuletzt, wie groß im Lager der Vertriebenen die Enttäuschung darüber gewesen sein muß, daß die Regierung nicht schon früher und massiver den publizistischen Wegbereitern der neuen Ostpolitik Paroli geboten hatte¹⁶¹. Im CDU-geführten Vertriebenenministerium hielt man es aber im Falle verunglückter Sendungen meist für klüger, „nicht in einer Pauschalwürdigung zu sagen, das ist das Fernsehen oder das sind die Zeitungen“, weil es letztlich ja darum ging, „diese Institutionen zu gewinnen“. In den ARD-Gremien wurde zwar „mehrfach“ eingeschritten, wenn „die Dinge nicht im Lot“ waren; doch versuchte man manchmal auch – z. B. bei der oben erwähnten Sendung „Wem gehört der deutsche Osten“ – den verantwortlichen Redakteur mit dem BdV-Präsidium zu einer gemeinsamen Diskussion zusammenzubringen, sofern es nur um „einige Schnitzer“ ging und nicht „absolute Böswilligkeit“ im Spiel war¹⁶².

Journalisten, die sich „als politische Sittenrichter“ fühlten und von „passiven oder linksopportunistischen Intendanten gedeckt“ wurden¹⁶³, waren nach Ansicht des Sprechers der Ostpreußischen Landsmannschaft, Reinhold Rehs, dafür verantwortlich, wenn in den 1960er Jahren die Darstellung Ostdeutschlands wie der Vertriebenen im Hörfunk und vor allem im Fernsehen bei den Betroffenen permanent Anstoß erregte¹⁶⁴. Unter Bezug auf den Breslauer Film Neven-du Monts und die Sendung „Hallo Nachbarn“ schimpfte ein wütender Fernsehzuschauer in einem Brief an den NDR, dieser treibe „Raubbau an den deutschen Lebensinteressen“ und scheine offensichtlich den Ehrgeiz darein zu setzen, die drei Buchstaben seiner Abkürzung mit den Worten „Nieder mit Deutschland-Rundfunk“ übersetzen zu lassen¹⁶⁵. Zieht man die Polemik dieser Äußerung einmal ab, so läßt sich empirisch belegen, daß der NDR Anfang der 1960er Jahre zumindest ein „Auffangbecken“ für zahlreiche Journalisten der *Welt* bildete, die dem „Adenauer-Staat“ kritisch gegenüberstanden und den von Springer in seinen Blättern durchgesetzten Rechtsruck nicht mitmachen wollten¹⁶⁶.

Die Kritik am NDR kann nicht zuletzt als Reflex einer allgemeinen Unzufriedenheit in Vertriebenenkreisen mit dem Einfluß in den Rundfunkräten gewertet werden. Zwar waren die Landsmannschaften in den Beiräten einiger Sendeanstalten vertreten, keineswegs aber in allen¹⁶⁷. Versuche, etwa mit Hilfe der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen, das noch aus der Besatzungszeit stammende Landesrundfunkgesetz zu reformieren und den

¹⁶¹ BAK B 150/3739; dort auch der Brief des ehemaligen Abgeordneten im Prager Parlament, Rudolf Zischka, an Minister Windelen, vom 14. Juni 1969, sowie dessen „Dokumentation“, die einen Bogen von der nationalsozialistischen Vergangenheit sudetendeutscher Politiker, namentlich einer Reihe von „Witikon“, zu ihrer NPD-Nähe in der Gegenwart zu schlagen versuchte.

¹⁶² Vgl. das Manuskript mit dem abgetippten Diskussionsbeitrag „von Herrn Staatssekretär G. Lemmer“ (es handelte sich um den Staatssekretär im BMVt Gerd Ludwig Lemmer) im Arbeitskreis III des CDU-Vertriebenenkongresses 1968. BAK B 106/27248, Bl. 21 f.

¹⁶³ Fritsche, Ostdeutschland, S. 6.

¹⁶⁴ Vgl. auch die Rede von Rehs auf dem Düsseldorfer Bundestreffen der Landmannschaft Ostpreußen am 3. Juli 1966 über „jene Gruppe verklemmter intellektueller Eiferer, die über die Heimatvertriebenen reden und schreiben wie über geistig Kranke oder politisch Asoziale“. Redemanuskript, S. 2, in: BAK B 106/27247.

¹⁶⁵ Eberhard Paluschtzik, Wiesbaden, 17. April 1964, an Richard Münch, NDR, in: BAK B 145/1336.

¹⁶⁶ Vor allem auch in der Panorama-Redaktion, deren Sendung im Juli 1962 ins Erste Programm wechselte (wobei die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit einen der Schwerpunkte bildete), wurden damals viele „kritische Journalisten“ gebraucht. Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens, S. 173.

¹⁶⁷ Die Gründe hierfür waren allerdings nicht unbedingt vertriebenenpolitischer Art. Daß etwa die Landsmannschaften im Rundfunkrat des SDR mit drei Mandaten vertreten waren, im Rundfunkrat des SWF überhaupt nicht, hatte damit zu tun, daß man sich beim SWF insgesamt „viel stärker an die etablier-

Rundfunkrat um zwei Vertreter der Vertriebenen zu erweitern, scheiterten im Oktober 1965 am Widerstand von SPD und FDP sowie der Intendanz des Senders, die sich gegen den Vorwurf verwehrte, einseitig „Verzichtpolitik“ zu betreiben: Von 800 Kommentaren seit Januar 1965 seien nur drei im Sinne der neuen Ostpolitik gewesen¹⁶⁸. Darüber hinaus hatten beim Gesetz über die Einrichtung von Deutscher Welle und Deutschlandfunk weder die CDU/CSU-Bundesregierung noch der Bundesrat die Forderungen des „Interessenverbandes“ BdV nach Vertretung in den Aufsichtsgremien berücksichtigt¹⁶⁹. Der BdV verwehrte sich also vergeblich dagegen, seine „ideellen Forderungen mit den kommerziellen Wünschen des Dachverbandes der Krawattenhersteller gleichsetzen zu lassen“; daß die Vertriebenen eine Bevölkerungsgruppe seien, die „zahlenmäßig mit jedem anderen Land der Bundesrepublik konkurrieren“ könnte¹⁷⁰, entfaltete angesichts ihrer zerstreuten Ansiedlung und ihrer gelingenden sozialen Integration wenig Überzeugungskraft.

Trotz alledem war Rehs mit seiner oben erwähnten Rundfunk-Diagnose aus mehreren Gründen nicht bis auf den Grund der Erkenntnis hinabgestiegen. Zum einen war das publizistische Eintreten für eine neue Ostpolitik jedenfalls in der ersten Hälfte der 60er Jahre – angesichts des zögernden Einschwenkens der Parteien auf diese Linie – mit dem Prädikat opportunistisch kaum ganz erfaßt; zum anderen ist jenseits der ostpolitischen Meinungsebene zu berücksichtigen, daß besonders auch bei jüngeren Journalisten nach 1945 infolge der gesamtgesellschaftlichen Westorientierung rasch ein ostdeutscher Kulturverlust eintrat und sie manches einfach auch nicht mehr besser wußten. Wie schlecht man über Geographie und Geschichte der Oder-Neiße-Gebiete informiert war, enthüllte etwa das gänzlich unpolitische, aber peinliche Beispiel einer Fernsehansagerin, die Ostpreußen als das Land „zwischen der Weichsel und Masuren“ beschrieb¹⁷¹, d. h. offensichtlich den nördlichen, von Rußland annektierten Teil der Provinz gar nicht kannte.

Das Kino schließlich fiel als erinnerungskulturelles Alternativangebot zum Fernsehen kaum ins Gewicht. Es griff die Themen Vertreibung und deutscher Osten zu allermeist nur indirekt im Genre des Heimatfilms auf. Dort aber ging es in erster Linie um die Schwierigkeiten der Integration im Westen nach 1945¹⁷². Eine Ausnahme bildete Frank Wisbars Spielfilm über den Untergang der Wilhelm Gustloff („Nacht fiel über Gotenhafen“), der am 25. Februar 1960 in Hannover uraufgeführt wurde. Der in Tilsit geborene, während des Dritten Reiches emigrierte Wisbar rückte – gestützt auf die Dokumentation Schieders sowie eine ganze Reihe von Zeitzeugen-Interviews – das Schicksal der ostdeutschen Flüchtlingsfrauen in den Mittelpunkt der Betrachtung. In seinem Ansatz, dem „Russensturm über Ostpreußen breiten Raum zu geben“, war Wisbar nicht zuletzt durch den

ten Meinungsführer der Gesellschaft“ hielt, während beim SDR „in auffallender Weise sozusagen Randgruppen vertreten“ waren. Dussel, Die Interessen der Allgemeinheit vertreten, S. 64.

¹⁶⁸ Radio Bremen. Informationsdienst, 14. Oktober 1965 („Meinungsfreiheit gilt auch für Minderheiten“) in: BAK B 150/3345a; DOD, Nr. 41/42, 1965, S. 5.

¹⁶⁹ Vgl. Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, v. a. S. 394–414; Capellan, Für Deutschland und Europa, v. a. S. 57–65.

¹⁷⁰ DOD, Nr. 30, 1960, S. 5.

¹⁷¹ Fritsche, Ostdeutschland, S. 7.

¹⁷² Vgl. Höfig, Der deutsche Heimatfilm; Barthel, So war es wirklich; Bliersbach, So grün war die Heide; Greis, Der bundesdeutsche Heimatfilm; Trimborn, Der deutsche Heimatfilm. Zu einem eher atypischen Heimatfilm (Waldwinter, Regie Wolfgang Liebeneiner, 1956), der teilweise auch im Schlesien des Winters 1944/45 spielt, und nicht in den ansonsten so „heimatfilmträchtigen Landschaften“ des Hochgebirges und der Heide siehe Margit Szöllösi-Janze, „Aussuchen und abschießen“.

Besuch der Moskauer Filmfestspiele im Sommer 1959 und die dort gezeigten antideutschen „Hetzfilme“ bestärkt worden. Obwohl der Regisseur davon sprach, seinerseits einen „antibolschewistischen Film“ produziert zu haben, rügte der *Spiegel* „ideologische Verbeugungen nach allen Seiten“: Weder erkenne der „Beschauer [...] einen Standpunkt“ noch verspüre er Spannung¹⁷³. Von der anderen Seite des politischen Spektrums kam ebenfalls Kritik. Das Drehbuch sei schlecht gewesen, die Darstellung teils kitschig; man hätte mehr aus dem Stoff machen können bzw. müssen¹⁷⁴.

Von Wisbars umstrittenem Spielfilm abgesehen war für das Kino der 1960er und 1970er Jahre Fehlanzeige in Sachen ostdeutscher Erinnerungskultur zu melden. Lediglich einige Dokumentationen wurden zum 20. Jahrestag der Vertreibung 1965 gedreht. Die Konstanzer Insel-Film produzierte unter Verwendung von Material, das vom Vertriebenenministerium in jahrelanger Arbeit zusammengetragen worden war, einen Streifen unter dem Titel „Deutsche Heimat im Osten“. Dabei gelang es dem Ufa-Regisseur Nicholas Kaufmann nach Ansicht des BdV, das Thema „Deutscher Osten“ so zu gestalten, daß der Film Zeugnis ablegte „für Deutschland und für deutsche Selbstbehauptung“. Zwar sei im Prospekt fortgesetzt von den „verlorenen“ deutschen Provinzen die Rede, doch stelle der Beitrag anhand eines Zitats aus der Stuttgarter Vertriebenen-Charta am Ende fest, daß es „eine Hoffnung“ gebe¹⁷⁵.

Ein zweiter Film, von Herbert Victor auf der überarbeiteten Basis eines älteren, von Hans Werner Richter erstellten Drehbuches für die Columbia-Bavaria-Film produziert, lief 1965 unter dem Titel „Jenseits von Oder und Neiße – heute“. Obwohl für Victor, wie er bei der Uraufführung bekannte, die Oder-Neiße-Gebiete „deutsche Gebiete“ waren, hatte er in der politischen Aussage des Textes das deutsche völkerrechtliche Argument gegenüber der polnischen Position kaum akzentuiert. Die Bildaussage des Streifens war indes objektiver als die der umstrittenen Fernsehfilme der Vorjahre. Victor zeigte neben Aufbau auch viel Verfall, z. B. in der Ruinenstadt Elbing. Zudem gab es für ihn in den alten Ostgebieten auch noch Deutsche, deren schweres Schicksal er eindringlich ins Bild rückte¹⁷⁶. Bei einer Sondervorstellung für Vertriebenenpolitiker in München kam dennoch Kritik am Text und an Passagen mit Neubauten in Danzig und Breslau auf; sie sollten als „unobjektiv“ herausgeschnitten und der Text mit einem langen Vorspann einschließlich der feierlichen Ermahnung aus der Präambel des Grundgesetzes versehen werden: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Ein Vertreter der Filmwirtschaft wies das Ansinnen zurück: Auf Nicht-Vertriebene – auch solche gebe es in der Bundesrepublik – wirke der Film wohl anders als auf Flüchtlingsfunktionäre. BdV-Pressechef Neumann soll daraufhin erwidert haben: „Einheimische haben kein Recht, anders zu empfinden als wir“¹⁷⁷.

¹⁷³ Der Spiegel, Nr. 3, 1960, S. 59 f., Nr. 11, 1960, S. 70.

¹⁷⁴ Vgl. den Kommentar Manfred Dellings in der *Welt*, 5. März 1960.

¹⁷⁵ DOD, Nr. 10, 1965, S. 8.

¹⁷⁶ Ebd., S. 10. Vgl. auch die Ankündigung des Filmes im *Spiegel*, Nr. 8, 1965, S. 108: „Im Frühling können rund vier Millionen Ostpreußen, Pommern, Brandenburger und Schlesier ihre Heimat wiedersehen: 85 Minuten lang im Kino [...] Die Münchner Verleihfirma Columbia-Bavaria lanciert das gefühlslzündende Agfacolor-Farbwerk – ‚von dessen besonderer Aktualität‘ sie überzeugt ist – [...] im Wahljahr zwar mit sentimentgeladenen Slogans in die Lichtburgen. Millionen von Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik verzehren sich in Sehnsucht nach der alten Heimat. Aber Sehnsüchte hat Viktor nicht stimulieren oder stillen wollen. Sein Vorsatz: ‚Ich zeige, was ist.‘“

¹⁷⁷ Der Spiegel, Nr. 11, 1965, S. 83.

Zwar lehnte es der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Mende, ab, die Schirmherrschaft über den Film zu übernehmen. Doch Victors Streifen erhielt ebenso wie der von Kaufmann sowie eine weitere Produktion „Danzig – Dokumente und Bilder einer Stadt“ von der Wiesbadener Prüfstelle das Prädikat „wertvoll“ bzw. „besonders wertvoll“. Zweifels- ohne haben derartige Filme dazu beigetragen, die deutschen Kulturleistungen in den Ostgebieten im gesamtdeutschen Bewußtsein zu erhalten – und zwar unabhängig davon, welche Position sie zur politischen Frage der Oder-Neiße-Grenze einnahmen. Unverkenn- bar war aber auch, daß die Breitenwirkung dieser Produktionen gegenüber einem Spiel- film oder einer Fernsehsendung begrenzt blieb.

Wie rasch und grundlegend sich das Verhältnis zwischen Medien und Vertriebenen in der ersten Hälfte der 1960er Jahre verschlechterte, blieb auch Beobachtern im benach- barten Ausland nicht verborgen. Ein besonders bitteres Resümee zog ein Leitartikel der *Salzburger Nachrichten* im Juli 1966 unter der Überschrift „Die Prügelknaben der Prügel- knaben“: „Es ist eine wahre Schande [...] wie [...] in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS- Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden. [...] Ihnen muß das ganze deutsche Volk und muß die ganze freie Welt dafür danken, daß sie sich 1945 nicht der Anarchie hingaben, was für den Kommunismus eine schwere Enttäuschung bedeutete. Aber in Bonn dankt man ihnen dies, wie es den Anschein hat, schlecht. [...] Fernsehen, Rundfunk und große Presse [...] haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulan- ten empfunden und nahezu wie Verfemte und Vogelfreie gewertet werden“¹⁷⁸. Robert Rie, selbst vor dem Nationalsozialismus aus Wien geflohen und jetzt Professor an der New York State University, gelangte vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen 1966 zu einer in ihrer polemischen Zuspitzung überzogenen, aber bemerkenswerten Einschätzung: Die Flüchtlinge seien die „Ersatzjuden“ der Bundesrepublik geworden¹⁷⁹.

¹⁷⁸ Salzburger Nachrichten, 16. Juli 1966.

¹⁷⁹ Schlau, Die Eingliederung, S. 156.

IV. Eine Zentralstelle zur Verfolgung von Vertreibungsverbrechen? Die Rückseite der Verjährungsdebatte 1964/65

Angesichts der ostpolitischen Entwicklungen in Medien und Gesellschaft nach dem Berliner Mauerbau verwundert es kaum, daß das Thema der Vertreibungsverbrechen während der 1960er Jahre einen recht geringen Stellenwert in der politischen Kultur der Bundesrepublik einnahm. Die Justizminister Bayerns und Baden-Württembergs hatten 1958, als im Zuge der NS-Vergangenheitsbewältigung die Ludwigsburger Zentralstelle gegründet wurde, einen Vorstoß unternommen, dieser auch die Aufklärung von bislang ungesühnten Verbrechen zu übertragen, die „während der Gefangenschaft, im Zuge der Vertreibung und gewaltsamen Aussiedlung [...] von deutschen oder anderen der deutschen Gerichtsbarkeit unterstehenden Personen an Deutschen begangen worden sind, sofern der Tatort nicht im Bundesgebiet liegt“; doch war diese Forderung bei Stimmenthaltung des Saarlandes von den übrigen Ländern abgelehnt worden¹. Dies geschah weniger aus grundsätzlichen rechtspolitischen Erwägungen, sondern bereits im Hinblick auf die zu befürchtende schlechte Resonanz „bei Rundfunk und Presse“, nachdem die Forderung „unter dem Einfluß von Vertriebenenfunktionären“ zustande gekommen war². Tatsächlich war es z. B. der BHE-Abgeordnete Ernst Riediger gewesen, der im Herbst 1958 die Initiative zu dem vom bayerischen Landtag einstimmig gefaßten Beschluß der Staatsregierung ergriffen hatte³.

Die Debatte um das in den folgenden Jahren auch von CDU/CSU-Politikern immer wieder einmal aufgegriffene Thema⁴ lebte 1964/65 heftiger auf, als in einem Klima verstärkter Auseinandersetzung mit der NS-Zeit das Problem diskutiert wurde, ob die vielfach noch ungesühnten nationalsozialistischen Mordverbrechen der üblichen zwanzigjährigen Verjährungsfrist unterliegen sollten. Nach geltendem Recht hätten Morde, die im Namen des NS-Staates begangen worden waren, ab dem als Stichtag angenommenen 8. Mai 1965 nicht mehr verfolgt werden können. Die einen argumentierten, aus Gründen der Moral, aber auch des internationalen Ansehens der Bundesrepublik müßten schwerste NS-Verbrechen weiterhin geahndet werden; dagegen stand die nicht zuletzt von Bundesjustizminister Ewald Bucher vertretene Ansicht, die Verjährbarkeit auch von Mord sei ein rechtsstaatliches Gebot, an dem festzuhalten sei⁵.

¹ Beer, Verschlußsache, S. 385; DOD, Nr. 3, 1966, S. 6 (Zitat). Vgl. auch Streim, Der Umgang mit der Vergangenheit am Beispiel der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen.

² Miquel, Ahnden oder amnestieren?, S. 178 f.

³ Vgl. Kittel, Eine Zentralstelle, S. 175. Die Fraktion des Gesamtdeutschen Blocks hatte sich zur Begründung ihres Antrags gegen die „einseitige Verurteilung von Straftaten, die vor 1945 begangen wurden“, ausgesprochen; das Recht, so der Niederschlesier Riediger, der im Dritten Reich zur Bekennenden Kirche gehört hatte und dem 1938 wegen Verweigerung des NSDAP-Beitritts Berufsverbot als Lehrer erteilt worden war, sei „unteilbar“. Münchner Merkur, 10. Oktober 1958. Vgl. auch Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1951, S. 209.

⁴ Vgl. hierzu Kittel, Eine Zentralstelle, S. 182 ff.

⁵ Vgl. hierzu jetzt eingehend die – allerdings im Gestus des moralischen Oberlehrers verfaßte – Studie von Miquel, Ahnden oder amnestieren?, v. a. S. 224–319.

Begleitet wurde die Auseinandersetzung von Protesten im westlichen Ausland, wo vor allem amerikanisch-jüdische Verbände vor deutschen Auslandsvertretungen gegen eine Verjährung demonstrierten, sowie von immer neuen Kampagnen im Ostblock, wobei die Sowjetunion „die Polemik und Desinformation ihrer Satellitenstaaten mühelos“ übertraf. Antisemitische Äußerungen der *Deutschen Nationalzeitung* wurden etwa als repräsentativ für das Meinungsklima in der Bundesrepublik bezeichnet und „ungeniert behauptet“, die Verjährung diene der Einstellung sämtlicher NS-Prozesse⁶. Am 7. Juni 1964 protestierte in Warschau die Internationale Juristenkonferenz gegen die drohende Verjährung; am 12. Juli äußerte sich Nahum Goldmann auf einer Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Jerusalem ähnlich. Der Holocaust stelle ein so außerordentliches Verbrechen dar, daß Buchers Berufung auf überkommene Rechtsnormen „vollkommen unangebracht“ sei⁷.

Stimuliert durch diese Debatte – und wohl auch durch frühere Ostberliner Attacken gegen Vertriebenenpolitiker – bot im Juli 1964 der Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, Ulitz, der „sowjetpolnischen Regierung“ öffentlich gesammelte dokumentarische Beweise für an Deutschen in Oberschlesien begangene Verbrechen an. Seine Forderung, die Strafverfolgung aufzunehmen, übergang Warschau mit Schweigen. Als die Bundesregierung im Herbst 1964 eine personelle Verstärkung der Ludwigsburger Zentralstelle ankündigte und an die Weltöffentlichkeit appellierte, ihr Material über NS-Verbrechen zur Verfügung zu stellen, begrüßte die Landsmannschaft diesen Schritt („Alle nationalsozialistischen Verbrechen müssen gesühnt werden!“). Die Oberschlesier verbanden damit aber die Bitte an die Bundesregierung, die von Warschau verschmähten Dokumente der Ludwigsburger Zentralstelle zuzuleiten. Diese solle „ihre Beweiskraft nach den gleichen Grundsätzen prüfen, die für die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen gelten“⁸. Die Landsmannschaft Schlesien ging auf ihrer Delegiertentagung am 22. November noch einen Schritt weiter und forderte in einer Resolution die Errichtung einer eigenen zentralen Sammelstelle für die Registrierung von Vertreibungsverbrechen nach dem Vorbild der Ludwigsburger Einrichtung bzw. der 1961 gegründeten Erfassungsstelle für Verbrechen in der Sowjetzone (Salzgitter)⁹. Jedermann in unserem Volk, so wurde der Vorstoß in einem Brief an den Vertriebenenminister erläutert, könne dann „das Bewußtsein haben [...], in gleicher Weise wie die verdammenswerten Verbrechen unter Hitler werden auch die verdammenswerten Verbrechen der Siegermächte registriert“¹⁰.

Einige Bundesminister der damals noch ziemlich nationalliberalen FDP griffen diese Argumentation explizit auf, um dem internationalen Druck in Sachen justitieller Vergangenheitsbewältigung entgegenzutreten – und um innenpolitisch im rechten Wählerspektrum zu punkten. Wenn das Ausland „mittels großer Kundgebungen zur Verlängerung der Verjährung auffordere“, so erklärte Bucher Ende Januar 1965 im Süddeutschen Rundfunk, müsse man zu der Frage berechtigt sein: „Was habt ihr selbst getan, um an Deutschen begangene Verbrechen zu bestrafen?“¹¹ Vizekanzler Mende warf in einer vom RIAS

⁶ Miquel, Ahnden oder amnestieren?, S. 255, 276.

⁷ Ebd., S. 233.

⁸ DOD, Nr. 48, 1964, S. 6.

⁹ Landsmannschaft Schlesien – Der stellv. Bundesvorsitzende an Herrn Bundesminister für Vertriebene, 1. Dezember 1964, in: BAK B 141/71147.

¹⁰ Ebd.

¹¹ BMJ, 12. Februar 1965. Betr.: Errichtung einer Zentralstelle ..., in: BAK B 141/71147, Bl. 28.

Berlin verbreiteten Ansprache die Frage auf, was die kommunistischen Staaten bisher unternommen hätten, um die an den Deutschen begangenen Vertriebenenverbrechen zu sühnen: „Sie haben diese Verbrechen im allgemeinen bereits kurz nach dem Kriege amnestiert. Mord war und ist offenbar für viele dieser Staaten nur dann Mord, wenn er von Deutschen, jedoch niemals, wenn er an Deutschen begangen worden ist“¹².

Doch nicht nur die Anhänger einer Verjährung äußerten sich so; auch einer der Protagonisten für die Verlängerung der Verjährungsfrist, der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Benda, wies darauf hin, daß vor allem im Zuge der Vertreibung Verbrechen an Deutschen geschehen seien „und daß er Verständnis für die Haltung der Vertriebenen habe, die auch hier Gerechtigkeit erwarten“¹³. Benda verband seine positive Stellungnahme zu einer zentralen Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen und seine explizite Kritik an dem „schandbaren Amnestiegesetz“ der Tschechoslowakei von 1946 indes mit der Warnung, diese für politischen Stimmenfang zu mißbrauchen: „Ich wehre mich [...] gegen ein irgendwo vorhandenes politisches Kalkül, das meinen könnte, daß dort, wo solche Stimmungen sind, vielleicht auch Stimmen zu holen sein könnten“¹⁴. Für den CDU-Landesverband Oder-Neiße schloß sich Josef Stingl, der in Sachen Verjährung zur Gruppe um Benda zählte¹⁵, der Forderung an, Verbrechen an Deutschen aufzuklären. Verbrecher dürften nicht wegen formeller Vorschriften straffrei bleiben. „Das müsse aber nicht nur für Deutsche gelten, sondern für alle Verbrecher, gleich welcher Nationalität“¹⁶.

Die CSU machte diese Forderung im Juli 1965 zum Thema bei einem Landesausschuß in Nürnberg¹⁷, wobei ihr Vorsitzender, Franz Josef Strauß – anders als Stingl –, allerdings gleichzeitig gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist kämpfte: Sie bedeute eine „Erschütterung des Rechtsbewußtseins der Menschheit und eine Fälschung der Geschichte“, weil man damit dokumentiere, „nur die Deutschen allein“ hätten „Kriegsverbrechen begangen“¹⁸. Strauß hatte vorher auch Äußerungen im Blick auf die Schuld am Zweiten Weltkrieg getan, die den Schluß nahelegten, seiner Partei gehe es insgesamt darum, für nationalkonservative Wähler attraktiv zu erscheinen¹⁹. Zum Hintergrund dieser Aktivitäten gehörten die Erosion der stark von Vertriebenenpolitikern geprägten Gesamtdeutschen Partei und die Gründung der NPD²⁰. Daß Strauß die Erbmasse der (noch) „heimat-

¹² Der Schlesier, 18. Februar 1965, S. 2.

¹³ So faßte Ministerialdirigent Dallinger vom BMJ die Benda-Rede zustimmend zusammen. Niederschrift über die Ressortbesprechung betr. Anträge der Vertriebenenverbände ..., in: BAK B 141/71147, Bl. 37.

¹⁴ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 170. Sitzung, 10. März 1965, S. 8525; vgl. auch Der Schlesier, 18. März 1965.

¹⁵ Miquel, Ahnden oder amnestieren?, S. 290.

¹⁶ Das Ostpreußenblatt, 30. Januar 1965.

¹⁷ Bayerisches Justizministerium: 4010-II-2875/65, II 3175/65, Heft 3, Band III (Aufklärung der an Deutschen in den Ostgebieten und auf dem Balkan – insbesondere bei der Vertreibung – begangenen Verbrechen): CSU-Generalsekretär Jaumann an Justizminister Ehard, 23. August 1965; vgl. auch Bayernkurier, 18. September 1965; DOD Nr. 6, 1965, S. 8.

¹⁸ So Strauß schon im Februar 1965. Miquel, Ahnden oder amnestieren?, S. 290.

¹⁹ Vgl. Die Zeit, 15. Januar 1965.

²⁰ Der bekannteste GDP-Politiker, der damals den Weg zur CSU fand, war der spätere Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher. Protokoll der CSU-Vorstandssitzung vom 9. April 1965, S. 56–60 (TOP: Vollzug des Abkommens CSU-GDP), sowie Protokoll vom 5. Dezember 1964, S. 2–11 (TOP: Stand der Verhandlungen zwischen der CSU und der Gesamtdeutschen Partei), in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte. Repertorium Alf Mintzel, Bd. 4. Signatur ED 720.

losen Rechten“ nicht der FDP überlassen wollte, die ihn nach der Spiegel-Affäre als persona non grata behandelte, dürfte ein weiteres persönliches Motiv für seine Politik in Sachen Vertreibungsverbrechen gewesen sein²¹.

Neben CSU und FDP insistierten vor allem eine Reihe von Landsmannschaften darauf, daß „trotz der offiziellen Amnestie der Vertreibungsschandtaten durch die polnische und tschechische Regierung“²² diese Verbrechen rechtlich und moralisch nicht verjährten, solange die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen würden. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die Landsmannschaft Weichsel-Warthe richteten Briefe ähnlichen Inhalts an Bundesjustizminister Bucher. Sie appellierten an die Bundesregierung, auf die Unterbrechung der Verjährungsfrist für Vertreibungsverbrechen hinzuwirken. In der Landsmannschaft Ostpreußen wurden Sorgen artikuliert, die „öffentliche Diskussion um die Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher“ finde in Bahnen statt, „die auf ein Verschweigen der an Deutschen millionenfach begangenen Verbrechen des Mordes hinauslaufen“²³. Im Schreiben von Hans Freiherr von Rosen, Sprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, hieß es: „Die sich täglich verschärfende Diskussion über die Verjährung der NS-Verbrechen“ werfe die Frage auf, warum die Bundesregierung und die deutsche Justiz sich nicht darum bemühen, die polnischerseits „an Zehntausenden unserer Landsleute“ verübten Verbrechen unter Anklage zu stellen. Da die Verjährung solcher Verbrechen in Polen nach 20 Jahren eintrete, sei es höchste Zeit, Unterlagen mit dem Ansuchen um Strafverfolgung an die polnischen Justizbehörden weiterzuleiten; ein solcher Schritt sei nicht nur um der Gerechtigkeit willen dringend geboten, „sondern darüber hinaus geeignet, zu einer gewissen Selbstbesinnung auf der anderen Seite zu führen“²⁴.

Befördert wurde die Debatte um eine Zentralstelle für Vertreibungsverbrechen zum einen dadurch, daß das Jahr 1965, vom Bund der Vertriebenen zum „Jahr der Menschenrechte“ proklamiert, eine Fülle von Gedenkveranstaltungen an das nunmehr zwei Dezennien zurückliegende Vertreibungsgeschehen sah und im Gegenzug führende polnische Politiker zu Betrachtungen über diese angeblich „human“ vonstatten gegangene „Umsiedlung“²⁵ animierte. Vizekanzler Mende entgegnete bei der Eröffnung des Menschenrechtsjahres in Lübeck mit Blick auf die von Polen nach dem Zweiten Weltkrieg betriebenen Lager Lamsdorf, Neustadt, Potulice u. a.: „Es sollte der polnischen Regierung ein Leichtes sein, sich daran zu erinnern und wir sind bereit, ihr Material aus unseren Händen zu übergeben“²⁶.

²¹ Vertiefend zur Strategie der CSU: Kittel, Eine Zentralstelle, S. 184 ff.

²² DOD, Nr. 6, 1965, S. 8.

²³ So formulierte es die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen in einem Entschließungsantrag an den Bundesvorstand zu Gunsten einer zentralen Erfassungsstelle, „welche die von Angehörigen fremder Nationen bei Ausgang des Zweiten Weltkrieges an Deutschen begangenen Morde registriert, Zeugen vernimmt und die Täter feststellt.“ Das Ostpreußenblatt, 10. April 1965.

²⁴ DOD, Nr. 8, 1965, S. 11.

²⁵ So hatte der stellvertretende polnische Ministerpräsident die Vertreibung der Deutschen als Propagandalüge bezeichnet. Der Schlesier, 11. Februar 1965; Das Ostpreußenblatt, 6. Februar 1965; DOD, Nr. 6, 1965, S. 7.

²⁶ DOD, Nr. 7, 1965, S. 6. Es ist bemerkenswert, daß Mende in seinen Erinnerungen bei der Darstellung der Debatte um die „Verjährungsfrage“ 1964/65 sich ganz auf die NS-Gewaltverbrechen konzentriert und seine offensichtlich eher episodischen Einlassungen zur Verfolgung von Vertreibungsverbrechen nicht mehr für erwähnenswert hält. Mende, Von Wende zu Wende, S. 159 f.

Einen weiteren Impuls erfuhr die Diskussion von einem Prozeß vor dem Schwurgericht Hildesheim, wo im Frühjahr 1965 der vor zwei Jahren in die Bundesrepublik gekommene Pole Alexander Palczynski angeklagt war, als Angehöriger der polnischen Miliz bei der Vertreibung der Deutschen im Sommer 1945 den 17jährigen Günther Scholz aus Neiße und den 31jährigen Alfons Fischer aus Tannenberg, Kreis Neiße, erschossen zu haben. Die ersten Presseankündigungen des „vielleicht einmaligen Falles“²⁷ ließen eine Sensation vermuten. Exilpolen und Vertriebene füllten den Gerichtssaal bis zum letzten Platz. Die Atmosphäre im Schwurgerichtssaal war „schwül und bis zum Zerreißen gespannt“, sagten doch manche Zeugen aus, Palczynski habe unter den Deutschen in Schlesien gewütet, wie „ein Habicht im Hühnerhof“. Schon zu Beginn des Prozesses verlieh der Angeklagte seiner Furcht vor einem „vom Revanche-Denken diktierten Urteil“ Ausdruck: „Ich weiß, daß ich den Haß von ganz Schlesien tragen muß“²⁸. Nicht nur der Bruder eines der Opfer, der den Prozeß in Gang gesetzt hatte, machte aber deutlich, auf Rache und Vergeltung zu verzichten, und lediglich auf „gleichem Recht für alle“ zu bestehen; auch der Freispruch mangels Beweisen entsprach rechtsstaatlichen Kriterien. In einem der Fälle hatte das Gericht zwar auf Totschlag erkannt, dieses Delikt aber war nach 15 Jahren, also seit 1960, verjährt. Wichtig war der Prozeß aber insofern, als in seinem Verlauf zum ersten Mal ein Angehöriger der polnischen Miliz die Geschehnisse bei der Vertreibung der Deutschen einräumte²⁹.

Die Landsmannschaft Oberschlesien bemühte sich, das öffentliche Interesse an dem Thema wachzuhalten. Sie erhob bald nach dem Hildesheimer Prozeß in einem Aufruf an die polnische Regierung die Forderung, zwei namentlich genannte Täter wegen vielfachen Mordes und Folterungen im ehemaligen „Konzentrationslager Lamsdorf“ unter Anklage zu stellen³⁰ – doch ohne Erfolg³¹. Der saarländische FDP-Abgeordnete Heinrich Schneider hakte beim Bundesjustizminister nach. Aber dieser teilte in seiner schriftlichen Antwort auf die Anfrage lediglich mit: Die Regierung untersuche „zur Zeit die Möglichkeit, Verbrechen aufzuklären, die nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 an Deutschen begangen worden sind“. Eine Weiterleitung „der bereits jetzt vorhandenen Dokumentationen über die Verluste der deutschen Bevölkerung bei Kriegsende und im Zuge der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten“ halte die Bundesregierung indes „nicht für erfolgversprechend“³².

Woher rührte diese Zurückhaltung – über die offiziell genannten Begründungen hinaus – aber wirklich? In einer Ressortbesprechung, zu der Buchers Ministerium höhere Beamte betroffener Häuser (BMC, BMVt und AA) für den 12. März 1965 einlud, kam das Für und

²⁷ DOD, Nr. 15/16 1965, S. 4.

²⁸ Stuttgarter Zeitung, 29. März 1965, 2. April 1965.

²⁹ Frankfurter Rundschau, 2. April 1965; DOD, Nr. 15/16 1965, S. 4.

³⁰ Stuttgarter Zeitung, 14. April 1965.

³¹ Die polnische Presse verstärkte daraufhin noch ihre Bemühungen, „jedwede polnische Schuld abzustreiten und die Verantwortung für begangene Untaten den Deutschen anzulasten.“ Um die Ermordung von deutschen Männern, Frauen und Kindern in Lamsdorf in Abrede zu stellen, wurde das Lager als „deutsches Todeslager“ dargestellt und dort eigens eine Ausstellung eingerichtet, die „die von Deutschen begangenen Verbrechen“ schilderte (Der Schlesier, 29. April 1965). Tatsächlich waren während des Zweiten Weltkriegs im Lager Lamsdorf sowjetische Kriegsgefangene interniert worden, wobei vermutlich mehr als 40 000 ums Leben kamen. Vgl. Urban, Der Verlust, S. 130.

³² Der Schlesier, 29. April 1965.

Wider einer Zentralstelle für Vertreibungsverbrechen, das bereits bei einer zurückliegenden Besprechung der Justizminister der Länder am 20. November 1964 erörtert worden war, noch einmal in aller Gründlichkeit zur Sprache. Dabei überwogen ähnlich wie auf Ministeriebene letztlich die Bedenken gegen eine solche Einrichtung³³. Das Hauptproblem bestand schlicht darin, daß die zu verfolgenden Taten – anders als die NS-Verbrechen – von Ausländern begangen worden waren, die sich nicht im Geltungsbereich der bundesrepublikanischen Rechtsordnung aufhielten.

Gegen die in landsmannschaftlichen Kreisen verbreitete Vorstellung, einige schwerwiegende Fälle herauszugreifen und eventuell auch in Abwesenheitsverfahren strafrechtlich zu verfolgen, machte der den Vorsitz führende Ministerialdirigent des Justizministeriums unter Verweis auf die deutsche Strafprozeßordnung Bedenken geltend: Das Problem müsse im Rahmen des hierzulande geltenden Rechts gelöst werden. Eine Änderung etwa im Sinne französischer Jurisprudenz lehnte er als Traditionsbruch ab. Dem hielt der Vertreter des Vertriebenenministeriums entgegen, daß die bundesdeutsche Justiz derzeit selbst dann nicht genügend tun könne, wenn Straftäter aus dem Ausland in die Bundesrepublik einreisen. Ein Eingreifen der Justiz müsse „durch vorbereitende Maßnahmen“ seitens einer staatlichen Stelle ermöglicht werden. Neben der Beweissicherung, so lautete ein weiteres Argument, sei eine Identifizierung der noch unbekanntenen Täter erforderlich. In dem bislang vorliegenden Dokumentationsmaterial seien meist nur die Namen der Täter, nicht die der Opfer genannt. Eine richterliche Vernehmung würde in vielen Fällen zu präziseren Angaben führen, zumal wenn die Aussagen in einem öffentlichen Verfahren und nicht, wie bisher, auf freiwilliger Basis erfolgten. Wenn Auslandstäter nach Errichtung einer Zentralstelle künftig nicht mehr in die Bundesrepublik einreisen, wäre das bereits ein Erfolg, weil im Ausland auf diese Weise „das Unrechtsbewußtsein wachgehalten“ würde und insgesamt die Kenntnisse über das Geschehen im deutschen Osten 1945 stärkere Verbreitung fänden. Weitere Untätigkeit des Staates in der Sache käme dagegen nur „rechtsradikalen Zeitschriften und politischen Richtungen“ zugute³⁴.

Erhebliche Vorbehalte gegen diese Position machte vor allem das Auswärtige Amt geltend. Das Beispiel der Ludwigsburger Einrichtung habe gezeigt, daß ein großer Personalbestand vonnöten sei; „dadurch werde die Stelle jedoch auch bekannt. Für das Auswärtige Amt wäre es aus außenpolitischen Gründen wünschenswert, ohne eine Zentralstelle auszukommen.“ Als sich in dem Gespräch mehrheitlich der Eindruck durchsetzte, „daß nicht viel erreicht werden könne“, kam statt dessen die Idee auf, Vertreter der Landsmannschaften zu einem klärenden Treffen einzuladen und ihnen die bestehenden Schwierigkeiten aufzuzeigen. Zwar seien diese Gründe auch bereits in der Einstellungsverfügung im Falle des mutmaßlichen jugoslawischen Verbrechers Brako Popović³⁵ von der *Deutschen Nationalzeitung* veröffentlicht worden, aber es sei doch etwas anderes, wenn ein Gespräch unter

³³ Justizministerium Rheinland-Pfalz. Protokoll der Justizministerbesprechung am 20. November 1964 in Bonn, in: BAK B 141/71147, Bl. 12 f.

³⁴ Niederschrift über die Ressortbesprechung betr. Anträge der Vertriebenenverbände ..., in: BAK B 141/71147, Bl. 43, 45.

³⁵ Dabei handelte es sich um den Hausmeister der jugoslawischen Mission in Bad Godesberg, der an der Massenliquidation von deutschen Kriegsgefangenen und volksdeutschen Zivilisten „sowie insbesondere an der Vergasung volksdeutscher Kinder bei Kriegsende [...] maßgeblich beteiligt gewesen“ sein sollte. Vgl. hierzu die Antwort von Vertriebenenminister Mischnik auf eine entsprechende Anfrage im Bundestag. Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, 76. Sitzung, 15. Mai 1963, S. 3666 f.

Federführung des Justizministerium mit Vertretern der Landmannschaften in einem kleinen internen Kreis geführt würde. Als Ausweichmöglichkeit, um einerseits den Forderungen der Vertriebenenverbände zumindest ein Stück weit entgegenzukommen und um andererseits den außen- und justizpolitischen Bedenken Rechnung zu tragen, zeichnete sich der Vorschlag ab, statt einer Zentralstelle einige Staatsanwaltschaften in den Ländern mit der Sicherung des Beweismaterials zu bestimmten Komplexen („z. B. Jugoslawien-Fälle, Sudeten-Fälle, Polen-Fälle usw.“) zu beauftragen; dieser Schritt brauche unter Umständen gar „nicht öffentlich bekannt gemacht“ zu werden, sondern könne den Landmannschaften „in aller Stille“ einfach „mitgeteilt werden“³⁶.

Gerade auch das Bayerische Justizministerium, das seit 1958 zu den treibenden Kräften für eine nachdrücklichere Verfolgung der an Deutschen begangenen Verbrechen zählte, sah in einer zentralen Stelle – anders als der CSU-Landesausschuß³⁷ – „wenig Nutzen“. Minister Hans Ehard begründete dies in einem Schreiben an seinen Amtskollegen in Bonn im August 1965 vor allem auch mit der starken Verschiedenheit der einzelnen Tatgruppen, „die weder – wie im Fall der Verfolgung der NS-Verbrechen – durch eine im Hintergrund wirkende zentrale verbrecherische Organisation noch durch Gemeinsamkeiten im Täterkreis, Tatort und Begehungsweise gekennzeichnet sind“. Zweckmäßig wäre es dagegen, „gleichartige Komplexe [...] möglichst durch dieselbe Staatsanwaltschaft behandeln zu lassen“. Daß der bayerischen Haltung nicht nur justizpraktische – und unausgesprochen föderalistische – Motive zugrunde lagen, verhehlte Ehard nicht. Die Errichtung einer zentralen Stelle, so schrieb er weiters, würde von Staaten, die der Bundesrepublik nicht wohlgesonnen seien – „und vielleicht nicht einmal nur von ihnen“ –, möglicherweise als Vorwand benutzt, um erneut den Vorwurf des „Revanchismus“ zu erheben. Einem solchen Vorwurf ließe sich umso schwerer begegnen, je mehr es sich um Anzeigen handeln würde, die nicht auf Grund eigenen Wissens, insbesondere von Tatzeugen, sondern auch von anderen Personen – Ehard meinte: von Rechtsradikalen – erstattet würden, die sich solcher Methoden „als eines politischen Instruments“ bedienten, um damit „auch noch ganz andere Zwecke als den der Sühne von Verbrechen“ zu verfolgen³⁸.

Der CSU-Politiker Richard Jäger unternahm nach seiner Berufung an die Spitze des Bundesjustizministeriums im Herbst 1965 den Versuch, die Länder von der Richtigkeit des bayerischen Weges zu überzeugen – zumal wiederholt Anzeigen von Zeugen über außerhalb des Bundesgebietes begangene Verbrechen bei seiner Behörde eingingen. Mit Bezug auf eine gemeinsame Entschließung der Justizminister bei ihrer Konferenz in Bremen im Oktober 1965 bat Jäger brieflich darum, der Generalbundesanwaltschaft Vorschläge zu unterbreiten, welche Staatsanwaltschaften für die Verfolgung der Vertreibungsverbrechen am geeignetsten seien³⁹. Auf der Justizministerkonferenz in Kiel im Oktober 1966 wiederholte Jäger sein Anliegen, „bestimmten geographischen Gebieten wie z. B.

³⁶ Niederschrift über die Ressortbesprechung betr. Anträge der Vertriebenenverbände ..., in: BAK B 141/71147, Bl. 48, 50.

³⁷ Auf die Meinungsverschiedenheiten machte ein bayerischer Ministerialrat auch bei der Justizministerkonferenz in Bremen selbstbewußt aufmerksam, nachdem das CSU-Gremium einstimmig für eine Zentralstelle votiert hatte. Vgl. die Niederschrift der Konferenz in: BAK B 141/29078, Bl. 102.

³⁸ Schreiben Ehards „An den Herrn Bundesminister der Justiz“, 16. August 1965, in: BAK B 141/71147, Bl. 85 ff.

³⁹ Dieses Procedere erläuterte der Bundesjustizminister auch in einem Schreiben an den CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Edgar Jahn. DOD, Nr. 5/6, 1966, S. 8.

Schlesien oder Danzig einzelne Bundesländer zuzuordnen“. Diese sollten dem Bundesgerichtshof eine Staatsanwaltschaft benennen, „die die Verfolgung der betreffenden Tatkomplexe übernehmen könne“; der Bundesgerichtshof werde dann nach § 13a StPO die betreffende Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung ganzer Komplexe beauftragen. Der Freistaat Bayern hatte sich ohnedies schon bereit erklärt, alle im Gebiet der Tschechoslowakei begangenen Verbrechen an Deutschen durch eine bayerische Staatsanwaltschaft verfolgen zu lassen⁴⁰.

Die Replik des Hamburger SPD-Justizsenators Peter Schulz, man müsse aus der Tatsache, daß bisher nur Bayern der Anregung des Bundesjustizministeriums gefolgt sei, auf die Ablehnung eines derartigen Verfahrens durch „alle anderen Bundesländer“ schließen, sollte sich im Verlauf der Sitzung weitgehend bestätigen. In Kenntnis der Mehrheitsmeinung versuchte zwar Jägers Staatssekretär Arthur Bülow, den Ball flach zu halten: Eine Beweissicherung sei durch die Dokumentation des BMVt „schon weitgehend“ erfolgt, die Frage des Verteilungsschlüssels könne „auf Referentenebene zwischen den Ländern geklärt werden“. Doch die Taktik des Bundesjustizministeriums verfiel nicht. Schleswig-Holsteins Justizminister Bernhard Leverenz (FDP) warnte in aller Schärfe davor, „durch eine Verteilung der Zuständigkeiten auf die Länder der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.“ Bisher habe man „nur ein einzigesmal (!) – und zwar in Bayern – einen Tatkomplex zu ermitteln versucht, jedoch ohne Ergebnis“. Eine Aufteilung auf die einzelnen Länder sei erstens unrealistisch, und zweitens gebe er zu bedenken, „welche außenpolitische Wirkung ein solches Vorgehen haben könnte“. Die Justizminister der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz dachten ähnlich, weil das von Jäger vorgeschlagene Prozedere die Frage aufwerfen müsse, weshalb „ein solches Verfahren nur für die im Osten, nicht aber auch für die im Westen begangenen Taten geübt werden sollte. Damit komme man in große politische Schwierigkeiten.“ Die im Einzelfall bereits bestehende Verfolgungspflicht trage der Sachlage ohnehin bereits ausreichend Rechnung. Nach den Ministern meldete sich Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl (von der Ludwigsburger Zentralstelle) zu Wort und berichtete von einem Gespräch mit dem Leiter der Polnischen Hauptkommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen, Czeslaw Pilichowski, bei dem er „eine deutliche Empfindlichkeit gegen eine zentralisierte Verfolgung von Vertreibungsverbrechen“ habe feststellen können. Ohne daß noch formal abgestimmt werden mußte, faßte Sitzungsleiter Leverenz die Diskussion dahingehend zusammen, „daß von einer Verteilung ganzer Komplexe auf die einzelnen Bundesländer abgesehen“ werde; man solle es wie bisher bei der Bestimmung der Zuständigkeit der Strafverfolgung durch den Bundesgerichtshof nach § 13a StPo im Einzelfall belassen⁴¹.

In gewisser Weise bedeutete dies sogar einen Rückschritt hinter die Position, die Justizminister und -senatoren in Bremen Ende Oktober 1965 bezogen hatten. Schon damals hatte zwar die vom Vorsitzenden Bremer Senator Ulrich Graf vertretene Auffassung vorgeherrscht, es sei „utopisch anzunehmen, daß die Täter freiwillig in die Bundesrepublik kommen würden“, und unvertretbar, „nur aus optischen Gründen einen großen Apparat in Bewegung zu setzen“; die Frage einer Zentralstelle war aber angesichts eines geteilten

⁴⁰ Auszug aus der Niederschrift über die 34. Justizministerkonferenz vom 11.–13. Oktober 1966 in Kiel, in: BAK B 141/71147, Bl. 178.

⁴¹ Auszug aus der Niederschrift über die 34. Justizministerkonferenz vom 11.–13. Oktober 1966 in Kiel, in: BAK B 141/71147, Bl. 179 f.

Stimmungsbildes bewußt noch offengelassen worden. Zudem hieß es im Ergebnis der Beratungen ausdrücklich, Verbrechen an Deutschen seien „mit Nachdruck zu verfolgen“, und zwar zusammengehörende Komplexe von derselben Staatsanwaltschaft⁴².

Die dahinter zurückbleibende Entscheidung der Kieler Justizministerkonferenz im Oktober 1966 brachte vor allem die CDU-geführte Regierung von Baden-Württemberg in die Bredouille, da sie aus der eigenen Landtagsfraktion heraus bedrängt wurde, auf die Einrichtung einer Zentralstelle zur Verfolgung von Vertreibungsverbrechen hinzuwirken⁴³. In ihrer Antwort auf diese Initiative, die nach dem einstimmigen Kieler Beschluß nur noch ausweichend ausfallen konnte, machte die Landesregierung gleichwohl deutlich, daß sie die Erfassung der an Deutschen begangenen Unmenschlichkeiten für wichtig erachte. Denn in der Weltöffentlichkeit würden diese Verbrechen an zweieinhalb Millionen Menschen verschwiegen; dagegen habe Polen soeben eine detaillierte wissenschaftliche Untersuchung der deutschen Verbrechen in die Wege geleitet, die „als eine harte und propagandistisch geführte Waffe in der Hand der Ostblockstaaten gegenüber Deutschland bei künftigen Friedensverhandlungen“ eine wesentliche Rolle bei der Begründung finanzieller Wiedergutmachungsforderungen spielen könnte. Für Deutschland folge daraus die Notwendigkeit einer zu diesem Zweck geeigneten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen⁴⁴. In seinen letzten Monaten als Regierungschef in Stuttgart unternahm Kurt Georg Kiesinger einen entsprechenden Vorstoß. Er brachte das Thema bei einer Ministerpräsidentenkonferenz zur Sprache⁴⁵ – mit der Folge, daß die Sache schließlich beim Bundesvertriebenenminister landete, der sie prüfen und gegebenenfalls eine Kabinettsvorlage erstellen sollte.

Dieses Verfahren aber zog sich vor allem wegen außenpolitischer Bedenken des sozialdemokratischen Partners in der – pikanterweise seit Ende 1966 von Kiesinger geführten – Großen Koalition sehr in die Länge. In einer Ressortbesprechung im Juli 1967 betonte der Vertreter des BMVt die Notwendigkeit der baldigen Sicherung und Auswertung entsprechenden Materials, „weil dies mit zunehmendem Zeitablauf wegen des Verlustes von Aufklärungsmöglichkeiten und Beweismitteln immer schwieriger werde“; das von Herbert Wehner geleitete BMG äußerte indes Bedenken, da die zu erwartende Kritik der Ostblockstaaten „angesichts der derzeitigen Entspannungspolitik vermieden werden“ müsse⁴⁶. Wie schwer sich Justiz und Politik mit den Vertreibungsverbrechen taten, dokumentierte am 25. Oktober 1967 auch die Antwort des nun zuständigen Bundesjustizministers Gustav Heinemann (SPD) auf Anfragen der CDU-Abgeordneten Walter Becher und Herbert Czaja. Heinemanns Verweis auf den Beschluß der Justizministerkonferenz vom Oktober 1966 begegnete im Bundestag dem – auf die internen Meinungsunterschiede der Regierung

⁴² BAK B 141/71147, Bl. 111, 33. Konferenz der Justizminister und -senatoren in Bremen vom 27.–29. Oktober 1965. Auszug aus der Niederschrift, Bl. 113–116. Vgl. auch das Protokoll der Konferenz selbst, in: BAK B 141/29078, v. a. Bl. 101 f.

⁴³ 4. Landtag von Baden-Württemberg. Beilage IV – 2124. Ausgegeben am 19. November 1965, S. 3707: Antrag des Abgeordneten Dr. Hagmann und anderer.

⁴⁴ BAK B 141/71147: Innenministerium Baden-Württemberg (Staatssekretär) an Bundesminister Gradl, 25. November 1966.

⁴⁵ Die Erstellung einer derartigen Dokumentation könne nicht allein Aufgabe der Justiz sein und solle auch nicht der Privatinitiative einzelner Historiker überlassen werden. DOD, Nr. 25, 1966, S. 8.

⁴⁶ BAK B 141/71147, Bl. 220 f.: Niederschrift über die Ressortbesprechung am 18. Juli 1967 im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

abzielenden – Einwand, ob dann nicht wenigstens die Voraussetzungen „für eine juristisch gut untermauerte Dokumentation dieser Verbrechen geschaffen werden sollten“⁴⁷.

Daß die Idee einer Zentralstelle für Vertreibungsverbrechen so lange vor sich hindümpelte und schließlich in der Sackgasse einer „Dokumentation“ endete, konnte eigentlich auch die Vertriebenenverbände selbst nicht überraschen. Sie hatten zur Kenntnis zu nehmen, daß sich erwartungsgemäß nicht nur die Ostblockstaaten ob dieser Forderung regelmäßig empörten, sondern daß das westliche Ausland ebenfalls „eine merkwürdige Zurückhaltung gezeigt hat“; nur vereinzelt und versteckt wurden dort Stimmen laut, wie etwa die von Cyrus L. Sulzberger in der „New York Times“, die daran erinnerten, daß auch die Deutschen mit der Vertreibung eines Teiles ihres Volkes „bisher noch ungesühnte Verbrechen zu erleiden hatten“⁴⁸. Zudem hätte eine Zentralstelle die schon unter Erhards CDU-CSU-FDP Koalition bereits vorsichtig einsetzenden Bemühungen erschwert, im Rahmen der internationalen Détente-Politik die Beziehungen zu den Staaten östlich des Eisernen Vorhangs zu verbessern. Die Bundesregierung, so hatte ihr Sprecher, Staatssekretär Günther von Hase, auf Anfrage von Walter Becher wenige Monate vor Beginn der Großen Koalition Mitte 1966 erläutert, werde sich auch weiterhin bemühen, „die Wahrheit über die an Deutschen [...] verübten Kriegsverbrechen zu verbreiten“. Die Nachfrage nach der englischen Kurzfassung der „Schieder-Dokumentation“ etwa sei im Ausland unverändert groß. Bei seinem Bemühen um zeitgeschichtliche Aufklärung werde sich Bonn jedoch auch von der Devise leiten lassen, nicht „alte Wunden wieder aufzureißen“⁴⁹.

Ist die Haltung der Bundesregierung mit frühen ostpolitischen Rücksichten zu erklären, so bleibt doch erstaunlich, wie sehr diese Perspektive auch bereits die öffentliche Meinung dominierte. Zwar gewann der *Deutsche Ostdienst* den Eindruck, der Aufruf zur Verfolgung der Lamsdorf-Täter sei von den Medien „stark beachtet“ worden⁵⁰; und *Der Schlesier* meinte, die Forderung nach einer zentralen Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen habe „in der deutschen Öffentlichkeit allgemein ein gutes Echo gefunden“⁵¹. Doch hier war wohl mehr der Wunsch der Vater des Gedankens. Jedenfalls konzentrierte sich die Zustimmung augenfällig auf die Regionalzeitungen, so daß in einem einschlägigen Pressepiegel Beispiele aus dem *Reutlinger Generalanzeiger* und der *Mettmanner Zeitung* als Beleg für diese These dienen mußten⁵².

⁴⁷ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 128. Sitzung, 25. Oktober 1967, S. 6453 f.

⁴⁸ So die – allerdings sehr optimistische – Wahrnehmung des Artikels von Sulzberger (New York Times, 22. Februar 1965) durch den DOD, Nr. 8, 1965, S. 7. Sulzberger hatte nämlich lediglich – in einem Artikel über den wiedererwachten deutschen Nationalismus! – darauf hingewiesen, daß Politiker wie der frühere Verteidigungsminister Strauß die ungesühnten Verbrechen an Deutschen auf die Agenda rückten. Auf welche starke Vorbehalte die Forderung nach einer Zentralstelle zur Verfolgung von Vertreibungsverbrechen auch im Westen stieß, erhellt etwa auch aus einem Beitrag in der *Neuen Zürcher Zeitung*, 17. Februar 1965.

⁴⁹ Drucksachen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 10. Juni 1966, Drucksache V/681, S. 3.

⁵⁰ DOD, Nr. 17, 1965, S. 6.

⁵¹ *Der Schlesier*, 18. März 1965.

⁵² *Der Reutlinger Generalanzeiger* hatte geschrieben: „Was geschieht mit diesen (Vertreibungs-)Verbrechen? Werden auch da die Verjährungsfristen verlängert oder betrachtet man diese Ausschreitungen als nationale Tat?“, auch die *Mettmanner Zeitung* meinte, es sei der Deutschen gutes Recht, „sich unter der zunehmenden Last der einseitigen Anklagen ebenso zu Wort zu melden und darauf hinzuweisen, daß auch Millionen Deutschen solches Unrecht geschehen ist“. DOD, Nr. 8, 1965, S. 8. Die *Bonner Rundschau* wies in einem Artikel zur Verjährungsfrage (2. Februar 1965: „Verjährung und kein Ende“) ebenfalls

Im Blick auf die Diskurse der Jahre 1964/65 insgesamt kann also überhaupt nicht davon die Rede sein, daß die Debatte um die Vertreibungsverbrechen voll „in die Debatte um die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord mitaufgenommen“⁵³ worden sei. Die großen erinnerungspolitischen Debatten im Deutschen Bundestag⁵⁴ und die Zurückhaltung der überregionalen Publizistik belegen dies ganz deutlich⁵⁵. Die Gründe hierfür benannte das von Landesbischof Hanns Lilje herausgegebene evangelische *Sonntagsblatt*⁵⁶ nach der großen Verjährungsdebatte im Bundestag. Es sei erfreulich, so hieß es, daß deren Verlauf „jene Vertreter eines Nationalismus der Aufrechnung“ enttäuscht haben mußte, „die mit dem beständigen Hinweis auf fremde Schuld die eigene glauben ungeschehen machen zu können“⁵⁷. Das eher geringe Interesse der Medien an den Vertreibungsverbrechen zeigte sich auch nach den einschlägigen Beschlüssen der Justizministerkonferenz der Länder, über die entweder gar nicht oder nur knapp – und ohne großen Kommentar – berichtet wurde⁵⁸. Die von Benda im Parlament mit Stoßrichtung gegen eine rechtsradikale Publikation geäußerte Auffassung, es bedürfe „in diesem Hause keiner Diskussion“ über die „Aufrechnungstheorie“⁵⁹ traf – ausweislich der folgenden Reden – auf breite Zustimmung. Der Wettstreit zwischen FDP und CSU um rechtskonservative Wähler fand dagegen überwiegend vor den unteren Rängen, in verräucherten Hinterzimmern lokaler Parteiversammlungen statt⁶⁰.

Weshalb das so war, läßt sich aus rechter und aus linker Perspektive zwar unterschiedlich deuten, kommt im Ergebnis aber auf das Gleiche hinaus. Verbrechen, so kommentierte

darauf hin, daß nicht nur die von Deutschen, sondern auch die an Deutschen begangenen Verbrechen verfolgt werden müßten.

⁵³ Der Schlesier, 18. März 1965

⁵⁴ Vgl. Kittel, Eine Zentralstelle, S. 190 f.

⁵⁵ Vgl. etwa die FAZ-Kommentare zur Verjährungsdebatte (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar, 15. Januar, 25. Februar, 11. März und 12. März 1965), in denen jeder Hinweis auf die Vertreibungsverbrechen, sei es in „aufrechnerischer“ oder auch sonstiger Absicht, unterblieb. Ähnliches gilt z. B. auch für die *Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln* (28. Februar 1965, 21. März 1965). Nur vereinzelt waren Stimmen zu hören, wie die des Prälaten Freiberger, der in der *Münchener Katholischen Kirchenzeitung* forderte, die Kriegs- und Naziverbrecherprozesse nicht endlos auszudehnen, „denn es könne die Gefahr entstehen, daß schließlich inmitten solcher Prozesse leidenschaftlich gefragt werde, warum denn nur die Verbrechen der Deutschen und nicht auch die Verbrechen an den Deutschen gesühnt werden sollen.“ *Münchener Katholische Kirchenzeitung*, 24. Januar 1965.

⁵⁶ Vgl. die Ausgaben vom 17. Januar, 7. Februar und 14. März 1965.

⁵⁷ *Sonntagsblatt*, 14. März 1965.

⁵⁸ Vgl. z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 1965; Die Welt, 1. November 1965.

⁵⁹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 170. Sitzung, 10. März 1965, S. 8525 f.: „Ich setze mich gar nicht auseinander mit den törichten Sätzen in einem Buch – ich möchte es hier gar nicht erwähnen; Sie wissen, worum es sich handelt –, das wir alle oder, ich glaube, die meisten von uns bekommen haben, in dem bereits auf der Umschlagseite so unsinnige Sätze stehen wie: ‚Dieses Buch beweist, daß das deutsche Volk sich nicht zu schämen braucht‘, weil die anderen auch [...] Das ist – ich zitiere den verstorbenen Bundespräsidenten Heuss – das ‚Verfahren der moralisch Anspruchslosen‘ [...] (Beifall im ganzen Hause)“.

⁶⁰ Auch der CSU-Abgeordnete Jäger wandte sich im Bundestag ausdrücklich gegen die „furchtbare Vorstellung [...], als ob man Morde miteinander aufrechnen könne“, und fügte dann hinzu, nicht „die Deutschen“ sondern „die Nationalsozialisten“, und nicht „die Polen [...], sondern die Kommunisten“ hätten die Verbrechen verübt: „Wir, meine Damen und Herren, sind für unser Haus verantwortlich; andere sollen in Ihrem Hause der Verantwortung gerecht werden, die ihnen die Geschichte auferlegt (erneuter Beifall bei der CDU/CSU und SPD).“ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 175. Sitzung, 25. März 1965, S. 8766.

Das Ostpreußenblatt den Hildesheimer Prozeß, würden „von Journalisten mit zweierlei Maß gemessen, je nachdem ob das Verbrechen von Deutschen oder an Deutschen begangen wurde. Die deutsche Presse steht dem Prozeß an dem Polen sehr ablehnend gegenüber und betrachtet ihn als von den Vertriebenen inszeniert. [...] Anscheinend ist der Heimatvertriebene vielen der heutigen Meinungsmacher unbequem, da er Dinge gesehen und erlebt hat, die nicht wahr sein dürfen, da sie nicht in bestimmte politische Konzepte passen“⁶¹. Die große Mehrheit der Journalisten, so lautet die Gegenposition, hätte sich „gerade was den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit betraf [...] als politisch-kulturelle Avantgarde“ verstanden, die ihren Auftrag darin sah, „mentale Residuen aus der NS-Zeit zu überwinden und die deutsche Gesellschaft nach westlichen Vorbildern zu demokratisieren“⁶²; eine Verjährung von NS-Verbrechen, so ist hinzuzufügen, war mit diesen Zielen ebenso wenig kompatibel wie ihr „Aufrechnen“ durch Vertreibungsverbrechen.

Nur so ist es zu erklären, daß der von seinem Zuschnitt her denkbar spektakuläre Hildesheimer Prozeß so unglaublich wenig Resonanz in der großen Presse fand und vom *Spiegel*, der *Zeit* und der *Frankfurter Allgemeinen*, so weit wir sehen, weitgehend ignoriert wurde. Die *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt*⁶³ oder die *Frankfurter Rundschau* berichteten nur knapp – und ohne grundsätzliche Erwägungen daran zu knüpfen – über den Fall „Calczynski“ [sic!]⁶⁴. Die *Stuttgarter Zeitung* tat dies zwar relativ ausführlich, sie machte aber aus ihren Sympathien für den Täter und aus ihrer Antipathie gegen die vertriebenen Ankläger keinen Hehl. „Ein Prozeß voller Haß und Ressentiments“ lautete die Überschrift. „Die meisten Zuhörer sind Heimatvertriebene“, verriet der Untertitel und suggerierte, die Betroffenen seien grundsätzlich voller Ressentiments. Zwar traf dies zumindest auf jene in den Zuhörerbänken zu, die einen Satz der Frau des Angeklagten („man dürfe schließlich nicht vergessen, was die Deutschen den Polen angetan hätten“) mit lautem Protest quittierten, so daß sich der Landgerichtsdirektor zu der Drohung veranlaßt sah, den Saal räumen zu lassen⁶⁵.

Dennoch war der ausgeprägte Abwehrreflex gegen den Prozeß in den Medien erinnerungskulturell kontraproduktiv. Denn das Verfahren warf auch Fragen auf, die den Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf tragische Aspekte der jüngsten deutsch-polnischen Vergangenheit lenkten bzw. hätten lenken können. Die Familie des angeklagten ehemaligen polnischen Milizionärs war bei einer Aussiedlungsaktion von Nationalsozialisten liquidiert worden. 1945 hatte er in Schlesien seine deutsche Frau geheiratet, deren Mann im Krieg gefallen war. Mit der Kommunistischen Partei in Konflikt geratend, war Palczynski mit seiner Gattin in die Bundesrepublik gekommen und Ende 1963 in der Nähe von Hildesheim erkannt und verhaftet worden. Wie der frühere Bürgermeister des Ortes, in dem der Angeklagte als Fremdarbeiter gearbeitet hatte, im Zeugenstand berichtete, hatte Palczynski aber nicht nur zusammen mit anderen Milizionären – eingestandenermaßen – einen Schlesier erschossen, der sich „der Evakuierung durch die Flucht entziehen“ wollte; er hatte zudem „in jenen Schreckenstagen vielen Deutschen Lebensmittel verschafft und sei deshalb von seinen eigenen Leuten verprügelt und [...] eingesperrt worden“⁶⁶.

⁶¹ Das Ostpreußenblatt, 17. April 1965.

⁶² Miquel, Ahnden oder amnestieren?, S. 288.

⁶³ Vgl. jeweils die Ausgaben vom 2. April 1965.

⁶⁴ Frankfurter Rundschau, 2. April 1965.

⁶⁵ Stuttgarter Zeitung, 29. März 1965.

⁶⁶ Ebd.

Anhänger einer neuen Ostpolitik, die das historische Aufklärungspotential des Prozesses gegen die Risiken seiner politischen „Aufrechnung“ abwogen, sahen sich aber offensichtlich zu größter Vorsicht veranlaßt. Denn obwohl die Vorgeschichte des Hildesheimer Verfahrens in das Jahr 1963 zurückreichte oder sogar noch weiter – der Bruder eines Opfers, ein kriegsblinder Telefonist, hatte fast 20 Jahre lang nach dem Mörder gefahndet –, war seine öffentliche Wahrnehmung doch untrennbar mit der Forderung der Vertriebenenverbände nach einer Zentralstelle zur Erfassung von Vertreibungsverbrechen verknüpft. Deren wesentlicher Schwachpunkt bestand aber darin, daß sie erst im Kontext der Verjährungsdebatte wieder aufgekommen und nicht schon früher massiver vertreten worden war, als Bedenken hinsichtlich einer historischen Aufrechnung weniger gegriffen hätten. So konnte sich einer der großen Skandale der Rechtsgeschichte, die so gut wie ausbleibende Ahndung Hunderttausender Verbrechen an deutschen Vertriebenen, ungehindert fortsetzen – ohne einen Aufschrei moralischer Empörung in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik.

V. Politische Parteien und „deutscher Osten“ bis 1966

Wenn trotz der ergebnislosen Debatten um eine Zentralstelle zur Erfassung von Vertreibungsverbrechen und trotz der ostpolitischen Wandlungsprozesse in der Gesellschaft für die 1960er Jahre insgesamt ein sehr ambivalentes, keineswegs einfach von Verdrängung des historischen deutschen Ostens geprägtes Bild der Erinnerungskultur zu zeichnen ist, so hängt dies entscheidend mit dem Agieren der politischen Klasse zusammen¹. Sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien rangen zwar mehr oder minder gemeinsam darum, einen neuen Weg deutscher Ostpolitik im Rahmen der international einsetzenden Détente zu finden; aber fast bis ans Ende des Jahrzehnts hielten sie zumindest deklamatorisch auch am Rechtstitel der Grenzen von 1937 fest. So hatte die Erinnerung an den – vermeintlich noch nicht definitiv verlorenen – deutschen Osten nach wie vor offiziellen Charakter. Allerdings ist der Umgang der Parteien mit den heimatpolitischen Zielsetzungen der Vertriebenenverbände auch ein besonders drastisches Beispiel für das Maß an Unaufrichtigkeit, das in den auf Stimmenmaximierung bei der jeweils nächsten Wahl fixierten demokratischen Systemen den gesellschaftlichen Diskurs nur zu oft bestimmt². Es sei denn, man deutet das Taktieren der Parteien als Ausdruck staatspolitischer Vernunft: Den Vertriebenenverbänden schon zu einem Zeitpunkt, als ihre soziale Integration noch nicht weit vorangekommen war, die ganze, bittere Wahrheit zuzumuten, hätte das Risiko nationalistischer Radikalisierung heraufbeschworen. Wie immer die Motive im einzelnen lagen – die vertriebenpolitischen Unterschiede zwischen CDU/CSU, SPD und FDP waren zumindest bis 1969 eher gradueller Natur.

Vor allem bei den Freien Demokraten hatte es indes in den Jahren nach dem Mauer-Schock bereits früh Überlegungen gegeben, im Rahmen einer neuen Ostpolitik die Oder-Neiße-Grenze „offiziell zu respektieren“³. Was der deutschland- und außenpolitische Referent der FDP, Wolfgang Schollwer, im Frühjahr 1962 noch einer „geheimen“ Denkschrift anvertraute⁴, wagte der Liberale Studentenbund im März 1963 auch bereits öffentlich zu fordern: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie „als endgültige Grenze zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und Polen“; denn ein weiteres Offenhalten der Grenzfrage, so hieß es zur Begründung in ähnlicher Argumentation wie im Tübinger Memorandum, stärke nur die DDR und rücke eine Wiedervereinigung in immer weitere Ferne⁵. Mit diesem „nationalen“ Argument für den Verzicht auf den deutschen Osten war eine besonders schwerwiegende Überlegung in die Diskussion gebracht, die es den Befürwortern einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erlaubte, den Vorwurf des „vaterlandslosen

¹ Vgl. Doering-Manteuffel, „Verzicht ist Verrat“; vorzüglich auch die souveräne Darstellung von Link, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Erhard und der Großen Koalition.

² Kritisch hierzu auch Ahonen, After the expulsion, S. 179.

³ Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV, Bd. 8; S. 376 ff.

⁴ Schollwer, FDP im Wandel. Zur FDP-Deutschlandpolitik vgl. auch Siekmeier, Restauration oder Reform; Brauers, Liberale Deutschlandpolitik; Schmidt, Die FDP und die deutsche Frage.

⁵ Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV, Bd. 9, S. 221.

Gesellen“ von sich abprallen zu lassen und an die beharrlichen Anhänger der 37er-Grenzen weiterzugeben⁶.

Erleichtert wurde die allmähliche, ausgesprochen konfliktreiche programmatische Neuausrichtung der FDP offensichtlich auch dadurch, daß die kleine Partei in den Führungsebenen der Landsmannschaften traditionell relativ schwach verankert war⁷ und die prominenten FDP-Heimatvertriebenen wie Bundesfinanzminister Heinz Starke oder Erich Mende sich verbandspolitisch nicht engagierten. Besonders schwer fällt es dabei, ein angemessenes Urteil über den Oberschlesier Mende zu treffen, der als Bundesvorsitzender und zeitweilig als Vizekanzler eine der Schlüsselfiguren der FDP in den 1960er Jahren darstellte. Als Minister für gesamtdeutsche Fragen betonte er stets, sich „immer Ostdeutschland verbunden und verpflichtet“ gefühlt zu haben und verhindern zu wollen, daß „die großen geschichtlichen und kulturellen Leistungen des deutschen Ostens durch den Zeitablauf verloren gehen“⁸. Auch auf dem umkämpften FDP-Parteitag in Hannover 1967 schmetterte er den entschiedensten Verfechtern eines Verzichts auf die Oder-Neiße-Gebiete entgegen, daß ein Politiker nicht „20 Jahre höher werten soll als 700 Jahre Zugehörigkeit dieses Raumes zum deutschen Siedlungs- und Kulturgebiet“⁹.

Obschon Mende den Durchbruch einer radikal neuen Ostpolitik bis 1968 wesentlich mit verhinderte, zählte er nicht zur strikt antikommunistischen nationalliberalen Traditionskompanie um Thomas Dehler und Ernst Achenbach, die den eigentlichen Gegenpol zu der nur langsam an Einfluß gewinnenden Denkschule um Schollwer bildeten, sondern vertrat gleichsam einen dritten Weg zwischen den beiden Flügeln. Gewiß neigte der in den Volkstumskämpfen Oberschlesiens nach dem Ersten Weltkrieg politisch sozialisierte Mende seiner inneren Überzeugung nach zum nationalen Lager der Partei; doch es ist „überaus auffällig“, daß der Komplex Vertreibung und Vertriebene in seinen Memoiren „kaum eine Rolle spielt“¹⁰. Mende zeigte sich in der deutschland- und ostpolitischen Taktik stets ausgesprochen beweglich, nicht zuletzt wohl, weil er aufgrund mehrerer USA-Reisen wußte, wie wenig Priorität die Wiedervereinigung Deutschlands – gar in den Grenzen von 1937 – für die amerikanische Regierung besaß. Die von Mathias Siekmeier als innerparteilicher „Appeasement-Kurs“¹¹ bezeichnete Politik Mendes – während der Jahre als Juniorpartner in der CDU-geführten Bundesregierung Erhard strategisch noch plausibel, um die FDP halbwegs im Gleichklang mit der Union und damit an der Macht zu halten – wurde seit 1966 dem Profilierungsbedürfnis der nunmehr einzigen Oppositionspartei im Bundestag immer weniger gerecht. Dies führte schließlich „zur deutschlandpolitischen Selbstmarginalisierung“¹² des langjährigen FDP-Vorsitzenden.

⁶ Vgl. dagegen die Stellungnahme Kai-Uwe von Hassels, der als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, „dem Patenland von Pommern“, nicht zu „solch gefährlichen Äußerungen“ schweigen wollte. Es sei, so sagte er, eine Illusion zu glauben, „daß der Verzicht auf die Ostgebiete uns der Wiedervereinigung näher bringe“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Februar 1962.

⁷ Zu Recht hat Stickler darauf hingewiesen, daß die FDP als wirtschaftsliberale Partei den Vertriebenen kein attraktives sozialpolitisches Programm anbieten konnte. Stickler, Ostdeutsch, S. 295.

⁸ DOD, Nr. 5, 1964, S. 7.

⁹ Mende, Von Wende zu Wende, S. 258.

¹⁰ Stickler, Ostdeutsch, S. 295, Anmerkung 474.

¹¹ Siekmeier, Restauration oder Reform, S. 452.

¹² Stickler, Ostdeutsch, S. 303.

Wenn Mende konzeptionelle Armut und das Fehlen einer „zukunftsweisenden Vision“¹³ attestiert wurden, so verweist dies auf das unaufhebbare Dilemma eines im Zeitalter der Détente agierenden Bundespolitikers, der einerseits am Primat der Westbindung festhalten, andererseits aber so viel wie möglich vom deutschen Osten retten wollte. Ein Arbeitspapier seines Gesamtdeutschen Ministeriums zur EKD-Denkschrift sprach im Frühjahr 1966 davon, daß eine Abtretung ostdeutschen Gebietes nicht notwendigerweise dem Selbstbestimmungsrecht widersprechen müsse¹⁴, verwies also auf die Möglichkeit der Rückkehr von Vertriebenen in ihre Heimat ohne Revision der faktisch bestehenden Grenzen. Doch wie schon nach einer USA-Reise 1962, als Mende auf der Linie Gräfin Dönhoffs von einer Hinnahme statt einer „förmlichen Annahme“¹⁵ der Oder-Neiße-Grenze gesprochen hatte, brachte er damit nur den BdV gegen sich auf, ohne jedoch die volle Zustimmung der neuen Ostpolitiker innerhalb und außerhalb seiner Partei gewinnen zu können.

Noch vorsichtiger als die FDP tastete sich die Volkspartei SPD in Richtung Oder-Neiße-Grenze vor. Auch sie hatte im Vertriebenenmilieu ursprünglich nicht sehr tiefe Wurzeln; zu stark waren – sieht man vor allem von den traditionsreichen sudetendeutschen Sozialdemokraten einmal ab – die antikommunistischen und antisozialistischen Vorbehalte einer Mehrheit der Vertriebenen infolge des untrennbar mit der Roten Armee verknüpften Vertreibungserlebnisses¹⁶. Allerdings erleichterten sozialpolitische Berührungspunkte es der SPD nach ihrem historischen Parteitag in Bad Godesberg 1959, auf dem Weg in die Mitte und zur Regierungsfähigkeit im Bund auch das Wählerklientel der gesellschaftlich tendenziell unterprivilegierten Vertriebenen anzusprechen. Dabei ging es nicht zuletzt darum, das noch nicht definitiv geklärte Erbe des 1961 glücklos mit der Deutschen Partei fusionierenden BHE anzutreten¹⁷. Programmatisch sollte dies dadurch bewerkstelligt werden, daß die SPD nicht länger „die heimatpolitischen Anliegen der Vertriebenen zugunsten der sozialpolitischen“ vernachlässigte, sondern sich künftig speziell auch die „aktive Förderung der Erhaltung der Heimatkultur der Vertriebenen“ angelegen sein ließ¹⁸.

Vor allem die knorrige Gestalt Herbert Wehners, der sich nun zum Vertrauensmann der Vertriebenen aufbaute, wurde in landsmannschaftlichen Kreisen bald fast wie eine Ikone verehrt¹⁹. Tatsächlich legte der aus Sachsen stammende „Zuchtmeister“ der Sozialdemokratie die ganzen 1960er Jahre hindurch größten Wert auf die Feststellung, daß „deutsche Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie auch vom Vertrauen unserer vertriebenen Landsleute getragen“ werde. Die SPD, so sagte Wehner etwa in einem Kommuniqué nach einer gemeinsamen Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes mit führenden (sozialdemokratischen) BdV-Politikern am 22. und 23. Januar 1965, werde „das Heimatrecht,

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd., S. 307.

¹⁵ Ebd., S. 305.

¹⁶ Zum Verhältnis zwischen SPD und Vertriebenen von 1945 bis 1969 vgl. Frömel, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

¹⁷ Zum BHE siehe Neumann, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Zu den Versuchen Herbert Wehners, neben dem Wählerpotential des hessischen auch das des bayerischen BHE für die SPD zu gewinnen, vgl. die Erinnerungen des sudetendeutschen Sozialdemokraten Reitzner, Das Paradies läßt auf sich warten, S. 172.

¹⁸ Stickler, Ostdeutsch, S. 240.

¹⁹ Vgl. etwa die Eloge des BdV anlässlich der Ernennung Wehners, dieses, wie es hieß, engen Freundes von Kurt Schumacher und Wenzel Jaksch, zum Minister für gesamtdeutsche Fragen 1966. Stickler, Ostdeutsch, S. 254 f. Vgl. auch Ahonen, After the expulsion, S. 176.

das Selbstbestimmungsrecht und den deutschen Rechtsstandpunkt in Grenzfragen überall und immer vertreten²⁰. SPD-Parteijournalisten, die ohne seine Genehmigung kritisch über die Vertriebenenverbände berichteten, drohte Wehner mit fristloser Kündigung²¹. Um die ostpolitische Position der SPD auch optisch wahrnehmbar zu machen, tagte der Karlsruher Parteitag 1964 unter einer riesigen Karte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und dem Motto: „Erbe und Auftrag“²².

Im Vorjahr, 1963, hatten Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner zudem eine warmherzige Grußbotschaft an die in Köln versammelten Schlesier gerichtet, in der es hieß: „Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg – das sind nicht nur Namen – das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat! Wer wollte das bestreiten. [...] Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. [...] Das Kreuz der Vertreibung muß das ganze Volk mittragen“²³. Darüber hinaus betonte die SPD seit ihrer Begegnung mit dem Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bergneustadt am 22. Januar 1961: das rechtliche Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 schließe „das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen“ nicht aus. Deren Vertreibung müsse ebenfalls durch eine „Rückkehr der Vertriebenen“ wiedergutmacht werden, „ohne daß anderen Menschen aufs neue Unrecht geschieht“²⁴. Das steigende Ansehen der SPD bei den Vertriebenen trug dazu bei, daß die BdV-Vorsitzenden der Jahre 1964-66 bzw. 1967-70 Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs oder der BdV-Vizepräsident Herbert Hupka (ab 1970) sich aus den Reihen der Sozialdemokratie rekrutierten.

Tatsächlich jedoch war die Haltung der SPD-Führung gegenüber den Vertriebenenverbänden „trotz der nach außen zur Schau getragenen Politik des Schulterchlusses“ zwispältig und „von (wahl-)taktischen Überlegungen bestimmt“²⁵. Dies zeigt etwa Egon Bahrs berühmte Rede vor der Evangelischen Akademie Tutzing im Juli 1963, wo zwar ein weitreichender deutschlandpolitischer „Wandel durch Annäherung“ an die DDR und den Ostblock konzipiert wurde, jeglicher konkrete Hinweis auf die Oder-Neiße-Linie aber noch fehlte²⁶. Ähnlich zu bewerten ist auch die Strategie Willy Brands, der vermutlich schon 1946 von der Unabänderlichkeit der Oder-Neiße-Linie überzeugt war („Die Wunden der Zwangsaussiedlung werden wohl auch geheilt werden können. [...] Was nach außen verloren ging, soll nach innen gewonnen werden“); dennoch vermied er es noch bis Mitte der 1960er Jahre tunlichst, diese Einsicht auch konkret zu thematisieren, sondern rettete sich in der Grenzfrage in „schwammige bzw. interpretatorisch dehnbare Formulierungen“²⁷. Vor dem Eintritt in die Große Koalition war es dem SPD-Vorsitzenden (seit 1964) zudem

²⁰ DOD, Nr. 4/5, 1965, S. 3. Zu der hinter Wehners Bemühungen steckenden Strategie eines „deutschlandpolitischen Burgfriedens“ vgl. Leugers-Scherzberg, *Die Wandlungen*, S. 301.

²¹ So Sticker mit Bezug auf einen parteiinternen Vermerk von Ende 1961. Sticker, *Ostdeutsch*, S. 242.

²² Frömel, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, S. 19.

²³ Die sozialdemokratische Grußbotschaft an das Schlesiertreffen vom 7.-9. Juni 1963 war auch in der Festschrift unter dem Motto „Bekanntnis zu Schlesien“ abgedruckt. Vgl. Hupka, *Unruhiges Gewissen*, S. 87.

²⁴ Die Sudetenfrage in der deutschen Politik, *Sudetendeutscher Rat*, München 1965, S. 7f.

²⁵ Sticker, *Ostdeutsch*, S. 244.

²⁶ *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, IV, Bd. 9, S. 572 ff. Zu Bahrs deutschlandpolitischen Konzepten vgl. Vogtmeier, Egon Bahr, zur Tutzinger Rede v. a. S. 59 ff.

²⁷ Sticker, *Ostdeutsch*, S. 245.

ein Leichtes, unter Verweis auf die Zaghaftigkeit der Bundesregierung etwa gegenüber Erklärungen de Gaulles zur Oder-Neiße-Grenze den Eindruck zu erwecken, als sei „die Wahrnehmung deutscher Interessen“ eher von der SPD zu erwarten, wohingegen die Bundesregierung „zu den Heimatvertriebenen mit einer anderen Zunge“ spreche „als zu unseren Verbündeten“²⁸.

Auch wenn Brandt mit derartigen Formulierungen nur die Doppelbödigkeit der eigenen Ostpolitik geschickt zu kaschieren vermochte – ganz falsch war der Vorwurf an die Regierungsparteien damit nicht. Ähnlich wie Brandt war Adenauer schon lange davon überzeugt, daß die Ostgebiete nie wieder zu Deutschland gehören würden: „Man kann nicht alles wieder zurückdrehen, das halte ich für ausgeschlossen. Die Russen haben die Polen nach Westen gebracht, die Deutschen weiter nach Westen“²⁹. Trotz dieser 1957 im kleinen Kreis der Teegespräche geäußerten Einsicht, die nicht zuletzt von einer realistischen Einschätzung der westalliierten Position ausging, vermied es Kanzler Adenauer bis ans Ende seiner Amtszeit, von der Forderung nach Grenzrevision abzurücken. Bei seinen vertriebenenpolitischen Reden hatte Adenauer aber nicht nur das Wählerpotential der Landsmannschaften im Blick, er wußte als Jurist auch um die Bedeutung von Rechtspositionen, die er sich jedenfalls sträubte, ohne Not und Gegenleistung preiszugeben. Ein Mitarbeiter seines Bundespresseamtes brachte es im April 1963 einmal auf den Punkt: „Bekanntlich ist das einzige Instrument der Propaganda, das wir besitzen, um Unruhe in die an Deutschland angrenzenden Ostblockländer hereinzutragen, die Aufrechterhaltung des Anspruchs der Rückgliederung dieser Gebiete an Deutschland. Es wäre unklug, bei der ständigen offensiven propagandistischen Haltung des Ostblocks von unserer Seite auf das einzige Offensivmittel, das wir besitzen, zu verzichten“³⁰.

Andererseits sorgte Adenauer dafür, daß der BHE und die außenpolitisch nicht immer pflegeleichten Vertriebenenverbände der Bundesregierung nicht über den Kopf wuchsen³¹. So unterstützte er etwa die Bemühungen des Vorsitzenden des Bundesvertriebenenausschusses, Walter von Keudell, um ein CDU-Bundestagsmandat weder 1957 noch 1961 hinreichend³². Die von der Ostpreußischen Landsmannschaft auf ihrem Bundestreffen im Juli 1960 und dann abermals bei einem Gespräch der Verbandsführung mit Adenauer vorgetragene Bitte, die Bundesregierung möge die Patenschaft über die Landsmannschaft Ostpreußen „als dem äußersten Vorposten der deutschen Ostgebiete“ übernehmen, schob der Kanzler ziemlich schroff beiseite. Einmal wies er auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen hin, da ein derartiges Signal mitten in der Bedrängnis der Zweiten Berlin-Krise einigermmaßen abenteuerlich gewesen wäre³³; ein anderes Mal nahm er zu dem gesichtswahrenden Argument Zuflucht, durch eine Bundes-Patenschaft für die Ostpreußen müßten sich die anderen Landsmannschaften zurückgesetzt füh-

²⁸ So Brandt bei einer Rede zum Tag der Deutschen in Berlin 1965. Zit. nach Sticker, Ostdeutsch, S. 247.

²⁹ Konrad Adenauer: Teegespräche, Bd. 2, S. 201 f.; über eine ähnliche interne Äußerung Adenauers gegenüber einem US-Senator Ende 1961 berichtet Schwarz, Adenauer, S. 687. Vertiefend zu dem Thema: Frohn, Adenauer und die deutschen Ostgebiete, sowie Mensing, Konrad Adenauer im Briefwechsel mit Flüchtlingen.

³⁰ BAK B 145/2858: III/2, Vermerk, Bonn, den 17. April 1963.

³¹ Vgl. dazu auch die – von persönlichen Kränkungen geprägte – Polemik des verhinderten Vertriebenenministers und späteren NPD-Politikers Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen.

³² Sticker, Ostdeutsch, S. 221.

³³ Ebd., S. 223.

len³⁴. Peinlich für Adenauer war es nur, daß die von ihm vorgeschlagene Ersatzlösung einer Patenschaft durch das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen scheiterte. Denn der von ihm darum gebetene Parteifreund und Ministerpräsident Franz Meyers bekam seinerseits kalte Füße. Meyers und sein zuständiger Sozialminister Konrad Grundmann befürchteten, „daß sie und das Land Nordrhein-Westfalen kein richtiges Verhältnis zu den ostpreußischen Menschen finden könnten“; schon aufgrund seiner konfessionellen Zusammensetzung sei es für das überwiegend katholische Bundesland undenkbar, neben der bestehenden Patenschaft für die Siebenbürger Sachsen eine weitere für die ebenfalls vorwiegend protestantische Volksgruppe der Ostpreußen zu übernehmen³⁵.

Für unerfüllte vertriebenenpolitische Wünsche oder Schwächen der CDU-Ostpolitik wurde Adenauer jedoch erstaunlich selten persönlich verantwortlich gemacht³⁶; vielmehr erhielt der Altkanzler 1964 sogar die Ehrenplakette des BdV überreicht³⁷. Offensichtlich gelang es ihm als Vaterfigur mit antikommunistischem Charisma sogar den Sachverhalt zu überdecken, daß die CDU zumal in den katholischen Hochburgen genuin eine Partei der Einheimischen bildete, in der die vertriebene Bevölkerungsgruppe massiv unterrepräsentiert war³⁸ – und für die CSU galt das eher noch mehr. Zwar war die CDU die einzige Partei, in der es sogar einen eigenen „Landesverband Oder-Neiße“ gab, von dem allerdings sagten auch solche, die es gut mit ihm meinten, Mitte der 1960er Jahre, er könne nur „mit mehr Frische und innerem Engagement“ und einer anderen Zusammensetzung seiner Führung an Profil gewinnen³⁹.

Wenn es in der ersten Hälfte der 1960er Jahre zumindest zeitweilig schien, als werde die Union vertriebenenpolitisch von der SPD rechts überholt, wie Franz Josef Strauß befürchtete, so hatte dies neben den strukturellen auch aktuelle Gründe. Zum einen hing es damit zusammen, daß Adenauers Nachfolger im Kanzleramt, Ludwig Erhard, in seinem entspannungspolitischen Bemühen um eine vorsichtige Verbesserung der Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten und um den Austausch von Handelsmissionen⁴⁰ im tschechoslowakischen Fall weitreichende Konzessionen zu machen schien. Nachdem SL-Sprecher Seebohm anläßlich des Sudetendeutschen Tages im Mai 1964 Kritik an der ostpolitischen Linie der Bundesregierung geübt und das Münchner Abkommen verteidigt hatte, weil es dem Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen Rechnung getragen habe, bezeichnete Erhard die Äußerungen seines Ministers in einem vom US-Fernsehen während einer Kanzler-Reise nach Amerika ausgestrahlten Interview als „absolut unmöglich“⁴¹. Das Münchner Abkommen von 1938 sei von Hitler zerrissen worden, so sagte

³⁴ BAK B 137/1273: Bundeskanzler Adenauer, 10. Mai 1961, an Alfred Gille (den Sprecher der Ostpreußischen Landsmannschaft).

³⁵ BAK B 137/1273: Vermerk I 7 – 37012-13068/59, vom 24. Juli 1961.

³⁶ So auch die Beobachtung Sticklers in bezug auf von Keudell und den Sprecher der Baltendeutschen Manteuffel-Szoegge. Stickler, Ostdeutsch, S. 227.

³⁷ Frankfurter Rundschau, 16. Dezember 1964.

³⁸ Vgl. hierzu auch Bosch, Die politische Integration.

³⁹ So die Antwort des DOD auf Kritik des Informationsdienstes für den CDU-Landesverband Oder-Neiße im März 1964 an den, die CDU „draußen vor der Tür“ zurücklassenden Vorstandswahlen beim BdV. DOD, Nr. 16, 1964, S. 5. 1968 fusionierte der „Landesverband Oder-Neiße“ schließlich mit der Exil-CDU zur „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“. DOD, Nr. 38, 1968, S. 7, sowie Nr. 47/48, 1968, S. 13.

⁴⁰ Vgl. Lindemann, Anfänge einer neuen Ostpolitik?

⁴¹ Frankfurter Rundschau, 9. Juni 1964. Vgl. auch Neue Zürcher Zeitung, 20. Mai 1964, sowie Ahonen, After the expulsion, S. 173 f.

Erhard, ohne zugleich Vorbehalte hinsichtlich des – davon prinzipiell unabhängigen – Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen zu machen und darauf zu verweisen, daß auch Seehoß ausdrücklich keine territorialen Forderungen erhoben hatte. Aber Erhard war wohl nicht der einzige, dem es entgangen sein mußte, daß ausgerechnet Seehoß kurze Zeit vorher (im Mai 1963) bei einem Bundestreffen der Sudetendeutschen „eine klare Entschuldigung und Bitte um Vergebung für zahlreiche deutsche Untaten, soweit auch Sudetendeutsche an ihnen beteiligt waren“⁴², ausgesprochen hatte. Mit seinen Äußerungen erntete der Kanzler bei der SL und auch beim sozialdemokratisch-sudetendeutschen BdV-Präsidenten Jaksch massive Kritik⁴³; zumal er auf die Frage des Interviewers, weshalb er Minister Seehoß nicht entlasse, seine anscheinend rein taktischen Gründe hierfür unklug offenlegte und sagte, daß es eben „zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik gibt“⁴⁴. Wie man sich geschickter aus der Affäre zog, zeigte Herbert Wehner, der sich auf juristische Debatten über das Münchner Abkommen erst gar nicht einließ, aber für eine Rückkehr der Sudetendeutschen plädierte: „Es geht um Menschen“⁴⁵.

Das Eis in den Beziehungen zwischen BdV, Landsmannschaften und Bundesregierung war mithin recht dünn geworden. Dies erhellt auch aus den regierungsinternen Debatten um das Jahr der Menschenrechte 1965. Besonders ein von den Vertriebenen in diesem Rahmen geplantes Treffen von 100 000 Jugendlichen am 8. Mai, also am 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation, im Berliner Olympiastadion, ließ im Auswärtigen Amt die Alarmglocken schrillen. Im Kabinett schloß sich auch der Kanzler den Bedenken an, daß gerade diese Veranstaltung, noch dazu in einem Wahljahr, „politisch bedenklich ins Ausland ausstrahlen“ könnte. Die Minister für Gesamtdeutsche Fragen bzw. Vertriebene und Flüchtlinge, Mende und Lemmer (CDU), wurden beauftragt, dem BdV diese Idee möglichst geräuschlos wieder auszureden. Jaksch und Rehs hielten bei der folgenden Besprechung zwar mit dem Argument dagegen, auch das Auswärtige Amt habe schließlich die Aufgabe, den gesamtdeutschen Gedanken zu verbreiten; das Jahr der Menschenrechte, so Rehs, müsse ins Ausland ausstrahlen: „Wie wollen wir sonst den Westen gewinnen?“. Doch da Lemmers Mahnung, das Jahr der Menschenrechte dürfe auf keinen Fall „zu einem Revanchistenjahr werden“⁴⁶, auch finanziell bewehrt war – es ging um einen Bundeszuschuß in Höhe von 500 000 DM in der am folgenden Tag stattfindenden Kabinettsitzung –, holte der notorisch geldbedürftige BdV die Fahne ein und beschränkte sich auf eine Bundesversammlung in der Frankfurter Paulskirche, ein Jugendtreffen in München und eine Reihe weiterer, außenpolitisch weniger verfänglicher Termine⁴⁷. In einer Dienstbesprechung

⁴² Czaja, *Unterwegs*, S. 554.

⁴³ Archiv der Gegenwart 34 (1964), S. 11264 ff.; Ahonen, *After the expulsion*, S. 174; Osterheld, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard*, S. 84 f., 89; daneben die Dokumentation einer Pressekonferenz von Erhard in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik IV*, 10, 2. Hbd., S. 677, sowie ein Interview mit Jaksch in der *Rheinischen Post*, 20. Juni 1964.

⁴⁴ *Frankfurter Rundschau*, 9. Juni 1964.

⁴⁵ *Vorwärts*, 10. Juni 1964.

⁴⁶ BAK B 106/27510: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 25. Januar 1965, betr.: Besprechung mit führenden Vertretern des Bundes der Vertriebenen am 15. Dezember 1964 (Niederschrift).

⁴⁷ Zum Kabinettsbeschuß über die 500 000 DM: BAK B 106/27510: Staatssekretär Nahm, 6. Januar 1965, an das Referat I B; zum Veranstaltungsplan BAK B 106/27510: Bundesminister der Finanzen, 21. Januar 1965, an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses.

von Staatssekretären und hochrangigen Beamten des BMG und des BMVt wurde nochmals die Richtlinie verdeutlicht, daß die Bewilligung der Zuschüsse durch die Bundesregierung nur unter der Voraussetzung erfolge, daß „bei Druckerzeugnissen die Manuskripte, die Texte der Flugblätter und Plakate vorliegen und auf ihre politische Unbedenklichkeit hin geprüft werden“ könnten⁴⁸.

Neben diesen frühen entspannungspolitischen Rücksichten, die es in anderer Form freilich auch schon 1955 oder 1960 gegeben hatte⁴⁹, ist zu sehen, daß CDU und CSU sich in der finanzpolitischen Gesamtverantwortung als Regierungspartei sichtlich schwerer damit taten als die bis 1966 oppositionelle SPD, kostenverursachenden Wünschen der Vertriebenen im sozialen wie im kulturellen Bereich immer ganz gerecht zu werden. Auch die Pflege ihrer Kontakte zu den Vertriebenenverbänden betrieb zumindest die CDU „um vieles lascher“⁵⁰ und offensichtlich vor allem als Reaktion auf die vermehrten Bemühungen der SPD-Spitze, die sich immer wieder mit dem BdV-Vorstand und einzelnen Landsmannschaften traf. Nur die CSU ließ im bayerischen Bereich seit Anfang der 1960er Jahre „keinen Zweifel mehr an ihrer Kontaktfreudigkeit mit den Vertriebenen aufkommen“⁵¹. An der grundsätzlichen Entschlossenheit auch der größeren Unionsschwester, die Millionen Vertriebenen nicht vor den Kopf zu stoßen, bestand aber alles in allem ebenfalls kein Zweifel. Dies zeigte etwa die Wahl des BdV-Präsidenten Krüger in den CDU-Parteivorstand 1961 und der Übertritt des niedersächsischen Ministers Schellhaus von der GDP in die CDU im Mai 1964, so daß die CDU nach einer nur kurzen Vakanz durch den Rücktritt Krügers vom BdV-Vorsitz abermals im engeren Präsidiumskreis des Bundes der Vertriebenen vertreten war. Beunruhigt durch die Aktivitäten der SPD erfuhr auch der CDU-Landesverband Oder-Neiße mit der Wahl des sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten Josef Stingl zum Vorsitzenden (als Nachfolger von Oberländer) eine notwendige Blutauffrischung. Da es der Union insgesamt gelang, ihre vertriebenenpolitische Position bis 1965 sichtlich zu verbessern, setzte vor den Bundestagswahlen dieses Jahres bei allen Parteien geradezu „ein Schaulaufen um die Gunst des BdV ein“⁵².

⁴⁸ BAK B 106/27510: Vermerk, 19. Januar 1965, S. 1.

⁴⁹ So verlegten die Vertriebenenverbände einen zum Zehnjahresgedenken an Flucht und Vertreibung 1955 geplanten „Tag der Deutschen“ in Berlin, gegen den Adenauer angesichts seiner bevorstehenden Moskau-Reise schwerste Bedenken angemeldet hatte, auf einen Termin nach der Rückkehr der Kanzlers. Ein fünf Jahre später geplanter „Tag der Deutschen“ im Herbst 1960 wurde am goldenen Zügel des BMG schließlich in einen außenpolitisch weniger verfänglichen „Tag der Heimat“ überführt. Stickler, Ostdeutsch, S. 153, 163.

⁵⁰ Und dies selbst nach Auffassung von ihr keineswegs Fernstehenden. Vgl. Christ und Welt, 14. September 1962.

⁵¹ DOD, Nr. 16, 1964, S. 5.

⁵² Stickler, Ostdeutsch, S. 229.

VI. Spätsommer ostdeutscher Erinnerungskultur in den 1960er Jahren?

1. Der Kulturparagraph des Bundesvertriebenengesetzes in der politischen Praxis

Die parteipolitischen Konstellationen waren von entscheidender Bedeutung für die Erinnerungskultur. Denn das Bemühen vor allem der beiden großen Volksparteien um die ostdeutschen Landsmannschaften – und ihre potentiell Millionen Wählerstimmen¹ – verhinderte bis Ende der 1960er Jahre, daß der ostpolitische Stimmungswandel in wichtigen Teilen der Gesellschaft und der öffentlichen Meinung bereits voll durchschlug. Die „publizistischen Strategien“, so tönte es Ende 1964 noch selbstbewußt aus dem Organ des BdV, „werden sich langsam daran gewöhnen müssen, daß die Parteien im Grundsätzlichen und weitgehend auch in der praktischen Politik eine einheitliche solidarische, nämlich deutsche Plattform vertreten, ja daß man geradezu von einer großen Koalition der Parteien in heimatpolitischen Fragen sprechen kann“². Infolgedessen behielt prinzipiell Bestand, was nach dem vom Deutschen Bundestag am 3. Juni 1953 einstimmig verabschiedeten schriftlichen Bericht Willy Brandts über den „Antrag der Fraktion der Deutschen Partei betreffend Pflege der Kenntnisse über die deutschen Ostgebiete, Osteuropa und Südosteuropa“³ (sog. Ostkunde- oder Brandt-Bericht) die Bundesregierung, die Länder und die Kommunen auf wissenschaftlichem, bildungspolitischem und bewußtseinsbildendem Gebiet in den Jahren 1953 bis 1956 begonnen hatten, „um das kulturelle Erbe der Vertreibungsgebiete zu retten, fortzuentwickeln und die Kenntnis vom deutschen und osteuropäischen Osten [...] zu vertiefen und zu verbreitern“⁴. Konkret waren das vor allem der Kulturparagraph (§ 96) des 1953 in Kraft getretenen Bundesvertriebenengesetzes (BVFG), die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für die Ostkunde im Unterricht (von 1956) sowie die Richtlinien und Empfehlungen des Städtetages und des Landkreistages (von 1953) in bezug auf die Patenschaften für ostdeutsche Regionen, die Versorgung öffentlicher Bibliotheken mit ostdeutscher Literatur o. ä. In dem für die ostdeutsche Erinnerungskultur fundamentalen Paragraphen 96 hieß es wörtlich: „Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der

¹ Vgl. ebd., S. 209 f.

² DOD, Nr. 47, 1964, S. 12.

³ Brandt fungierte in der Sache als Berichterstatter des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten. Zu seinem Bericht vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 268. Sitzung, 3. Juni 1953, S. 12233–12238.

⁴ DOD, Nr. 9, 1973, S. 1.

Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.“⁵

Mehr oder weniger stark durch den Paragraphen 96 stimuliert, setzte sich auch die sehr vielfältige „Kulturarbeit ostdeutscher Menschen in der Bundesrepublik“⁶, bald nach der Vertreibung in den Westzonen begonnen, in den 1950er und 1960er Jahren kontinuierlich fort. Leonore Leonhart hat dies 1970 in einer eindrucksvollen Bilanz deutlich machen können. Wesentliche Träger dieser Arbeit waren vier regional ausgerichtete Kulturwerke, die der unterschiedlichen Physiognomie der deutschen Geschichte im Osten Europas Rechnung trugen: Das Kulturwerk Schlesien in Würzburg, der (sudetendeutsche) Adalbert-Stifter-Verein, das – für die vertriebenen Deutschen aus dem Donauraum Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens zuständige Südostdeutsche Kulturwerk (beide mit Sitz in München) sowie das Nordostdeutsche Kulturwerk in Lüneburg, das sich gleichermaßen um die Kultur der nordostdeutschen Provinzen Brandenburg, Danzig, Ost- und Westpreußen wie um die der Balten-, Polen- und Litauendeutschen kümmerte. Zusätzliche kleinere Kulturzentren schufen sich die Siebenbürger Sachsen in Schloß Horneck am Neckar, die Deutschbalten für die Carl-Schirren-Gesellschaft in Lüneburg⁷. Das Engagement dieser Einrichtungen bezog sich auf alle Zweige der Kultur, auf die Wissenschaften, auf die Künste wie auf die Volksbildung. Es reichte, um es nur an wenigen, ganz unterschiedlichen Beispielen zu verdeutlichen, von einer vom Adalbert-Stifter-Verein 1961 im Kölner Wallraff-Richartz-Museum präsentierten Ausstellung über „Barockmaler in Böhmen“ über die Publikation von Periodika (wie der seit 1956 vierteljährlich erscheinenden Kulturzeitschrift „Schlesien“ oder des 1966 begründeten „Schlesischen Kulturspiegels“), die Unterstützung der in Funk und Fernsehen auftretenden Blaskapelle „Die Donauschwaben“ durch das Südostdeutsche Kulturwerk bis zur Sammlung ostdeutschen Kulturgutes, das in den Westen gerettet werden konnte (1966 wurde in Lüneburg das „Deutsche Archiv für Kulturgut des Nordostens“ eröffnet)⁸.

Die Arbeit der vier großen ostdeutschen Kulturwerke ergänzten eine Fülle kultureller Aktivitäten, die auf ein Teilgebiet spezialisiert oder konfessionell geprägt waren. Im Bereich der Wissenschaften zu nennen sind hier (ohne Anspruch auf Vollständigkeit!): ein halbes Dutzend Historischer Kommissionen, das 1950 gegründete Herder-Institut in Marburg mit seinen umfangreichen Bibliotheks- und Archivbeständen über Ostdeutschland und Ostmitteleuropa, das 1957 in München eröffnete „Collegium Carolinum“, eine „Forschungsstelle für die böhmischen Länder“, die an die Tradition der altehrwürdigen deutschen Universität zu Prag anknüpfte, das Südost-Institut in München, die Bücherei des Deutschen Ostens in Herne, das von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz betreute Königsberger Staatsarchiv in Göttingen, die Ostabteilung des Bundesarchivs in Koblenz, das Sudetendeutsche Archiv, der Göttinger Arbeitskreis aus dem Osten vertriebener Wissenschaftler und das 1951 entstandene „ostdeutsche Volkskunde-Archiv“ an der Pädagogischen Akademie in Dortmund, aus dem ein Jahr später die „Ostdeutsche Forschungsstelle“ hervorging. Von den konfessionell gebundenen Einrichtungen seien nur die Königsteiner Anstalten genannt, mit denen im Taunus ein Zentrum katholischer Ost-

⁵ Von zur Mühlen, *Die Förderung der Kulturarbeit*, S. 291.

⁶ So der Untertitel des Buches von Leonhart, *Das unsichtbare Fluchtgepäck*.

⁷ Von zur Mühlen, *Kulturwerke*, S. 376 f.

⁸ Ebd., S. 164, 176, 178, 183, 200.

Arbeit entstand (Albertus-Magnus-Kolleg, Ostakademie, verschiedene Priesterwerke) sowie der – 1946 beschlossene und vom Rat der EKD rasch anerkannte – Ostkirchenausschuß, zu dem sich Vertreter der verdrängten evangelischen Ostkirchen zusammenschlossen und der seine akademische Forschungs- und Lehrtätigkeit an das Ostkircheninstitut der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster delegierte⁹. Das ostdeutsche Erbe im Bereich der bildenden Kunst pflegte vor allem die 1948 in Eßlingen am Neckar von Schlesiern und Sudetendeutschen gegründete „Künstlergilde“¹⁰. Dieser gelang es 1966, auf Einladung der Stadt Regensburg eine Stiftung „Ostdeutsche Galerie“ ins Leben zu rufen, die von Bund, Ländern und Kommune getragen wurde und ihren Besuchern bald ein Mosaik der ost- und südostdeutschen Kunstlandschaften seit etwa 1800 bieten konnte¹¹.

Eine „Kulturdemontage hat also nicht stattgefunden“, resümierte 1970 anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Ostdeutschen Kulturrates (OKR) der *Rheinische Merkur*. Vielmehr mache gerade die Vielzahl der kulturellen Organisationen den Außenstehenden „manchmal die Orientierung schwer“¹². Die Aufgabe der Koordinierung aber hatte der 1950 gegründete OKR in den 1960er Jahren immer weniger wahrgenommen¹³. Nach Anfangserfolgen nicht zuletzt durch die Veranstaltung Ostdeutscher Kulturtage hatte der OKR den Verlust mehrerer hoch engagierter Führungskräfte durch Todesfälle kurz hintereinander nicht auszugleichen vermocht. „Als dann die Gelder spärlicher zu fließen begannen und schließlich ganz zu versiegen drohten, wurde es stiller um den Kulturrat [...] Die ‚Kulturpolitische Korrespondenz‘ mußte ihr Erscheinen einstellen. Der Kulturrat verlor damit sein Sprachrohr. Die Vortragsveranstaltungen mußten entfallen. Die Veranstaltung Ostdeutscher Kulturtage war nicht mehr möglich“¹⁴.

Die Bemühungen des OKR-Vorstandes um einen Neubeginn führten, nachdem das BMVt 1968 die Zuständigkeit für den Ostdeutschen Kulturrat übernommen hatte, zu einer Reaktivierung. Verstand sich der OKR früher „vorwiegend als das kulturelle Repräsentationsorgan der Vertreibungsgebiete“ und spiegelte sich dieses Selbstverständnis auch in seiner personellen Zusammensetzung, so legte OKR-Präsident Hans Joachim von Merkatz nunmehr Wert darauf, „nicht als Vertriebenenorganisation“ wahrgenommen zu werden, „weil die Bewahrung und Fortentwicklung des ostdeutschen Kulturerbes keineswegs allein Aufgabe der Vertriebenen und Flüchtlinge ist“¹⁵. Zwar gelang es dem OKR tatsächlich, die *Kulturpolitische Korrespondenz* unter der Redaktion von Peter Nasarski neu zu gestalten und ein breiteres Publikum zu erreichen; doch als Staatssekretär a. D. Peter Paul nahm im Januar 1971 zum Geschäftsführer des OKR bestellt wurde, hatte er nach wie vor darüber zu klagen, daß parallel dazu ein – zunehmend passives – Kulturwerk der vertriebenen Deutschen (KvD) unter Leitung des ehemaligen Kultusministers Paul Luchten-

⁹ Vgl. ebd., S. 11–48, 97–130.

¹⁰ Von deren sechs Fachgruppen war die der „Bildenden Kunst“ die weitaus größte. Schremmer, *Bildende Kunst*, S. 326.

¹¹ Schremmer, *Bildende Kunst*, S. 327.

¹² *Rheinischer Merkur*, 20. November 1970.

¹³ Zur Geschichte des OKR vgl. Nasarski, *25 Jahre Ostdeutscher Kulturrat*.

¹⁴ Manuskript der Rede von Bundesminister a. D. H. J. von Merkatz „Kulturpolitik für Vertriebene und Flüchtlinge“, gehalten am 21. November 1968 vor dem Vertriebenen- und Flüchtlingskongreß der CDU/CSU in Wiesbaden, in: BAB 106/27247, Bl. 461.

¹⁵ Leonhart, *Das unsichtbare Fluchtgepäck*, S. 258.

berg agierte¹⁶ und daß vor allem Clemens J. Neumann vom BdV „sich in jüngster Zeit sehr nachdrücklich darum bemüht hat“, seinerseits OKR-Geschäftsführer zu werden¹⁷. Die persönlichen Rivalitäten schienen dem gedeihlichen Zusammenwirken von OKR und BdV nicht eben zuträglich. Zudem hatte die – seit 1970 vom Bundesinnenministerium voll finanzierte – zentrale Organisation ostdeutscher Kulturarbeit im Haushaltsjahr 1971 gerade einmal 425 000 DM zur Verfügung. Ihre Bemühungen, „aus dem Ghetto (der Landsmannschaften, M.K.) herauszukommen“¹⁸, konnten so kaum fruchten.

Auf die Auswirkungen der neuen Ostpolitik selbst war dies freilich nur zu einem geringen Teil zurückzuführen. Selbst in den Hochzeiten des Ringens der Parteien um Vertriebenenstimmen hatten die staatlichen Mittel für die ostdeutsche Kulturarbeit nicht gerade eine exorbitante Größenordnung erreicht. Es war kennzeichnend, wenn Staatssekretär Nahm 1960 – anstelle des im Parkett sitzenden Vertriebenenministers Oberländer – eine Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Rehs nach dem (in § 96 BVFG festgelegten) jährlichen Bericht an das Parlament dahingehend beschied, dieser sei bislang unterblieben, weil die Teilberichte der Länder nicht eingegangen seien. Einem vom Bundesrat (!) eingebrachten Antrag, die vorgesehenen kulturellen Mittel im Bundesetat von einer Million auf zwei Millionen DM zu erhöhen, war das Bundeskabinett nicht beigetreten. Schließlich seien doch neben dem Etat des BMVt auch die erheblichen zusätzlichen Mittel im Haushalt des BMG zu berücksichtigen¹⁹. Wenige Monate später wurde der Bericht endlich vorgelegt, doch den Einzelplan 26 des Bundeshaushaltes, den Etat des Vertriebenenministeriums, erhielt der zuständige Ausschuß erst zur Beratung, nachdem bereits eine Lesung im Bundestag stattgefunden hatte²⁰. Für 1962 war der Ansatz im Bundesetat für den § 96, der seinerzeit überhaupt erst auf Initiative des Bundesrates in das Gesetz aufgenommen worden war, zwar von 1 Million DM auf 1,1 Millionen DM erhöht worden, doch wegen der vorgesehenen Sperrung eines gewissen Prozentsatzes schien fraglich, ob realiter mehr Mittel als 1961 zur Verfügung stehen würden. Das Bundesfinanzministerium machte die Bewilligung nämlich davon abhängig, daß aus den Mitteln tatsächlich nur überregionale Einrichtungen und Vorhaben gefördert und die Länder mindestens die doppelte Summe aufwenden würden²¹.

¹⁶ Der FDP-Politiker hatte 1956 bis 1958 als Minister in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen fungiert. Einen Aufschwung erfuhr das Kulturwerk erst wieder ab 1972, als sich „die alte Garde und neu Hinzugekommene“ daran machten, Satzung und Namen zu ändern. Das „West-Ost-Kulturwerk“ erhielt künftig auch wieder – „wenn auch in bescheidenem Maße“ – Fördermittel von Bund und Ländern. DOD, Nr. 14, 1974, S. 10.

¹⁷ Abteilungsleiter Vt, Bonn, 11. November 1971, Sprechzettel für die Besprechung mit Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Nahm am 15. November 1971, in: BAK B 106/22492, Bl. 35. Schon in den frühen 1960er Jahren hatten Überlegungen „in den Vertriebenenverbänden wie auch bei den zuständigen Bundesressorts über die Aktivierung und Umgestaltung der Kulturarbeit“ eingesetzt, „wobei sich BdV, KvD und [...] der damals noch beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen ressortierende Ostdeutsche Kulturrat gegenüberstanden.“ UAL Vt II, Bonn, den 20. April 1971, betr. Kulturwerk der vertriebenen Deutschen (KvD), in: BAK B 106/22492, Bl. 92.

¹⁸ Vgl. den Vermerk „Betr.: Künftige Gestaltung der Kulturarbeit“, II 2 – 3103 a, Bonn, den 8. Dezember 1969, Herrn Unterabteilungsleiter II, in: BAK B 106/22492.

¹⁹ Drucksachen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 14. Mai 1960, Drucksache III/ 1846; DOD, Nr. 22, 1960, S. 6.

²⁰ DOD, Nr. 47, 1961. In allen Einzelheiten nachvollziehen läßt sich der Streit um die Zuschüsse zur Kulturarbeit in den Jahren 1960 und 1961 im Bestand BAK B 106/27222.

²¹ BAK B 106/27223: Der Staatssekretär (Dr. Nahm) an Herrn Abteilungsleiter I im Hause, 28. Juli 1961, sowie Vermerk (v. Aulock), vom 7. November 1961.

Unterstützt wurden aus dem 1,1 Millionen Mark kleinen Topf des BMVt mit Posten von einigen tausend oder zehntausend Mark z. B. Künstler aller Sparten, Ankäufe von Kunstwerken und Publikationen, daneben die Arbeit von Vertriebenenbühnen, der Sudeten-deutschen Galerie in Regensburg, des Adalbert-Stifter-Vereins, des ostpreußischen Jagdmuseums in Lüneburg oder des Institutum Judaicum, das Mittel für den Ausbau eines Archivs der schlesisch-jüdischen Bevölkerung benötigte²². Hinzu kamen allerdings, darauf hatte die Bundesregierung mit Recht hingewiesen, Gelder aus einigen weiteren Töpfen, vor allem aus dem des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, das z. B. im Haushaltsjahr 1967 mit fast 4,4 Millionen Mark noch einmal ein mehrfaches der vom BMVt verauslagten Summe auf die Waagschale legte, davon gut 3 Millionen für wissenschaftliche Ostforschung, den Rest für die Förderung „heimatpolitischen“ Schrifttums bzw. Veranstaltungen zur Erhaltung des kulturellen Guts der Vertreibungsgebiete. Im Etat des Innenministeriums stach besonders die Förderung der Bamberger Symphoniker heraus (1,2 Millionen), die in der fränkischen Stadt die Tradition des deutschen Prager Kammerorchesters fortsetzten. Daneben konnte das Haus auf eine Reihe kleinerer Aktivitäten im Rahmen des § 96 verweisen – wie etwa die Herausgabe eines „Eichendorff-Almanachs ‚Aurora‘“ (5 000 DM) und nicht zuletzt die finanziell schwer zu spezifizierenden ostkundlichen Leistungen, welche die Bundeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und das Bundesarchiv (mittels Ostarchiv und Ost-Dokumentation) erbrachten. Verschwindend gering blieben demgegenüber die Zuschüsse des Auswärtigen Amtes zur „Erhaltung des ostdeutschen Kulturerbes im Bewußtsein des Auslandes“²³. Ein fachkundiger Bonner Ministerialbeamter bezifferte die Aufwendungen des Bundes für die Kulturarbeit nach § 96 BVFG für 1962 auf gut 4,5, für 1969 auf gut 8,5 Millionen DM²⁴.

Der Topf des BMVt selbst füllte sich im Verlauf des Jahrzehnts bis 1969 auf den Stand von 2,2 Millionen DM, was zwar eine Verdoppelung gegenüber 1960 bedeutete, aber – auf die aus den Vertreibungsgebieten stammende Bevölkerung umgelegt – lediglich einer Erhöhung von 10 auf 13 Pfennig pro Kopf entsprach, wie eine Entschließung des Vertriebenenausschusses (zum Bericht der Bundesregierung vom 23. Oktober 1968 über Maßnahmen zur Erhaltung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete gemäß § 96 BVFG) am 24. April 1969 vorrechnete. Trifft es also zu, was Rehs schon bei der Beratung des Etats des Bundesvertriebenenministeriums im April 1962 monierte: Daß die Regierung ihren Verpflichtungen zur Erhaltung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete nur unzulänglich nachkam²⁵? Wie niedrig die Zuschüsse tatsächlich lagen, ergibt sich vielleicht am besten aus einem Vergleich mit den Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Kunst- und Kulturpflege, die 1966 25,10 DM pro Kopf der Bevölkerung betragen. Denn

²² BAK B 106/27223: Planungsübersicht über die Mittel-Verwendung, Bonn, Februar 1963 (ohne genaues Datum).

²³ Vgl. die Meldungen der Ministerien zum Bericht des BMVt über die Maßnahmen nach § 96 im Rechnungsjahr 1967, in: BAK B 106/27238.

²⁴ Von zur Mühlen, Die Förderung, S. 293.

²⁵ Der schlesische CDU-Politiker Heinrich Windelen versuchte zwar, den schwarzen Peter an die Länder weiterzugeben, die erst in den letzten Jahren zögerlich ihren eigenen, jetzt bei etwa zwei Dritteln des Bundesanteils liegenden Part bereitgestellt hätten; dennoch widersetzte sich schließlich nicht nur die oppositionelle SPD, sondern auch Manteuffel-Szoege von der CSU dem Mehrheitsbeschluß, eine weitere Erhöhung der Mittel abzulehnen. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 4. Wahlperiode, 25. Sitzung, 10. April 1962, S. 1039; DOD, Nr. 9/10, 1962, S. 9; Nr. 16/17, 1962, S. 10.

für Kulturpflege im Rahmen des § 96 BVFG wurden im gleichen Zeitraum vom Bund nur 45 Pfennig (ca. 7,1 Millionen DM), von den Ländern zusammen gerade einmal 48 Pfennig (6,3 Millionen DM) aufgewendet. Auch wenn man die Leistungen der Kommunen – und die beträchtlichen Zuschüsse des Staates zur Organisationsarbeit der Vertriebenenverbände – berücksichtigt, bleibt ein Mißverhältnis. Es wurde durch die Tatsache noch verschärft, daß die kulturelle Substanz in den westdeutschen Landschaften trotz aller Kriegsschäden doch „mehr oder weniger intakt geblieben war, während sie im altostdeutschen Bereich (Sammlungen, Museen, Büchereien, Publizistik) unter größten Schwierigkeiten und bruchstückhaft wieder aufgebaut werden“ mußte²⁶.

Daß nicht mehr geschah, lag zunächst sicher auch an dem Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern, das „seit 1953 in der Regel in wenig fruchtbaren Grundsatzdebatten“²⁷ versandete. Erst 1963 kam es zu einer sogenannten „Zuständigkeitsabgrenzung“. Danach förderte der Bund kulturelle Aufgaben im Sinne des § 96, wenn diese von zentraler oder überregionaler Bedeutung waren (wie etwa die Betreuung großer wissenschaftlicher Einrichtungen oder des OKR); die Länder konzentrierten sich in erster Linie darauf, Organisationen, Institutionen und Einzelvorhaben zu unterstützen, deren Bedeutung durch die Landesgrenzen beschränkt wurde²⁸. Für die Koordinierung zwischen Bund und Ländern sorgte seit 1963 der Kulturausschuß der „Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsvertretungen“ im Verein mit dem zuständigen Bundesministerium.

Bestehen blieb dagegen die zersplitterte Zuständigkeit für ostdeutsche Kulturförderung im Bund, die sich historisch aus der Kompetenz des BMVt für die eher sozialpolitischen, des BMG für die heimatpolitischen Aspekte der Vertriebenenarbeit herleitete. Sauber zu trennen aber war beides von Anfang an kaum²⁹. Die früh einsetzenden Bemühungen des Vertriebenenministeriums, nicht zuletzt im Hinblick auf die Sicherung seiner seit Ende der 1950er Jahre immer wieder in Frage gestellten Existenz, die Zuständigkeiten für die Kultur- und Organisationsarbeit der Vertriebenen zu bündeln, scheiterten lange am Widerstand des BMC³⁰. Als das Vertriebenenministerium 1967 erwo, sich an dem bislang vom BMG und dem Land Berlin getragenen Haus der ostdeutschen Heimat in Berlin sowie an anderen, ähnlich konstruierten Kuratorien zu beteiligen, um seinen Einfluß auszubauen, hieß es in einem internen Schreiben, die Zuständigkeitsabgrenzung mit dem BMG sei „natürlich in vieler Hinsicht grotesk“³¹. Auch die seitens des BMVt um 1967 verstärkten Hinweise auf das Ausscheiden ehrenamtlicher Träger der Kulturarbeit aus der Erlebnis-

²⁶ BAK B 106/27299: – I B – 3001 –, Bonn, den 25. Juli 1967, an das Referat I A 2. Betr.: Mehrjährige Finanzplanung, hier Tit. 601 im EP 26.

²⁷ Vermerk „Betr.: Erfüllung der Aufgaben nach § 96 BVFG durch Bund und Länder“, Bonn, den 1. Oktober 1962. Dr. Wie/Scht., in: BAK B 106/27104, Bl. 82.

²⁸ Nach einer Panorama-Fernsehsendung vom 31. August 1970 erreichten die schwer kommensurabel zu machenden Zuwendungen zur Vertriebenenarbeit in allen Bundesländern zusammen nahezu die Größenordnung der vom Bund verausgabten Summe. Siehe dazu mit scharfer Kritik an den, wie es hieß, überhöhten Etatiteln für „kulturelle, staats-, heimat- und gesellschaftspolitische Förderungsmaßnahmen für Vertriebene“ in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen: Neue Kommentare Nr. 3/1972, S. 8 ff. (Zitat, S. 9).

²⁹ Vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 150.

³⁰ So blieb der Subventionsdschungel bis 1969 erhalten, ja setzte sich nach 1969 zwischen Innenministerium und innerdeutschem Ministerium fort. Stickler, Ostdeutsch, S. 150.

³¹ BAK B 106/27210: Antwortschreiben des Ministerialrats Dr. Wieland vom 13. Dezember 1967 auf den Brief des Vertreters des Bundesvertriebenenministers in Berlin, Dr. Priesnitz, vom 5. Dezember 1967.

generation, auf die Notwendigkeit, kostspieligen Ersatz zu organisieren³², und auf die Verpflichtung „angesichts der ungeheuren negativen Propaganda aus den Ostblockländern“ die „Aufklärung des befreundeten Auslandes“ über die deutschen Ostgebiete zu intensivieren³³, zeitigten keinen durchschlagenden Erfolg. Während das Auswärtige Amt für seine Kulturarbeit 1968 den Betrag von 151,1 Millionen DM zur Verfügung hatte, erhielt das BMVt „zur Sicherung des Kulturgutes immerhin mehr als eines Viertels des ehemaligen deutschen Kulturraumes“ gerade eineinhalb Prozent dieser Summe. Mehr als alle anderen Zahlen sagt vielleicht ein einziges Beispiel: Zur Rettung des ägyptischen Tempels Abu-Simbel stellte die Bundesregierung 1968 sechs Millionen Mark bereit, also fast ebensoviel wie für die ostdeutsche Kulturarbeit nach § 96 insgesamt³⁴. Folglich wurde auch nichts aus der vom Vertriebenenausschuß des Bundestages geforderten Einrichtung eines überregionalen Ostdeutschen Museums und eines Zentralarchivs oder aus dem Ausbau des Ostdeutschen Kulturrats zu einer großen Kulturinstitution mit Breitenwirkung in die westdeutsche Gesellschaft hinein.

Während der Bau erinnerungskultureller Leuchttürme am Geldmangel scheiterte, entfaltete die Politik zumindest auf symbolischer Ebene vielfältige Aktivitäten. Die Bundeswehr benannte Kasernen nach ostdeutschen Provinzen, wie z. B. die 1960 gebaute Pommern-Kaserne im hessischen Wolfhagen und die Ostpreußen-Kaserne in Homberg/Efze, oder sie nahm einschlägige ostdeutsche Heimatlieder in das 1958 unter Verteidigungsminister Strauß erstmals erscheinende Liederbuch der Bundeswehr auf³⁵. Das Schulschiff Deutschland, das sich im Januar 1965 bei Bundespräsident Heinrich Lübke zu einer Weltreise abmeldete, um als „ein Stück Deutschland [...] für Deutschland“ zu werben „als schwimmendes Klassenzimmer in Staats- und Weltbürgerkunde“³⁶, war u. a. mit Wappen westpreußischer Städte, auch solcher außerhalb der Grenzen von 1937 ausgestattet und wirkte auf Vertriebenenkritiker „wie eine Festhalle, in der die Feierstunde eines BdV-Kongresses“ stattfand³⁷. Die Bundesbahn benannte Sonderzüge zu Vertriebenentreffen mit den Namen ostdeutscher Städte oder ließ unbeeindruckt von Protesten aus Warschau und Pankow Landkarten mit Deutschland in den Grenzen von 1937 und Bahnstrecken nach Breslau und Königsberg in ihren Waggonen hängen.

Der Bundesverkehrsminister (Seebohm) ersuchte 1964 die obersten Baubehörden, bei der Bezeichnung von Raststätten an Bundesautobahnen ostdeutsche Städte zu bedenken, um die Ostgebiete, wie es hieß, weiter im Bewußtsein zu halten³⁸; 14 Rastplätze erhielten daraufhin entsprechende Namen, die „auch auf Fahrten über die Bundesautobahnen Ge-

³² BAK B 106/27227, Bl. 78 – I B – 3001 – Bonn, den 22. Januar 1965. Betr. Aufstellung des Bundeshaushaltsplans 1966, hier Titel 601.

³³ Staatssekretär Nahm, Bonn, den 6. Oktober 1967, „Dem Herrn Minister“, in: BAK B 106/22492.

³⁴ Schriftlicher Bericht zur Organisation der Kulturarbeit nach § 96 BVFG (1969), S. 16, in: BAK B 106/22492, Bl. 87. Den Vergleich mit dem ägyptischen Weltkulturerbe hatte auch Reinhold Rehs bei der Haushaltsdebatte 1965 gezogen: Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, 167. Sitzung, 24. Februar 1965, S. 8397.

³⁵ Knab, Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995, S. 154; Witt-Stahl, „Ja, wir sind die Herren der Welt“, S. 30.

³⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 1965 (Tiefdruckbeilage).

³⁷ Der Korvettenkapitän hatte vor dem Ablaufen nicht nur die Kieler Kreisgruppe der Landsmannschaft Westpreußen, sondern auch den Geschäftsführer der Pommerschen Landsmannschaft empfangen, wie Georg Herde in den *Neuen Kommentaren*, Nr. 5/1965, S. 3, monierte.

³⁸ DOD, Nr. 12, 1960, S. 2 f.; Nr. 33, 1965, S. 33; Nr. 40, 1964, S. 5 f.

danken an ostdeutsche Städte“ wachhalten sollten³⁹. Wer seitdem etwa auf der A 3 Frankfurt-Köln den Westerwald hinauffuhr, stieß einige Kilometer nördlich von Montabaur auf die Raststätte „Landsberg an der Warthe“, die an die Stadt im östlichen Brandenburg (polnisch: Gorzow Wielkopolski) gemahnte. Eine Bauerntochter und Kiosk-Besitzerin vom Kutscheider Hof, nach dem die Raststätte bis 1965 benannt war, vermutete einen „Karnevalsscherz“, als sie über Mitarbeiter der Autobahnmeisterei von der geplanten Umtaufe erfuhr⁴⁰. Zwar stoppte Georg Leber (SPD), der 1966 das Ministeramt von Seeborn übernahm, die Erinnerungsaktion seines Vorgängers, die bereits erfolgten Umbenennungen aber blieben bestehen. „Tilsit“ lag fortan bei Leverkusen, „Stettin“ in der Nähe von Hamm, und „Königsberg“ bei Aachen. Zwischen Essen-Gladbeck und Gelsenkirchen-Buer lud später der „Rastplatz mit WC-Anlage Allenstein“ zu einer Pause ein⁴¹.

Die Bundespost entsprach ebenfalls im Jahr 1965 den langjährigen Bemühungen von Vertriebenenpolitikern und brachte eine Briefmarkenserie in Millionenaufgabe heraus, die in historischen Bauten an das Berliner Tor in Stettin (Fünfpfennigwert), das Zschockische Damenstift in Königsberg (Neunzigpfennigwert) und das Rathaus im schlesischen Löwenberg (Zweimarkwert) erinnerte. Damit leistete Postminister Richard Stücklen (CSU) – wie BdV-Chef Jaksch lobte – einen wichtigen Beitrag für das Selbstverständnis der Zusammengehörigkeit des Landes⁴². Daß es sich bei den ostdeutschen Briefmarken nicht bloß um erinnerungskulturelle Quisquilien handelte, wird im Blick auf ihre ebenso komplizierte wie aufschlußreiche Vorgeschichte unmittelbar einsichtig.

Das Bundeskabinett hatte im März 1953 eigentlich beschlossen, von der Verwendung ostdeutscher Motive auf Briefmarken abzusehen, „um die politisch überaus wichtige Postverbindung mit Mittel- und Ostdeutschland“ nicht zu gefährden. Tatsächlich wurden zwei Jahre später Briefe mit dem Sonderpostwertzeichen „10 Jahre Vertreibung 1945 bis 1955“ durch die DDR-Postverwaltung von der Beförderung ausgeschlossen. Dagegen nahm der polnische Staat, wie die Minister für Post- und Fernmeldewesen bzw. gesamtdeutsche Fragen im Juli 1960 in einer Kabinettsache konstatierten, keinen Anstand daran, seit 1945 „ständig auf seinen Briefmarken Städtebilder und Landschaftsmotive der ihm lediglich zur Verwaltung überlassenen deutschen Ostgebiete“ zu verwenden. Der Vorschlag der beiden Bundesminister, Briefmarken mit den Wappen der ostdeutschen Provinzen (Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien) aufzulegen, ging mittelbar auf ihre Ankündigung zurück, Marken mit den Wappen der Länder der Bundesrepublik herauszugeben. Denn dies hatte zahlreiche Anträge „besonders [...] aus den Kreisen der Vertriebenen und ihrer Verbände“ zur Folge, doch darüber hinaus auch „gesamtdeutsche Motive“ verwenden zu wollen⁴³.

Bis zur Verwirklichung der Idee floß in den Bonner Ministerien aber noch viel Schweiß. Ziemlich unproblematisch war nur eine Postwertzeichen-Serie „Bedeutende Deutsche“, die auch Persönlichkeiten würdigte, die in den Oder-Neiße-Gebieten geboren waren oder

³⁹ So hieß es rückblickend im DJO-Informationsdienst DINK am 10. Januar 1972, nachdem in der aktuellen ostpolitischen Debatte die Frage aufgekommen war, ob die Benennungen rückgängig zu machen seien. Vgl. auch *Neue Kommentare*, Nr. 3/1972, S. 1 f.

⁴⁰ Pinl, Warthe im Westerwald.

⁴¹ Ebd.

⁴² DOD, Nr. 38, 1964, S. 8; Nr. 1/2, 1965, S. 9.

⁴³ Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, den 6. Juli 1960, Kabinettsache, An den Herrn Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, in: BAK B 137/5999.

dort gewirkt hatten⁴⁴. Die „Wiedergabe ost- und mitteldeutscher Landschaften“ auf bundesdeutschen Briefmarken schien dagegen manchen Ministerialbeamten „im gegenwärtigen Zeitpunkt politisch nicht sehr klug“; andere sahen Schadensersatzansprüche auf die Post zukommen, wenn derart frankierte Sendungen im Ostblock verlorengingen, weshalb eine Reihe alternativer Vorschläge erwogen wurde. Das Bundesinnenministerium regte an, „sich für bestimmte bewegliche Kunstgegenstände“ zu entscheiden, „die nicht ortsgebunden“, aber „für eine bestimmte deutsche Landschaft charakteristisch sind“. Aus dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen kam die Überlegung, eine Serie „Deutsche Trachten“ zu bringen: „Dies hätte den Vorteil, daß territoriale Fragen auf keinen Fall aufgeworfen werden können“⁴⁵. Schließlich entschied Postminister Stücklen aber doch, sich „nicht dem Druck von Willkürentscheidungen anderer Postverwaltungen zu beugen“ und die Postwertzeichen-Dauerserie „Deutsche Bauwerke aus zwölf Jahrhunderten“ unter Einfluß ostdeutscher Motive in Auftrag zu geben⁴⁶.

Polnische Proteste wies Stücklen unter Verweis auf die Empfehlungen des Weltpostkongresses von Ottawa zurück. Danach sei es international üblich, „Leistungen, Schöpfungen und ideelle Güter aus Geschichte, Wissenschaft und Kultur eines Volkes zu dokumentieren und die Erinnerung an sie wachzuhalten.“ Die auf den kritisierten Briefmarken abgebildeten Bauwerke, so Stücklen, „sind und bleiben deutsche Kulturgüter, unabhängig davon, ob sie zur Zeit in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten liegen und wie einmal die einem Friedensschluß vorbehaltene endgültige Grenzziehung geregelt werden wird.“ Überdies seien polnische Postwertzeichen „mit Bildern jetzt unter polnischer Verwaltung stehender deutscher Städte mit der Ortsbezeichnung in polnischer Sprache auch nie beanstandet worden“⁴⁷. Als bei Postsendungen mit den Königsberg-, Stettin- und Löwenberg-Briefmarken tatsächlich Beförderungsschwierigkeiten im Ostblock entstanden und aufgeregte Wohlfahrtsverbände – wie das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene – schon zum Verzicht auf die anstößigen Motive rieten⁴⁸, zeigte sich der CSU-Minister standhaft und gab den verblüffend pragmatischen Rat, bei Sendungen in den Osten schlicht und ergreifend andere als die strittigen Postwertzeichen zu verwenden⁴⁹. Auf eine Anfrage im Bundestag lehnte es sein Staatssekretär aber auch ab, nun selbst offensiv zu werden und Ostblock-Briefmarken „mit Abbildungen von Städten in den Oder-Neiße-Gebieten mit polnischer Bezeichnung“ im Postverkehr zurückzuweisen: „Es wäre eines Rechtsstaates unwürdig, rechtswidrigen Maßnahmen rechtswidrig zu begegnen“⁵⁰.

⁴⁴ Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, den 25. Juli 1966, Pressemitteilung, in: BAK B 137/5999.

⁴⁵ BAK B 137/5999: I 7 – 3645 – zu 12223/61, Bonn, den 28. August 1962. Betr.: Briefmarken mit mittel- und ostdeutschen Motiven.

⁴⁶ Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, den 31. Juli 1967, An den deutschen Caritasverband, in: BAK B 137/5999.

⁴⁷ Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, den 25. Juli 1966, Pressemitteilung, in: BAK B 137/5999.

⁴⁸ Evangelisches Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 12. Juni 1967, in: BAK B 137/5999. Vgl. auch die Bundestagsdebatte zum Thema der ostdeutschen Briefmarken. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 87. Sitzung, 5. Wahlperiode, 25. Januar 1967, S. 4015.

⁴⁹ Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, den 31. Juli 1967, An den deutschen Caritasverband, in: BAK B 137/5999.

⁵⁰ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 87. Sitzung, 25. Januar 1967, S. 4015.

2. Ostkunde und Häuser des deutschen Ostens

Im Mittelpunkt der erinnerungskulturellen Aktivitäten der Länder stand die Ostkunde. Der eigentlich beste Weg, zumindest einer ostdeutschen Hochschule, etwa der Königsberger Albertina oder der Breslauer Friedrich-Wilhelms-Universität, in einer westdeutschen Stadt eine neue Heimstatt zu geben, wurde „kaum erwogen, jedenfalls nicht verwirklicht“⁵¹. Dieses Versäumnis – um so erstaunlicher angesichts des polnischen Gegenbeispiels mit der Verlagerung der Universität Lemberg nach Breslau – erklärt sich zumindest teilweise aus dem Verbot landsmannschaftlicher Zusammenschlüsse bis 1949. Denn die Maßnahme verhinderte, daß sich im Westen frühzeitig aktionsfähige Gemeinschaften von Professoren und Assistenten der untergegangenen ostdeutschen Universitäten bilden konnten.

Auch die Ostkunde wurde in den 1950er Jahren nicht, wie von Vertriebenenseite zunächst gefordert, als eigenes Fach, sondern nur als Unterrichtsprinzip eingeführt. Zudem erhielt sie – vielleicht eines der folgenreichsten Defizite – keinen Überbau in Form der immer wieder einmal diskutierten flächendeckenden Einführung von Lehrstühlen für die Geschichte der einzelnen ostdeutschen Regionen⁵². Vom Grundsatz her jedoch war Ostkunde im Unterricht anfangs politisch unangefochten, zumal schon der Brandt-Bericht an den Bundestag deutlich gemacht hatte, daß es einer klaren Abgrenzung „gegenüber solchen Bestrebungen und Ideologien bedürfe, die während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft fälschlich mit dem Begriff ‚Ostkunde‘ verknüpft worden sind“⁵³. Allerdings gab es aufgrund der föderalen Strukturen des deutschen Bildungssystems Unterschiede in der praktischen Umsetzung der Ostkunde selbst zwischen Schulen benachbarter Bundesländer wie Bremen und Hamburg.

So beschwerten sich auf einer Tagung der Landesstelle Bremen der Deutschen Pestalozzi-Gesellschaft⁵⁴ im Herbst 1962 Eltern und Lehrer aus Bremen darüber, daß das „bloße Wissen der Namen von Flüssen und Städten, wie es im Erdkundeunterricht erlernt werde, oder die Behandlung des Deutschen Ordens im Geschichtsunterricht“ die Kinder nicht genügend „mit der Bedeutung des deutschen Ostens für unser Volk“ vertraut machten;

⁵¹ Rhode, *Ostdeutsche Gelehrte*, S. 310.

⁵² In Schleswig-Holstein hatte der Landtag aber in den Jahren 1957/58 zwei „Lehrstühle für Ostkunde“ beschlossen. Hacker, *Die Entwicklung der Ostforschung seit 1945*, S. 12, 16. Zur Debatte um Ostkunde-Lehrstühle an den PHs in Niedersachsen, wo der FDP-Kultusminister ablehnte, was der SPD-Vertriebenenminister forderte, vgl. DOD, Nr. 16, 1964, S. 6. Auch in den kulturpolitischen Empfehlungen des CDU/CSU-Vertriebenenkongresses vom 22. November 1968 in Wiesbaden wurde wieder einmal die „verstärkte Berücksichtigung der ostdeutschen Kulturleistung“ u. a. durch Schaffung von Lehrstühlen und Vergabe von Lehraufträgen für Ostkunde gefordert. DOD, Nr. 47/48, 1968, S. 12. Und im April 1969 fand sich die Forderung nach der Errichtung von Lehrstühlen für die geschichtliche Landeskunde der Vertreibungsgebiete in einer Entschließung des Bundestags-Vertriebenenausschusses. DOD, Nr. 17/18, 1969, S. 11.

⁵³ Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, Drucksache Nr. 4098, S. 2; der ursprüngliche Antrag der Deutschen Partei findet sich als Drucksache Nr. 3196 (vom 14. März 1952). Vgl. auch Meinhardt, *Deutsche Ostkunde*, S. 263 f.

⁵⁴ Diese war 1950 zunächst mit dem Namenszusatz „Sudetendeutsche pädagogische Arbeitsgemeinschaft“ gegründet worden; im folgenden Jahr hatte sie sich den Untertitel „Pädagogische Arbeits- und Forschungsstelle ostdeutscher Eltern und Erzieher“ zugelegt. Zum Verhältnis zwischen Pestalozzigesellschaft und Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht vgl. Meinhardt, *Deutsche Ostkunde*, S. 98 ff.

dagegen berichtete ein Experte über die Verhältnisse in Hamburg, daß dort „erfolgreiche Wege zur Verankerung der Ostkunde im Unterricht beschritten worden“ seien. In einem ostkundlichen Arbeitsausschuß arbeiteten Vertreter der Schulbehörde, des Pädagogischen Instituts der Universität, des Instituts für Lehrerbildung, des Philologenverbandes, der Gewerkschaften und der Sozialbehörde so gut zusammen, daß es gelungen sei, an allen 550 Hamburger Schulen Obleute für Ostfragen einzusetzen. Lehrer und Schüler nahmen ständig an Kursen und Lehrgängen teil; die Resonanz bei den Schülern sei stark⁵⁵.

Wie eine Persiflage auf diesen Erfolgsbericht wirkte indes das Ergebnis eines fast zeitgleich stattfindenden Berufswettbewerbs der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Hamburg. Von den teilnehmenden Lehrlingen und jungen Angestellten, die mit einer Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937 konfrontiert wurden, wußte kaum einer, wo Ostpreußen lag. Manche verwechselten es mit Westpreußen, Pommern oder sogar mit Rußland, und Pommerns Hauptstadt Stettin kannte überhaupt keiner⁵⁶. Wie verfehlt es freilich wäre diese Bildungslücken als ostkundespezifisch zu interpretieren, erhellte schon daraus, daß auch die Frage nach dem Dienstsitz des Bundespräsidenten niemand korrekt beantwortete. Und bekanntlich stieß man auch bei anderen zeitgeschichtlichen Themen als der Ostkunde, ja selbst in bezug auf den Nationalsozialismus in manchen Erhebungen auf eine Unkenntnis, die sich aus den Lehrplänen jedenfalls nicht erklären ließ⁵⁷.

Was die Lehrbücher für Geschichte und Erdkunde anbelangte, kam die – 1953 gegründete – Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht (BAG)⁵⁸ bei einer Evaluierung aller Schulgattungen 1960 zu einem positiven Befund. „Dankbar“ erkannte sie an, daß viele Verlage der Forderung nach ostkundlicher Durchdringung des Unterrichts nachgekommen seien, auch wenn noch nicht alle Wünsche erfüllt waren⁵⁹. Nach einer zehn Jahre später (1970) gezogenen Stichprobe fanden die Vertriebenen Geschichte und Geographie ihrer Heimat „durchweg noch in etwa korrekt behandelt“, wobei der Akzent, den die Schulbücher auf den deutschen Osten legten, „in Bayern beispielsweise stärker als in Hamburg oder Bremen“⁶⁰ war.

Kritik kam dagegen frühzeitig von seiten jener, die eine neue Ostpolitik forderten und die in der traditionellen Ostkunde eines der Hindernisse auf diesem Wege sahen. So wurde die Tatsache, daß Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer zur Ostkunde im traditionellen roten Hessen oft ausfallen mußten, vor allem auf die „von Vertriebenen verfaßten und

⁵⁵ DOD, Nr. 43, 1962, S. 9.

⁵⁶ DOD, Nr. 43, 1962, S. 4. Vgl. auch die Niederschrift der Sitzung des Kulturausschusses der Landesflüchtlingsverwaltungen in Bonn, 18./19. Oktober 1960 (mit umfangreicher Anlage über den auf der Sitzung besprochenen Tagesordnungspunkt „Ostkunde im Unterricht“ in den einzelnen Ländern), in: BAK B 137/1269.

⁵⁷ Vgl. hierzu Kittel, Nach Nürnberg, S. 112.

⁵⁸ Zur Gründung und zu den Aktivitäten der Bundesarbeitsgemeinschaft und ihrer Gliederungen in den Ländern bis Anfang der 1960er Jahre vgl. BAK B 150/3522, Heft 1, sowie Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 143 f.

⁵⁹ DOD, Nr. 17, 1960, S. 6. In ähnlichem Tenor hieß es im Jahresbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft für 1961: „Wir können mit großer Befriedigung hinsichtlich des Erfolges unserer Bemühungen um unser ostkundliches Anliegen auf das Jahr 1961 zurückblicken.“ Vgl. den „Jahresbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht für das Jahr 1961“, in: BAK B 150/3522, Heft 2.

⁶⁰ DOD, Nr. 23/24, 1971, S. 14 f. Auch Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 368, kommt zu dem Schluß, die Bundesarbeitsgemeinschaft habe „mit der Berücksichtigung ihres Anliegens in den Schulbüchern zufrieden sein“ können.

vom Bundesvertriebenenministerium geförderten Publikationen“ zurückgeführt; diese stellten etwa „die mittelbare Bedeutung der nationalsozialistischen Expansionspolitik für die Zwangsumsiedlungspolitik der späteren Siegermächte“ nicht adäquat dar⁶¹. In der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft herausgegebenen *Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung* kam schon 1961 die Forderung auf, die öffentlichen Mittel zu „solchem Geschmiere“ und solcher „Giftsaat“ zu sperren⁶². Der Berliner Bildungssenator legte 1963 einen Revisionsentwurf vor, der den Empfehlungen von 1956 ihren „Kalte-Krieg-Charakter“ nehmen sollte⁶³. Wie der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde, Ernst Lehmann, im gleichen Jahr defensiv konstatierte, hatten sich die Unterrichtsmethoden in den letzten Jahren aber ohnehin schon gewandelt. Es werde nur noch vereinzelt „Quiz-, Heimweh- oder Entrüstungsostkunde“ betrieben, an ihre Stelle sei eine gesamt-europäische, auf brennende Gegenwartsfragen ausgerichtete Ostkunde getreten. Und einer der Väter der Ostkunde, Eugen Lemberg, Professor an der Wiesbadener Hochschule für pädagogische Forschung, machte deutlich, daß es ohnehin nie ausschließlich um das Deutschtum in Ostmitteleuropa gegangen sei, sondern darum, „Kenntnis und Verständnis der Völker, Kulturen und Probleme dieses Raumes zu erarbeiten und zu vermitteln, ein neues Verhältnis der Deutschen zu diesen Völkern vorzubereiten und herzustellen“⁶⁴. Lemberg sah indes auch früh die Gefahr, daß diese „legitimen Bestrebungen“ als Ausdruck eines „überständigen Nationalismus mißverstanden“ würden; zumal das „aus den Kämpfen um die Erhaltung der eigenen Kultur in andersnationaler Umwelt überlieferte Vokabular“ der Ostkunde „den Westdeutschen, die es zumeist erst unter Hitler kennengelernt hatten, als eine Erfindung des Nationalsozialismus vorkommen konnte“⁶⁵.

Trotz dieser Klarstellungen von seriöser Seite nahmen die publizistischen Angriffe auf die Ostkunde in den folgenden Jahren eher an Schärfe zu. Eine besondere Rolle spielte dabei der aus Schlesien stammende Publizist Georg Herde, der in den 1950er Jahren der Bundesgeschäftsführung des sogenannten Westdeutschen Flüchtlingskongresses angehört hatte. Nach dem Verbot dieser von der DDR gesteuerten Organisation linksextremer Vertriebener (1958) fand er in den von ihm herausgegebenen *Neuen Kommentaren* und in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* neue Foren für die Verbreitung seiner linksradikalen Propaganda⁶⁶. Auf Herdes *Neue Kommentare* stützte sich 1965 auch der Verfasser des oben bereits erwähnten *Zeit*-Artikels „Nach Ostland wollen wir reiten“, Kai Hermann. In einem Recherche-Gespräch mit dem für Ostkunde zuständigen Referenten im Vertriebenenministerium, der auf Veranlassung von Gräfin Dönhoff zustande gekommen war, damit sich Hermann „an der richtigen Stelle informiere“, legte der Journalist sogar mehrere Nummern von Herdes Publikationen vor. Er bezeichnete sie selbst als „linksradi-

⁶¹ Vom Neubürger zum Mitbürger, S. 64.

⁶² Meinhardt, *Deutsche Ostkunde*, S. 210.

⁶³ Die Initiative scheiterte aber an konservativem Widerstand in der KMK. Meinhardt, *Deutsche Ostkunde*, S. 366.

⁶⁴ DOD, Nr. 44/45, 1963, S. 12. Vgl. auch Lemberg, *Ostkunde*; hier v. a. den auf einen Vortrag anlässlich der Zehnjahresfeier der Bundesarbeitsgemeinschaft zurückgehenden Beitrag „Ostkunde als Aufgabe der politischen Bildung“, S. 242–255. Zum wissenschaftlichen Lebenswerk Lembergs vgl. den Nachruf von Karl Bosl, *Zum Tode von Prof. Eugen Lemberg*.

⁶⁵ Leonhart, *Das unsichtbare Fluchtgepäck*, S. 135.

⁶⁶ Siehe das Schreiben des Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft, Novak, an den Vertriebenenminister, 7. Mai 1966, in: BAK B 106/27334, Bd. 1, sowie (zur Person Herdes) Stickler, *Ostdeutsch*, S. 17 f.

kale Quelle“, kam aber im Verlauf des Gesprächs immer wieder auf die dort genannten Personaldaten angeblich oder wirklich nationalsozialistisch belasteter Ostkunde-Protagonisten zurück: Dabei schoß er sich besonders auf den aus dem Sudetenland stammenden hessischen Oberregierungsrat Viktor Aschenbrenner ein, der im NS-Gau Sudetenland einst für Erwachsenenbildung zuständig gewesen war und nun dem 1961 gebildeten Beirat der BAG angehörte⁶⁷. Auf den Hinweis, bei Aschenbrenner werde man sich doch wohl auf den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn und dessen Kultusminister verlassen können, die den Ostkunde-Fachmann erst kürzlich „als besonders befähigten Beamten der Kulturverwaltung“ befördert hatten, reagierte Hermann nach dem Eindruck seines Gesprächspartners „sichtlich verlegen“. Daß der Journalist, der sich während des Interviews selbst mehrfach als „Liberaler“ bezeichnete, in seinem *Zeit*-Artikel trotz besseren Wissens mit aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen operierte, veranlaßte den BMVt-Referenten in einem internen Vermerk zu dem Vorwurf „bewußte[r] Perfidie“⁶⁸. Nach einer NDR-Reportage Hermanns und einem weiteren Artikel in der *Zeit* im Herbst 1965⁶⁹ wurde im Beirat der BAG gar spekuliert – vermutlich mit Blick auf Herdes Zubringerdienste –, Spuren des *Zeit*-Artikels führten nach Ost-Berlin⁷⁰.

Hermann ging es, wie die Ansage zu seinem NDR-Beitrag betonte, nicht um Kritik „an der Sache selbst“ (Ostkunde-Unterricht an unseren Schulen sei „erforderlich“), sondern um deren Charakter. In dem Titel der Hörfunk-Sendung „Vokabular und Geist von Gestern“ drückten sich auch die Empfindungen zweier Hamburger Junglehrer aus, die auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Ostkunde zum Thema „Vertreibung, Flucht, Wiedervereinigung“ in Ratzeburg „seltsame Erlebnisse“ gehabt hatten. Vom Tagungsleiter schon zur Begrüßung statt des vertrauten „Kollegen“ mit einem forschen „Kameraden“ angeredet, mußten sie am Abend beim geselligen Beisammensein Protest erheben, als ein Singleiter mit ihnen das „alte Volkslied“ „Nach Ostland woll'n wir reiten“ einstudieren wollte. Mit diesem Beispiel illustrierte Hermann in der Reportage einmal mehr seinen grundsätzlichen Vorwurf, daß zur „Kerntruppe“ der Arbeitsgemeinschaft „zunächst [...] ehemalige Mitkämpfer Konrad Henleins im Sudetenland und Mitglieder weit rechts stehender Vertriebenenorganisationen, wie des sich als völkisch verstehenden ‚Witikobundes‘“ gehörten. So sei der frühere Vorsitzende der BAG Ernst Zintl „nach Hitlers Einmarsch in die Tschechoslowakei Regierungsschulrat geworden.“ Kein Zufall sei es auch, daß der Heimatbegriff der Ostkundler oft fatal „an den Blut-und-Boden-Mythos vergangener Zeiten“ erinnere, die Vertreibung „aus dem historischen Zusammenhang herausgelöst“ und die NS-Verbrechen verschwiegen werden würden. Zudem rede man der Jugend ein, sie habe wie schon die Ahnen „eine Mission in Osteuropa zu erfüllen“, weil angeblich die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nur die Fortsetzung des jahrtausendalten Konflikts zwischen dem „Abendland“ und „dem Osten“ bedeute⁷¹.

Das Faß zum Überlaufen hatte für den Journalisten Hermann Anfang des Jahres 1965 ein ostkundlicher Literatur-Wegweiser gebracht, den die Arbeitsgemeinschaft in 30 000

⁶⁷ Hierzu auch: Neue Kommentare, Nr. 11/1965, S. 9.

⁶⁸ BAK B 106/27334, Bd. 2.

⁶⁹ Die Zeit, 26. November 1965.

⁷⁰ Vermerk vom 22. Dezember 1965 über die Sitzung des Beirates der Bundesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht am 16. Dezember 1965, in: BAK B 106/27334, Bd. 1.

⁷¹ Manuskript der Sendung „Vokabular und Geist von Gestern“, Norddeutscher Rundfunk, Hauptabteilung Wort, 1. Programm, 4. Juni 1965, 21.10-21.30 Uhr. BAK B 106/27334, Bd. 1.

Exemplaren an die Schulen verschickte. Wichtige Bücher, die sich „um eine sachliche Darstellung der Situation in den osteuropäischen Staaten“ bemühten, würden vermißt, dagegen Publikationen empfohlen wie die von Herbert Cysarz („Das deutsche Nationalbewußtsein“)⁷², „in dem der Autor einen von faschistischen Perversionen gereinigten deutschen Nationalismus“ predige, oder von Reinhard Pozorny („Wir suchten die Freiheit“)⁷³, dessen Verteidigung des Massakers von Lidice „als notwendige Kriegsmaßnahme“ auch von der sudetendeutschen Seligergemeinde als „Sumpf nationalistischer Selbstgerechtigkeit und totalitärer Verlogenheit“ zurückgewiesen worden sei⁷⁴.

Mit ausdrücklichem Bezug auf den ersten *Zeit*-Artikel Hermanns richtete der FDP-Abgeordnete Oswald Adolph Kohut eine Anfrage an die Bundesregierung, ob diese es mit ihren Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten für vereinbar halte, im Verein mit den Länderministerien die Aktivitäten einer Arbeitsgemeinschaft zu unterstützen, deren Ziel es sei, „die deutsche Jugend für eine neue Ausfahrt im Auftrage Europas vorzubereiten“. (So war es in einem Artikel der Zeitschrift „Deutsche Ostkunde“ im September 1959 einmal formuliert worden). Vizekanzler Mende entgegnete aber in der Fragestunde des Bundestages am 12. Mai 1965 auch im Namen seines Ministerkollegen Lemmer, der zitierte Satz sei „aus dem Zusammenhang gerissen“ und stelle keineswegs eine Direktive für die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft dar. Der fragliche Artikel insgesamt sei „als Ausweitung des Europagedankens nach dem Osten“ zu verstehen und nenne ausdrücklich den Verzicht auf Rache und Vergeltung im Sinne der Vertriebenencharta vom 5. August 1950 als „die Grundvoraussetzung der ostkundlichen Bestrebungen“. Der kritisierte „Wegweiser durch das Schrifttum und die Lehrmittel zur ostkundlichen Unterrichtsgestaltung“ identifiziere sich zudem „keineswegs mit den darin aufgeführten Büchern“, sondern überlasse das Urteil ausdrücklich dem sachkundigen Lehrer⁷⁵.

Trotz bundesministerieller Protektion sowie unterstützender Initiativen in den Ländern⁷⁶ geriet die alte Ostkunde Mitte der 1960er Jahre noch weiter in die Defensive⁷⁷. Auch die BdV-Presse räumte ein: „Es ist manches faul an der heutigen Ostkunde“⁷⁸. Nach erneuter kritischer Erörterung des Themas innerhalb der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sah sich der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft, Hugo Novak, im Mai 1966 zu einer bemerkenswerten Stellungnahme veranlaßt, in der er zu einigen Autoren problematischer ostkundlicher Publikationen sichtlich auf Distanz ging. So sei Ernst Lehmann, zeitweilig Mitglied des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft sowie Leiter der Fachstelle Schrifttum, aus beiden Ämtern ausgeschieden⁷⁹. Das von diesem als Süd-deutschem gebrauchte „Vokabular“ sei für Norddeutsche tatsächlich „fremd, gelegentlich

⁷² Cysarz, Das deutsche Nationalbewußtsein.

⁷³ Pozorny, Wir suchten die Freiheit.

⁷⁴ Manuskript der Sendung „Vokabular und Geist von Gestern“, Norddeutscher Rundfunk, Hauptabteilung Wort, 1. Programm, 4. Juni 1965, 21.10–21.30 Uhr. BAK B106/27334, Bd. 1.

⁷⁵ Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, 181. Sitzung, 12. Mai 1965, S. 9085.

⁷⁶ Vgl. etwa den „Antrag Dehler und Fraktion“ betr. Intensivierung der Ostkunde (v. a. an den Pädagogischen Hochschulen, im Schulfernsehen und im Rundfunk): Bayerischer Landtag, 94. Sitzung, 16. Februar 1966, S. 3531. Zur Unterstützung der Bundesarbeitsgemeinschaft Ostkunde durch Bundes- und Länderministerien vgl. Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 363 ff.

⁷⁷ Vgl. auch eine kritische Panorama-Sendung vom Juni 1966. Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 218 f.

⁷⁸ DOD, Nr. 15/16, 1965, S. 12.

⁷⁹ Zum Sturz Lehmanns vgl. Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 248 ff.

mißverständlich“. Ein weiterer Autor „bedenklicher Aufsätze“ habe „temperamentbedingt“ in schriftlichen Verlautbarungen „bisweilen überschwengliche Redewendungen gebraucht“, doch er arbeite „an sich selbst“. Entscheidend „für den Wert einer Person“, so betonte Novak, sei jedenfalls „ihre jetzige Haltung“, nicht jene in der Vergangenheit.

Zudem konnte Novak auf die Mitarbeit einer Reihe renommierter Wissenschaftler wie Eugen Lemberg verweisen, den auch Kai Hermann ausdrücklich als Warner „vor schrillen chauvinistischen Tönen“ gewürdigt hatte⁸⁰. Lemberg wurde jetzt mehr denn je zum wichtigsten Kronzeugen für den anhaltenden Stellenwert der Ostkunde. Seine Verteidigungsargumente akzentuierte er Anfang 1967 noch einmal in der WDR-Rundfunksendung „Alte und Neue Heimat“: Die „Wiederhereinnahme der deutschen Rolle, Leistung und Tragik in Ostmitteleuropa in ein ausgewogenes deutsches Geschichtsbild und Selbstverständnis“ sei umso wichtiger, als „die systematische Verdrängung dieser Dinge ins Unterbewußtsein, die manche für Überwindung des Nationalismus halten, in Wirklichkeit höchst gefährliche Wirkungen im Sinne einer nationalistischen Kompensation haben kann“⁸¹.

Wie groß die Reichweite der Ostkunde im Lembergschen Sinne in den 1960er Jahren tatsächlich war und in welchem Umfang z. B. das 1968 nach langer Vorbereitung herausgebrachte „ostdeutsche Lesebuch“ zum Einsatz kam⁸², ist wie immer, wenn es um Fragen kollektiven Geschichtsbewußtseins geht, eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Auf der einen Seite stellte die Hamburger Schulbehörde, als sie 1965 die Verteilung der von der BAG herausgegebenen Vierteljahrsschrift „Deutsche Ostkunde“⁸³ stoppte, apodiktisch fest, solche Publikationen würden bekanntlich nur „auf sehr geringes Interesse in der Lehrerschaft“ stoßen⁸⁴. In Niedersachsen, wo Ostkunde vor allem auch in Form sogenannter Ostdeutscher Wochen an den Schulen zunächst „ernsthaft“ und „energisch“ betrieben worden war⁸⁵, erlahmte das Interesse tatsächlich schon seit Ende der 1950er Jahre zusehends „und machte einer Passivität, wenn nicht offenen Ablehnung Platz“⁸⁶. Um 1967/68 nahmen die negativen Berichte aus den Schulen massiv zu, weil die in Bewegung geratene Ostpolitik „vor allem die jüngeren Lehrer nachhaltig beeindruckt und zu noch mehr Distanz veranlaßt zu haben“ scheint⁸⁷. Andererseits ließ die Lage an vielen Schulen, wo ostkundliche Schülerwettbewerbe teilweise noch durch die Patenstädte oder durch die Länder durchgeführt wurden, auch den Schluß zu, „daß der Gedanke an die ostdeutsche

⁸⁰ Der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht, Dr. Novak, an die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Geisweid, 5. Mai 1966, in: BAK B 106/27334, Bd. 1. Vgl. dagegen die so nicht ganz nachvollziehbaren „Zweifel an der Integrität der Lembergschen Versöhnungsbereitschaft“ gegenüber den osteuropäischen Völkern bei Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 360. Der Persönlichkeit Lembergs besser gerecht wird Protzner, Kommunismus, S. 46.

⁸¹ DOD, Nr. 15/16, 1967, S. 7.

⁸² Zwischen Ostsee und Donau. Ein Sach- und Lesebuch für den Unterricht in der deutschen Ostkunde; zur Entstehung des Lesebuches seit 1963 vgl. umfassend: BAK B 106/27334, Bd. 1.

⁸³ Untertitel: West-Ostdeutsche Blätter für Erziehung und Unterricht.

⁸⁴ Manuskript der Sendung „Vokabular und Geist von Gestern“, Norddeutscher Rundfunk, Hauptabteilung Wort, 1. Programm, 4. Juni 1965, 21.10–21.30 Uhr. BAK B106/27334, Bd. 1.

⁸⁵ Über die Lage in diesem Bundesland sind wir dank der von Meinhardt, Deutsche Ostkunde, vorgenommenen Auswertung u. a. von Berichten der Ostkunde-Fachberater an das Landesverwaltungsamt gut informiert.

⁸⁶ Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 343.

⁸⁷ Ebd., S. 347.

Heimat und das Bewußtsein und das Ausmaß des ostdeutschen Kulturbeitrages bei den Schülern unserer westdeutschen Schulen durchaus lebendig sind⁸⁸. Allein in Nordrhein-Westfalen beteiligten sich 1968 rund 64 000 Jugendliche an einem „Mittel- und ostdeutschen Schülerwettbewerb“⁸⁹. An den Tagungen und Seminaren der Arbeitsgemeinschaft sowie weiterer Institutionen wie der Ostakademien Königstein und Lüneburg, des Studentenbildungswerkes und des Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes nahmen nicht nur Hörer mit biographischem Bezug zum deutschen Osten teil, sondern „zuweilen mehr als die Hälfte [...] Einheimische“⁹⁰.

Trotz aller Einzelerfolge war „insgesamt gesehen“, was das „Hineintragen ostdeutschen Kulturgutes in das Bewußtsein der ‚einheimischen‘ westdeutschen Bevölkerung“ anbetraf, Ende der 1960er Jahre eine kritische Bilanz zu ziehen. „Nur sehr wenige junge Menschen“, so hieß es in einem internen Bericht der Vertriebenenabteilung des Innenministeriums, würden von diesen Seminaren erfaßt, „obwohl die Platzzahl voll ausgelastet wird“. Um das qua § 96 BVFG gesteckte Ziel zu erreichen, bedürfe es „einer starken Vermehrung [...] der Ostkundeseminare für Primaner, Studenten, Referendare“ sowie vermehrter Förderung einschlägigen wissenschaftlichen Schrifttums⁹¹. Der durchwachsene Befund war nicht zuletzt damit zu erklären, daß sämtliche Versuche, die BAG „aus dem Ghetto eines reinen Vertriebenenverbandes herauszuführen“, fehlgeschlagen waren – in Niedersachsen kaum anders als in Bayern⁹² –, weil sich die großen bundesdeutschen Lehrerorganisationen nicht als Mitgliedsverbände gewinnen ließen⁹³. Und selbst der BdV, der in den 1950er Jahren aufs engste mit der Bundesarbeitsgemeinschaft kooperiert hatte, hielt seit Mitte der 1960er Jahre zusehends auf Distanz und betrachtete die BAG nicht länger als „die alleinige Interessenvertretung der Vertriebenenorganisationen im Bereich der Schule“⁹⁴.

Plastischer als auf dem Feld der umstrittenen ostkundlichen Bildung hatte sich die kulturelle Präsenz des deutschen Ostens in Architekturen der Erinnerung niedergeschlagen, die während der 1960er Jahre in den Ländern der Bundesrepublik entstanden. Es war die Gründerzeit der Häuser des Deutschen Ostens bzw. der Häuser der Heimat, die oft auf ein Patenschaftsverhältnis westdeutscher Länder über Regionen des deutschen Ostens bzw. deren Landsmannschaften zurückgingen. So wurde in Düsseldorf im Juni 1963 in Anwesenheit des Ministerpräsidenten ein großes sechsstöckiges Haus des Deutschen Ostens mit Bibliothek etc. eröffnet, zu dessen Aufgaben der Kuratoriumsvorsitzende ausführte: „Möge die Rückgewinnung der Ostgebiete im Augenblick auch weit entfernt scheinen, so können sich die Verhältnisse doch schnell ändern“⁹⁵. Der Bayerische Landtag faßte ein Jahr darauf einen ähnlichen Beschluß, um der Fürsorgepflicht für seine Mitbürger aus

⁸⁸ DOD, Nr. 29, 1965, S. 9 f.

⁸⁹ Leonhart, *Das unsichtbare Fluchtgepäck*, S. 142 f.

⁹⁰ Ebd., S. 144.

⁹¹ Vermerk Dr. Fundis (Vt II 5a-2407), Bonn, den 10. Dezember 1969, Herrn Unterabteilungsleiter II, in: BAK B 106/22492.

⁹² So konstatiert Wolfgang Protzner in einer Studie (*Umstrittene Ostkunde*, S. 3), die pointiert Ergebnisse seiner früheren Untersuchung zur bayerischen „Landesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht“ (Protzner, *Kommunismus*) zusammenfaßt, in Bayern sei die Ostkunde „aus dem Ghetto der Vertriebenen- und Flüchtlingsproblematik [...] personell und themenmäßig nie herausgekommen“.

⁹³ Meinhardt, *Deutsche Ostkunde*, S. 369

⁹⁴ Ebd., S. 92. Auf Landesebene arbeiteten BAG und BdV aber weiterhin gut zusammen.

⁹⁵ So der Landtagsabgeordnete Deppermann zumindest laut *Neues Deutschland*, 26. Juni 1963. Vgl. auch *Die Welt*, 20. Juni 1963, sowie *Rheinische Post*, 24. Juni 1963.

den Vertreibungsgebieten gerecht zu werden und ein „sichtbares Zeichen der gesamtdeutschen Verpflichtung des Freistaates Bayern“ zu setzen⁹⁶. Konnte die Stätte der Kulturpflege und Begegnung in München dann 1970 eingeweiht werden⁹⁷, dauerte es in Baden-Württemberg noch bis 1976, ehe in Stuttgart ein Haus der Heimat eröffnet wurde, das die Fraktionen von CDU und GDP im Herbst 1963 gemeinsam gefordert hatten⁹⁸. Bis 1970 waren aber über die genannten Einrichtungen hinaus weitere Häuser von Berlin über Hannover und Wiesbaden⁹⁹ bis nach Aachen und Düren entstanden¹⁰⁰.

Neue Wege patenschaftlicher Arbeit bahnten sich vermehrt seit Ende der 1960er Jahre an, nachdem der Landtag in Kiel im Dezember 1966 ein „Gesetz über die Errichtung der ‚Stiftung Pommern‘“ beschlossen hatte¹⁰¹. Hintergrund war das Bemühen der Pommerischen Landsmannschaft, die aus Pommern geretteten Vermögens- und Kulturwerte (z. B. Archiv- und Bibliotheksbestände), die im Bundesgebiet von Treuhändern oder staatlichen Stellen verwaltet wurden, in Schleswig-Holstein zusammenzufassen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Landsmannschaft als Person des privaten Rechts konnte sich dieser Aufgabe nicht annehmen, so daß sich die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft als notwendig erwies. Aufgrund des vom Kieler Landtag verabschiedeten Gesetzes wurde der Stiftung Pommern beispielsweise 1969 die aus 200 Bildern und 950 Blatt Druckgraphik bestehende, wertvolle Gemäldesammlung des Stettiner Museums (mit Werken van Goghs, Liebermanns und Tiepolos sowie vor allem der bedeutenden Pommer Caspar David Friedrich und Philipp Otto Runge) zugesprochen, die in den Wirren des Kriegsendes auf die Veste Coburg verbracht worden war¹⁰². Wie erfolgreich die „Stiftung Pommern“ wirkte, dokumentierten schon bald ähnliche Stiftungsprojekte in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen¹⁰³.

3. Patenschaften über ostdeutsche Kreise und Gemeinden

Dem erinnerungskulturellen Engagement der Länder korrespondierten die Aktivitäten in den westdeutschen Kommunen auf der Grundlage der Richtlinien und Empfehlungen des Städtetages und des Landkreistages von 1953. Dort hieß es, „Zweck und Ziel der Pflege

⁹⁶ Simon, Das Haus des Deutschen Ostens – ein Kulturzentrum Bayerns.

⁹⁷ Vgl. die Verordnung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge vom 2. April 1970 „über die Errichtung eines Hauses des deutschen Ostens“ in München. BAK B 106/27217, Bl. 268–272.

⁹⁸ Ein kleineres Haus der Heimat, hervorgegangen aus einer Heimatstube des sogenannten „Nordböhmisches Niederlandes“, war allerdings bereits 1961 in Böblingen in Anwesenheit von Ministerpräsident Kiesinger und BdV-Chef Krüger eröffnet worden. DOD, Nr. 50, 1961, S. 7, und Nr. 44/45, 1963, S. 9.

⁹⁹ Die Gründungsgeschichte des Hauses der Heimat in Wiesbaden verlief recht unglücklich. Sein Bau benötigte – nach dem Tod des Architekten – sieben Jahre; eben schlüsselfertig stand das Haus wegen seines mangelhaften Konzeptes zeitweilig schon vor dem finanziellen Ruin. Frankfurter Rundschau, 19. August 1963, sowie Frankfurter Neue Presse, 30. Juli 1963.

¹⁰⁰ Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 215.

¹⁰¹ Sonderdruck aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein, Nr. 18, vom 23. Dezember 1966.

¹⁰² Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 219 f.

¹⁰³ BAK B 106/27217: II – 3089 zu 58/69, Bonn, den 12. März 1969, Herrn Staatssekretär erg. vorgelegt. Betr.: a) Sinn, Zweck und Erfolg der ostdeutschen Patenschaften. Vgl. auch BAK B 106/27217, Bl. 204: CDU in Niedersachsen fordert „Schlesien-Stiftung“.

ostdeutscher Kulturwerte“, bestehe darin, „die Bedeutung des deutschen Ostens für das ganze Deutschland und für das Abendland in geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung darzustellen und somit das geistige und künstlerische Erbe des deutschen Ostens zu erhalten sowie den Heimatvertriebenen Halt zu geben, ihr Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen und Heimatvertriebene und Einheimische im Verständnis für ihre beiderseitigen Kulturwerte in der Gemeinsamkeit deutschen Schicksals zusammenwachsen zu lassen“¹⁰⁴. Vom Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Empfehlungen 1953 bis ins Jahr 1961 stieg die Zahl der Patenschaften über ostdeutsche Kreise und Gemeinden bundesweit von 54 auf ca. 300, davon rund 80 allein in Nordrhein-Westfalen¹⁰⁵; und zwar trotz einer „offensichtliche(n) Planlosigkeit in der Übernahme von Patenschaften durch Länder, Städte und Kreise“¹⁰⁶. In den meisten Fällen wählte die westdeutsche Patenstadt naheliegenderweise jenen ostdeutschen Ort zum Partner, aus dem sie die meisten Mitbürger aufgenommen hatte. Manchmal spielten aber auch historische Bindungen aus früheren Zeiten eine Rolle, wie bei der späten Patenschaft der badischen Stadt Rastatt für das egerländische Schlackenwerth¹⁰⁷.

Auch wenn sich die Verpflichtung der Patenstadt „in vielen Fällen in einem freiwilligen Zuschuß“ an die Geschäftsführung der Orts- oder Kreisgemeinschaft (Patenkind) und der Gewährung der Möglichkeit zu einem alljährlichen Treffen innerhalb der Mauern der Patenstadt „erschöpfte“ – im September 1962 trafen sich z. B. 10 000 ehemalige Allensteiner in ihrer Patenstadt Gelsenkirchen –, geschah oft auch mehr. Nicht nur, daß im genannten Fall sogar der ruhmreiche Fußballclub Schalke 04 die Patenschaft über den Allensteiner Sportverein übernahm und die Alten Herren Freundschaftsspiele gegeneinander austrugen. Vor allem die Einrichtung von „Heimattuben“ bei den Patenschaftsträgern als Orte institutionalisierter Erinnerung – allein in NRW waren es 20 – war bemerkenswert¹⁰⁸. Mit einschlägigem Bildmaterial und Literatur sowie Erinnerungsstücken an die alte Heimat – Trachten oder anderen Einzelexponaten – ausgestattet, wurden sie mancherorts zu einem Kristallisationspunkt der Heimatpflege¹⁰⁹, wobei es aber beträchtliche Unterschiede gab etwa zwischen der „Treu dankstube“ der Kreisgemeinschaft Stadt Allenstein in einem vom Gelsenkirchener Paten zur Verfügung gestellten tristen, verfallenen Gebäude und der Unterbringung in „architektonisch herrlichen, modernen Räumlichkeiten“ wie der neuen Stadtbibliothek in Mönchengladbach¹¹⁰.

¹⁰⁴ BAK B 137/1273.

¹⁰⁵ Vgl. eine entsprechende Liste des BdV vom Februar 1961 in: BAK B 137/1273.

¹⁰⁶ So der nordrhein-westfälische Vertriebenenminister Grundmann auf einer Tagung in Schloß Auel am 28. März 1963. BAK B 137/1273: 1 7 – 37012 – 12244/63, Bonn, den 30. März 1963. Betr. Ost- und mitteldeutsche Patenschaften.

¹⁰⁷ Obwohl kein einziger Schlackenwerther in Rastatt lebte, besannen sich dessen Stadtväter auf die Verbindung, die zwischen der Residenz der Markgrafen von Baden und dem Städtchen im Egerland 1690 dadurch entstanden war, daß Markgraf Ludwig Wilhelm („Türkenlouis“) die Schlackenwerther Prinzessin Franziska Sibylla Augusta von Sachsen-Lauenburg gehehlicht hatte. Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 206 f.

¹⁰⁸ 10 Jahre Patenschaft Gelsenkirchen-Allenstein. 20.-22. September 1963. Hg. von der Stadt Gelsenkirchen in Verbindung mit der Stadt Allenstein, Stadtkreis-Gemeinschaft (Broschüre im Bestand BA B 106/2851); DOD, Nr. 21, 1962, S. 8 f., Nr. 40, 1960, 7 f. (Zitat), Nr. 39, 1963, S. 8, Nr. 29, 1965, S. 7. Vgl. auch: Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 205 ff., sowie: Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen – Geschichte, Berichte und kulturelle Aufgaben.

¹⁰⁹ Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 212 ff.

¹¹⁰ So der Befund in der ARD-Sendung „Die Sonde“ am 5. Juni 1965. DOD, Nr. 29, 1965, S. 7.

Bis Ende der 1960er Jahre wuchs die Zahl der Patenschaften nur noch geringfügig (von den 300 anno 1961 bestehenden) auf rund 350 an. Die genaue Ziffer, so hieß es in einer aufschlußreichen Bilanz des Vertriebenenministeriums im März 1969, „kann nicht ermittelt werden. Es gibt keine zentrale Meldestelle. Die Gründung neuer und das Wiedereinschlafen vorhandener Patenschaften bleiben unbekannt, soweit es sich nicht um Patenschaften besonderer Größenordnung handelt“. Auch Patenschaftskündigungen, -wechsel und -überschneidungen seien „gelegentlich“ zu beobachten. Häufig kam es nach Anfangserfolgen zu einer „schnelle(n) Ermüdung in den folgenden Jahren“, sei es aufgrund des Ausscheidens der Initiatoren, sei es „durch politische Kräfteverschiebungen“ oder Verminderung der zur Verfügung stehenden Mittel. Zu der Reihe beispielhafter Patenschaften, die „gute konkrete Ergebnisse“ in Form gelungener Heimattreffen oder gemeinsamer Publikationen erzielt hätten, gehörten auf Landesebene die Verbindung zwischen Schleswig-Holstein und Pommern, zwischen Nordrhein-Westfalen und Oberschlesien bzw. Siebenbürgen, zwischen Bayern und den Sudetendeutschen, Baden-Württemberg und den Donauschwaben, im kommunalen Bereich die Partnerschaften Breslau-Köln, Danzig-Düsseldorf, Marienwerder-Celle, Görlitz-Bergisch-Gladbach sowie die spezielle Patenschaft der hessischen Stadt Wetzlar für das ostdeutsche Lied. Die einheimische Bevölkerung, so lautete jedoch der entscheidende Satz der Bilanz, stehe der Patenschaftsidee „in ihrer Masse [...] indifferent gegenüber“, ja lehne sie sogar ab, „wenn sie pathetischen Charakter erhält“¹¹¹. Natürlich gab dieses Urteil, dem keine empirische Studie zugrunde lag, nur einen persönlichen Eindruck wieder, aber doch den Eindruck eines ministerialen Experten. In den erinnerungskulturellen Gesamtzusammenhang gestellt, scheint der Befund zumindest plausibler als die – der taktischen Vergrößerung des Feindbildes dienende – Würdigung des Phänomens durch die Ostberliner Brille des Vertriebenenfeindes Herde. Dieser hielt vor allem die im Rahmen der Patenschaften stattfindenden Heimattreffen für „wirkungsvoller“ als sämtliche BdV-Großveranstaltungen zusammen: „Immer mehr verzahnen sich besonders auf den Treffen der Heimatgliederungen die Beziehungen der patenschaftstragenden Städte und Kreise und bestimmter Gruppen ihrer Bevölkerung mit den landsmannschaftlichen Kräften der Heimatgliederungen. [...] Alle diese Beziehungen werden beherrscht von dem Ziel der Wiedergewinnung der durch den Krieg verlorenen Ostgebiete“¹¹².

Die Wahrheit in bezug auf die gesellschaftliche Reichweite der Patenschaften lag irgendwo in der Mitte zwischen dem „positiven“ Urteil eines Kommunisten und dem Negativbefund eines vertriebenenfreundlichen Ministerialbeamten – vermutlich näher bei letzterem. Auch das Gesamturteil über einen „Spätsommer der Erinnerungskultur“ in den 1960er Jahren muß ambivalent ausfallen. Wie so häufig bei meteorologischen Wahrnehmungen hängt auch hier vieles vom klimatischen Vergleichsmaßstab ab, davon, wie gut oder schlecht das Jahr insgesamt ausfiel. Angesichts der strengen Herbstfröste, von denen im folgenden die Rede sein wird, mag sich der Blick auf die paar schönen Tage des Altweibersommers vorher bei manchen verklärt haben. Wirklich gut aber war dieser Sommer nicht, zumindest wenn die eingangs erwähnte Meßplatte Willy Brandts an ihn angelegt wird. Jedenfalls war es nur sehr bedingt gelungen, die kulturelle und geistige Substanz des deutschen Ostens nicht nur den Vertriebenen und Flüchtlingen des Jahres 1945, ihren Kindern

¹¹¹ BAK B 106/27217: II – 3089 zu 58/69, Bonn, den 12. März 1969, Herrn Staatssekretär erg. vorgelegt. Betr.: a) Sinn, Zweck und Erfolg der ostdeutschen Patenschaften.

¹¹² Neue Kommentare, Nr. 22/1964, S. 5.

und Enkelkindern, sondern auch „unserem Volk in seiner Gesamtheit“ zu erhalten. Selbst Vertriebenenminister von Hassel sprach diplomatisch von der „Gefahr landsmannschaftlicher Ghettobildung“, um den widerspenstigen Präsidenten des Bundesrechnungshofes von der Notwendigkeit eines „Zentralen Kulturinstitutes [...] für alle 14 Millionen Vertriebenen“ zu überzeugen¹¹³. Die Eingliederung der Vertriebenen „als abgeschlossen anzusehen“, so hieß es in einer Denkschrift des Ministeriums vom September 1968, wäre trotz aller sozial- und wirtschaftspolitischen Erfolge angesichts der Defizite im kulturellen Bereich „verfehlt“¹¹⁴.

¹¹³ Von Hassel an den Präsidenten des Bundesrechnungshofes, 18. April 1967, in: BAK B 106/27314.

¹¹⁴ Denkschrift betr.: Lage und Aufgaben auf dem Gebiet der Kulturpflege, II – 1 – 3019 –, Bonn, den 10. September 1968. BAK B 106/22492, Bl. 47.

VII. Durchbruch zur „neuen Ostpolitik“ 1966–1972

Der Fortbestand der in den 1950er Jahren ausgebildeten erinnerungskulturellen Traditionen erklärt sich auch daraus, daß eine neue Ostpolitik von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD in den Jahren 1966 bis 1969 zwar in manchem atmosphärisch vorbereitet, aber nicht mehr vertraglich umgesetzt werden konnte oder mußte¹. Im Zeitalter internationaler Entspannung zwischen den Atommächten bedeutete die Herstellung eines weniger konflikthaften Modus vivendi mit den real existierenden Ostblock-Staaten für die Bundesrepublik eine prinzipiell unumgängliche Herausforderung, obgleich diese neue Ostpolitik schon aufgrund der ideologischen Unterschiede zwischen Demokratie und sozialistischer bzw. kommunistischer Diktatur unendlich viel mehr Schwierigkeiten aufwerfen mußte als die während der 1950er Jahre zu so tragfähigen Ergebnissen gekommene Bündnispolitik mit den Staaten des freien Westens. Auch wenn oder gerade weil die problematische Entspannung mit den menschenrechtsfeindlichen kommunistischen Regimen doch gleichzeitig zur wünschenswerten Versöhnung mit den Völkern im Osten beitrug, konnte es sich bei dieser Politik also schon a priori nicht um ein einfaches Pendant zur gelungenen Westintegration handeln. Von daher erklärt sich auch die vorsichtige Politik der Unionsparteien einschließlich Bundeskanzler Kiesingers, die „im Vergleich zu Brandt in längerfristigen Zeitkategorien“ dachten und auf eine Veränderung der sowjetischen Interessenlage à la longue hofften, während der SPD-Vorsitzende „schnellere Erfolge“ anstrebte, die nicht ohne weitreichende Konzessionen zu erzielen waren².

Im Blick vor allem auf möglichst schon kurzfristig greifende menschliche Erleichterungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gingen SPD und FDP ab 1969 gemeinsam daran, die Deutschland- und Ostpolitik durch die Verträge von Moskau, Warschau und Prag und den Grundlagenvertrag mit der DDR grundlegend neu zu ordnen. Die Frage war nur, ob sich ein so tief in das Selbstverständnis und die Staatsräson der Bundesrepublik hineinragender Politikbereich auf der schmalen Basis einer kleinen Koalition – die zusammen nicht über 48,5% der Wählerstimmen hinausgekommen war – in einer parteienstaatlich organisierten Demokratie fundamental umgestalten ließ, ohne die Gesellschaft zu spalten? Ähnliche Zweifel äußerte Klaus Harpprecht, damals Leiter des S. Fischer Verlages in Frankfurt a. M., später in der „Schreibstube“ von Willy Brandt tätig, bereits im Jahr 1967: „Es müßte“, so sagte Harpprecht damals im Hessischen Rundfunk, ein Koalitionsabkommen zwischen CDU und SPD geben, die Oder-Neiße-Linie nicht zum Wahlkampfthema zu machen³. Realistisch war diese Hoffnung vielleicht insofern, als vor allem interne Dokumente der Großen Koalition ein höheres Maß an ostpolitischem Konsens

¹ Vgl. zu dieser Phase mit Blick auf die SPD jetzt v. a. Schönhoven, *Wendejahre*; mit Bezug auf Unionsparteien und Deutschlandpolitik: Taschler, *Vor neuen Herausforderungen*, sowie in vertriebenenpolitischer Perspektive: Birk, *Die Rolle des Bundes des Vertriebenen in der Großen Koalition*.

² Taschler, *Vor neuen Herausforderungen*, S. 254.

³ DOD, Nr. 44/45, 1967, S. 15.

zwischen ihren Partnern belegen als heute gemeinhin angenommen wird⁴, auch wenn die Sozialdemokraten deutlich mehr aufs Tempo drückten.

Ihr Bemühen, angesichts der Mühsal Erhardscher Ostpolitik neue Wege zu beschreiten und den kommunistischen Regierungen dafür auch in der Grenzfrage Konzessionen zu machen, war spätestens seit dem Dortmunder SPD-Parteitag im Juni 1966 nicht mehr zu übersehen. Schon die Rede Willy Brandts mit der Formel, es sei zu prüfen, wo deutsche Rechtspositionen „unecht geworden sind“⁵, und die Forderung Helmut Schmidts, das Münchner Abkommen als von Anfang an nichtig zu behandeln⁶, ließen auf eine „entscheidende Veränderung des Standpunktes der SPD“⁷ in ostpolitischen Fragen schließen. Die Vertriebenenverbände waren alarmiert⁸. Mit dem bald folgenden Eintritt der SPD in die Große Koalition Ende 1966 gewann dieser neue Kurs für die Sozialdemokraten auch strategische Bedeutung im Rahmen der schwierigen Profilierung als kleinerer Partner im schwarz-roten Kabinett Kiesinger, zumal der präsumptive Kanzlerkandidat Brandt das Amt des Außenministers innehatte. Der Nürnberger Parteitag der SPD 1968 machte sich auf dem Beschlußweg eine Formulierung Brandts über die „Anerkennung“ der Oder-Neißelinie bis zu einer friedensvertraglichen Regelung zu eigen, wobei Brandt – und vor allem auch Herbert Wehner – immer noch heftig ruderten, um den aufgeschreckten Vertriebenenarbeitskreis der SPD mit im Boot zu behalten⁹. Von Wehner, der als Gesamtdeutscher Minister damals z. B. das Egerlandhaus in Marktredwitz mit einer Dotation bedachte, damit es ein „Schatz deutschen Kulturgutes werde, das auch in das Leben der Nachgeborenen hineinleuchte“¹⁰, hatte lange selbst ein Walter Becher den Eindruck, daß er „sich nicht nur zum Schein mit Mädchen in unserer Tracht konterfeien ließ“¹¹. Noch auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag Mitte April 1969 in Bad Godesberg setzte sich Wehner mit Änderungsanträgen gegen die radikalsten „Anerkennungsbefürworter“ durch und plädierte mit Verve dafür, „den Vertriebenen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“; auch deshalb, „weil wir [...] als Sozialdemokraten Menschenrechte für unveräußerlich halten“¹².

Der Knoten zwischen SPD und Vertriebenenverbänden hatte sich indes trotz äußerlichen Einverständnisses seit vielen Jahren in der Tiefe geschürzt. Man brauchte zu dieser Erkenntnis nur die Aktivitäten der Jusos und „progressiver“ SPD-Bezirksverbände wie Schleswig-Holstein oder Hessen-Süd einigermmaßen aufmerksam zu verfolgen¹³ und ab und

⁴ Das zeigte nicht nur eine außenpolitische Klausurtagung auf Burg Heimersheim im Mai 1968, sondern auch eine „noch wichtigere Tatsache“, die aber „aus der kollektiven Erinnerung verdrängt worden“ ist: „Die Große Koalition (nicht erst die sozialliberale Koalition) traf die Entscheidung für Verhandlungen mit der Sowjetunion – verbunden mit ausgearbeiteten Entwürfen, die der sowjetischen Regierung als Verhandlungsgrundlage am 3. Juli 1969 überreicht wurden“. Link, *Detente*, S. 111. Vgl. auch Link, *Die Entstehung des Moskauer Vertrages*.

⁵ Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 124.

⁶ Lehmann, *Öffnung nach Osten*, S. 20 ff.

⁷ DOD, Nr. 25, 1966, S. 7.

⁸ Stickler, *Ostdeutsch*, S. 252.

⁹ *Dokumente zur Deutschlandpolitik V*, Bd. 2, S. 460 ff.

¹⁰ Vgl. die dpa-Meldung vom 3. August 1969, in: *AdsD DW 2-1f* (1969).

¹¹ Becher, *Zeitzeuge*, S. 311.

¹² DOD, Nr. 15/16, 1969, S. 3, S. 10 (Zitat); zum Godesberger Parteitag vgl. auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. April 1969; *Der Spiegel*, Nr. 17, 1969, S. 28 f., sowie jetzt v. a. Stickler, *Ostdeutsch*, S. 150.

¹³ Über das an anderer Stelle Gesagte hinaus sei nur noch erwähnt, wie entschieden und „mit Bestürzung“ sich die SPD-Bezirke Hessen-Süd und Hessen-Nord von ihrem Genossen Jaksch distanzieren, nachdem dieser im Herbst 1964 den Intendanten des Hessischen Rundfunks wegen Stehles Fernsehsendung

an im *Vorwärts* zu blättern. Als ein Vorstandsmitglied der Landsmannschaft Ostpreußen in der derben Sprache der Königsberger Kürassiere nach einer USA-Reise 1961 die amerikanische Position zur deutschen Frage mit den Worten kommentierte: „Ich bin nicht der Meinung, daß wir Veranlassung haben, wie wir als Soldaten sagen, die Reithosen an den Kronleuchter zu hängen“, kam diese Aussage dem *Vorwärts* bereits wie militantes „ostdeutsches Junkerdeutsch“¹⁴ vor; jedenfalls wurde auch mit Hilfe eines Karikaturisten dieser Eindruck beim Leser erweckt. Aufschlußreich war auch der Tenor einer Seite mit Buch-Rezensionen zum deutsch-polnischen Verhältnis, die der *Vorwärts* in diesen Wochen im Herbst 1961 veröffentlichte. Zu der These eines polnischen Büchleins mit dem Titel „Kehrt Deutschland in den Osten zurück?“ bemerkte der exilpolnische Rezensent: Nur der Verzicht auf den deutschen „Drang nach dem Osten“ würde den russischen Bären dazu veranlassen, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu gewähren, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Auf der selben Seite des *Vorwärts* leitete ein „Kritiker“ aus der Lektüre einer Studie des Fritz-Fischer-Schülers Imanuel Geiss über den „Polnischen Grenzstreifen 1914–1918“ die „erschreckende Erkenntnis“ ab, „wie früh, wie tief, wie unüberwunden der politische Sündenfall deutscher Ostpolitik war u n d i s t“¹⁵.

Dieser Tenor läßt sich im *Vorwärts* während der ganzen 1960er Jahre nachweisen, sei es bei der bereits ausgesprochen kontroversen Diskussion um Neven-du Monts NDR-Film „Polen in Breslau“¹⁶ (1963), sei es bei der Rezension eines Buches von Stehle (1964)¹⁷ oder der Würdigung des Kino-Films „Jenseits von Oder und Neiße“ (1965), der „nur für jene“ provozierend gewesen sein könne, „die die Realität nicht anerkennen wollen“¹⁸. Eine Besprechung des 1968 erschienenen Buches von Immanuel Birnbaum „Entzweite Nachbarn. Deutsche Politik in Osteuropa“ würzte Walter Osten mit kräftiger Kritik an der „romantische[n] Propaganda mancher Funktionäre der Vertriebenenverbände über das ‚Recht auf die Heimat‘“¹⁹. Vor allem aber fällt bei einer Durchsicht des *Vorwärts* in diesem Zeitraum auf, auf, welch breiten Raum immer wieder Berichte über die „barbarischen Kapitel der absoluten Entartung Hitlers und seiner Mordschergen“ in Polen einnahmen.²⁰

„Deutschlands Osten – Polens Westen?“ frontal angegriffen hatte. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966. Zweiter Halbband, S. 527. Bei dieser und anderer Gelegenheit war Jaksch auch schon mit Fraktionsvorsitzendem Fritz Erler zusammengestoßen, von dessen „Verzichtspolitik“ er sich etwa bei einer Mitarbeitertagung des BdV im Januar 1965 distanzierte. Ebd., S. 565.

¹⁴ So die Kritik des DOD, Nr. 45/46, 1961, S. 9, an dem Artikel von Ulrich Blank im *Vorwärts*, 18. Oktober 1961 („Partisanenkrieg oder Ostwende. Reithose am Kronleuchter. 12. Barsinghausener Gespräche im Schlagschatten des 13. August“).

¹⁵ *Vorwärts*, 11. Oktober 1961 („Deutsch auch dereinst die Kanzel. Zu den Germanisierungsplänen im „polnischen Grenzstreifen“). Zur Polenpolitik der SPD in den frühen 1960er Jahren vgl. auch Elsing, Sozialdemokratie und Polen, S. 364–449. Geiss schrieb auch selbst für den *Vorwärts*. Vgl. etwa seinen Artikel „Alptraum vom tausendjährigen Reich“ im *Vorwärts*, 7. Februar 1962.

¹⁶ In der Filmkritik hieß es zunächst, daß die „geschilderten Zustände – mögen sie uns behagen oder nicht – die Folge der verhängnisvollen Nazipolitik sind“. *Vorwärts*, 15. Mai 1963. Einem Leserbrief Hupkas, der den Film als „kommunistische Propaganda“ bezeichnet hatte, wurde von einem ebenfalls heimatvertriebenen *Vorwärts*-Leser entgegengehalten, die Deutschen hätten doch die Stadt „auf dem Gewissen“. *Vorwärts*, 5. Juni 1963 („Auf den Leim gegangen“) und 19. Juni 1963 („Wenn sie das Fell juckt“).

¹⁷ *Vorwärts*, 19. Februar 1964 („Vom Objekt zum Nachbarn geworden“).

¹⁸ *Vorwärts*, 24. März 1965 („Begegnung mit der Gegenwart“).

¹⁹ *Vorwärts*, 16. Januar 1969 („Die Ostpolitik“).

²⁰ *Vorwärts*, 17. Februar 1965, S. 2 („Wir und der Osten“). Vgl. auch den Reisebericht von Klaus-Peter Schulz („Besuch beim schwierigsten Nachbarn Deutschlands“) im *Vorwärts*, 1. April 1968.

Mit dem Bewußtsein, wie wenig „schmeichelhaft“ sich das Bild der deutschen Polenpolitik während „der letzten beiden Jahrhunderte“ darstellte²¹, wuchs offensichtlich auch die Bereitschaft zu einem neuen Kurs in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Die Ambivalenz der sozialdemokratischen Vertriebenenpolitik hat Matthias Stickler als „doppeltes Spiel“²² vor allem Willy Brandts gedeutet, für den Jaksch und Rehs lediglich Schachfiguren gewesen seien: „Sie sollten durch Mobilisierung der Vertriebenenklientel für die SPD dieser zur Regierungsbeteiligung verhelfen, während Egon Bahr im Hintergrund bereits die neue Ostpolitik vorbereitete“²³. Allerdings wurde diese Strategie in zwölfter Stunde durch die Schlacht um die Nominierung des langjährigen SPD-Abgeordneten und BdV-Präsidenten Rehs auf der schleswig-holsteinischen Landesliste für die Bundestagswahlen 1969 weitgehend durchkreuzt. Der zur Explosion führende Funke war schon im Herbst 1968 geflogen, als auf dem vom BdV veranstalteten „Tag der Deutschen“²⁴ in Berlin auch NPD-Mitglieder als Delegierte in Erscheinung traten²⁵. Die Nationaldemokraten waren indes nicht vom BdV-Vorstand eingeladen worden, traditionell übernahmen vielmehr die Präsidenten bzw. Ältestenräte der – von den Landsmannschaften gewählten – sogenannten ostdeutschen Länderparlamente die Aufgabe der Einladung²⁶. Ohne der Sache auf den Grund zu gehen und den nach wie vor in Kiel lebenden, seit 20 Jahren als Abgeordneter für die SPD fungierenden BdV-Vorsitzenden Rehs zu befragen, schrieb SPD-Landesvorsitzender Joachim Steffen im Namen seines Vorstandes einen scharfen Brief an den BdV und veröffentlichte diesen, noch bevor er dort überhaupt ankam. Die besorgte Kernfrage des Schreibens ging dahin, „ob das Präsidium des BdV auch künftig gemeinsame Veranstaltungen mit den rechtsradikalen Kräften in der Bundesrepublik durchführen“ wolle; von einer Klärung dieser Frage müsse man das künftige Verhältnis abhängig machen²⁷.

Mit dem darauf folgenden Votum der SPD in Schleswig-Holstein, den BdV-Chef Rehs nicht mehr für ein Bundestagsmandat zu nominieren, war der *point of no return* im Verhältnis zwischen dem BdV und der kommenden Regierungspartei SPD erreicht. Wenn für den BdV-Präsidenten, so schrieb Rehs am 10. Mai 1969 an den SPD-Vorsitzenden Brandt, „in der Partei, der er für zwanzig Jahre angehört hat, kein Platz mehr für parlamentarische Mitwirkung ist, muß dies, ohne Ansehung seiner Person, als eine Bewertung der sachlichen und politischen Aufgabe und Leistung des Verbandes [...] angesehen werden“. Nachdem

²¹ Vorwärts, 1. Mai 1969 („Verbesserung der Atmosphäre“).

²² Stickler, Ostdeutsch, S. 250.

²³ Ebd., S. 432.

²⁴ Unter dieser Bezeichnung wurde der „Tag der Heimat“ alle drei Jahre durchgeführt, wobei ein besonderes Merkmal die Einberufung eines „gesamtdutschen Vorparlaments“ war, an dem Vertreter der Länderparlamente und -regierungen teilnahmen. Vgl. den Bewilligungsvermerk des BMG vom 6. August 1968 für die Veranstaltung des Berliner Landesverbandes des BdV, in: BAK B 137/7414.

²⁵ Vgl. hierzu *Frankfurter Rundschau*, 30. August 1968, sowie die Pressemitteilung des Bundesvertriebenenministeriums über die dort gehaltene Rede von Hassels und die umfangreiche Dokumentation der Deutschen Stiftung für europäische Friedensfragen, Nr. 15/16, in: BAK B 137/7414.

²⁶ Laut *Stuttgarter Zeitung*, 31. August 1968, wies Rehs darauf hin, die Präsidenten der Landtage (in denen damals auch Nationaldemokraten saßen) seien gebeten worden, Delegationen zu entsenden; einzelne Abgeordnete seien nicht geladen worden.

²⁷ Vgl. die Dokumentation des SPD-Briefes an den BdV sowie dessen Antwort in DOD, Nr. 37, 1968, S. 5 f., sowie v. a. zu den Versuchen Wehners, noch einmal einen Kompromiß mit Rehs zu finden: Stickler, Ostdeutsch, S. 264 f.

sein „bis an die Grenze der Selbstaufgabe“ gegangenes Bemühen, nach dem Nürnberger Parteitag innerhalb der SPD weiterzuarbeiten, offensichtlich keine Früchte getragen habe, müsse er seinen Austritt aus der SPD erklären²⁸. Am 13. Mai entsprach die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Antrag Rehs, ihn aufzunehmen. Obwohl andere BdV-Politiker wie Hupka es noch einige Jahre länger in der SPD aushielten²⁹, war der Riß zwischen Vertriebenenverbänden und SPD nun nicht mehr zu kaschieren³⁰. Ein dunkles Licht auf diese Szenerie warf vielmehr der Herztod der früheren Landesvertriebenenministerin Maria Meyer-Sevenich wenige Wochen nach ihrem Austritt aus der SPD. Im Freundeskreis wurde ihr jähes Ableben nicht zuletzt auf Verwundungen zurückgeführt, die aus dem Bruch mit ihrer Partei resultierten. Unmittelbar nach ihrem Austritt hatte sie jedenfalls über Herbert Wehner gesagt, er sei „die Enttäuschung meines Lebens. Seit ich das weiß, kann ich nicht mehr ruhig schlafen“³¹.

Der Aufruf des BdV-Präsidenten Rehs wenige Tage vor der Bundestagswahl 1969 („Ostdeutsche Landsleute... Es geht um Deutschland“) war an Dramatik kaum zu überbieten: „Ihr wißt, wer in unserem Lande Schritt um Schritt vor den maßlosen Forderungen der Sowjetunion, des SED-Regimes und der kommunistischen Regierung in Warschau zurückweicht. [...] Darum verzettelt eure Stimme nicht!“³² Der Appell implizierte indes nicht nur ein Votum gegen SPD und FDP, sondern auch gegen die – nach ihren Erfolgen in einigen Ländern zum Sprung in den Bundestag ansetzende – rechtsradikale NPD.

Die Retourkutsche der neuen SPD-FDP-Bundesregierung für die scharfe Kritik des BdV an der neuen Ostpolitik kam prompt³³. Bereits die Abschaffung des Bundesvertriebenenministeriums unmittelbar nach dem „Machtwechsel“ 1969 markierte den weiteren Weg. Zwar war dieser Schritt auch in der Union mittelfristig als sachgerecht diskutiert worden³⁴, doch hätte sie ihn als Regierungspartei wohl kaum mitten in einer Entscheidungsphase der Ostpolitik realisiert³⁵. Bald, spätestens seit der Bonner BdV-Großkundgebung vom 30. Mai 1970 mit Franz Josef Strauß als Hauptredner, standen die Vertriebenenverbände in einer Linie mit CDU und vor allem CSU und leisteten – wie Strauß und Czaja es nannten – „legalen Widerstand“³⁶ gegen die sogenannte „Brandt-Scheel-Verzichtspartei“³⁷.

²⁸ DOD, Nr. 19/20, 1969, S. 2. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 13. Mai 1969; Die Welt, 14. Mai 1969.

²⁹ Außer Hupka blieben indes alle übrigen, nicht BdV-orientierten 29 Vertriebenenabgeordneten der SPD in ihrer Partei (vgl. Stickler, Ostdeutsch, S. 195). Zum schmerzhaften Ablösungsprozeß Hupkas von der SPD: Der Spiegel, Nr. 36, 1979, S. 31 f., sowie Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 196 ff.

³⁰ Vgl. auch den Bericht des sudetendeutschen Sozialdemokraten Almar Reitzner, Das Paradies läßt auf sich warten, S. 187 ff.

³¹ Stickler, Ostdeutsch, S. 278.

³² DOD, Nr. 37, 1969, S. 1.

³³ Zur Ostpolitik der SPD seit 1969: Fischer, „Im deutschen Interesse“.

³⁴ Schon von Hassel vertrat in seiner Zeit als Vertriebenenminister die Auffassung, die Aufgaben seines Hauses seien so gut wie erledigt und auf andere Ressorts aufzuteilen. DOD Nr. 5, 1969, S. 2.

³⁵ Vgl. auch: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, 28. Oktober 1969, S. 25. Der Ankündigung Willy Brandts, das Vertriebenenministerium in das Innenministerium einzugliedern, folgte ein „Zuruf rechts“.

³⁶ Die Welt, 1. Juni 1970. Vgl. auch: Die Welt, 19. Mai 1970, sowie das Interview mit Czaja im Spiegel „Organisiert Widerstand leisten“ vom 4. Mai 1970, Nr. 19, S. 30.

³⁷ So lautete eine der Parolen auf dem Bonner Marktplatz. Imhof, Die Vertriebenenverbände, S. 459. Zur Rolle der Unionsparteien vgl. auch Tiggemann, CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969–72, und Grau, Gegen den Strom.

In dieser emotional aufgeladenen Kampfsituation der Jahre von 1969 bis 1972, als es vor allem um Moskauer, Warschauer und Grundlagen-Vertrag ging³⁸, wurde auch die Erinnerung an Vertreibung und ostdeutsches Kulturerbe zu einem Politikum erster Ordnung. Und sie blieb es noch lange danach, als sich die Pulverschwaden über den ostpolitischen Schlachtfeldern wieder verzogen hatten. Denn das Bundesverfassungsgericht, von einem Mitglied der Bonner Regierung deshalb als „die acht Arschlöcher in Karlsruhe“ titulierte³⁹, schrieb in seinem wichtigen Urteil zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973 den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 juristisch fest und machte klar, daß über Ostdeutschland völkerrechtlich noch nicht endgültig verfügt worden sei. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße seien auch durch das Inkrafttreten des Warschauer Vertrages nicht zum „Ausland“ geworden⁴⁰. Die deutsche Frage blieb also offen und ostdeutsche Erinnerungskultur behielt damit auch weiterhin potentiell revisionistische Implikationen. Wer nichts weiter wünschte, als dem historischen deutschen Osten einen angemessenen Platz im kollektiven Gedächtnis der Nation einzuräumen – ohne revisionistischen Träumen nachzuhängen –, setzte sich von nun an leicht dem Verdacht aus, damit die Gültigkeit der Ostverträge prinzipiell in Frage zu stellen und als „kalter Krieger“ den Versöhnungsprozeß mit den östlichen Nachbarn torpedieren zu wollen. Wem auf der anderen Seite Moskauer, Warschauer und Prager Vertrag ein besonderes Herzensanliegen waren, der neigte oft mehr und mehr dazu, die Erinnerung an Vertreibung und „deutschen Osten“ auszublenden, schon um sich von denen abzugrenzen, die mit der ostdeutschen Kulturpflege doch wohl vor allem revanchistische oder zumindest revisionistische politische Ziele verfolgten.

Tatsächlich wandte sich der als Nachfolger von Rehs zum BdV-Präsidenten gewählte Christdemokrat Herbert Czaja in den Jahren nach Abschluß der Ostverträge immer wieder dagegen, daß „die Kulturpflege der Vertriebenen vom Bund staatlich gelenkt“, bloß „museal gestaltet“⁴¹ und „die deutsche Rolle in der Heimat in der Zukunft radikal“ abgeschrieben werde. Ostdeutsche Kulturarbeit mit der Tendenz: „verlorene Heimat, Heimat ohne deutsche Präsenz in alle Zukunft“ schien also ausgerechnet denen, die sich aufgrund ihrer Herkunft am stärksten für sie engagierten, nicht auszureichen⁴². Die Äußerung Czajas ist auch vor dem Hintergrund dessen zu sehen, daß nach der Bonner BdV-Großdemonstration 1970 in der SPD diskutiert worden war, den BdV zu spalten und einen linientreu sozialliberalen Vertriebenenverband mit ausschließlich kulturpolitischer Zielsetzung zu gründen. Die aus den Ostgebieten stammenden SPD-Abgeordneten Günter Slotta und Manfred Wende luden im Oktober 1970 etwa 40 Parteifreunde in den Langen Eugen ein, um mit ihnen über ihre Pläne zu reden. Dazu gehörte vor allem die Überlegung, „die bisher an die Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen gezahlten Millionenbeträge,

³⁸ Hierzu nach wie vor vorzüglich: Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt.

³⁹ Wesel, Der Gang nach Karlsruhe, S. 244.

⁴⁰ In einem Kommentar „Mit dem Karlsruher Urteil leben“ erwähnte der *Deutsche Ostdienst* lobend, daß daraufhin in einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage „korrekt von den ‚Ostgebieten des Deutschen Reiches‘ und nicht von ‚früheren Ostgebieten‘ gesprochen“ worden sei. DOD, Nr. 2, 1974, S. 1. Zum Urteil und seiner Wirkung vgl.: Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht.

⁴¹ DOD, Nr. 1, 1975, S. 2. Vgl. in diesem Sinne auch eine frühere Warnung des BdV, das „kulturelle Erbe nur für den Gedenkschrein“ zu bewahren. DOD Nr. 40, 1969, S. 8.

⁴² So Czaja beim BdV-Mitarbeiterkongreß am 3. Mai 1975. DOD, Nr. 10, 1975, S. 2.

mit denen auf Veranstaltungen durch Verbandsfunktionäre immer wieder Emotionen genährt und Illusionen erzeugt würden, [...] für Besuchsreisen von ehemaligen Bewohnern der Ostgebiete und der Tschechoslowakei“ zu verwenden, damit sich diese von der „imponierenden Aufbauarbeit durch die heute dort lebenden Menschen“ überzeugen könnten⁴³. Auch müsse die Pflege des deutschen Kulturgutes der ehemaligen Ostgebiete, die von den Vertriebenenverbänden bislang vernachlässigt worden sei, „aktiviert“ werden⁴⁴.

Die Pläne der beiden Abgeordneten schienen im Hinblick auf die zahlreichen altostdeutschen Sozialdemokraten oder etwa auch auf Strömungen, die aus der Bekennenden Kirche in Ostpreußen hervorgegangen waren und schon das Tübinger Memorandum der Acht unterstützt hatten, keineswegs ganz aussichtslos⁴⁵. Schließlich hatte der aus dem ermännischen Allenstein stammende SPD-Geschäftsführer Jürgen Wischniewski entsprechende Sondierungen vorgenommen, war bei der sudetendeutschen Seliger-Gemeinde indes schon auf Widerstand gestoßen. Diese bekannte sich auf ihrem Bundestreffen in Augsburg zur „Schicksalsgemeinschaft der Vertriebenen“⁴⁶. Nach Sitzungen des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion, wo vor allem Herbert Wehner in aller Schärfe die „Eigeninitiative“ der zwei Abgeordneten zurückgewiesen hatte, distanzierte sich die SPD-Spitze ausdrücklich von der Gründung eines eigenen Vertriebenenverbandes; die Sozialdemokraten müßten vielmehr in den bestehenden Verbänden bleiben, um dort „Schlimmeres zu verhüten“⁴⁷.

Günter Grass, dessen Name neben Gräfin Dönhoff und dem aus Danzig stammenden Hamburger SPD-Innensenator Heinz Ruhнау im Zusammenhang mit einem alternativen BdV immer wieder fiel⁴⁸, äußerte sich in aller Klarheit und öffentlich zu seinen mit der Entspannungspolitik vereinbaren, dezidiert nicht revisionistischen, rein erinnerungskulturellen Plänen. U. a. in der *Kulturpolitischen Korrespondenz* des Ostdeutschen Kulturrates plädierte er dafür, das „was an kultureller Substanz in der Bundesrepublik ein Kümmerdasein fristet [...], ohne Emotionen, dafür mit wissenschaftlichem Anspruch“ zu sammeln, zu ordnen und darzustellen. Bei dem im vollen Gang befindlichen Ausbau des Hochschulwesens in den Ländern der Bundesrepublik sollten „Institute für Ostpreußen, Pommern und Schlesien“ geschaffen, Dialektforschung betrieben, die „literaturfähigen Dialekte [...] erhalten“ und so „die kulturelle Substanz dieser Provinzen“ gerettet werden⁴⁹. „Wir haben“, so formulierte es der Schriftsteller mit explizitem Vorwurf an allzu passive frühere Bundesregierungen, „die drei ostdeutschen Provinzen zweimal verloren“, zunächst geographisch durch den selbst verschuldeten Krieg, dann aber nochmals aufgrund von Versäumnissen der Nachkriegszeit. Besonders bedrückte Grass sozusagen von Berufs wegen die

⁴³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. September 1970.

⁴⁴ Süddeutsche Zeitung, 14. Oktober 1970; Die Welt, 9. Oktober 1970.

⁴⁵ So hatte etwa der „Beienroder Konvent“ im Oktober 1962 unter Berufung auf Pfarrer Helmut Gollwitzer formuliert: „Es geht nicht um den Verzicht auf etwas, was wir haben, sondern um die Erkenntnis eines nicht mehr rückgängig zu machenden Verlustes und um eine von dieser Erkenntnis ausgehende Politik“. Rudolph, *Evangelische Kirche und Vertriebene*, Bd. II, S. 77.

⁴⁶ DOD, Nr. 32, 1970, S. 3; Frankfurter Rundschau, 2. Juni 1970 („SPD sagt Spaltung bei Vertriebenen voraus“).

⁴⁷ Süddeutsche Zeitung, 14. Oktober 1970.

⁴⁸ Auch Ruhнау machte indes frühzeitig klar, daß er zwar der BdV-Führung nicht mehr die Legitimation zugestehen wolle, „in meinem Namen zu sprechen“, von einer Spaltung des BdV aber „gar nichts“ halte. Der Spiegel, Nr. 24, 1970, S. 26.

⁴⁹ Kulturpolitische Korrespondenz, 7. Mai 1970.

„Verarmung ersten Ranges“, welche die „praktisch verlorenen“ ostdeutschen Dialekte für die Nation bedeuteten. Überzeugt davon, daß die Flüchtlinge nach 1945 in nicht isolierten, aber „geschlossenen Wohngebieten“ hätten angesiedelt werden müssen, „um so das gemeinsame Geisteserbe“ wahren zu können, plädierte Grass dafür, jetzt zumindest die im Zuge der Ostverträge zu erwartenden Spätaussiedler in „Wohnblöcken“ beieinander zu halten und neue Stadtteile von Hamburg oder Frankfurt mit dem Namen „Neu-Danzig“ oder „Neu-Breslau“ zu schaffen⁵⁰.

Konkret zielten die Pläne von Grass auf eine Bundesstiftung, die sich „mit wissenschaftlichen Methoden“ der Bewahrung „der kulturellen Substanz der verlorenen Gebiete im Osten“ widmen und auch als Dachorganisation für die Fülle bestehender kleinerer Vereine und Gruppen mit diesem Zweck fungieren sollte. Grass griff damit auf eine Überlegung zurück, die auch Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 angesprochen hatte. Um ein Stiftungskapital von bis zu 100 Millionen Mark aufzubauen, dachte der Schriftsteller freilich daran, die traditionellen Zuschüsse für die Kulturarbeit der Landsmannschaften kräftig abzuschmelzen, die ohnehin „oft genug auf niveaulosen Treffen der Landsmannschaften verschleudert“ würden⁵¹. Weitere Spitzen gegen das BdV-Establishment („Die sollen doch endlich das Maul halten“ oder: „Der einfache hauptamtliche Flüchtlingsfunktionär ist natürlich durch derartige wissenschaftliche Arbeit überfordert“⁵²), begleiteten die erinnerungskulturell eigentlich sehr produktiven Ideen des bekannten ES-PE-DE-Wahlkämpfers Grass.

So kam es beim BdV zu einer Überreaktion und zum pauschalen Vorwurf an den Schriftsteller, die seit 25 Jahren anhaltenden Bemühungen der Landsmannschaften um die Rettung des „unsichtbaren Fluchtgepäcks“⁵³ völlig zu ignorieren⁵⁴. Dabei fragte man sich auch dort in stilleren Stunden selbstkritisch, ob Kulturarbeit nach dem Motto „Königsberger-Klopse-Essen der Vertriebenen“ nicht zu kleinkariert und provinziell sei, auch wenn es der BdV in seinen Gliederungen nun einmal „weitaus überwiegend mit der Grundsicht des Ostdeutchtums zu tun“ und deren Interessen zu berücksichtigen habe⁵⁵. Als der langjährige Pressechef des BdV, Neumann, einer der massivsten Kritiker der Ostverträge, 1972 in die Leitung des Kulturreferates wechselte, sparte er intern nicht mit „sehr scharfer Kritik“ an der bisherigen Arbeit des BdV auf diesem Felde. Neumann sprach jetzt von der Notwendigkeit, die traditionellen „Schwerpunkte folkloristischen Charakters [...] auf ein Drittel des bisherigen Umfangs“ zurückzudrücken. Statt dessen müßten vermehrt „größere Veranstaltungen mit Kundgebungscharakter“ durchgeführt werden, um auch „nach außen“ wirken zu können⁵⁶.

Der im Zuge der neuen Ostpolitik extrem erweiterte Hiatus zwischen linken und rechten Vertriebenen, so ist zu resümieren, war einer gedeihlichen Entwicklung der Erinnerungskultur alles andere als zuträglich. Was der zuständige Vertriebenenabteilungsleiter im Innenministerium nach einem Gespräch mit Grass und Ruhнау über das Stiftungsprojekt

⁵⁰ Der Spiegel, Nr. 40, 1970, S. 115.

⁵¹ Kulturpolitische Korrespondenz, 7. Mai 1970; vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 28./29. November 1970.

⁵² So Grass laut *Der Spiegel*, Nr. 40, 1970, S. 115.

⁵³ So der Titel eines damals erscheinenden Buches: Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck.

⁵⁴ Vgl. DOD, Nr. 39/40, 1970, S. 13.

⁵⁵ DOD, Nr. 5, 1974, S. 10 f.

⁵⁶ Vermerk. Betr. Besprechung mit C. J. Neumann am 23. 2. 1972 bei Herrn Unterabteilungsleiter Vt II, in: BAK B 106/22488.

schon befürchtet hatte, daß nämlich das ungestüme Drängen des Intellektuellen angesichts der Komplexität des politisch und stiftungsrechtlich schwierigen Vorhabens wenig hilfreich sei, sollte sich bewahrheiten⁵⁷. Das zentrale „Ostdeutsche Museum“, das Grass in Kassel, in der geographischen Mitte der Bundesrepublik, errichtet sehen wollte, wurde nie realisiert⁵⁸. Und auch ein neuer Anlauf zu einer Deutschen Nationalstiftung, unternommen nach einer abermals verheißungsvollen Regierungserklärung Willy Brandts vom 18. Januar 1973, blieb stecken. In einer Nationalstiftung, so hatte der Kanzler im Hinblick auf den Ursprung dieser Idee in Vertriebenenkreisen ausgeführt, „könnte auch das lebendige Erbe ostdeutscher Kultur eine Heimat finden“⁵⁹. Zu den wesentlichen Gründen des Scheiterns zählten die üblichen Differenzen zwischen Bund und Ländern, aber auch ein scharfer Protest aus Moskau gegen den geplanten Sitzungsstandort in Berlin⁶⁰.

⁵⁷ Zum schleppenden Fortgang des Projektes siehe detailliert den Bestand BAK B 106/22488.

⁵⁸ Der Spiegel, Nr. 40, 1970, S. 115.

⁵⁹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 7. Sitzung, 18. Januar 1973, S. 130.

⁶⁰ Zum langen Dahinsiechen des Projekts aus vertriebenenpolitischer Sicht: DOD, Nr. 17, 1974, S. 1; Nr. 18, 1977, S. 2; Nr. 13, 1981, S. 7.

VIII. Entspannung und Verdrängung: Der „deutsche Osten“ in der sozialliberalen Erinnerungspolitik 1969–1982

1. Mittelkürzungen und „Bezeichnungsrichtlinien“

Angesichts der Entwicklungen, die den Durchbruch zur neuen Ostpolitik begleiteten, sah man im BdV Anfang 1973 die „Fundamente“ der Bewahrung des ostdeutschen Kulturerbes „wanken“¹. In einem melancholisch anmutenden Rückblick nannte der *Deutsche Ostdienst* die Auftaktveranstaltung zum Vertreibungsgedenkjahr 1965 am Ehrenmal der Landsmannschaften in der Lübecker Marienkirche einen „Höhepunkt politisch-kultureller Besinnung und Einwirkung auf das deutsche Identitätsbewußtsein“. Die Gedenkveranstaltungen jenes Jahres, an denen „damals beflissen noch die Spitzen von Staat, Parteien und Gesellschaft teilnahmen“, hätten über die nationalen Grenzen hinaus breites öffentliches Interesse gefunden. Noch am Ende dieses Jahres – fast eine Peripetie nach klassisch-dramatischem Muster – habe sich indes mit der Herausforderung durch die EKD-Denkschrift „der Abstieg führender politischer und publizistischer Kräfte in die Niederungen der flauen und fatalen deutschland- und ostpolitischen Resignation“ abgezeichnet². Nach dem „Machtwechsel“ in Bonn, so rechnete der BdV der Bundesregierung 1974 vor, sei es innerhalb von drei Jahren zu einer Halbierung der Organisationszuschüsse für die Vertriebenenverbände gekommen³.

Läßt sich dieser Vorgang als Symptom einer „Vertreibung der Vertriebenen“ aus der bundesdeutschen Gesellschaft interpretieren? Sicher nicht unmittelbar; doch steckte hinter den Mittelkürzungen nicht die problematische Vorstellung, ostdeutsches Kulturerbe auch ohne jene pflegen zu können, die aus den betroffenen Gebieten stammten und demokratisch legitimiert für die alte Heimat sprachen? Alle seit 1970 unternommenen Versuche, die wirkliche oder vermutete Diskrepanz zwischen der Masse der Vertriebenen und ihren „Funktionären“ zu kanalisieren und Alternativorganisationen zu gründen, blieben jedenfalls stecken. Links orientierten, alternativen Vertriebenenvereinigungen schlossen sich „im ganzen Bundesgebiet nur ein paar hundert“ Mitglieder an⁴. Andererseits konnte auch die Bonner Demonstration des BdV gegen die Ostverträge am 30. Mai 1970, an der sich nur etwa 20 000 Menschen beteiligten, als Beleg dafür gewertet werden, daß die viel besser besuchten Pfingsttreffen nicht unbedingt eine breite Unterstützung der BdV-Ostpolitik indizierten. Gerade die Millionen, die trotz der emotionalisierten Diskussion nicht zur Großveranstaltung im Mai 1970 kamen, weil sie sich gesellschaftlich integriert fühlten bzw. mit den Realitäten abgefunden hatten, legten ihrerseits ein bemerkenswertes Zeugnis ab⁵.

¹ DOD, Nr. 9/1973, S. 1.

² DOD, Nr. 35/36, 1974, S. 9.

³ Czaja, *Unterwegs*, S. 861; DOD, Nr. 20, 1974, S. 2.

⁴ DOD, Nr. 19, 1975, S. 1.

⁵ So kommentierte zutreffend die *Westfälische Rundschau*, 1. Juni 1970. Auch der BdV scheint die Veranstaltung „durchaus als Mißerfolg empfunden zu haben“. Stickler, *Ostdeutsch*, S. 171.

Um das Ausmaß der Kürzungen im Bereich der Organisations- und Kulturarbeit der Vertriebenen sowie die dahinter steckenden Intentionen präzise erfassen zu können, muß man sich den Vorgang etwas näher anschauen. In seinem Bericht zur „Lage der Nation“ am 28. Januar 1971 hatte Bundeskanzler Brandt gleichsam als Trostpflaster für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zusätzliche Mittel der Bundesregierung zur Pflege des kulturellen Erbes der Vertreibungsgebiete in Aussicht gestellt; schließlich hätten diese, so Brandt, „große Leistungen und Beiträge zum deutschen Kultur- und Geistesleben erbracht“⁶. Doch die angekündigten Zusatzmittel blieben so gut wie aus. Bei dem für die Vertriebenen wichtigsten Kulturtitel – jetzt nicht mehr im Einzelplan des (aufgelösten) Bundesvertriebenen-, sondern des Innenministeriums angesiedelt –, der Erhaltung des kulturellen Heimaterbes gemäß § 96 BVFG, wo der Bundestag schon 1969 eine stufenweise Anhebung gefordert hatte, ergab sich bis 1975 (gemessen am Soll) „ein erhebliches Minus“.⁷ Bei einer weiteren Bestandsaufnahme 1980 war der Befund für den BdV nicht erfreulicher. Die beteiligten Ressorts verfügten insgesamt nicht über mehr, sondern sogar über weniger Mittel als in den Vorjahren. Schon 1978 wurden lediglich 7,9 Millionen DM – davon gut vier Millionen vom Bundesinnenministerium – bereitgestellt, eine Summe, die in etwa dem damaligen Budget eines einzigen mit öffentlichen Geldern geförderten Stadttheaters entsprach⁸.

Das Bedenkliche an dieser Entwicklung war, daß der Zuschußbedarf für die ostdeutsche Kulturarbeit mit dem Ausscheiden der Erlebnisgeneration der Vertriebenen eigentlich nicht etwa ab-, sondern zunahm. Eindrucksvoll verdeutlichte dies der Mainzer Professor Josef J. Menzel vor der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen in Massen b. Unna 1972 am Beispiel eines der vier großen regionalen Kulturwerke. Der Jahresetat des Kulturwerkes Schlesien betrage 100 000 DM und werde von den fixen Kosten für ein kleines Büro in Würzburg mit einer Sekretärin, einer Bürohilfe sowie einer kleinen Handbibliothek mit Archiv mehr als zur Hälfte aufgezehrt. Bis 1972 hätten zwei Pensionäre das Kulturwerk gegen eine geringe Vergütung bei allerdings vollem Einsatz geleitet; die Leistungen hätten nur dank ihrer Arbeit und des Mitwirkens einer ganzen Reihe ehrenamtlicher Mitarbeiter erbracht werden können. Heute stehe man indes vor einer veränderten Situation. Die Zahl der Freiwilligen schrumpfe zusehends, die nachrückenden Jüngeren könnten auch nicht mehr „aus dem Schatz der Vergangenheit zehren“, sondern müßten sich Wissen und Kenntnisse über Schlesien „mühsam theoretisch ständig fortbildend erarbeiten“. Mit gutem Grund wies Menzel die – auch von Leonore Leonhart aufgegriffene – Bezeichnung „Kultusministerien en miniature“⁹ für die vier „großen“ ostdeutschen Kulturwerke zurück; angesichts des Mangels an Mitteln und Kräften könnten sie diese Funktion „nicht einmal entfernt“ ausüben¹⁰.

⁶ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 93. Sitzung, 28. Januar 1971, S. 5049; Clemens J. Neumann, Die Bundesregierung ist « am Zuge », DOD, Nr. 5/6, 1972, sowie DOD, Nr. 22, 1975, S. 13.

⁷ DOD, Nr. 22, 1975, S. 13.

⁸ Auch wenn in ungefähr gleicher Höhe Ländermittel hinzukamen, stand die Gesamtsumme, wie der DOD kritisch anmerkte, „in keinem Verhältnis zu der Bedeutung und Größenordnung des Auftrages an den Bund nach Maßgabe des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes“. DOD, Nr. 20, 1980, S. 9.

⁹ Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 161.

¹⁰ Niederschrift über die 14. Sitzung des Ausschusses 2 der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen am 24. bis 26. 10. 1972 im Durchgangwohnheim Massen b. Unna, S. 20, 23. BAK B 106/55767.

Wer allerdings die Entwicklung des Kulturetats des Vertriebenenministeriums während der 1960er Jahre noch im Hinterkopf hatte, der im Schneckentempo gerade einmal von einer auf zwei Millionen Mark gewachsen war, mußte die Lage an der Zuschußfront – anders als der BdV – zunächst nicht unbedingt als Indiz für eine neue Feindschaft der Bundesregierung gegenüber der Kulturarbeit der Vertriebenen interpretieren, sondern konnte in ihr ein Stück negativer Kontinuität sehen. Immerhin gab es auch in den Jahren nach 1969 reale Steigerungen in bekannt begrenzter Höhe¹¹. Für eine gewisse personelle Kontinuität sorgte zudem der langjährige Vertriebenenstaatssekretär Nahm (CDU), dem Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher wegen seiner anerkannten Fachkompetenz „und als Friedenssignal an den BdV“, wenn auch „sehr zum Mißfallen der SPD“¹², anfangs die Leitung der – neuen – Vertriebenenabteilung in seinem Haus übertrug¹³. Auch Genschers Parteifreund und Innen-Staatssekretär Wolfgang Rutschke warb – etwa bei einer sozialpolitischen Jahrestagung des BdV in Münster – darum, „den Blick nach vorn zu richten“ und die Chancen der neuen Ostpolitik zu erkennen: „Die Ostverträge sind ratifiziert. Der Streit darum ist Vergangenheit“¹⁴.

Weiter unten in der Beamtenhierarchie erreichte die nach einem Regierungswechsel übliche Fluktuation indes ein beachtliches Ausmaß. Im Sommer 1973 standen für die drei Unterabteilungen und 16 Referate der Vertriebenenabteilung im BMI nur noch ein Unterabteilungsleiter und elf Referenten zur Verfügung. Von den Ausfällen betroffen war auch das Referat für „Kulturpolitische Grundsatzfragen“¹⁵. Mit dieser Entwicklung schien zu korrespondieren, daß Brandts Nachfolger im Kanzleramt, Helmut Schmidt, sich in seiner Regierungserklärung vom 17. Mai 1974¹⁶ nicht einmal mehr deklamatorisch zu der Notwendigkeit bekannte, den ostdeutschen Anteil der deutschen Kultur nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Damit sei Warschau, so kritisierte der BdV harsch, dem vom polnischen Ministerpräsidenten formulierten Ziel wieder ein Stück näher gerückt: Daß in der Bundesrepublik Deutschland „die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit der Ostprovinzen aus dem Bewußtsein der Bevölkerung ausgelöscht werden müsse“¹⁷.

Die Schärfe dieser Kritik hing mit der Verärgerung des BdV über die Vertriebenenpolitik der Bundesregierung zusammen, die vor allzu „massivem Vorgehen“ zwar zurückschreckte, aber doch eine „Politik der Nadelstiche“¹⁸ mittels kräftiger Kürzung der Organisations-

¹¹ BAK B 196/22492: Unterabteilungsleiter Vt II, Bonn, den 2. März 1972, an Herrn Abteilungsleiter Vt. Betr.: Stichwortartige Übersicht für Herrn Minister.

¹² Stickler, Ostdeutsch, S. 154, 308.

¹³ Mit Erreichen des 70. Lebensjahres schied Nahm dann aber Ende 1970 aus dem Ministerium aus. Vgl. das kritische Urteil Czajas über den „stets pendelnden Staatssekretär Nahm“. Czaja, Unterwegs, S. 552; zu Genschers Urteil über den „ausgezeichneten Verwaltungsfachmann, der sich stets verständnisvoll und menschlich des Schicksals der Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Zwangsevakuiererten angenommen“ habe, Genscher, Erinnerungen, S. 116.

¹⁴ Rede von Staatssekretär Wolfgang Rutschke bei der sozialpolitischen Jahrestagung des BdV am 24. Juni 1972 in Münster über „Die Vertriebenen in der Gesellschaftspolitik“. BAK B 106/23107, Bl. 29–109, Zitat Bl. 76.

¹⁵ Vgl. den Pressedienstauschnitt zum Thema „Weitere Verkleinerung der Vertriebenenabteilung des Bundesinnenministeriums“ in: BAK B 106/23106, Bl. 13.

¹⁶ Anders als Brandt noch in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 7. Sitzung, 18. Januar 1973, S. 130; zur Rede Schmidts: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 100. Sitzung, 17. Mai 1974, S. 6589–6605.

¹⁷ DOD, Nr. 14, 1974, S. 3.

¹⁸ Stickler, Ostdeutsch, S. 154.

zuschüsse betrieb. Diese Entwicklung war schon deshalb fast unvermeidlich, weil an der SPD-Basis massiv auf die Einstellung bzw. Beschränkung von Subventionen der Vertriebenenorganisationen und -zeitingen gedrängt wurde¹⁹. Die *Frankfurter Rundschau* hatte die Gefühlslage vieler Genossen gegenüber den Vertriebenen im Juli 1970 vermutlich auf den Punkt gebracht: „Sie prügeln die Regierung und drängen doch zur Kasse“²⁰. Der Hinweis auf den im Jahr 1970 noch 38,43 Millionen DM umfassenden Haushaltstitel des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (früher BMG), von dem „keineswegs alles in die Vertriebenenkassen“ floß, offenbarte indes einen journalistisch eher freien Umgang mit der Wirklichkeit. Tatsächlich ging von dem ominösen Globaltitel 685 01 („Zuschüsse an Forschungsinstitute für kultur- und volkspolitische Zwecke und ähnliche Einrichtungen sowie für allgemeine kulturelle Zwecke“) nur ein ganz kleiner Teil von ca. 2,5 Millionen DM an den BdV; der Löwenanteil war für andere, im innerdeutschen Bereich angesiedelte Zwecke vorgesehen, die deswegen allerdings „nicht an die große Glocke gehängt werden“ konnten, sondern von einem Vertrauensmänner-Gremium des Bundestages nicht-öffentlich kontrolliert wurden²¹.

Am 8. Mai 1970 fand in Bonn auf Wunsch des Bundesministers im Kanzleramt, Horst Ehmke, ein Gespräch mit Innenstaatssekretär Günter Wetzel (SPD) und Vertriebenenabteilungsleiter Nahm statt, dessen Grundlage Ehmke wie folgt formulierte: „Soll die Subvention von Verbänden und Zeitschriften ewig fortgesetzt werden? Wer und was sind subventionswürdig? Kann z. B. Grass mit einer Subvention rechnen, wenn er eine Danziger Zeitschrift herausgeben wollte?“ Nach einer längeren und „anfangs kontroversen Diskussion“ wurde vereinbart, die kulturbezogenen Hilfen sollten „eher vermehrt als beeinträchtigt“, die „Bundeshilfen für die Verbände“ dagegen einem längeren Prozeß der „Rationalisierung und Umschichtungen“ unterworfen werden²². Die Reichweite der offensichtlich zwischen Kanzler Brandt und Innenminister Genscher in einem Gespräch abgestimmten Maßnahmen²³ wurde auch durch die Forderungen prominenter Sozialdemokraten beeinflußt. So forderten Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz und der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten (früher Vertriebene) Herbert Hellmann die Streichung von Bundeszuschüssen. „Wer ‚Annchen von Tharau‘ singt, Heimattänze übt und Brauchtum pflegt“, sollte nach Hellmann mit der offenen Hand der Behörden rechnen dürfen, nicht aber wer „Kritik an der Ostpolitik der Bundesregierung übt“²⁴.

Ab 1971 bekamen die Vertriebenenverbände die Kürzungen deutlich zu spüren, wobei die Art der Einsparungen „überaus bezeichnend“²⁵ war: Sie betrafen vor allem das den Kampf gegen die Ostverträge führende BdV-Präsidium sowie die sogenannten reichsbezo-

¹⁹ Vgl. den Vermerk Abteilungsleiter Vt, Bonn, den 30. April 1970, „Dem Herrn Minister im Hause“. Betr. Anruf von MinDir Dr. Sahn, Bundeskanzleramt, in: BAK B 106/23107.

²⁰ *Frankfurter Rundschau*, 21. Juli 1970.

²¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. September 1970.

²² BAK B 106/23107: Vertraulich. Ergebnis des Gespräches mit Herrn Minister Ehmke am Freitag, dem 8. Mai 1970, Bl. 309 f. Ehmke war zwar 1927 in Danzig geboren worden und dort aufgewachsen, seinen Erinnerungen zufolge hat diese ostdeutsche Herkunft aber wohl wenig für ihn bedeutet. Ehmke, *Mittendrin*, v. a. S. 18 ff., 125 ff.

²³ BAK B 106/23107. Abteilungsleiter Vt., Bonn, den 30. April 1970, „Dem Herrn Minister im Hause“.

²⁴ *Rheinische Post*, 31. Juli 1970; vgl. auch: *Die Welt*, 8. August 1970.

²⁵ *Stickler, Ostdeutsch*, S. 154.

genen Landsmannschaften²⁶, die mit die schärfste Kritik an der neuen Ostpolitik übten. Auch dem sudetendeutschen Witiko-Bund, der im Verdacht stand, „Mittelpunkt eines Rechtskartells“ zu sein, wurden die – allerdings ohnehin geringfügigen – Zuschüsse für einzelne Maßnahmen gestrichen²⁷. Richtig weh taten die Kürzungen erst ab 1973/74, als sich das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, wie es hieß, wegen der „angespannten Haushaltslage“ zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen sah, die „zu einschneidenden Maßnahmen“ bei den bisherigen Zuwendungsempfängern führen mußten²⁸. Konkret forderte das Bundesfinanzministerium, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die institutionelle Förderung nicht auf Projektförderung umgestellt werden könne, was im Falle des BdV für möglich gehalten wurde; der Verband sei schließlich seit längerem auf die Notwendigkeit einer Steigerung seiner Mitgliedsbeiträge und sparsamerer Wirtschaftsführung aufmerksam gemacht worden²⁹. Auch das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) war der Ansicht, eine Organisation wie der BdV, die „nach eigenen Angaben“ rund 11 Millionen Menschen vertrete, sollte „sehr wohl in der Lage sein, aus eigener Kraft ihre Bundesgeschäftsstelle zu finanzieren“³⁰.

Anfang 1974 ging der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Karl Herold, in die Offensive und kündigte an, die Bundesregierung wolle die bereits in den Vorjahren zusammengestrichene „institutionelle Förderung der Vertriebenenorganisationen Zug um Zug einstellen“³¹. Unter Landsmannschaften und Unionsparteien brach ein Sturm der Entrüstung los. Denn die Zuschüsse des BMB für den BdV waren in den letzten drei Jahren bereits um fast 40 Prozent gekürzt worden. Oppositionsführer Helmut Kohl protestierte mit dem Argument beim Kanzler, eine „Politik des Einfrierens“ der öffentlichen Mittel widerspreche eindeutig dem Tenor des Karlsruher Urteils zum Grundlagenvertrag³². Brandt entgegnete, es bestehe gar nicht die Absicht die Förderung einzustellen; diese werde künftig lediglich „im Wege der Projektförderung weitergeführt“. Um personellen Härtefällen zu begegnen, hätten zudem Gespräche des BdV-Präsidiums mit Staatssekretär Herold stattgefunden³³. Dessen Ministerium verwarhte sich in der Folgezeit stets gegen die „Behauptungen aus Vertriebenenkreisen“, „sich in steigendem Maße den Forderungen des Ostblockes zu beugen“, und behauptete

²⁶ Bei den reichsbezogenen Landsmannschaften handelte es sich um die Schlesier, Oberschlesier, (Ost-)Brandenburger, Ostpreußen und Pommern, die sich aufgrund der fortbestehenden völkerrechtlichen Zugehörigkeit ihrer Heimat zum Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 gegenüber den anderen Vertriebenen gleichsam in einer herausgehobenen Stellung befanden.

²⁷ BAK B 137/7468. Walter Becher an den Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Heinz Morgenstern, 19. Januar 1972 (mit Bezug auf dessen Schreiben vom 8. Dezember 1971); vgl. auch den Artikel in der *Frankfurter Rundschau* vom 10. Dezember 1970, wo es hieß, der „umstrittenen Organisation“ würden „zum großen Teil Mitglieder der ehemaligen NS-Henlein-Bewegung“ angehören – eine Charakterisierung, die dem Charakter der Sudetendeutschen Heimatfront allerdings kaum ganz gerecht wurde.

²⁸ So Staatssekretär Morgenstern (i.V.) in einem Schreiben an das Präsidium des BdV am 12. Juni 1973, in: BAK B 137/9856.

²⁹ BAK B 137/7406: Vermerk, I 11 – 1122, Bonn, 3. Mai 1974 (Eilt), betr.: Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände.

³⁰ BAK B 137/7406: Ref. I 11 – 1122, Bonn, 11. Oktober 1974. Betr.: Einstellung der institutionellen Förderung für den BdV.

³¹ DOD, Nr. 8, 1974, S. 1 (Zitat), Nr. 29, 1974, S. 2.

³² BAK B 137/7406: CDU-Vorsitzender Helmut Kohl an Bundeskanzler Willy Brandt, 17. April 1974.

³³ BAK B 137/7406: Bundeskanzler Willy Brandt an Helmut Kohl, 24. Mai 1974.

seinerseits, der Förderungsstopp beruhe ausschließlich „auf haushaltsrechtlichen Erwägungen“³⁴.

Unübersehbar ist, daß die Kürzungen jetzt über den BdV und die reichsbezogenen Landsmannschaften hinausgingen und das Ministerium etwa dem Sudetendeutschen Rat die Zuschüsse zu seinen Plenarsitzungen strich. Wie immer man die Stichhaltigkeit der Argumente gegen diese Maßnahme bewertet – die Sudetendeutschen, so hieß es, würden eine Bevölkerungsgruppe vertreten, die mit einem Steueraufkommen von mehreren Milliarden DM zum Bundeshaushalt beitrage –, eines ist offensichtlich: Die Diskrepanz zwischen den umstrittenen Mittelkürzungen im Vertriebenenbereich und der gleichzeitigen, anscheinend für wichtiger gehaltenen Förderung weit links stehender Studentenverbände, aber auch des Bundes der Mitteldeutschen³⁵. Für wichtige Einrichtungen der ostdeutschen Kulturarbeit hatten die Kürzungen spürbare Konsequenzen. Beispielsweise sah sich der publizistisch aktive Göttinger Arbeitskreis durch den Entzug der Bundesmittel 1974 gezwungen, seinen ohnehin kleinen Mitarbeiterstab weiter zu reduzieren³⁶. Eine spürbare finanzielle Austrocknung der Vertriebenenarbeit läßt sich also kaum leugnen. Die Mittelkürzungen wurden aber noch im selben Jahr dadurch etwas abgemildert, daß Bundestag und Bundesrat für das herrenlose Westvermögen der ehemaligen ostdeutschen Banken eine Lösung fanden.

Ein Teil der Gelder war in den Lastenausgleichsfonds geflossen, doch hatte das sog. Währungsausgleichsgesetz bestimmt, die Hälfte der Summe für kulturelle Zwecke im Sinne des § 96 BVFG zu verwenden. Von den zur Verfügung stehenden 29 Millionen DM erhielten die Sudetendeutsche Stiftung 12 Millionen, das Schlesische Kulturwerk 5,2 Millionen, das Nordostdeutsche Kulturwerk 5,0 Millionen, die Ostdeutsche Galerie Regensburg und der Ostdeutsche Kulturrat je 2,9 Millionen und die Stiftung Pommern 1,0 Million DM. Ein Antrag der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland, auch die neue Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen, eine Art „Kulturwerk des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen“³⁷, an der Ausschüttung zu beteiligen, scheiterte vor allem am Widerstand der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen. Diese waren dem ganzen, maßgeblich von BdV, Sudetendeutscher Landsmannschaft und Freistaat Bayern betriebenen Projekt ohnehin lange ablehnend gegenübergestanden³⁸.

Der sozialliberalen Strategie, die ostdeutsche Kulturarbeit von den „zweifelhaften politischen Linien des BdV“ stärker abzukoppeln³⁹, kam auch die Notwendigkeit entgegen, den seit 25 Jahren bestehenden Ostdeutschen Kulturrat nach Maßgabe der Westvermögen-Zuführungsverordnung vom August 1974 in eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts mit Kuratorium, Stiftungsvorstand und Stiftungsrat umzuwandeln. Aus ihrer Genugtuung über den im Herbst 1975 vollzogenen Schritt machte das SPD-Wochenblatt *Die Brücke*

³⁴ BAK B 137/7406: Ref. I 11 – 1122, Bonn, 11. Oktober 1974. Betr.: Einstellung der institutionellen Förderung für den BdV.

³⁵ Vgl. das Schreiben des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen, 8. Januar 1976, an BdV, z. Hd. Dr. Neuhof, in: BAK B 137/7406; sowie DOD, Nr. 29, 1974, S. 2.

³⁶ Meissner, Die Entwicklung des Göttinger Arbeitskreises, S. 4.

³⁷ DOD, Nr. 20, 1977, S. 7.

³⁸ DOD, Nr. 20, 1974, S. 6; vgl. speziell auch zum bayerischen Einfluß: Neue Kommentare, Nr. 4/1972, S. 3 f.

³⁹ So hieß es in der vom SPD-Parteivorstand herausgegebenen Wochenzeitung *Die Brücke*, 20. Dezember 1975. Zur Reform des OKR vgl. auch DOD, Nr. 3, 1976, S. 12 f.

keinen Hehl, gelang es doch, in den Ostdeutschen Kulturrat, jenes „in seiner Gesamtheit [...] stets ausgesprochen konservative Gremium“, neun Mitglieder der SPD und einen Freien Demokraten zuzuwählen⁴⁰. Daß dem wichtigsten Organ der Stiftung nunmehr neben führenden Politikern der Landsmannschaften und ostdeutschen Kulturfachleuten auch Vertreter von Bund und Ländern angehörten, deuteten auch Herdes *Neue Kommentare* dahin, „daß die Regierungen künftig nicht nur finanzieren, sondern die Aktionen mitberaten und –entscheiden wollen“⁴¹.

Die Westvermögen-Zuführungsverordnung hat die Einschnitte in die materielle Substanz ostdeutscher Kulturarbeit jedenfalls teilweise kompensiert⁴². Auf der ideellen Ebene sah es aber anders aus. Klar entspannungspolitisch induziert, und nicht wie die Mittelkürzungen für den BdV fiskalisch zu begründen, war die Aufhebung der sogenannten Bezeichnungs- und Kartenrichtlinien durch das Bundeskabinett am 30. Juni 1971. Die Regierung hob damit die vom Minister für gesamtdeutsche Fragen im August 1965 erlassenen und seitdem für alle Bundesbehörden verbindlichen Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands sowie der Demarkationslinien und Ortsbezeichnungen innerhalb Deutschlands auf. Die nunmehr kassierten Kernbestimmungen der Richtlinie hatten gelautet: „Die Bundesrepublik Deutschland setzt – unbeschadet der Tatsache, daß ihre Gebietshoheit gegenwärtig auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt ist – das deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt unter Wahrung seiner rechtlichen Identität fort. [...] Die ostwärts der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete Deutschlands werden als ‚Deutsche Ostgebiete, zur Zeit unter fremder Verwaltung‘, in Kurzform als ‚Deutsche Ostgebiete‘ bezeichnet“⁴³. Und statt das Wort „DDR“ zu schreiben – eine Bezeichnung, die in den Richtlinien selbst ex negativo vermieden wurde – solle von „SBZ“ oder auch von „Mitteldeutschland“ die Rede sein.

Schon kurz nach Aufhebung dieses Erlasses, gegen den polnische Politiker „bei jeder sich bietenden Gelegenheit“⁴⁴ interveniert hatten, richtete die aufgeschreckte Opposition am 27. Juli 1971 eine Kleine Anfrage an die Regierung. Die CDU/CSU-Fraktion beehrte zu erfahren, ob Regierungssprecher Conrad Ahlers die Auffassung der Exekutive wiedergegeben habe, als er sagte, die Anwendung der Richtlinien von 1965 sei infolge der Unterzeichnung der Ostverträge „unsinnig“ geworden. Aus der Antwort Staatssekretär Herolds ging hervor, daß dem tatsächlich so war. Die Regierung erblicke „grundsätzlich in der Festlegung von Bezeichnungen kein geeignetes Mittel der Politik und schon gar nicht einen Ersatz für Politik.“ Dies gelte insbesondere dann, „wenn der Sprachgebrauch weitgehend über diese Festlegungen hinweggegangen“ sei. Insofern habe es das Kabinett als ein „Gebot der praktischen Vernunft“ betrachtet, die Diskrepanz zwischen dem alten amtlichen und dem „allgemeinen Sprachgebrauch in Politik und Publizistik abzubauen“. Keine hinreichende Antwort gab Herold auf eine andere, erinnerungskulturell besonders bedeutsame Frage der Unionsfraktion: Ob denn künftig zur Bezeichnung von Orten in den Oder-Neiße-Gebieten im amtlichen Sprachgebrauch und in amtlichen Urkunden nicht

⁴⁰ Die Brücke, 20. Dezember 1975.

⁴¹ Neue Kommentare, Nr. 5/1976, S. 5.

⁴² An bei der Bundesregierung ungeliebten Einrichtungen wie dem Göttinger Arbeitskreis ging der warme Geldregen aber vorüber. DOD, Nr. 18, 1974, S. 8.

⁴³ Gemeinsames Ministerialblatt, 1965, S. 277.

⁴⁴ Bingen, Die Polenpolitik, S. 185.

mehr, wie 1965 festgelegt, „allein die hergebrachten deutschen Namensformen“ zu verwenden und lediglich in unumgänglichen Fällen in Klammern fremdsprachige Namensformen beizufügen seien; und ob demnach das „Amtliche Gemeinde- und Ortsnamenverzeichnis der deutschen Ostgebiete unter fremder Verwaltung“ nicht mehr gelten solle?⁴⁵ Die statt dessen ausgegebene neue Bonner Richtschnur, von Fall zu Fall zu entscheiden, wie zu verfahren sei, bedeutete gegenüber dem Erlaß von 1965 einen Dammbbruch, der – wie sich zeigen sollte – den in der Gesellschaft ohnehin vorhandenen Strömungen einer Polonisierung bzw. Russifizierung der alten ostdeutschen Ortsbezeichnungen zusätzlichen amtlichen Auftrieb gab. Verschärft wurde das Problem dadurch, daß im Gegenzug z. B. Warschau keineswegs davon Abstand nahm, in den sogenannten „wiedererlangten Gebieten“ Polens die untrüglichen Spuren deutscher Vergangenheit möglichst zu tilgen. Vor allem die deutschen Aufschriften auf Fassaden sowie Straßen- und Firmenschilder waren nach 1945 entfernt, ja sogar Friedhöfe eingeebnet worden. Noch bis 1990 bearbeitete die polnische Botschaft keine Visa-Anträge von Personen, die vor 1945 in den deutschen Ostgebieten geboren worden waren, wenn unter der Rubrik „Geburtsort“ die deutsche Ortsbezeichnung eingetragen stand⁴⁶.

2. Der Bericht des Bundesarchivs zu „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948“ und seine Debatte 1974/75

Bei kaum einem anderen Problem wurden die entspannungspolitischen Rücksichten der Bundesregierung so deutlich wie bei ihrem Umgang mit einer vom Bundesarchiv 1974 endlich fertiggestellten Dokumentation der Vertreibungsverbrechen⁴⁷. Das betreffende Manuskript verdankte sich noch einer Entscheidung der Großen Koalition von Ende Juni 1969. Im Rahmen einer neuerlichen Verjährungsdebatte hatte der Deutsche Bundestag in der zweiten Juniwoche mit großer Mehrheit für die Unverjährbarkeit von Völkermord bei NS-Verbrechen plädiert und damit die latente Unzufriedenheit in den Landsmannschaften über das Fehlen einer Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen erneuert. BdV-Vorsitzender Rehs regte in einem Schreiben an Bundesjustizminister Ehmke (SPD) am 13. Juni einmal mehr eine entsprechende Initiative bei den Landesjustizbehörden an. Zwar versprach sich Ehmke, wie er antwortete, von einem solchen Schritt keinen Erfolg, doch deutete er die Möglichkeit an, die Bundesregierung könne zumindest eine umfassende Dokumentation der Vertreibungsverbrechen unter Federführung des zuständigen Ministeriums erstellen.

Tatsächlich lag eine entsprechende Kabinettsvorlage, die das Bundesarchiv beauftragte, Schieders vorliegende Dokumentation sowie Zehntausende bislang unveröffentlichter Quellen auf kriminelle Tatbestände hin zu untersuchen, seit 1967 in der Schublade. Doch sorgte Außenminister Brandt zunächst dafür, daß sie nicht auf die Tagesordnung kam. Erst jetzt, im März 1969, wurde sie auf Drängen von CDU und CSU dem Kabinett vorge-

⁴⁵ Drucksachen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 27. Juli 1971, Drucksache VI/2466, S. 2; DOD, Nr. 29, 1971, S. 7. Vgl. auch die Berichterstattung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juli 1971.

⁴⁶ Urban, Der Verlust, S. 180 f.

⁴⁷ Hierzu jetzt vor allem Beer, Verschlußsache, sowie den 1989 von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen herausgegebenen Bericht des Bundesarchivs: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen.

legt, scheiterte aber zunächst erneut am Einspruch des Außenministers, der fürchtete, eine Publikation würde im Ausland mißverstanden werden⁴⁸. Seine Monita artikulierte Brandt auch in öffentlicher Sitzung des Bundestages am 25. April 1969: Eine massierte Publizierung des Materials würde eine Diskussion im In- und Ausland provozieren, bei vielen Beteiligten alte Wunden aufreißen und der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik nicht dienen⁴⁹. Der Weg für den Auftrag an das Bundesarchiv, eine Dokumentation zu erstellen, wurde schließlich erst dadurch geebnet, daß das Vorhaben in einer späteren Kabinettsitzung – der letzten der Großen Koalition – außerhalb der Tagesordnung vorgestellt wurde, „wobei das Kabinett das Projekt nur zur Kenntnis nahm“, um eine Abstimmung zu vermeiden⁵⁰. Brandt und die übrigen SPD-Minister stimmten dem Prozedere, das einen entsprechenden Auftrag des Bundesinnenministeriums an das Bundesarchiv ermöglichte, lediglich unter der Maßgabe zu, die Dokumentation nicht zu veröffentlichen, ja sogar den „Beschuß“ selbst geheimzuhalten. Zur Veröffentlichung wurde die Regierung aber noch im Sommer 1969 rasch gezwungen, nachdem der *Bayernkurier* Wind von der Sache bekommen hatte⁵¹.

Obwohl die Vertriebenenverbände in der Folgezeit öfters nach dem Stand der Dinge fragten, „zog sich die Erstellung des Berichts in die Länge“, scheint doch der Innenminister der neuen sozialliberalen Regierung „nicht unbedingt auf die Fertigstellung [...] gedrängt zu haben“⁵². Als die Arbeit des Bundesarchivs nach fünf Jahren endlich abgeschlossen und die neue Ostpolitik weit fortgeschritten war, entspann sich eine heftige Kontroverse um die Frage ihrer Verwertung. Zunächst teilte Innenminister Werner Maihofer (FDP) auf Nachfrage des nunmehrigen stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Windelen im Juli 1974 mit, die Materialsammlung solle nicht veröffentlicht werden, sie sei nur für wissenschaftliche Zwecke und für die Verwendung bei internationalen Verhandlungen vorgesehen. Am 7. August wurde diese Position per Kabinettsbeschuß bestätigt. Infolge mehrerer parlamentarischer Anfragen von Unionspolitikern und der nicht immer ganz klaren Antworten von Regierungsseite kam es zu einem regelrechten Verwirrspiel darum, was unter dem Begriff der „Dokumentation“ denn nun eigentlich zu verstehen sei⁵³: Die 40 000 ausgewerteten Einzelstücke, ihre tabellarische Zusammenfassung in ca. 3 500 Auswertungsbögen oder nur der 60 Seiten umfassende „Bericht“ des Bundesarchivs an die Bundesregierung, von dem es etwa zehn Exemplare gab⁵⁴. Als der amerikanische Völkerrechtler Alfred M. de Zayas, der an der Universität Göttingen zum Thema Vertreibung forschte, am 20. September 1974 beim Bundesarchiv um die Genehmigung zur Ein-

⁴⁸ In jenen Tagen unternahm Klaus Schütz gerade eine ostpolitische „Mission“ nach Warschau. Vgl. DOD, Nr. 25/26, 1969, S. 8; Nr. 21, 1974, S. 2.

⁴⁹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 229. Sitzung, 25. April 1969, S. 12629 f.

⁵⁰ Beer, Verschußsache, S. 386.

⁵¹ Vgl. den Artikel von Heinz Vielain im *Bayernkurier*, 12. Juli 1969.

⁵² Beer, Verschußsache, S. 387.

⁵³ Drucksachen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 30. September 1974, VII/ 2534, S. 2 f. (Anfrage Dr. Hupka); Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 118. Sitzung, 25. September 1974, S. 7908; 7. Wahlperiode, 127. Sitzung, 6. November 1974, S. 8513. Vgl. auch aus BdV-naher Sicht Ahrens, Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung, S. 41, sowie jetzt vor allem Beer, Verschußsache, S. 389 ff.

⁵⁴ Vgl. die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Baum in einer diesbezüglichen Fragestunde. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 118. Sitzung, 25. September 1974, S. 7908 A–C, sowie DOD, Nr. 33, 1974, S. 2.

sichtnahme in die „Dokumentation der bei der Vertreibung an Deutschen begangenen Verbrechen“ nachkam, wurde er abschlägig beschieden: Bei dieser Dokumentation handele es sich „um eine interne Berichterstattung“⁵⁵. Wie der Parlamentarische Staatssekretär Jürgen Schmude im Bundestag erläuterte, habe das Bundesarchiv die Einsichtnahme in den „innerdienstlichen Bericht“, der gewisse „Folgerungen aus der Dokumentation“ enthalte, zu Recht abgelehnt; da dem Wissenschaftler indes „eine bestimmte Auswahl von Erlebnisberichten und Gemeindeschicksalberichten“ zur Verfügung gestellt worden sei – zu denen allerdings nicht die 3 500 Auswertungsbogen zählten –, habe der US-Wissenschaftler „die beim Bundesarchiv entstandene Dokumentation entsprechend der Aussage der Bundesregierung vom 25. September 1974“ einsehen können⁵⁶.

Über die Motivlage der sozialliberalen Regierung für ihr mit den Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit zumindest konfligierendes Verfahren geben verschiedene Äußerungen Auskunft. Innenminister Maihofer legte in der Fernsehendung „Bericht aus Bonn“ am 12. August 1974 Wert auf die Feststellung, daß es sich dabei nicht um eine Frage historischer Wahrheit, „sondern politischer Vernunft“ handele. Eine Veröffentlichung könne „uns allen nur schaden, in unseren Bemühungen [...], in der Entspannungspolitik auch zwischen Ost und West nun Schritt für Schritt voranzukommen und das dort ja noch sehr verhärtete Klima nach und nach aufzulockern“⁵⁷. Maihofers Staatssekretär Gerhart Baum knüpfte an diese ostpolitische Argumentation an, als die CDU/CSU-Fraktion – aus Anlaß des 30. Jahrestages des Kriegsendes im folgenden Jahr – wegen einer Darstellung „aller im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg geschehenen Verbrechen von Deutschen und an Deutschen“ anfragte. Selbst wenn eine derartige Dokumentation nicht schon an der unsicheren Quellenlage und der praktischen Unmöglichkeit scheitern würde, eine solche Vielzahl von Geschehnissen rechtlich zu werten, so Baum, würde die Bundesregierung sie für unzweckmäßig halten, da es sich um eine Verrechnungsbilanz handeln müßte, die zur Aufrechnungsdiskussion führe. Diese aber könne im Grunde von niemandem, besonders von keinem Deutschen gewollt sein. Bei der Verurteilung der Verbrechen sollte nicht übersehen werden, daß der Krieg von einem in unserem Lande zur Herrschaft gelangten Gewaltssystem in die Nachbarländer getragen worden sei. Als Windelen bekräftigte, wie wichtig ein „Weißbuch“ über die Verbrechen von und an Deutschen wäre, damit sich die junge Generation ein sachgerechtes Bild dieser schlimmen Epoche europäischer Geschichte machen könne, versetzte Baum: Die Jugend sei darüber hinreichend informiert⁵⁸.

Die Position der zuständigen FDP-Innenpolitiker wurde vom sozialdemokratischen Teil der Koalition inhaltlich voll mitgetragen. Dies erhellt nicht nur aus dem Kabinettsbeschluß, sondern auch aus anderen Äußerungen von SPD-Seite. So schrieb Carola Stern am 8. August 1974 im Parteiorgan *Vorwärts*: „Wem nützt es, wenn die Dokumentation, deren Nichtveröffentlichung der Minister Windelen 1969 noch zugestimmt hat, nun doch veröffentlicht werden würde? Es nützt den Nazis hierzulande. Auch der Abgeordnete Windelen würde ganz gewiß nicht zu verhindern wissen, daß diejenigen, die am lautesten danach schreien, es solle endlich Schluß sein, Deutsche anzuklagen, sich wie die Geier darauf stür-

⁵⁵ Beer, Verschlußsache, S. 391; DOD, Nr. 33, 1974, S. 2 (Zitat).

⁵⁶ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 127. Sitzung, 6. November 1974, S. 8513.

⁵⁷ Ahrens, Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung, S. 43.

⁵⁸ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 118. Sitzung, 25. September 1974, S. 7906.

zen würden, andere anzuklagen⁵⁹. Letztere Befürchtung war gewiß nicht unbegründet; zu kurz griff aber die Kritik an Windelen, dessen Zustimmung zur Nicht-Veröffentlichung 1969 nur unter dem Druck des sozialdemokratischen Koalitionspartners erfolgt war. Zudem deckte der Beschluß von 1969 kaum die spätere restriktive Praxis gegenüber wissenschaftlichen Benutzern des Bundesarchivs. Daß der Hinweis auf die Entscheidung von 1969 nur eine „formale Argumentation“ war, mit der die sozialliberale Bundesregierung „von ihrem eigentlichen Motiv nicht ablenken konnte“, hat Mathias Beer mit gutem Grund herausgearbeitet: Vielmehr ging es ihr darum, „dem zarten Pflänzchen Ostpolitik zusätzlichen rauhen außenpolitischen Wind“ zu ersparen, während auf der anderen Seite die Opposition „mit allen ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen und publizistischen Mitteln gerade daran“ arbeitete, „den Wind, den sie mit dem Bericht aufzuwirbeln versuchte, in den innenpolitischen Sturm gegen die neue Ostpolitik der Bundesregierung einfließen zu lassen“⁶⁰.

Die Geheimniskrämerei der Bundesregierung empörte nicht nur die Union und die Vertriebenenverbände, sie weckte auch investigativen Ehrgeiz auf journalistischer Seite. Schon Anfang 1975 veröffentlichten die Nachrichtenagenturen ASD und ddp gleichlautende Passagen aus dem „internen Bericht“, ohne daß dies allerdings beim BdV nun Genugtuung ausgelöst hätte. Denn die vom Bundesarchiv ermittelte Zahl von 600 000 Deutschen, die bei der Vertreibung aus dem Osten „völkerrechtswidrigen Verbrechen“ zum Opfer gefallen und umgekommen waren, lag deutlich niedriger als die vom Statistischen Bundesamt 1958 errechnete Ziffer von 2,2 Millionen Toten. Auch wenn man berücksichtigte, daß das Bundesamt nicht nur die Opfer völkerrechtswidriger Verbrechen, sondern auch die Toten des Landkrieges in der Zivilbevölkerung (ohne Luftkriegs- und Wehrmachtssterbefälle) umfaßte, kam die Diskrepanz dem BdV deutlich zu hoch vor, da sich seit 1958 nicht ergeben habe, „daß ein größerer Teil der 1,6 Millionen noch am Leben ist (weder sind sie zusätzlich in der Heimkehrer- oder Aussiedlerstatistik aufgetaucht, noch mußte wegen ihnen die Zahl der in der Heimat zurückgebliebenen erhöht werden)“⁶¹. Dem angesichts dieser unklaren Sachlage nachvollziehbaren Wunsch des BdV an die Bundesregierung, Legenden und Spekulationen vorzubeugen und endlich die Dokumentation zu veröffentlichen, kam Bonn zwar nicht nach, doch erhielt die Öffentlichkeit noch im gleichen Jahr Gelegenheit, sich selbst ein Bild zu machen: Der Journalist Wilfried Ahrens publizierte den internen Bericht des Bundesarchivs im März 1975 in Form eines Raubdruckes – versehen mit einem Vorwort des CSU-Abgeordneten Franz Ludwig Graf Stauffenberg, dem Sohn des Hitler-Attentäters⁶².

Zu den erinnerungspolitischen Ausweichmanövern, die der sozialliberalen Koalition auf der Straße der Entspannung mit den Ostblockstaaten unvermeidlich schienen, gehörte schließlich auch ihr Umgang mit einer möglichen Neuauflage der ersten, in den 1950er Jahren erstellten Vertreibungsdokumentation. Die Bundesregierung, so antwortete Staatssekretär Baum auf eine entsprechende Anfrage im Deutschen Bundestag Anfang 1975,

⁵⁹ Carola Stern, *Auschwitz – keine Teilwahrheit. Windelen und die Dokumentation von Verbrechen an Deutschen*, in: *Vorwärts*, 8. August 1974.

⁶⁰ Beer, *Verschlußsache*, S. 390.

⁶¹ DOD, Nr. 3, 1975, S. 6.

⁶² Ahrens, *Verbrechen an Deutschen (1975)*. Untertitel: *Die Opfer im Osten. Endlich die Wahrheit, die Bonn verschweigt*.

habe dagegen keine grundsätzlichen Bedenken. Es sei aber unklar, ob die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden könnten und ob „ein allgemeines Interesse am Erwerb des Werks vorausgesetzt werden könne“⁶³. Die Frage zu thematisieren, was eigentlich die Bundesregierung zur Förderung dieses Interesses im Sinne des § 96 BVFG beigetragen hatte, indem sie den Bericht des Bundesarchivs als Verschlusssache behandelte, vermied der Staatssekretär wohlweislich.

3. Kleinkrieg um die Erinnerung

Angesichts der vergifteten Atmosphäre zwischen Bundesregierung und BdV wurde es – „zumindest was das offizielle Interesse angeht“⁶⁴ – in dieser Zeit auch stiller um den alljährlichen „Tag der Heimat“, jenes „Schmerzensest“ der Vertriebenen⁶⁵, wie es ihre Gegner nicht ohne Zynismus nannten. Früher, so hieß es in wehmütigen „Gedanken zum Tag der Heimat“ im *Deutschen Ostdienst* 1974, ließen es sich die „höchsten Spitzen von Regierung und Parteien [...] nicht nehmen, bei den großen Veranstaltungen [...] ihre Solidarität mit den Vertriebenen zu bekunden“⁶⁶, wie etwa Bundespräsident Lübke bei der Feier aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Stuttgarter Charta 1960. Anfang 1975 dagegen mußte der BdV das „Vertreibungsgedenkjahr“ mit Veranstaltungen in Lübeck und Laboe (zur Rettung über See) eröffnen, ohne daß die Bundesregierung, anders noch als vor zehn Jahren aus gleichem Anlaß an gleichem Ort, vertreten gewesen wäre. Statt dessen erinnerte der CDU-Politiker Gerhard Stoltenberg, „als Ministerpräsident des ehemaligen ‚Vertriebenenlandes Nr. 1‘“, an die Ereignisse vor 30 Jahren⁶⁷. Das innerdeutsche Ministerium hatte selbst einen Zuschuß zu den Kosten des ökumenischen Gottesdienstes in der Lübecker Marienkirche abgelehnt und konterkarierte damit die vor allem vom Innenministerium ausgehenden Bemühungen um Deeskalation.

Im Herbst 1975 – es ging wieder auf Bundestagswahlen zu und 1972 hatten bekanntlich auch Millionen Heimatvertriebene der SPD ihre Stimme gegeben⁶⁸ – lockerte sich die Atmosphäre insgesamt wieder etwas auf. Prominente Persönlichkeiten von SPD und FDP nahmen an einer großen Charta-Feier in Stuttgart teil⁶⁹. Bundespräsident Walter Scheel besuchte bald darauf das Egerland-Haus in Marktredwitz – „der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes bei den Sudetendeutschen in der Bundesrepublik“ – und wünschte „weiterhin viel Erfolg zu ihrer Arbeit, zur Erhaltung des deutschen Kulturgutes und der Pflege ihres Heimatbewußtseins“⁷⁰. Doch wollte sich die Nachdrücklichkeit, mit welcher der Staat die Interessen der Vertriebenen lange unterstützt hatte bzw. unterstützt zu haben schien, fürderhin nicht mehr einstellen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Bundesregierung und Vertriebenenverbänden war bis auf weiteres irreparabel beschädigt.

⁶³ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, 148. Sitzung, 19. Februar 1975, S. 10268.

⁶⁴ DOD, Nr. 20, 1974, S. 1.

⁶⁵ Hentschel, Ludwig Erhard, S. 363.

⁶⁶ DOD, Nr. 20, 1974, S. 1.

⁶⁷ DOD, Nr. 6, 1975, S. 1.

⁶⁸ Der DOD sprach von zweieinhalb Millionen und wies drohend darauf hin, was es bedeuten würde, wenn auch nur 20% davon 1976 anders votierten. DOD, Nr. 24, 1974, S. 3.

⁶⁹ DOD, Nr. 19, 1975, S. 1.

⁷⁰ Neue Kommentare, Nr. 15/1976, S. 2.

Wie sehr auf der einen Seite die Sensibilität für das ostdeutsche Kulturerbe unter der Entspannungspolitik gelitten hatte und wie groß auf der anderen, landsmannschaftlichen Seite die Empfindlichkeiten geworden waren, zeigte sich auf einer ganzen Reihe kleinerer und mittelgroßer Konfliktfelder zwischen Bundesregierung und Vertriebenenverbänden. Bei der Eröffnung des Europäischen Denkmalschutzjahres im Januar 1975 in Bonn etwa verzichtete ausgerechnet Bundesinnenminister Maihofer, der laut Czaja durchaus ein „Herz“ für die Anliegen des BdV hatte⁷¹, in seiner Festrede darauf, auch nur „mit einem Worte [...] das Schicksal der durch Krieg und Okkupation verwüsteten mittel- und ostdeutschen Kulturlandschaften“ und die – wie es der BdV formulierte – „anhaltende Veruntreuung“ der „zumindest im Bewußtsein zum deutschen Kulturbesitz“ gehörenden Denkmale in Görlitz, Neiße, Breslau, Elbing, Heilsberg und Königsberg „durch die Okkupanten“ in Erinnerung zu rufen. Daß der kraft § 96 BVFG „dazu in erster Linie berufene Bundesinnenminister“ diese Unterlassung begangen hatte, wurde als kennzeichnend für eine „geradezu bestürzende Bewußtseinslücke“ kritisiert. Polen habe zwar in Breslau, Danzig und Stettin „beispielhafte Wiederaufbauarbeit im traditionellen deutschen Stil geleistet“; aber eben nur an diesen Hauptblickpunkten, ansonsten biete die „bauliche Kulturlandschaft des deutschen Ostens [...] immer noch einen sehr traurigen Anblick“. Das Rathaus in Neiße, dem „schlesischen Rom“, das Eichendorff-Schloß Lubowitz oder die gotische Hallenkirche im ostpreußischen Braunsberg vergammelten oder seien Schutthaufen⁷². Daß die Bundesregierung schlecht beraten war, die Vertriebenen beim Denkmalschutzjahr nicht stärker einzubinden, erhellte aus dem mit der Kritik verbundenen, durchaus konstruktiven Vorschlag des BdV, im Rahmen der geplanten Kulturabkommen mit Polen und der CSSR auch über finanzielle Wiederaufbauhilfen im Rahmen eines kulturellen „Marshall-Planes“ zu reden. Hätte der Innenminister also nicht auch des ostdeutschen Kulturerbes gedenken können, ohne dabei von den Ostverträgen abzurücken?

Wer schon immer die Vermutung hatte, hinter der sozialliberalen Ostpolitik stecke teilweise auch eine aus Unwissenheit oder Halbwissen resultierende Distanz zur ostdeutschen Geschichte, fühlte sich bestätigt, als der Hamburger Abgeordnete und Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Fernsehdiskussion am 30. August 1979 wörtlich sagte: „Wenn man ein bißchen in der Geschichte zurückdenkt oder sich orientiert, wie es damals war – 20, 30, 100 oder 200 Jahre – dann gibt es Gebiete, da haben nacheinander Wenden und andere slawische Völker, dann Polen, Russen, dann deutsche Ritter, dann wieder Polen gesiedelt – ein ewiges Hin- und Hergeschiebe. Um Gottes Willen, laßt uns da nicht wieder anfangen“⁷³. So recht der Kanzler mit seinem Plädoyer gegen neuerliche Bevölkerungsverschiebungen an der deutsch-slawischen Grenze natürlich hatte – umfassende Kenntnis der Geschichte der deutschen Ostgebiete und Sensibilität gegenüber

⁷¹ Czaja, Unterwegs, S. 568.

⁷² DOD, Nr. 2, 1975, S. 8.

⁷³ Verhandlungen des deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 172. Sitzung, 20. September 1979, S. 13677. Vgl. auch Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 257. Wie der spätere Streit um Schmidts Äußerung deutlich machte, hatte der Kanzler bei seinem merkwürdigen Hinweis auf die Russen auch nicht an die etwa 1 000 orthodoxen „Altgläubigen“ gedacht, die wegen ihres Bekenntnisses in Rußland Verfolgungen ausgesetzt waren und nach 1830 in Ostpreußen einwanderten, um dort in den Forsten der Johannisburger Heide die letzten unwirtlichen Waldregionen Masurens urbar zu machen.

den dort in sieben Jahrhunderten erbrachten Kulturleistungen schien aus seinen Äußerungen nicht gerade zu sprechen⁷⁴.

Auf das Ersuchen des CSU-Abgeordneten Carl-Dieter Spranger an die Bundesregierung hin, eine Interpretation des umstrittenen Passus vorzunehmen, konterte der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jürgen Wischnewski, eine Fernsehsendung sei „kein historisches Seminar“. Der Kanzler wisse genau, daß deutsche Siedler seit dem 12. Jahrhundert diese Gebiete „entscheidend geprägt“ hätten. Auf Sprangers Zusatzfrage, wann und wo es das „von der Geschichtswissenschaft bisher nicht entdeckte, aber vom Bundeskanzler behauptete Hin- und Hergeschiebe“ von Volksgruppen und Volksteilen gegeben habe, wenn man von den Vertreibungen in der Zeit der beiden Weltkriege absehe, erwiderte Wischnewski: „Wir haben hier keine Geschichtsstunde“, um auf eine weitere Frage nach der vom Kanzler mit dieser Passage verfolgten Tendenz zu antworten: „Die ganze Fernsehveranstaltung war der Politik der Erhaltung des Friedens und des friedlichen Zusammenlebens mit dem polnischen Volk gewidmet.“⁷⁵

Fast schon burleske Züge nahm die Debatte im Bundestag an, als Hupka nachbohrte, wo denn bei „diesem Hin- und Hergeschiebe“ in Ostdeutschland „die Russen an der Reihe“ gewesen seien. Wischnewski wies die Frage zurück: Der Bundeskanzler habe nicht gesagt, daß die Russen in Ostdeutschland gesiedelt hätten. Als Hupka dann insistierte, der Kanzler habe „die Ritter, die Polen, die Russen und die Wenden genannt“, also müßten „doch nach dem Geschichtsverständnis des Kanzlers die Russen mal dort gewohnt haben“⁷⁶, fuhr der sonst so besonnene Wischnewski aus der Haut, wiederholte, Schmidt habe in diesem Zusammenhang die Russen gar nicht genannt und beleidigte Hupka, dessen oberschlesische Eltern im August 1914 auf einer Reise nach Tsingtau⁷⁷ von den Engländern aufgegriffen und in Ceylon interniert worden waren, mit den Worten: „Und was das Hin- und Hergeschiebe betrifft. Das kennt man doch. Da ist einer in Ceylon geboren, und hinterher ist er Vorsitzender der Schlesier“. Der Hinweis auf Hupkas ceylonischen Geburtsort war im übrigen auch insofern recht unglücklich, als Hupkas Vater nach der Internierung 1919 auf dem Heimtransport in einem völlig überfüllten britischen Dampfer an Lungenpest gestorben war⁷⁸.

Die Äußerungen des manchmal bekanntlich salopp formulierenden Kanzlers, der ansonsten aber dafür hielt, Breslau und Danzig auch nach den Ostverträgen weiterhin mit ihren deutschen Namen nennen zu dürfen⁷⁹, wären wohl nicht so auf die Goldwaage gelegt worden, wenn die Bundesregierung in wichtigen erinnerungskulturellen Symbol-

⁷⁴ Vielleicht ist die Aussage aber auch damit zu erklären, daß Schmidt wohl aufgrund von Erlebnissen während eines Polen-Besuches 1966 eine „tiefe Zuneigung und Interesse an diesem gequälten Volk und Land“ (Bingen, Die Polenpolitik, S. 165) empfand, die er seiner wie immer gearteten Empathie für die deutschen Vertriebenen aus außenpolitischen Gründen überordnete. Schmidts Umgang mit ostmitteleuropäischer Geschichte hatte in diesem Jahr auch die Kritik seines Parteifreundes Jaksch herausgefordert, als Schmidt vom „tschechoslowakischen Volk“ sprach, ohne die tschechische und slowakische Ethnie voneinander zu trennen. Soell, Helmut Schmidt, S. 528.

⁷⁵ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 172. Sitzung, 20. September 1979, S. 13677.
⁷⁶ Ebd., S. 13678.

⁷⁷ Dorthin hatte der Vater Hupkas einen Ruf an die „Deutsch-Chinesische Hochschule“ erhalten.

⁷⁸ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 172. Sitzung, 20. September 1979, S. 13678. Vgl. auch Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 257, S. 14, sowie – zur „CDU-Geschichtsstunde für Schmidt“ – Süddeutsche Zeitung, 25. September 1979.

⁷⁹ DOD, Nr. 3, 1979, S. 3.

fragen wie den Bezeichnungsrichtlinien und der Vertreibungsdokumentation oder vor allem auch den Schulbuchempfehlungen nicht eine so umstrittene Position bezogen hätte⁸⁰. Denn in die im Kontext des Warschauer Vertrages gegründete deutsch-polnische Schulbuchkommission waren zwar dank des Leiters der federführenden deutschen Unesco-Kommission Georg Eckert (vom Braunschweiger Institut für internationale Schulbuchforschung) auch Historiker und Geographen berufen worden, die – anders als das SPD-Mitglied Eckert – den Koalitionsparteien weder angehörten noch nahestanden; doch die Delegation des von einer kommunistischen Diktatur regierten Polen trat naturgemäß wesentlich geschlossener auf, und selbst ein so fundierter Kritiker der neuen Ostpolitik wie Gotthold Rhode konnte sich der kollegialen Gruppendynamik der Kommission nicht ganz entziehen⁸¹. Statt dessen betonte er stark das Moment des Dialoges, weil „für geistesgestört erklärt worden wäre“, wer 1945 vorausgesagt hätte, daß polnische und deutsche Historiker der Kriegsgeneration „zwar hart, aber sachlich und höflich-kollegial in Warschau in deutscher Sprache“ über die Schulbücher beider Länder sprechen würden⁸².

So zutreffend dies war und so sehr die Arbeit der Kommission prinzipiell in die Zukunft wies, so problematisch blieb es doch, daß ausgesprochen polnisch-nationale Sichtweisen des öfteren akzeptiert und für die Verwendung in den Geschichts- und Geographiebüchern beider Länder historisch teilweise recht fragwürdige Empfehlungen abgegeben wurden. Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter sparte man weitgehend aus⁸³. Von einer „Vertreibung“ der Deutschen war im Kapitel über „Bevölkerungsverschiebungen“ nach 1945 nicht die Rede⁸⁴, vielmehr davon, die Deutschen seien „ausgewiesen“ bzw. im Rahmen des – 1945 so genannten – interalliierten Transferabkommens „zwangsumgesiedelt“ worden. Tatsächlich aber hatte ein „Transfer“ im Sinne der Potsdamer Beschlüsse („in humaner und geordneter Weise“) nie stattgefunden. Nun ließ sich dies – mit Rhode – als historisches Zitat aus den Beschlüssen verstehen; aber es hätte dann konsequenterweise mit Anführungszeichen kenntlich gemacht werden müssen, so wie es mit dem von polnischer Seite nicht akzeptierten Begriff „Heimatvertriebene“ wenige Sätze später in den Empfehlungen auch geschah⁸⁵. „Wer selbst im zugigen Güterwagen hin- und hergeschoben wurde oder im Planwegen mühselig den Westen erreichte“, so kommentierte Helmut Herles in der *Frankfurter Allgemeinen*, „kann sich mit der semantischen Kosmetik nicht begnügen“⁸⁶. Hinzu kam, daß die bereits vor dem Potsdamer Protokoll einsetzende wilde Vertreibung

⁸⁰ Vgl. Empfehlungen für Schulbücher; Jakobmeyer, Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion.

⁸¹ Hierzu sehr instruktiv der große Aufsatz Rhodes in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 31. Januar 1977.

⁸² Hackmann, Vergangenheitspolitik, S. 319.

⁸³ So Urban, Die Vertreibung, S. 172. Auf einer halben Seite hieß es dazu u. a., die Zahl der deutschen Siedler und ihr Anteil an der wirtschaftlich-sozialen Umwandlung „der westslawischen Länder“ lasse sich „nicht vollständig klären“. Empfehlungen für Schulbücher, S. 15.

⁸⁴ Daß letztlich keine der Alternativen zum Begriff „Vertreibung“ wissenschaftlich überzeugt, hat in jüngerer Zeit auch Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 96–100, noch einmal überzeugend nachgewiesen. Dennoch meint er, es sei in den 1970er Jahren „sinnvoll“ gewesen, mittels anderer, problematischer Termini „zu einer Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses beizutragen“ (S. 98).

⁸⁵ Vgl. den Leserbrief von Josef Joachim Menzel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 8. Oktober 1979 („Verharmlosende Terminologie“) sowie dessen Aufsatz: Friedenspädagogik oder Wahrheitspädagogik?; als Replik auf Menzel: Jeismann, Zur Problematik der Kritik internationaler Schulbuchempfehlungen.

⁸⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. Juni 1976.

ebenso unerwähnt blieb wie die inhumane Durchführung der Zwangsaussiedlung in der Folgezeit. Während die Verbrechen der Nationalsozialisten umfassend dargestellt wurden, hieß es zum Thema Vertreibung lapidar, die deutsche Bevölkerung sei „unter großen Verlusten“ geflüchtet. Anders auch als von den „Inkonsequenzen bei der [...] gerichtlichen Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen“ in der Bundesrepublik war von der völlig ausbleibenden Ahndung der Vertreibungsverbrechen in den Ostblockstaaten nicht einmal andeutungsweise die Rede⁸⁷.

Obwohl die Bundesregierung auf schulpolitischem Feld keine unmittelbare Zuständigkeit hatte, setzte sie sich doch stets, seit 1976 auf der Grundlage eines deutsch-polnischen Kulturabkommens, mehrfach mit Nachdruck dafür ein, die Vorschläge der Schulbuchkommission in den Lehrbüchern zu berücksichtigen. So bat Kanzler Schmidt bei einem Treffen mit den Ministerpräsidenten der Länder im Februar 1977, an der Erfüllung der Empfehlungen mitzuwirken⁸⁸. Die Bundeszentrale für politische Bildung sollte den Text der Empfehlungen, begleitet mit je einem Kommentar des deutschen und des polnischen Delegationsleiters, in der Beilage zum *Parlament* in einer Auflage von über 100 000 Exemplaren herausbringen und so vor allem auch an die Schulen verteilen. In den ersten Tagen des Jahres 1977 bekam indes der Generalsekretär des BdV „auf eine [...] nicht näher preisgebende Weise“ Wind von den Planungen und schlug Alarm. So wurde die Verwirklichung der ursprünglichen Konzeption durch den „massiven Einsatz“ der Abgeordneten Czaja, Hupka und einiger Verbündeter – u.a schrieb der hessische CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger einen Protestbrief an den für die Bundeszentrale zuständigen Innenminister Maihofer – verhindert bzw. erreicht, daß zumindest auch zwei kritische Aufsätze in das im November 1977 erscheinende Heft aufgenommen wurden⁸⁹.

Ein Jahr später aber, Ende 1978, deckte die Bundesregierung eine Entscheidung des Direktoriums der Bundeszentrale für politische Bildung, die von den Professoren Josef J. Menzel und Wolfgang Stribrny sowie dem Studiendirektor Eberhard Völker ausgearbeiteten „Alternativempfehlungen“⁹⁰ in der Beilage zum *Parlament* nicht abzdrukken. Diese wurden der ostdeutschen Geschichte zwar in vielen Punkten gerechter, doch das Direktorium der Bundeszentrale hatte, wie Staatssekretär Andreas von Schoeler in einer parlamentarischen Fragestunde ausführte, „eine Störung der deutsch-polnischen Beziehungen“ befürchtet und die bereits druckreif gemachten Manuskripte für die weit verbreitete Zeitschrift in letzter Minute gestoppt⁹¹. Wie sich später herausstellte, hatte auch der polnische Botschafter in der Sache beim Auswärtigen Amt interveniert⁹².

⁸⁷ Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, S. 109, 111. Vgl. auch einen FAZ-Kommentar, in dem es hieß, daß in einem Volk, in dem die Erinnerung an die Vertreibung noch lebendig ist, „eine einfache Umtaufe von Vorgängen nicht hingenommen wird“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juni 1976, S. 1.

⁸⁸ Die Welt, 23. Februar 1977; vgl. auch die Antwort des Staatsministers von Dohnanyi auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Walther Ludwig. Verhandlungen des deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 173. Sitzung, 21. September 1979, S. 13769 f.

⁸⁹ Bund der Vertriebenen (Parplies) an die Mitglieder des Präsidiums, 9. Dezember 1977, in: BAK B 234, Nr. 99.

⁹⁰ Vgl. hierzu Menzel/Stribrny/Völker, Alternativempfehlungen.

⁹¹ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 124. Sitzung, 13. Dezember 1978, S. 9674 ff. Vgl. auch DOD, Nr. 26, 1978, S. 8.

⁹² Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, S. 91, 94.

Im Bundeshaus und anderen Einrichtungen und Unternehmen des Bundes war das Spannungsverhältnis zwischen neuer Ostpolitik und Erinnerungskultur ebenfalls immer wieder zu beobachten. So wandte sich Anfang November 1973 Claus Lutterbeck im *Vorwärts* gegen ein, wie er es nannte, „erstaunliches kartographisches Fossil“: die zwei mal zwei Meter große Wandkarte im Erdgeschoßflügel des Deutschen Bundestages, die Parlamentariern und Besuchern ein „von Tilsit bis Aachen, von Gleiwitz bis Westerland“ reichendes, nur durch dünne rote Linien geteiltes Deutschland in den Grenzen von 1937 vorführte. Lutterbeck hätte ein derart „vergilbte(s) Werk aus dem Braunschweiger Verlag Georg Westermann“ zwar „in einer bayerischen Dorfschule“ als nicht weiter verwunderlich empfunden, hielt es aber ausgerechnet an dem Ort, wo die Ostverträge beschlossen worden waren, für eine „Zumutung“⁹³. Auf sozialdemokratischen Druck hin sah sich Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) wenige Wochen später veranlaßt, per Verwaltungsanordnung die Verbannung des Objekts aus den Fluren ins Archiv des Parlaments zu verfügen. Kritikern gegenüber berief sie sich auf die kontroversen Auffassungen hierzu in der Presse wie im Bundestag selbst, die es ihr geraten erscheinen ließen, „aus Gründen der Ordnung im Hause“ die Abnahme der Deutschland-Karte anzuordnen⁹⁴. Außer in der Vertriebenenpresse und im *Bayernkurier*, der von mieser Anpassung sprach und in dem Vorgang einen Verstoß gegen das Karlsruher Urteil zum Grundlagenvertrag sah⁹⁵, regte sich in der öffentlichen Meinung aber kein großer Protest mehr gegen das Abhängen der Deutschland-Karte mit den Oder-Neiße-Gebieten⁹⁶.

Die Bundesbahn hatte schon 1971 dekretiert, daß die Sonderzüge zum Deutschlandtreffen der Schlesier in München keine Namen schlesischer Städte mehr tragen und daß in den Bahnhöfen keine Plakate mehr mit dem Motto „Heimat in Freiheit“ und dem Kopf Gerhart Hauptmanns aushängen durften. Auf Dringlichkeitsanfrage des CDU-Abgeordneten Clemens Riedel gab der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, zur Antwort, die Bundesregierung vermöge die Dispositionen der Bundesbahn nicht zu beeinflussen; sie billige aber die Anweisung, nur politisch neutrale Werbung zuzulassen. Walter Becher reagierte darauf mit Ironie: Ob die Bundesregierung nicht im Rahmen ihrer politischen Obsorge für die Deutsche Bundesbahn eine Liste deutscher Städte- und Dichternamen veröffentlichen könne, die in der Bundesrepublik noch genannt werden dürften⁹⁷. Einen Schritt weiter ging die Bundesbahn mit ihrem neuen Kursbuch für 1975/76, das die Städte in den Oder-/Neiße-Gebieten mit polnischem Namen aufführte und die deutschen nur noch in Klammern hinzusetzte. Der Bundesverkehrsminister begründete dies mit „den praktischen Bedürfnissen der deutschen und ausländi-

⁹³ *Vorwärts*, 1. November 1973 („Alles in Grenzen“).

⁹⁴ DOD, Nr. 31, 1973, S. 2, Nr. 36, 1973, S. 4 f.

⁹⁵ *Bayernkurier*, 15. Dezember 1973.

⁹⁶ Lediglich in den Vertriebenenverbänden wollte sich der Protest gegen diese Maßnahme nicht legen. Nach einem Referat des Lüneburger CDU-Ratsherrn und stellvertretenden Sprechers der Pommerischen Landsmannschaft, Dieter Radau, auf einer Landesdelegiertenversammlung in Nordrhein-Westfalen wurde beschlossen, den neuen Bundestagspräsidenten Karl Carstens (CDU) in einem Schreiben zu bitten, „die Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937 wieder im Bundestag anzubringen“. *Neue Kommentare*, Nr. 8/1977, S. 3.

⁹⁷ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 132. Sitzung, 25. Juni 1971, S. 7705f.; DOD, Nr. 25, 1971, S. 6; zum entscheidenden Einfluß des Bundesverkehrsministers auf die Bahn siehe Schulz, *Die Deutsche Bundesbahn*, S. 322 ff.

schen Reisenden“⁹⁸. In dieselbe Richtung marschierte die politische Führung der Bundeswehr, als sie im Sommer 1975 ihr Liederbuch von politisch und gesellschaftlich, wie es hieß, nicht mehr tragbaren ostdeutschen Stücken säuberte (Schlesierlied⁹⁹, Kleines Märkerlied) und statt dessen u. a. das russische „Kalinka“ und das einschlägig bekannte „Polenmädchen“ neu aufnahm¹⁰⁰.

Trotz derartiger Traditionserlasse von oben blieb die Truppe auch noch Mitte und Ende der 1970er Jahre eines der gesellschaftlichen Rückzugsgebiete für stärkere Bindungen an den alten deutschen Osten. Wenige Monate nach dem Kalinka-Ukas übernahm z. B. die Bundeswehr-Panzerbrigade 36 Bad Mergentheim die Tradition des ehemals in Marienburg a. d. Nogat in Westpreußen stationierten königlich-preußischen Deutsch-Ordens-Infanterie-Regiments Nr. 152. Über die Feierstunde, an der neben dem Oberbürgermeister und lokalen Honoratioren der Kommandeur der Panzer-Brigade nebst Offizierskorps sowie Vertreter der Traditionsgemeinschaft des Reg. 152 und führende Vertreter der Landsmannschaft Westpreußen teilnahmen, hieß es in der Vertriebenenpresse: „Da diese Brigade am ehemaligen westdeutschen Sitz des Hochmeisters des deutschen Ordens und zudem sogar in der ‚Deutsch-Ordens-Kaserne‘ stationiert ist und im Wappen das Hochmeisterkreuz in Verbindung mit dem Divisionsabzeichen führt, erfahren sowohl die militärische als auch die ordensgeschichtliche Tradition des alten westpreußischen Regiments eine Fortsetzung – eine im doppelten Sinne gute Lösung“¹⁰¹.

Bad Mergentheim war keineswegs ein Einzelfall, wie etwa das Jahrestreffen der „Traditionsgemeinschaft ehemaliger Pommerscher Pioniere“ im November 1976 in Lübeck zeigte. Zum Auftakt traf man sich mit Angehörigen aller Dienstgrade des Traditions- und Patenschaftsbataillons des schweren Pionierbataillons 620, Schleswig, und des leichten Pionierbataillons 610, Lübeck, in den Räumen der Handwerkskammer, um sich dort u. a. einen Bundeswehrfilm über den Stand der heutigen Pioniertechnik sowie eine Dokumentation über das alte Stettin als Garnisonsstadt anzusehen. Anschließend gab es einen Empfang für die pommerschen Pioniere in der Trave-Kaserne, wobei das Musikkorps 6 der Bundeswehr aus Hamburg zum Platzkonzert aufspielte¹⁰². Auch bei einer Veranstaltung der Landsmannschaft Ostpreußen im Göttinger Rosengarten am Ehrenmal für die Opfer der Göttinger Garnisonsregimenter sowie sämtlicher „in Ostpreußen stationierten Truppen des Heeres, der Luftwaffe und der Marine“ stellte die örtliche Bundeswehr-Jägerbrigade 4 einen Ehrenzug und Doppelposten¹⁰³. In der Regel fanden diese Verbindungen zwischen Truppe und altem deutschen Osten höchstens auf der äußersten Linken Kritik, es sei denn, eine Bundeswehrkompanie überschritt – wie 1978 in Sendenhorst (Westfalen) – allzu deutlich die Grenze zwischen Traditionspflege und Tagespolitik, indem sie einer Patengemeinde zur Ausschmückung der Grundschule eine auf Holz aufgezogene Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937 schenkte und damit nicht nur die örtlichen Jungsozialisten, sondern auch den SPD-Kultusminis-

⁹⁸ DOD, Nr. 26, 1975, S. 11.

⁹⁹ Im Schlesierlied heißt es u. a.: „Kehr ich einst zur Heimat wieder/früh am morgen, wenn die Sonn' aufgeht [...] Mein Schlesierland, mein Schlesierland/Wir sehen uns wieder am Oderstrand.“

¹⁰⁰ Die Welt, 2. Juli 1975.

¹⁰¹ Der Westpreuße, 6. März 1976.

¹⁰² Pommersche Zeitung, 20. November 1976.

¹⁰³ Neue Kommentare, Nr. 8/1978, S. 5 f.

ter alarmierte¹⁰⁴. Ob die auffällig intensiven Verbindungen zwischen Bundeswehr und altem deutschen Osten vor allem auch personelle Gründe hatten – man denke nur daran, daß etwa Brigadegeneral a. D. Odo Ratzka im Frühjahr 1978 von der Landsmannschaft Westpreußen zum neuen Bundessprecher gewählt wurde¹⁰⁵ – bedarf ebenso noch weiterer Forschung wie die Frage, in welchem Verhältnis dabei erinnerungskulturelle und revisionistische Motive standen¹⁰⁶.

¹⁰⁴ Durch die Karte, so Girgensohn, werde nicht nur ein Rechtsstandpunkt festgehalten, vielmehr sei „ein aggressiver Zug [...] unverkennbar [...] Aus diesem Grunde hat eine solche Darstellung in einer Schule keinen Platz.“ Neue Kommentare, Nr. 4/1978, S. 5.

¹⁰⁵ Neue Kommentare Nr. 7/1978, S. 8. Zum Wirken Ratzkas vgl. auch Blumenwitz/Gornig/Murswiek, Nachruf.

¹⁰⁶ Ratzka führte etwa auf der Hauptkundgebung seines Verbandes am 4. Juni 1978 aus: „Unsere Heimat Westpreußen ist uns Erinnerung und Verpflichtung zugleich“. Neue Kommentare Nr. 7/1978, S. 8. Auf Bemühungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Ostkunde, mit der Bundeswehr in Sachen „gesamtdeutscher Erziehung“ zusammenzuarbeiten, verweist Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 155.

IX. Zwischen „neuer Ostpolitik“ und altostdeutscher Kulturpflege: Ambivalenzen der Erinnerungskultur in Ländern und Kommunen während der 1970er Jahre

Nach Abschluß des Warschauer Vertrages gewann die schon in den 1960er Jahren vernehmbare Kritik an den alten Ostkunderichtlinien in der westdeutschen Öffentlichkeit – auch unter dem Einfluß polnischer Pressestimmen – sprunghaft an Bedeutung¹. Man konnte ja, wie der Historiker Imanuel Geiss in einer Zeitschrift der Evangelischen Akademie Berlin schrieb, „schlecht auf Regierungsebene die Oder-Neiße-Grenze faktisch anerkennen“ und gleichzeitig die „hoffnungslos antiquierte Sprachregelung in Schulbüchern, Atlanten und Landkarten“ beibehalten. Die „von vornherein falsche und schädliche Ostkundeempfehlung der Kultusminister aus dem Jahr 1956 [...] wäre Kandidat Nr. 1 für die notwendige Entrümpelungsaktion.“² Geiss gehörte einem Arbeitskreis für Schulbuchanalyse an, der aus einem Seminar der Evangelischen Akademie Berlin im Rahmen der polnischen Wochen Ende November 1969 zum Thema „Polen im Unterricht“ hervorgegangen war. Leiter der Akademie war seit Oktober 1969 der im schlesischen Waldeshut geborene Günther Berndt, der vorher als Landesjugendpfarrer der Braunschweigischen Landeskirche gearbeitet hatte.

Berndt brachte im Sommer 1971 zusammen mit dem ebenfalls aus den Oder-Neiße-Gebieten stammenden, durch Ausstellungen über „Ungesühnte Nazijustiz“ bekannten Reinhard Strecker eine Streitschrift in der Reihe rororo-aktuell auf den Markt: „Polen ein Schauermärchen oder Gehirnwäsche für Generationen“³. Dem Tenor der Broschüre zufolge, an der neben den Herausgebern vor allem ältere Semester der FU Berlin mitgearbeitet hatten, war die Ostkunde „der gleiche Nationalsozialismus [...], der zwei Weltkriege provozierte“⁴. Zur bekannten Kritik an der Biographie der „völkischen Erziehungsspezialisten“⁵ von der Bundesarbeitsgemeinschaft Ostkunde und an den europäischen Visionen ihres einstigen Vorsitzenden Lehmann, zu denen Vizekanzler Mende schon 1965 im Bundestag Stellung genommen hatte⁶, gesellten sich Vorwürfe gegen nach wie vor aktuelle Schulbücher, wie etwa ein „Übungsbuch für den Rechenunterricht“ der sechsten Klassen, das die Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Linie betonte und danach fragte, wie viele Menschen von den in Ostdeutschland erzeugten Lebensmittelüberschüssen ernährt werden könnten⁷. Neben der ersatzlosen Abschaffung der alten Ostkunderichtlinien forderte das „Autorenkollektiv“⁸ um den politisierenden Pfarrer im marxistischen Duktus die Aufgabe der „weitverbreitete[n] Totalitarismuskonzeption“⁹, die unverzügliche Vorbereitung einer deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz sowie die Streichung von Subventionen für ost-

¹ Zur Kritik der alten Ostkunde als „Pädagogik des Kalten Krieges“ vgl. die Dissertation von Meinhardt, *Deutsche Ostkunde*.

² Geiss, „Nach Warschau – Ratifizierung auch auf gesellschaftlicher Ebene“, S. 1.

³ Berndt/Strecker, *Polen ein Schauermärchen*; zur Biographie der Herausgeber ebd., S. 141.

⁴ So die tendenziell zutreffende Charakterisierung des Buches durch den DOD, Nr. 31, 1971, S. 10.

⁵ Strecker, *Gehirnwäsche für Generationen*, S. 49.

⁶ Ebd., S. 50 f.

⁷ Das Buch war 1968 in zweiter Auflage erschienen. Ebd., S. 52.

⁸ Vgl. das Vorwort der Herausgeber: Berndt/Strecker, *Polen ein Schauermärchen*, S. 7.

⁹ Berndt, *Polen ein Schauermärchen – Das Polenbild der Deutschen*, S. 10

kundliche Einrichtungen wie den Göttinger Arbeitskreis, der „mit Fälschungen Volksverhetzung“ und „Gehirnwäsche“¹⁰ betreibe. In einem Vermerk für Bundesinnenminister Genscher bewertete der Leiter der Vertriebenenabteilung die Arbeit der Evangelischen Akademie aber nicht nur wegen ihrer polemischen Art sehr kritisch. Schon deren Schulbuchresolution von Ende 1969, so hieß es vielmehr, berücksichtige „sehr einseitig polnische Interessen und politische Forderungen“, ja einige Passagen stimmten „fast wörtlich mit bekannten Formulierungen von polnischer Seite überein“¹¹.

Indessen wurde die vom Leiter der Evangelischen Akademie Berlin geübte Kritik an den alten „Bezeichnungsrichtlinien“ der Bundesregierung, die sich seines Erachtens in einen Kodex von antipolnischer „Ignoranz und Verachtung“ einreihen¹², auch vom Verband der Kartographischen Verlage und Institute in Frankfurt geteilt. Dieser gab sogar schon im Januar 1970, die Ostverträge antizipierend, gemeinsam mit dem Verband der Schulbuchverlage e.V. Frankfurt eigene „Bezeichnungsempfehlungen“ heraus, die sich über die Richtlinien des Gesamtdeutschen Ministeriums von 1961 und 1965 hinwegsetzten¹³. Seitens der Schulbuchverlage gab es aber auch Bemühungen, sich gegen die wiederholte Kritik an ihren Büchern, die dem „Verständigungsgedanken zwischen Polen und Deutschen“ sehr wohl Rechnung trügen, zur Wehr zu setzen¹⁴. Da auch mehrere Sendungen in ARD und ZDF („Rübezahl versteht kein Polnisch“¹⁵) die Öffentlichkeit aufrüttelten, reagierte die Kultusministerkonferenz und ersuchte ihren Schulausschuß um eine Neufassung der Ostkunde-Empfehlungen.

Allerdings kam der mit einem Gutachten beauftragte Eugen Lemberg zu neuen Empfehlungen, die den sozialliberalen Ländern nicht fortschrittlich genug, den unionsgeführten dagegen schon zu fortschrittlich dünkten. Da die KMK nur einstimmige Beschlüsse fassen kann, dauerte es dann drei Jahre, bis am 26. Juni 1973 eine Kompromißregelung gefunden worden war¹⁶, die dem BdV „gerade noch ausreichend“ erschien¹⁷. Die Minister stellten diplomatisch fest, daß unbeschadet der in den Empfehlungen von 1956 „enthaltenen, unverändert gültigen Grundsätze und sachlichen Aussagen diese nicht mehr in ihrer Gesamtheit Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Kultusverwaltungen der Länder sind“¹⁸. Ausdrücklich bestätigt wurden nur die auf Sprache und Kultur der „osteuropäischen Völker“ gerichteten Empfehlungen. Ob Ostkunde weiterhin auch als Ostdeutschlandkunde verstanden oder in eine allgemeine Osteuropakunde im Sinne der Entspannungspolitik umgewandelt wurde, hing von der Auslegung des Kompromisses durch die Länder und in gewissem Maße auch von der Einzelinitiative der Lehrer ab¹⁹.

¹⁰ Vgl. den Beitrag Streckers, Gehirnwäsche für Generationen, S. 53.

¹¹ Vermerk des Abteilungsleiters Vt, Januar 1970, für den Minister: Betr. Resolution der Schulbuchtagung der Evangelischen Akademie Berlin, in: BAK B 106-22490.

¹² Berndt, Polen ein Schauermärchen, S. 14.

¹³ Vgl. DOD, Nr. 31, 1971, S. 8 ff.; Nr. 23/34, 1971, S. 14.

¹⁴ Tagesspiegel, Berlin, 8. November 1970.

¹⁵ ZDF, Programm der 27. Woche, 27. Juni bis 3. Juli 1971. Hg. vom ZDF. Hier: Dienstag, 29. Juni 1971, 21.50–22.20 Uhr („Rübezahl versteht kein polnisch“).

¹⁶ Protzner, „Ostkunde“, S. 10.

¹⁷ DOD, Nr. 3, 1973, S. 2; Nr. 2, 1974, S. 2 (Zitat). Die Berliner Ostkunde-Gegner hatten dagegen eine Überarbeitung durch Lemberg ausdrücklich abgelehnt. Streckers, Gehirnwäsche für Generationen, S. 53.

¹⁸ Pressemitteilung aus Anlaß der 160. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland vom 22. Juni 1973 in Bonn. DOD, Nr. 27, 1973, S. 8.

¹⁹ DOD, Nr. 25, 1977, S. 8.

Die von den Ministerien der Länder ausgesandten ostkundlichen Signale waren je nach politischer Couleur der Regierung recht unterschiedlich. In Hessen ließ Kultusminister Friedrich von Friedeburg das 1961 begründete ostkundliche Kolleg wissen, daß für 1975, angeblich aus Haushaltsgründen, nicht mit einer Fortsetzung der Förderung (in Höhe von 20 000 DM) zu rechnen sei. Zwar hatte der Leiter des Kollegs, Eugen Lemberg, schon länger versucht, den Horizont von „nostalgischer Ostdeutschlandkunde“ auf die Perspektive der Osteuropakunde hin zu erweitern; doch er war dabei auf Widerstand „mittlerer Funktionärskreise“ unter den Vertriebenen gestoßen. Als 1969 die operative Phase der neuen Ostpolitik einsetzte, öffneten die hessischen Sozialdemokraten dann rasch die Fenster der ihres Erachtens „muffigen Heimatstuben-Ostkunde“ und setzten die KMK-Ostkunde-Richtlinien von 1956 außer Kraft²⁰. Generell fiel in den meisten SPD-regierten Ländern auf, daß bei den traditionellen ostkundlichen Schülerwettbewerben „fast nur noch Themen zur Kulturgeschichte und Geschichte der osteuropäischen Länder und nicht mehr zur Kulturgeschichte der reichsdeutschen Ostgebiete und der deutschen Volksgruppenkultur jenseits der früheren Reichsgrenzen gestellt“ wurden²¹. Die Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht hegte zunehmend Zweifel „über die effektive Auswirkung der Ostkunde“ in der Praxis; verantwortlich dafür machte sie nicht zuletzt „die vielen Kulturstrategen jener Länderverwaltungen“, die „durch laxe Behandlung oder Nichtachtung der Kultusminister-Empfehlungen zur Ostkunde von 1956 immer wieder dazu beitrugen, den Multiplikatoren dieser Empfehlungen, nämlich den gutwilligen Lehrern, die Tätigkeit zu erschweren“²².

In unionsregierten Ländern dagegen behauptete Ostdeutschlandkunde – jetzt oft begleitet von sozialliberalem Protest – noch immer ihren Platz²³. Besonders hohe Wellen schlug 1977 ein von den beiden Ministern für Kultus und Bundesangelegenheiten im CDU-regierten Niedersachsen ausgelobter Wettbewerb für Schüler der 8. Klassen zum Thema „Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte“. Die Fragen beinhalteten vor allem auch Ostdeutschlandkunde, während sie die interethnische Komponente und die wechselseitigen deutsch-polnischen Kulturbeziehungen weniger in den Vordergrund rückten. Allerdings wurden als Aufsatzthemen auch vorgeschlagen: „Das Schicksal einer polnischen Familie in Oberschlesien 1939 bis 1945“, „Oberschlesien und der Versailler Vertrag – gib eine Darstellung aus deutscher und polnischer Sicht und nimm Stellung“ oder „Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Schlesien“²⁴. Trotz der inhaltlichen Breite der Themen rief wohl vor allem der Umstand, daß an der Ausarbeitung des Wettbewerbs zwar die Schlesische Landsmannschaft, nicht aber das Braunschweiger Georg-Eckert-Institut beteiligt gewesen war, den SPD-Fraktionsvorsitzenden im niedersächsischen

²⁰ Vgl. die Kleine Anfrage der Abg. Prof. Schlee u. a. betreffend Ostkundeunterricht an den Schulen. Hessischer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1079, 7. Dezember 1971, sowie die Antwort des Kultusministers von Friedeburg: Drucksache 7/1394, 29. Februar 1972. Vgl. auch DOD, Nr. 35/36, 1974, S. 11.

²¹ Vgl. DOD, Nr. 25, 1977, S. 8. Am Ostkunde-Schülerwettbewerb in Nordrhein-Westfalen 1975/76 hatte der BdV z. B. konkret auszusetzen, daß im Zusammenhang mit dem Münchner Abkommen von 1938 „nach tieferen Ursachen, die schließlich zu ‚München‘ führten, gar nicht erst gefragt wurde“. Neue Kommentare, Nr. 3/1976, S. 5 f.

²² DOD, Nr. 13, 1975, S. 6.

²³ DOD, Nr. 25, 1977, S. 8.

²⁴ Die Welt, 23. August 1977.

Landtag, Bernhard Kreibohm, mit dem Vorwurf auf den Plan, hier werde „revanchistisches Gedankengut“ verbreitet²⁵. Es folgten heftige Attacken in der *Frankfurter Rundschau*, in NDR und WDR auf den „Schlesien-Wettbewerb nach Albrecht-Art“²⁶. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft rief Schüler und Lehrer Niedersachsens auf, jede Unterstützung für den Wettbewerb zu verweigern. Boykottaufrufe gegen eine alte Ostdeutschlandkunde kamen auch von linken und liberalen Schülergruppen²⁷, während die Springer-Presse Gegenposition bezog: „Ist Rübezahl im Schlesien-Quiz ein Revanchist?“²⁸

Ähnlich wie in Niedersachsen verliefen die politischen Fronten auch in dem von einer SPD/FDP-Koalition regierten Nordrhein-Westfalen, wo kurz vor der Sommerpause 1979 eine Aussprache über die Aufhebung aller Ostkundeerlasse stattfand. Kultusminister Jürgen Girgensohn begründete, weshalb die „zwei alten Ostkundeerlasse aus der Zeit des Kalten Krieges“ abgelöst werden müßten, während die NRW-CDU, die dem grundsätzlich zugestimmt hatte, nun wieder etwas zurückruderte. Wir wollen, so betonte ein Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, „daß in unseren Schulen von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesien als von der Heimat vieler in unserem Land lebender Deutscher geredet wird. Wir haben deshalb kein Verständnis dafür, daß Kultusminister und Koalition offensichtlich stolz darauf sind, mit den Richtlinien der Kultusministerkonferenz von 1956 auch die Sätze gestrichen zu haben: Der deutsche Osten muß den Deutschen, besonders der Jugend, bekannt und vertraut sein“²⁹.

Die besonders eng an der Entspannungspolitik orientierte Haltung Nordrhein-Westfalens manifestierte sich auch darin, daß bis Ende der 1970er Jahre nur dieses Bundesland die Einführung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen durch einen ministeriellen Erlaß formell regelte. Dies bedeutete allerdings nicht, daß die Lehrbücher in den anderen Ländern „gegen Geist und Inhalt der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen gerichtet“ gewesen wären³⁰. Über deren positive Intention, nationale Voreingenommenheiten und politische Einseitigkeiten aus den Geschichts- und Geographiebüchern auszuräumen und mehr Verständnis für das Nachbarvolk zu erreichen, bestand von Düsseldorf und Wiesbaden bis Stuttgart und München breiter Konsens³¹. Nur wurden wesentliche Ergebnisse der Schulbuchkommission in den unionsregierten Ländern – wenn auch mit unterschiedlichem Nachdruck³² – abgelehnt, weil die Empfehlungen „Geschichts-

²⁵ Ebd.

²⁶ *Frankfurter Rundschau*, 2. September 1979.

²⁷ DOD, Nr. 19, 1977, S. 8 f.

²⁸ So lautete die Überschrift eines Artikels von Wolfgang Meyer in: *Die Welt*, 23. August 1977; mit ähnlichem Tenor: *Bayernkurier*, 3. September 1977.

²⁹ Landtag Nordrhein-Westfalen, 8. Wahlperiode, Plenarsitzung, 7. Juni 1979, Plenarprotokoll 8/10, S. 7303 ff.

³⁰ So Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 12. Oktober 1979, 178. Sitzung, S. 14064.

³¹ Vgl. hierzu den Artikel „Vertreibung bleibt Vertreibung. Bayern ist für das Schulbuch ohne Schminke“ in der vom Kultusministerium herausgegebenen Broschüre *schule & wir*, Nr. 3/4, 1977, abgedruckt in: *Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion*, S. 238–241.

³² Zu Zweifeln an ihrer Position gab vor allem die von CDU und FDP gebildete niedersächsische Landesregierung Anlaß, nachdem Ministerpräsident Ernst Albrecht auf einer Polen-Reise Ende 1976 argumentiert hatte, die Landesregierung könne sich den Schulbuchempfehlungen zwar nicht vorbehaltlos anschließen, sie würde aber darauf achten, daß in den Lehrbüchern auch den Polen Gerechtigkeit widerfahre (Vgl. die Stellungnahme des Sprechers der niedersächsischen Landesregierung, Hilmar v. Poser, im *Stern*, 10. Februar 1977). Nicht nur vom BdV kam Kritik (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 18./19. De-

unterricht primär als Funktion der Tagespolitik verstanden“, historische Tatsachen verschwiegen oder verharmlosten bzw. Fakten einseitig interpretierten³³.

Anfang der 1980er Jahre nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ließ es sich „nicht zuletzt auch auf die frischen Enttäuschungen auf dem Gebiet der Entspannungspolitik“ zurückführen³⁴, daß die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder am 12. Februar 1981 „Grundsätze [...] für die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht“ beschloß, die zumindest eine gewisse Korrektur der Aufhebung der Bezeichnungsrichtlinien aus dem Jahr 1971 bedeuteten³⁵. Mit ihrem Verhandlungsgeschick war es der Danzigerin Hanna-Renate Laurien (CDU) als Kultusministerin von Rheinland-Pfalz und KMK-Präsidentin gelungen, gemeinsam mit ihrem nordrhein-westfälischen Kollegen Girgensohn (SPD) einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen. Dieser sah u. a. die Darstellung der Grenzen von 1937 nicht nur auf historischen, sondern auch auf politischen und physikalischen Karten Europas vor. Laurien sprach davon, man habe nach fünfjährigem Streit nicht zu einem „unguten Kompromiß“, sondern zu echter „Gemeinsamkeit“ gefunden. Doch war auf der einen Seite nun der bayerische Kultusminister Hans Maier in einer besonders schwierigen Situation, der ursprünglich „in korrekter Einschätzung der Rechtslage“ gefordert hatte, die Linie an Oder und Neiße „durch eine eigene Signatur zu markieren, [...] die sich deutlich von völkerrechtlichen Staatsgrenzen abzuheben habe“³⁶; auf der anderen Seite distanzieren sich die ostpolitisch besonders „progressiven“ Bundesländer Hamburg und Bremen bald wieder von der „Empfehlung“ der KMK. Sie beschlossen, zumindest in den physikalischen Karten ihrer Atlanten auf die Perlenschnüre mit den 37er-Grenzen zu verzichten. Hier sei deren Darstellung aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nämlich nicht notwendig, „führe aber zu Störungen des deutsch-polnischen Verhältnisses“³⁷.

Die Existenz zweier geschichtspolitischer Lager im Lande hatte also konkrete Folgen für Lehrpläne und Schulbücher. Doch diese waren in der Regel kaum einschneidender Art, wie Jörg-Dieter Gauger in einer aufschlußreichen Analyse herausgearbeitet hat³⁸. Gewiß, noch ein Richtlinienerlaß des Kieler Kultusministeriums 1965 forderte, „Deutschland in seinen Landschaften unter Einbeziehung des deutschen Ostens“ nachdrücklich zu berücksichtigen, während eine Lehrplanrevision für die Höheren Schulen in Nordrhein-Westfalen 1967 eine Zäsur markierte, indem sie erstmals ausdrücklich anwies, die Geschichte der deutschen Ostsiedlung kontrovers zu behandeln statt nationalhistorisch deutsch-zentriert. Mit Ausnahme vor allem Bayerns aber war die Rechtslage Deutschlands

zember 1976), auch in der katholischen Kirchenpresse wurde Albrecht teilweise „Verbeugung vor kommunistischen Geschichtsfälschern“ vorgeworfen und moniert: Die „Gesamtrichtung Niedersachsens unter Albrechts Führung“ sei eine „Politik der Dauerverbeugung vor der FDP“ (zit. nach: Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion, S. 217).

³³ Münchner Kritik an deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Die Lüge vom „Transfer“, in: Die Welt, 22. April 1977.

³⁴ Ende 1981 folgte dann das ernüchternde Treffen Schmidt-Honecker am Werbelinsee. DOD, Nr. 4, 1981, S. 2 (Zitat).

³⁵ Süddeutsche Zeitung, 14./15. Februar 1981.

³⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Februar, 1981.

³⁷ DOD, Nr. 10, 1981, S. 6; Nr. 12, 1981, S. 6. Vgl. auch das Interview mit dem bayerischen Kultusminister Hans Maier im *Spiegel*, Nr. 51, 1979, S. 35 ff., sowie – mit weiterführender Literatur zum Streit um die „Perlenkette“ – Bingen, Die Polenpolitik, S. 184 f.

³⁸ Gauger, Der historische deutsche Osten im Unterricht.

schon nach den Lehrplänen der 1970er Jahre nicht mehr weiter zu thematisieren und erschienen die Grenzfragen als historisch abgeschlossen. Generell gilt für Lehrpläne und Schulbücher aller Bundesländer, daß in dieser Zeit „ein deutlich verändertes Verhältnis zu den historischen deutschen Ostgebieten und den damit verbundenen Fragen [...] zu konstatieren“ ist³⁹.

Jener Ton der Nachkriegsrichtlinien, der im Zusammenhang mit der deutschen Ostsiedlung kulturelle Überlegenheit signalisierte und teilweise besitzlegitimierend auf die germanische Zeit vor der Völkerwanderung zurückgriff, wurde leiser und verschwand schließlich ganz, während gleichzeitig deutsch-polnische Reizthemen entweder ausgeblendet wurden oder nur mehr in einer die Relativität des eigenen Standpunktes spiegelnden Form vorkamen. Richtig war es, wenn nicht mehr nur die deutschen Vertriebenen „als Opfer der Volkswut in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei“ gezeigt wurden, sondern zunehmend stärker auch „Polen, Ungarn und Tschechoslowaken als Opfer nationalsozialistischer Politik vor 1945“⁴⁰. Doch mit der ebenfalls kanonisch werdenden Darstellung des Verlusts der Ostgebiete als ausschließlicher Konsequenz des Hitlerkrieges entfiel auch „der Hinweis auf Unrecht und Völkerrechtswidrigkeit der Vertreibung selbst“ sowie jedes „Anzeichen des Bedauerns über den Verlust der Ostprovinzen“⁴¹. So wichtig die Überwindung einseitig deutschnationaler Positionen im Schulunterricht war, so sehr wuchsen also parallel dazu die Tendenzen einer geistigen Schlußstrichmentalität gegenüber dem politisch endgültig verlorenen Osten. Das Bewußtsein dafür, „daß es da jenseits der willkürlichen Grenzziehung nach 1945 etwas Großartiges“ gab, ein Ostmitteleuropa, „aus dem wir mit der Vertreibung herausgefallen sind“ (Karl Schlögel)⁴², wurde jedenfalls auch durch den umstrittenen Übergang von der alten zur neuen Ostkunde nicht eben gestärkt.

Weniger Konflikte riefen die kontinuierlichen Aktivitäten der Länder für ihre ostdeutschen Patenkinder hervor. Der niedersächsische CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht, dessen CDU/FDP-Koalition in der Frage der Schulbuchempfehlungen eine mittlere Linie einzunehmen bemüht war, bekräftigte etwa 1976 bei einem Gespräch mit den Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien über die vor 25 Jahren übernommene Patenschaft Niedersachsens für das Land an der Oder: Der aus der Weimarer Verfassung stammende Satz: „das deutsche Volk einig in seinen Stämmen“ gelte uneingeschränkt auch heute und „übertrage uns die Pflicht, in Verantwortung vor der Geschichte den Schlesiern alle Möglichkeiten zu eröffnen, im Bewußtsein unseres Volkes gegenwärtig zu bleiben“⁴³. Insofern habe die Patenschaft nichts von ihrer Bedeutung verloren; sie solle auch weiterhin mit allen Kräften gepflegt werden. Selbstverständlich hing im Haus der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn neben den Wappen der niedersächsischen Regierungsbezirke weiterhin das Wappen Schlesiens⁴⁴.

Der Freistaat Bayern, der in den 1950er Jahren bereits Schirmherr der Sudetendeutschen, seines sogenannten „Vierten Stammes“, geworden war, setzte 1978 ein starkes er-

³⁹ Ebd., S. 99 (Zitat), 93.

⁴⁰ Vom Neubürger zum Mitbürger, S. 66.

⁴¹ Gauger, Der historische deutsche Osten, S. 100 f., 170, 172 (Zitat).

⁴² Zit. nach ebd., S. 185.

⁴³ DOD, Nr. 10, 1976, S. 5.

⁴⁴ Frankfurter Rundschau, 2. September 1979.

innerungskulturelles Zeichen. Er übernahm zusätzlich die Patenschaft für die Ostpreußen, die immer noch ohne Schirmherrn geblieben waren. Der Schritt schien vor allem insofern bemerkenswert, als die ostpreußischen Heimatvertriebenen nach 1945 meist nicht in Bayern, sondern in norddeutschen Ländern Aufnahme gefunden hatten. Offiziell wurde die Patenschaft „eingedenk der vielfältigen jahrhundertalten historischen und kulturellen Bindungen zwischen Bayern und Ostpreußen und der 1915 in Bayern gegründeten Ostpreußenhilfe“ eingegangen⁴⁵. Doch Ministerpräsident Alfons Goppel wollte sie zugleich als allgemein politisches Symbol verstanden wissen: Bayern sei der Sprecher derer, „die sich mit dem Tatbestand des Unrechts eben nicht abfinden“. Das Recht, „aber auch die angestammte Heimat“, so fügte CSU-Vorsitzender Strauß hinzu, dürften „nicht vergessen werden“⁴⁶.

Auch wenn die sozialdemokratische Regierungspartei in Nordrhein-Westfalen derartige Bekenntnisse Mitte der 1970er Jahre nicht mehr abgab, wäre es ein Irrtum anzunehmen, das Patenschaftswesen habe zwangsläufig dort besser floriert, „wo die Patenschaftsträger den ostpolitischen Forderungen der Vertriebenenverbände aufgeschlossener“ gegenüberstanden. Nicht etwa Bayern, Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein galten noch nach einer BdV-Analyse von 1974 als das „vorbildliche Land für Patenschaften“⁴⁷, sondern das nach Bevölkerung und Wirtschaftsleistung stärkste Bundesland, Nordrhein-Westfalen, das auf Landesebene allein vier Patenschaften übernommen hatte⁴⁸. Vor allem auch war dem Düsseldorfer Sozialministerium (im Zusammenwirken mit dem BMVt) die Erhaltung der ost- und südostdeutschen Mundarten als Sprachdenkmäler zu verdanken. Als Ergebnis eines zu diesem Zweck durchgeführten, aufwendigen Projekts entstanden mehrere tausend Tonbandaufnahmen, deren wissenschaftlicher und erinnerungskultureller Wert kaum hoch genug eingeschätzt werden kann⁴⁹. Im Sommer 1975 wurde, wie um das positive BdV-Urteil über Nordrhein-Westfalen aus dem Vorjahr zu bestätigen, in Münster-Wolbeck ein Kultur- und Dokumentationszentrum Westpreußen eröffnet. Es war aus der bereits 1960 begonnenen patenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Landsmannschaft Westpreußen hervorgegangen. Westpreußen, so betonte der stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung bei der Eröffnung des Kulturzentrums, habe „einen besonders großen Beitrag zur deutschen Kultur geleistet“⁵⁰. Wütende Attacken von links außen bestätigten ex negativo das Urteil über Nordrhein-Westfalen als beispielhaftes Patenland. Nachdem die Landesregierung 1972 nicht nur das Pfingsttreffen seines oberschlesischen Patenkindes wie gewohnt mit finanziert hatte⁵¹, sondern im Herbst 1972 auch noch das zu einem wesentlichen Teil vom Land bezuschulte „Haus Oberschlesien“ in Hösel bei Düsseldorf seiner Bestimmung übergeben

⁴⁵ Tatsächlich gab es vor allem zwischen dem bayerischen Franken und (Ost-)Preußen enge historische Bezüge. Zum sichtbarsten Ergebnis der bayerischen Patenschaft wurde denn auch ein „Ostpreußisches Kulturzentrum“, das am ehemaligen Deutschordenssitz im mittelfränkischen Ellingen entstand.

⁴⁶ DOD, Nr. 20, 1978, S. 3 (Zitat); vgl. auch Bayernkurier, 23. September 1978 (Bayern und Ostpreußen. Besiegelte Verbindung. Der Freistaat übernimmt die Schirmherrschaft); Das Ostpreußenblatt, 16. September 1978.

⁴⁷ DOD, Nr. 1, 1974, S. 4.

⁴⁸ Darunter waren auch zwei Patenschaften für mitteldeutsche Landsmannschaften.

⁴⁹ Von zur Mühlen, Die Förderung, S. 294 f., 298 f.

⁵⁰ DOD, Nr. 14, 1975, S. 6.

⁵¹ Unser Oberschlesien, 12. Mai 1972.

worden war, sprachen die *Neuen Kommentare* von „den Widersprüchlichkeiten der SPD/FDP-Politik“. Diese verhele in Nordrhein-Westfalen „den erbittertsten Feinden der Entspannungspolitik, den eindeutigen Parteigängern von Strauß und Barzel, gerade jetzt zu besseren Arbeitsbedingungen“⁵².

Obendrein ließen sich eine ganze Reihe sozialdemokratischer Oberbürgermeister und Stadträte beobachten, die bei Patenschaftstreffen durch Grußbotschaften, persönliches Erscheinen und Solidaritätsbezeugungen aller Art „treue Verbundenheit mit ihrem Patenkind zeigen“⁵³. Wie die Patenschaften nach wie vor funktionierten, mag das Beispiel des „Patenschaftswerkes Köln-Breslau“ zeigen, das zusammen mit der „Bundesvereinigung der Breslauer“ im Oktober 1975 in einem vollbesetzten Saal im Kölner Gürzenich den vor 25 Jahren gefaßten einstimmigen Ratsbeschluß zur Übernahme der Patenschaft über die schlesische Landeshauptstadt feierte⁵⁴. Der stellvertretende Vorsitzende der „Bundesvereinigung“ und Kölner SPD-Stadtvordere Gerhard Wilczek wies in seiner Festansprache vor zahlreich vertretener lokaler Prominenz und in Anwesenheit des Landtagspräsidenten auf den „hervorragenden Anteil Breslauer Bürger an der deutschen Geschichte“ hin. Der Ministerpräsident des Landes, Heinz Kühn, hatte ein schriftliches Grußwort übermittelt; und der Kölner FDP-Bürgermeister, der den sozialdemokratischen OB vertrat, sagte den 30 000 in der Stadt lebenden Schlesiern weiterhin Unterstützung zu. Die Skulptur der heiligen Hedwig, der Schutzpatronin Schlesiens, habe in seinen Diensträumen einen Ehrenplatz. Daß die Patenschaft nicht nur auf dem Papier stand, dokumentierten u. a. die vom Patenschaftswerk Köln betreute „Historische Breslauer Sammlung“, das „Karl-von-Holtei-Archiv“ (mit Büchern, Manuskripten, Porträts etc. des schlesischen Schriftstellers und Dramaturgen) sowie die „Schlesische Bibliothek“ und die „Auskunftsstelle der früheren Stadtverwaltung Breslau“⁵⁵.

Solche west-ostdeutschen Idyllen waren aber infolge des Kampfes um die Ostverträge andernorts doch mehr und mehr getrübt worden. Münchens Oberbürgermeister Hans-Joachim Vogel etwa verließ 1970 – zusammen mit dem SPD-Landesvorsitzenden Volkmar Gabert – die Eröffnungsfeierlichkeiten des Sudetendeutschen Tages, weil beide die Ansprache des BdV-Präsidenten Czaja als „unverantwortliche emotionale Aufputschung“ empfanden⁵⁶. Vor Pfingsten 1971 gab Vogel dann die Einladung zum Schlesiertreffen zurück. Vor allem die „Demokratische Aktion“ und Aktivisten wie Georg Herde hatten davor gewarnt, daß es mit revanchistischen Parolen den Ruf der Stadt im Vorfeld der Olympischen Spiele beschädigen könnte⁵⁷. Vogels Nachfolger Georg Kronawitter und seine SPD-Mehrheit im Rathaus beschlossen 1973 ebenfalls, die Sudetendeutschen bei ihrem

⁵² Neue Kommentare, Nr. 23–24/1972, S. 15; vgl. auch Nr. 13/1972, S. 14. Die Patenschaften, von Herde als „ein Lebensnerv der Revanchistenorganisationen“ empfunden, blieben auch in den folgenden Jahren Gegenstand seiner Aufmerksamkeit. Siehe Neue Kommentare, Nr. 9–10/1976, S. 7 ff., 15 (Zitat).

⁵³ DOD, Nr. 1, 1974, S. 4.

⁵⁴ Zur Gründung dieser kommunalen Patenschaft vgl.: Die Welt, 20. April 1954 („Es begann mit Breslau“). Vor Köln hatte allerdings schon Goslar eine Patenschaft für die schlesische Stadt Brieg übernommen. Leonhart, Das unsichtbare Fluchtgepäck, S. 207.

⁵⁵ DOD, Nr. 22, 1975, S. 11, Köln bewahrt Breslaus Erbe.

⁵⁶ Süddeutsche Zeitung, 19. Mai 1970.

⁵⁷ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 11. Mai 1971 (Proteste gegen das Schlesier-Treffen. Demokratische Aktion schreibt an Vogel), sowie den Artikel Georg Herdes in der Deutschen Volkszeitung, 24. Juni 1971, „Olympiastadt gerät ins Zwielicht“.

Heimattag nicht zu begrüßen⁵⁸, und auch bei den gleichzeitigen Pfingsttreffen der anderen großen Landsmannschaften in Köln und Essen entstand der Eindruck, daß die sozialliberalen Kommunalpolitiker den „organisierten Vertriebenen“ die Tore ihrer Stadt „am liebsten verschließen möchten“⁵⁹. Die „nationalistischen“ oder „demagogischen“ Töne der Vertriebenenpolitiker, wie SPD-Vorstandssprecher die Pfingsttreffen dieser Jahre charakterisierten, blieben für die Regierungspartei wie für ihre Anhänger in den Kommunen ein stetes Ärgernis, obwohl oder gerade weil sie davon ausgehen zu können glaubten, „daß die überwältigende Mehrheit der Vertriebenen – anders als ihre „Funktionäre“ – die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition „als den einzig richtigen Weg zur Sicherung des Friedens und der Zukunft für Europa erkannt und akzeptiert hat“⁶⁰.

Letztlich war es nur eine Frage der Zeit, bis die tiefgreifenden ostpolitischen Diskrepanzen auch auf die kommunalen Patenschaften durchschlugen, zumal mit den Ostverträgen ein massiver Sturm auf der polnischen und tschechischen Regierung gegen die „348 Hochburgen des militanten Revanchismus“⁶¹ in den – als Paten fungierenden – kommunalen Gebietskörperschaften der Bundesrepublik Deutschland einsetzte. Der „Vater der Patenschaften“, Willy Brandt, der einst im Juli 1953 mit seinem Bericht im Bundestag das Fundament für diese Aktivitäten mit gelegt hatte, wurde dabei gegen den gegenwärtigen Bundeskanzler und Protagonisten der Ostpolitik ausgespielt. Die Strategie Warschaws zielte offensichtlich darauf ab⁶², derartige Patenschaften über die „einst deutschen Städte“ im heutigen „Westpolen“ umzuwandeln in Partnerschaften mit den „heute polnischen Städten“; dies scheiterte zunächst allerdings daran, daß es noch keinen vertraglich geregelten Kulturaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gab⁶³.

Erst im Umfeld des deutsch-polnischen Kulturabkommens beim Bonn-Besuch des polnischen KP-Chefs Edward Gierek im Sommer 1976 wurde am 12. April im Danziger Rathaus eine „Rahmenvereinbarung“ zwischen Bremen und Danzig unterzeichnet. Die Partnerschaft zwischen den historisch eng verbundenen Hansestädten sollte nach den Worten des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick modellhaften Charakter tragen; Normalisierung, Versöhnung und Freundschaft zwischen beiden Völkern könnten nur von unten wachsen und bräuchten Zeit. „Nun müssen wir aus der Geschichte lernen und Konsequenzen ziehen. Deswegen besuchen wir nicht die alte Stadt Danzig, sondern die moderne Stadt Gdansk“⁶⁴, hatte der selbst aus dem Kaschubischen stammende Koschnick bei der

⁵⁸ Süddeutsche Zeitung, 8. und 12. Juni 1973.

⁵⁹ DOD, Nr. 1, 1974, S. 4.

⁶⁰ Die Vertriebenenfunktionäre würden also Gefahr laufen, sich von der Masse der Heimatvertriebenen zu isolieren, so SPD-Vorstandssprecher Schulz. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 1970; DOD, Nr. 16, 1974, S. 5 (Zitat im Text).

⁶¹ DOD, Nr. 1, 1974, S. 4.

⁶² Vgl. hierzu Lipski, Die antideutsche Karte des polnischen Regimes, v. a. S. 58 f. Zur polnischen Deutschlandpolitik in den 1970er Jahren vgl. auch Węc, Die Deutschlandpolitik Polens, S. 78 ff., 89; Jacobsen/Tomala, Bonn – Warschau 1945–1991; Ludwig, Polen und die deutsche Frage; Plum, Ungeöhnliche Normalisierung; Schweitzer, Das deutsch-polnische Konfliktverhältnis; Tomala, Deutschland – von Polen gesehen.

⁶³ DOD, Nr. 1, 1974, S. 4.

⁶⁴ <http://www.radiobremen.de/online/bremen/partnerstaedte/danzig/beispieldanzig.html>, 19. 05. 2005. Vgl. auch das Buch einer Bremer Journalistin, die das Projekt als Dolmetscherin fast von Anfang an begleitet hat: Riechel, Begegnungen. Geschichte(n) einer Städtepartnerschaft.

Anbahnung des Projekts geäußert. Dementsprechend wurde Danzig mit Rücksicht auf die polnische Seite nicht einmal in der deutschsprachigen Version der Taufurkunde mit seinem deutschen Namen bedacht, sondern war von einer „Rahmenvereinbarung zwischen der Stadt Gdansk in der Volksrepublik Polen und der Freien Hansestadt Bremen“ die Rede⁶⁵.

In die Haltung der Vertriebenenverbände gegenüber den Städtepartnerschaften mischte sich schon früh die Sorge, derartige Initiativen im Sinne der Völkerverständigung könnten die traditionellen „Patenschaften über Städte und Kreise in den Vertreibungsgebieten“ ersetzen⁶⁶. Danzig beispielsweise verfügte ja mit Düsseldorf bereits über eine Patenstadt, die noch 1974 den 750. Geburtstag Danzigs groß gefeiert hatte und wo im Haus des Deutschen Ostens eine Danziger Stube „die Atmosphäre der alten Hansestadt [...] am reinsten und augenfälligsten“ bewahrte⁶⁷. Eine ähnliche Konstellation ergab sich, als der Magistrat von Bremerhaven eine Partnerschaft mit Stettin anstrebte. Daß die Hauptstadt Pommerns bereits mit Lübeck in einem Patenschaftsverhältnis stand⁶⁸, war dem Bremerhavener Oberbürgermeister, wie er auf Anfrage des BdV-Kreisverbandes einräumte, gar nicht bekannt gewesen; und er war auch nicht auf die Idee gekommen, entsprechende Erkundigungen einzuholen oder, was eigentlich nähergelegen hätte und vom örtlichen BdV jetzt auch empfohlen wurde, eine Partnerschaft mit dem westpreußischen Elbing, dem langjährigen Patenkind Bremerhavens, anzustreben⁶⁹. Allerdings schlug der Bund der Vertriebenen unter Berufung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 auch eine Partnerschaft „mit der polnischen Verwaltung der Stadt Elbing“ vor, nicht etwa mit der „polnischen Stadt“, wohingegen es der Oberbürgermeister für unrealistisch hielt, auf dieser Basis „im Interesse der Verständigung zwischen den Menschen“ überhaupt zu partnerschaftlichen Beziehungen zu kommen⁷⁰.

Tatsächlich unterschrieb etwa der Göttinger Oberbürgermeister beim Abschluß einer Städtepartnerschaft mit dem westpreußischen Thorn (an der Weichsel) 1978 eine Vereinbarung, „jeder gegen eine Zusammenarbeit und Verständigung mit dem polnischen Volk gerichteten Politik“ entgegenzutreten; das Verhältnis zum oberschlesischen Patenkreis Kreuzburg müßte folglich neu durchdacht werden, falls dieser „gegen die Politik der Verständigung wirken“ würde⁷¹. Wie schwer die neue Partnerschaft im Geiste der Entspannungspolitik mit der alten Patenschaft zu vereinbaren war, zeigte schon ein Blick in die

⁶⁵ Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft), 9. Wahlperiode, Drucksache 9/818, 26. April 1976. Einen knappen Überblick über die Bremer sowie weitere partnerschaftliche Aktivitäten bundesdeutscher Städte bietet Grotzky, Die „Rahmenvereinbarungen“.

⁶⁶ Vgl. DOD, Nr. 12, 1976, S. 11, sowie die Entschließung des BdV-Mitarbeiterkongresses vom 28. April 1974, in: DOD, Nr. 12, 1974, S. 8.

⁶⁷ DOD, Nr. 29, 1974, S. 8.

⁶⁸ In Lübeck, das die Patenschaft über die „Heimatkreisorganisationen“ Stettin und Kolberg innehatte, beschloß indes eine Mehrheit des Kulturausschusses in der Bürgerschaft Anfang 1972, den alljährlichen Zuschuß an den BdV nicht mehr zu gewähren; das Amt für Kultur wolle statt dessen künftig selbst Veranstaltungen durchführen, „die der Versöhnung der Deutschen mit den Völkern des Ostens“ dienen. Neue Kommentare, Nr. 9/10 1972, S. 16.

⁶⁹ Elbinger Hefte 1/2 1964 (Essen), Die Elbinger Mundart – 10 Jahre Patenschaft Bremerhaven-Elbing.

⁷⁰ DOD, Nr. 4, 1980, S. 2.

⁷¹ „Protokoll über den Aufenthalt einer Delegation der Stadt Göttingen in Torun in der Zeit vom 29. Mai bis 31. Mai 1979“; unterzeichnet am 30. Mai 1978. Dokumentiert bei Blumenwitz, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen, S. 58.

Urkunde der 1953 übernommenen Patenschaft, in der es hieß: „Pate und Patenkind sind sich einig in dem Wunsch, daß die gegenwärtige Trennung von der alten Heimat beseitigt und das entrissene Gebiet jenseits der Oder und Neiße wieder mit dem Vaterland vereinigt werde.“⁷²

Göttingen war nicht irgendeine westdeutsche Stadt, sondern beherbergte die geretteten Archive Ostpreußens, vor allem das Deutschordensarchiv, und den „Göttinger Arbeitskreis“. Ausgerechnet diese „Festung der Vertriebenen“, so fürchtete man im BdV, hatte sich Warschau zum Sturm auserkoren, um auf dem Wege der Partnerschaftvereinbarungen die Vertriebenenverbände zu bevormunden und politisch zu neutralisieren: „Das sozialdemokratische Stadt- und Landkreisregiment schien dafür die geeignete schwache Stelle.“⁷³ Die CDU-Ratsfraktion hatte die seit Februar 1971 laufenden Bemühungen der Stadt, mit einer polnischen Kommune zusammenzuarbeiten, von Anfang an grundsätzlich unterstützt; sie wandte sich aber jetzt dagegen, dafür den Preis einer mit dem grundgesetzlichen Recht der freien Meinungsäußerung unvereinbaren, permanenten Überwachung der Kreuzburger Patenkinder zu bezahlen. Auch die „vorbehaltlose Bezugnahme“ der Rahmenvereinbarung auf die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission fand bei der CDU Kritik⁷⁴.

Weiteres Anschauungsmaterial zum ostdeutschen Kulturkampf an der Basis lieferte ein Streit in Celle, wo die SPD-Stadtratsfraktion vergeblich eine Partnerschaft mit dem ostpreußischen Marienwerder anstrebte, während die CDU-Mehrheit die Auffassung vertrat, Marienwerder sei nach bestehender Rechtslage keine polnische, sondern eine deutsche Stadt⁷⁵. Im westfälischen Kreis Warendorf beantragte die SPD-Fraktion bei der Beratung des Haushaltes 1980 die Beteiligung des Kreises an den Patenschaften für Grottkau und Reichenbach einzustellen und keine Zuschüsse mehr zu den Heimattreffen zu geben. Statt dessen wollte die SPD eine Partnerschaft mit einer Stadt oder einem Kreis „in der Volksrepublik Polen“ eingehen. Zur Begründung für das erstrebte Auslösen der Patenschaften hieß es: „In den vergangenen Jahren hat sich auf den Grottkauer und Reichenbacher Heimattreffen herausgestellt, daß die tiefen Heimatgefühle und die schweren Schicksale früherer Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete durch Auftritte von Rednern mißbraucht werden, die unter Mißachtung der Bestimmungen des Warschauer Vertrages und der Schlußakte der KSZE in Helsinki über die Unverletzlichkeit der Grenzen gegen die Politik der Versöhnung und Entspannung polemisieren und die Illusion aufrechterhalten, der territoriale Status von 1937 könne wiederhergestellt werden“⁷⁶.

Sozialliberal orientierte Kommunalpolitiker versuchten also in ihrem Wirkungsbereich umzusetzen, was die SPD/FDP-Koalition in Bonn ostpolitisch vorgab. 1979 schuf das Auswärtige Amt einen eigenen Haushaltstitel „für Veranstaltungen mit Auslandsbezug auf kommunaler Ebene“, der für kulturelle Veranstaltungen westdeutscher Städte mit Partnern im Ostblock zur Verfügung stand. Auf Anfrage aus der Unionsfraktion, ob die Bundesre-

⁷² Neue Kommentare, Nr. 9/1978, S. 6.

⁷³ DOD, Nr. 19, 1978, S. 4.

⁷⁴ Blumenwitz, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen, S. 61–66, Zitat S. 63; zur Geschichte der Städtepartnerschaft vgl. auch: 1978–2003. Partnerschaft Göttingen-Thorn.

⁷⁵ Blumenwitz, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen, S. 15.

⁷⁶ DOD Nr. 2, 1980, S. 2. An den bis heute stattfindenden Heimattreffen in Warendorf nehmen zwar nicht mehr wie früher 10 000 Menschen teil, aber „immerhin noch etwa 2000“. www.warendorf.de/urs.php3?fw=Heimattreffen&cat=276&s=2957&yourid=None, 19. 05. 2005.

gierung damit jene Bestimmungen von Partnerschaftsverträgen gutheiße, „die darauf hinauslaufen, daß die Tätigkeit der Deutschen, die aus den polnischen Städten vertrieben wurden, in den Partnerschaftsstädten unterbunden wird“, wick Staatssekretär Klaus von Dohnanyi aus. Statt dessen machte er noch „einmal ganz deutlich“, wie sehr die Bundesregierung die von Unionsseite problematisierten Städteverbindungen als wichtigen „Teil des Entspannungs- und Normalisierungsprozesses“ schätzte⁷⁷.

Der sozialliberalen Sympathie für die kommunalen Partnerschaften standen schwere konservative Bedenken gegenüber. So lange nicht beide Seiten die Menschenrechte achteten sowie freien Informationsaustausch zuließen, hieß es in einer Entschliebung des BdV-Mitarbeiterkongresses schon 1974, seien Partnerschaften zwischen „deutschen Städten und Städten im Ostblock“ kein geeignetes „Mittel der Verständigung zwischen den Völkern“⁷⁸. Noch deutlicher wurde angesichts der in den folgenden Jahren gemachten Erfahrungen der bayerische BdV-Landesvorsitzende und CSU-Bundestagsabgeordnete Fritz Wittmann: Partnerschaften deutscher Kommunen mit Gebietskörperschaften in den Vertreibungsgebieten verstießen „gegen Takt und Würde“, ja stellten eine „Legalisierung der Vertreibung auf kommunaler Ebene“ dar⁷⁹. Sozialliberale Zugeständnisse an die polnische Seite bei der symbolisch hochsensiblen Namensfrage altostdeutscher Städte, aber etwa auch bei den Rahmenvereinbarungen der Städtepartnerschaften zwischen Nürnberg und Krakau oder zwischen Hannover und Posen⁸⁰ (altpolnische Städte außerhalb des Reichsgebietes von 1937), in welche die Förderung der Grundsätze des Warschauer Vertrages aufgenommen wurden, veranlaßten den Vertriebenenpolitiker Walter Becher zu dem Kommentar: Dies bedeute die Durchführung der Schulbuchempfehlungen und damit „die Austreibung der deutschen Kultur und Geschichte sowie der deutschen Städtenamen aus der angestammten deutschen Heimat“⁸¹.

Ein besonders empfindlicher Punkt war durch Bemühungen berührt, die Mitte 1979 der bayerische SPD-Landesgruppenchef Alfons Bayerl und eine Abordnung des tschechischen Nationalrates unternahmen. Sie wollten eine Partnerschaft zwischen Nürnberg und Brünn in die Wege leiten⁸², nachdem schon früher eine Verbindung zwischen der Franken-Metropole und Prag von tschechischer Seite mit Hinweis auf die NS-Vergangenheit Nürnbergs und die dort stattfindenden Sudetendeutschen Tage abgewiesen worden war. Nunmehr erinnerte Becher den Oberbürgermeister und die Öffentlichkeit daran, daß die deutschen Bürger Brünns am Abend des 30. Mai 1945 unter Zustimmung des „Tschechischen Nationalausschusses“ aus ihren Wohnungen geholt und auf den berüchtigten „Brün-

⁷⁷ Frage des Abgeordneten Dr. Hupka bezüglich der finanziellen Unterstützung deutsch-polnischer Städtepartnerschaften durch die Bundesregierung mit Zusatzfragen der Abgeordneten Dr. Becher, Dr. Czaja und Dr. Wittmann. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 177. Sitzung, 11. Oktober 1979, S. 13947 f.

⁷⁸ DOD, Nr. 12, 1974, S. 8.

⁷⁹ Neue Kommentare, Nr. 9/1978, S. 7.

⁸⁰ Blumenwitz, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen, S. 68 ff. und 90 ff. Zu den Turbulenzen um die Städtepartnerschaft Nürnberg-Krakau, in die sich auch die Bayerische Staatsregierung einmischte. Der Spiegel, Nr. 28, 1979, S. 60.

⁸¹ DOD, Nr. 22, 1979, S. 1. Vgl. auch den Brief Bechers an den Oberbürgermeister vom 28. September 1979, zit. bei Blumenwitz, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen, S. 81 f.

⁸² Fränkische Landeszeitung, 15. September 1979. Bayerl stammte zwar, wie sein Landsmann Almar Reitzner kritisch vermerkte, selbst aus dem Sudetenland, „aber er schämte sich seiner Herkunft und, wenn immer möglich, verschwieg er sie.“ Reitzner, Das Paradies, S. 205.

ner Todesmarsch“ an die österreichische Grenze getrieben worden waren, wobei „Tausende von Frauen, Kindern und Greisen elendig gequält und viele von ihnen dem Tode überantwortet wurden“⁸³. Die Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer Partnerschaft erwiesen sich in der Folge als unüberwindlich; erst Ende der 1980er Jahre kamen dann Städteverbindungen zwischen Brünn und Stuttgart bzw. zwischen Nürnberg und Prag zustande.

Auch dort, wo es nicht zu spektakulären Konflikten kam, wurden mancherorts durch einfache Schwerpunktverlagerung der kommunalen Aktivitäten – weg von den alten Partnerschaften und hin zu neuen Städtepartnerschaften – Fakten geschaffen oder wollte sich „so mancher Gemeinderat nicht mehr gern an die übernommenen, mit finanziellen Lasten verbundenen Pflichten erinnern lassen“⁸⁴, die aus der Partnerschaft erwachsen. So fanden sich jetzt zunehmend „Heimatstuben“, einst liebevoll eingerichtet, die „den Hauch der Vergänglichkeit verspüren“⁸⁵ ließen. Gewiß dienten die neuen Städtepartnerschaften auch der menschlichen Begegnung über die Grenzen der politischen Blöcke hinweg⁸⁶; nur durften weder Gegner noch Befürworter etwa der Verbindung Bremens mit Danzig 1976 damit rechnen, daß bereits ein halbes Jahrzehnt später, als Wojciech Jaruzelski 1981 den Ausnahmezustand in Polen verhängte, zufällig die Spitze der Solidarność, die gesamte Streikleitung der Leninwerft, in Bremen weilen und beschließen würde, erst einmal zu bleiben und ein auswärtiges Büro zu eröffnen. Die Charakterisierung der Städtepartnerschaft als „erster Bruch im eisernen Vorhang“⁸⁷, von Hans Koschnick in einem Gespräch anlässlich seines 75. Geburtstags vorgenommen, war allenfalls ex post möglich. Wären diese Wirkungen 1976 auch nur annähernd zu erahnen gewesen, hätte die konservative Kritik an den kommunalpolitischen Projekten gewiß moderatere Züge getragen. Jedenfalls sind entspannungspolitischer Ertrag und erinnerungskultureller Preis der kommunalen Partnerschaften nicht leicht abzuwägen.

Der von der großen Politik ausgehende Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur führte in den Kommunen nicht nur zu einer Spannung zwischen Städtepartnerschaften und -partnerschaften, sondern vor allem auch zu Debatten um Straßen oder Gebäude mit ostdeutschen Namen oder um symbolische Verkehrsschilder, die auf die Entfernung zu ost- und mitteldeutschen Städten hinwiesen. An jenen oft aus kommunalen Partnerschaften zwischen west- und altostdeutschen Städten hervorgehenden Mahnmalen hatten z. B. in Tübingen schon 1965 Studenten Anstoß genommen, als der Stadtrat damit an die Entfernung nach Breslau, Danzig, Eger und Berlin erinnern wollte⁸⁸. In Berlin-Kreuzberg faßte die Bezirksverordnetenversammlung am 18. Mai 1972, unmittelbar nach der Verabschiedung des Warschauer Vertrags, auf Antrag der SPD-Fraktion und gegen die Stimmen der

⁸³ Brief Bechers an den Oberbürgermeister vom 28. September 1979, zit. bei Blumenwitz, Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen, S. 82.

⁸⁴ Von zur Mühlen, Die Förderung, S. 306. Die kommunale Partnerschaftsarbeit, so sein Befund Ende der 1970er Jahre, stehe „heute an einem Wendepunkt, an dem sich die Spreu vom Weizen scheidet“.

⁸⁵ Von zur Mühlen, Die Förderung, S. 307.

⁸⁶ Vgl. etwa Thüer, Die Partnerschaft Recklinghausen-Beuthen.

⁸⁷ <http://www.radiobremen.de/online/bremen/partnerstaedte/danzig/beispieldanzig.html>, 19.05.2005; vgl. auch Bettina Röhl, Gemeinsam in Europa gelandet, in: Cicero. Magazin für politische Kultur, 4. November 2004.

⁸⁸ DOD, Nr. 8, 1965, S. 6. Wenige Monate später machten sich in Freiburg im Breisgau unbekannte Täter nachts an einem auf BdV-Initiative errichteten Mahn-Wegweiser nach Danzig, Königsberg, Gleiwitz und Karlsbad zu schaffen; sie tauschten zwei der Schilder durch Tafeln mit der Aufschrift „Auschwitz“ und „Stalingrad“ aus. Der Spiegel, Nr. 47, 1965, S. 178.

CDU den Beschluß, entsprechende Hinweisschilder an der Straßenkreuzung Mehringdamm-Yorkstraße „im Zuge der Umgestaltung der Kreuzung“ durch „verkehrsgerechte Schilder“ zu ersetzen. An dem Denkmal, das angeblich den Weg „zur Eroberung des sowjetischen Kaliningrads“ wies, hatte die *Isvestija* schon 1960 Anstoß genommen⁸⁹. Im Mai 1976 beschloß die sozialliberale Mehrheit dann auch ein zweites Gedenkschild an der Ecke Gneisenaustraße demontieren zu lassen, obwohl dort weder gebaut wurde noch gebaut werden sollte. Dagegen bildete sich jetzt eine Bürgerinitiative, der Bund der Vertriebenen sammelte Unterschriften, und die CDU richtete eine Anfrage an den Senat, der die Sache wegen bevorstehender Wahlen dilatorisch behandelte. Die Befürworter der Demontage ließen indes keinen Zweifel an ihrer Intention: „Solche Schilder könnten bei Berlin-Besuchern den Verdacht aufkommen lassen, daß hier die politischen Uhren stehengeblieben sind“, ja daß die Schilder einen „Anspruch auf die Rückgewinnung dieser Gebiete“ ausdrückten⁹⁰.

Im Frühjahr 1977 beschäftigte ein in Gelsenkirchen-Buer aufgestelltes Schild mit der Aufschrift „Allenstein 1100 km“ den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Da das Schild in der Mitte eines dem Zubringerverkehr zur Autobahn dienenden Rondells stand, sah der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Egbert Reinhard, darin nicht nur eine gegen § 42 Abs. 1 Satz 1 der Straßenverkehrsordnung verstoßende Beeinträchtigung des Verkehrs, er monierte auch, daß „die ehemalige deutsche Stadt Allenstein (Ostpreußen)“ seit 32 Jahren zur Volksrepublik Polen gehöre und „seit dieser Zeit Olsztyn“ heiße, so daß das Schild womöglich auch noch „gegen Artikel 1 Abs. 2 des Warschauer Vertrages“ verstoße, wonach sich die Vertragspartner gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität verpflichtet hätten. Den Bedenken Reinhardts wollte jedoch der Wirtschafts- und Verkehrsminister in Düsseldorf – „im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten, dem Innenminister und dem Justizminister“ – nicht folgen. Das Schild sei auf einer Grünfläche, abseits der an den Fahrbahnrändern angebrachten Wegweiser aufgestellt, und schon „wegen der ungewöhnlich hohen Kilometerangabe“ werde dem Verkehrsteilnehmer ersichtlich, „daß es sich bei dem Schild seiner Funktion nach nicht um ein Richtzeichen (Wegweiser)“ handle. Dem „Gedenkzeichen“ stehe auch der Warschauer Vertrag nicht entgegen, da dieser „nicht das Gedenken an die deutsche Geschichte östlich der Oder-Neiße-Grenze“ verbiete. Die territoriale Integrität Polens werde durch die deutsche Bezeichnung Allensteins ebensowenig verletzt wie die Italiens durch die Bezeichnung Mailand (statt Milano)⁹¹. Im Bundestag schloß sich Außenminister Genscher den Argumenten der SPD/FDP-Regierung in Düsseldorf an, gab aber zu bedenken, ob es nicht „wirksamere und vielleicht überzeugendere Formen“ gebe, die Erinnerung von Mitbürgern an ihre Heimat zu bewahren⁹².

⁸⁹ DOD, Nr. 4, 1960, S. 25.

⁹⁰ DOD, Nr. 23, 1976, S. 3. Nur am Rande sei erwähnt, daß in der Ostberliner Straßenlandschaft die Erinnerung an den historischen deutschen Osten naturgemäß schon viel länger inopportun war; so wurden etwa Danziger und Elbinger Straße zu einer Dimitroffstraße zusammengelegt. Boockmann, Alte Straßen, neue Namen, S. 588.

⁹¹ Landtag Nordrhein-Westfalen, 8. Wahlperiode. Kleine Anfrage 773 des Abgeordneten Egbert Reinhard, SPD. Drucksache 8/1939, vom 30. März 1977; Antwort der Landesregierung, 31. März 1977, Drucksache 8/2095.

⁹² Das Bewußtsein des ganzen deutschen Volkes, so Genscher weiter, „vor allen Dingen aber derjenigen, die aus den Ostgebieten stammen, welche kulturelle und zivilisatorische Leistung Deutsche in diesen Ge-

Diese Ansicht vertraten auch sozialliberale Kommunalpolitiker von Berlin bis in die bayerisch-fränkische Provinz hinein – allerdings mit sehr viel größerer Schärfe. SPD und FDP in der Bezirksverordneten-Versammlung von Berlin-Charlottenburg etwa stoppten im Juni 1979 eine jener Initiativen⁹³, die jetzt in einem Gegenimpuls zu den ostdeutschen Schilderstürmereien mit dem Ziel entstanden, neue Hinweistafeln auf Städte im alten deutschen Osten aufzustellen. Ähnlich schroff ablehnend verhielten sich die sozialliberalen Räte z. B. im mittelfränkischen Neuendettelsau, wo ein Ortsvorsitzender der Jungen Union 1981 einen Gedenkwegweiser angeregt hatte, wie er ihm in der badischen Stadt Lörrach mustergültig verwirklicht schien⁹⁴. In beiden Fällen kam es aber dann zu Ersatzlösungen im Sinne der Initiatoren. Nach dem Scheitern der Neuendettelsauer Initiative setzte die CSU im benachbarten Ansbach die Idee im Stadtrat durch; und in Berlin wurden wenige Monate nach der Charlottenburger Debatte auf dem Grundstück des Axel Springer Verlages in Berlin-Kreuzberg Hinweisschilder errichtet, die Königsberg, Danzig, Breslau und Stettin in Erinnerung riefen⁹⁵.

Die Entwicklung im politischen Brennpunkt Berlin, wo damals auch die ostdeutschen Namen einiger Hallen auf dem Messegelände⁹⁶ „im Zuge von Renovierungsarbeiten“⁹⁷ verschwanden, war also kein Einzelfall. Hatte sich in der alten Reichshauptstadt die „Ostpreußenhalle“, in der zwischen 1954 und 1969 die Bundespräsidenten gewählt worden waren, als „hinderlich“ für die „Ausgleichspolitik zum Osten“ erwiesen⁹⁸, so erloschen andernorts einige der in den 1950er oder 1960er Jahren tausendfach gegebenen ostdeutschen Straßennamen⁹⁹, weil die Städtepatenschaften abstarben, in deren Rahmen Straßen feierlich benannt worden waren; oder aber es ergab sich im Rahmen der bundesweit stattfindenden kommunalen Gebietsreform, daß gleiche ostdeutsche Straßennamen in der neuen Großkommune mehrfach auftraten und der Klarheit wegen reduziert werden mußten: „Viele ost- und mitteldeutsche Namen starben dabei einen stillen Tod“¹⁰⁰. Allerdings kam es auch hier nicht zu einem radikalen Kahlschlag, sondern sorgten weniger stark ent-

bieten erbracht haben“, sei eine „wichtige Wertvorstellung, die niemandem genommen, sondern bei allen gestärkt werden sollte“. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, 25. Sitzung, 5. Mai 1977, S. 1719 f.

⁹³ Berliner Morgenpost, 1. Juli 1979.

⁹⁴ In einem Flugblatt der SPD wurde er daraufhin mit einem Brett/Wegweiser vor dem Kopf karikiert; linke Aktivisten drohten zudem: „Des Ding steht sowieso net lang“. Gemeindearchiv Neuendettelsau, Protokolle der Gemeinderatssitzung vom 13. und 27. April 1981. In einem Flugblatt hatte die Junge Union erklärt, ihr gehe es darum, „das Bewußtsein unserer unteilbaren Nation zu vermitteln und die Erinnerung an jene Landschaften und Städte wachzuhalten, deren Bürger als Vertriebene heute unter uns leben. Die Frage der rechtlich fremdbesetzten deutschen Ostgebiete bleibt bis zu deren Regelung durch einen mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossenen Friedensvertrag offen“.

⁹⁵ Springer, Aus Sorge um Deutschland, S. 122.

⁹⁶ Bereits 1969 hatte der Berliner Landesverband des BdV sich in einem Schreiben an den regierenden Bürgermeister gegen das Ansinnen maßgeblicher Gremien des Berliner Messewesens gewandt, die nach ostdeutschen Provinzen benannten Hallen umzubenennen, um die Beteiligung osteuropäischer Staaten nicht zu gefährden. DOD, Nr. 11/12, 1969, S. 7.

⁹⁷ DOD, Nr. 17, 1977, S. 1.

⁹⁸ Gegen den Tagungsort bei der Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten 1969 hatte die Sowjetunion lautstark protestiert.

⁹⁹ Allein in Dortmund trugen z. B. drei Dutzend Straßen ostdeutsche Namen. Vgl. Hoffmann, Anmerkungen zur Bewahrung und Pflege von Erbe und Kultur des historischen deutschen Ostens, S. 100.

¹⁰⁰ DOD, Nr. 23, 1976, S. 3.

spannungspolitisch geprägte Bürger und Gemeinderäte oder einfach Gedankenlosigkeit für die anhaltende topographische Präsenz des historischen deutschen Ostens.

In einem Appell zur Belebung der Patenschaften über ostdeutsche Städte und Kreise forderte Alfred Dregger im Oktober 1977 die CDU-Mandatsträger in Hessen ausdrücklich auf, für die Benennung von Straßen in Neubaugebieten „nach ostdeutschen Landschaften oder Städten“ zu sorgen¹⁰¹. In Bonn, wo der Stadtrat schon 1972 eine Gedenktafel am Erzbergerufer „zur Erinnerung an die Landschaften und Städte des deutschen Ostens“ beschlossen hatte¹⁰², veröffentlichte der Stadtbezirk Bad Godesberg Anfang 1977 eine Liste mit zu ändernden Straßennamen, die sogar die ausdrückliche Billigung des Bundes der Vertriebenen fand. Zwar sollten Königsberger, Marienburger und Stettiner Straße weichen, an ihre Stelle aber Zoppoter, Stargarder, Böhmerwald- oder Bernsteinstraße treten und auch ostdeutsche Persönlichkeiten in künftigen Straßennamen neu aufleben: Lovis Corinth, Andreas Gryphius oder Agnes Miegel¹⁰³. In Münster wurden ebenfalls in den Jahren nach den Ostverträgen z. B. noch eine Goldaper Straße (nach der ostpreußischen Kreisstadt, 1974), ein Karlsbadweg (nach dem sudetendeutschen Kurort, 1973) oder eine Stargarder Straße (nach der Stadt in Ostpommern, 1974) benannt¹⁰⁴. Ein einheitliches Bild kommunalpolitischer Verdrängung des historischen deutschen Ostens läßt sich also nicht zeichnen. Auch wenn einige übereifrige Anhänger der sozialliberalen Koalition in den Städten und Gemeinden im Vollzug der neuen Ostpolitik dazu manchen Beitrag leisteten, blieb die politische Landkarte der Bundesrepublik in den 1970er Jahren bunt genug, um auch gegenläufigen erinnerungskulturellen Bemühungen Raum zu lassen. Man denke nur daran, daß eine Stadt wie Regensburg allein 1975 160 000 DM zum Unterhalt der „Ostdeutschen Galerie“ beisteuerte¹⁰⁵. Ein anderes, viel grundsätzlicheres Problem bestand freilich darin, daß die Namen schlesischer, hinterpommerscher, ostpreußischer oder sudetendeutscher Städte, die auf so vielen Straßenschildern in der Bundesrepublik standen, „nichts mehr“ verdeutlichten, weithin „ohne Widerhall im Bewußtsein der heutigen Deutschen“ blieben – wie „erloschene Gesichter“ wirkten, „aus denen nichts spricht“¹⁰⁶.

¹⁰¹ Neue Kommentare, Nr. 17/1977, S. 11.

¹⁰² Pommersche Zeitung, 8. April 1972.

¹⁰³ DOD, Nr. 2, 1977, S. 4.

¹⁰⁴ Schultze-Rhonhof, Straßennamen aus Kulturräumen der Vertriebenen, S. 303, 304, 307.

¹⁰⁵ Von zur Mühlen, Die Förderung, S. 294.

¹⁰⁶ Wirsching, Ostpreußen, S. 223.

X. Verbreitetes Schweigen bis zum Holocaust-Film 1979: Vertreibung und „deutscher Osten“ in Medien und Literatur

Aufgrund der Struktur des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Deutschland überraschte es kaum, daß sich die neuen (ost-)politischen Mehrheitsverhältnisse nach 1969 auch in der Produktion niederschlugen und daß sich die schon in den frühen 1960er Jahren von unten, aus den Redaktionen kommenden Impulse zum – im Sinne der Entspannung zwischen den Blöcken – konditionierten Umgang mit dem Thema „deutscher Osten“ nun auch von oben her weiter verstärkten. In den meisten Fernseh- und Rundfunkräten hatten die Vertriebenen, soweit sie vertreten waren, weniger Einfluß denn je. Den Ton gaben eher die Vertreter sozialliberaler Regierungen und ihre Anhänger an, was am rechten Rand des Vertriebenenspektrums teils skurrile Reaktionen der Ohmacht hervorrief. So bekräftigten die im Rahmen einer „Nationalversammlung des deutschen Ostens“ mit 1200 Teilnehmern in der Bonner Beethovenhalle im September 1970 konstituierten ost- und sudetendeutschen „Länder“ das „allen Bundesländern zustehende Recht auf Gründung einer Rundfunkanstalt“; dieses wollten sie, falls ihnen kein westdeutsches Bundesland Gastrecht gewährte, notfalls dadurch in Anspruch nehmen, daß sie ihren Sender „auf einem Schiff“ installierten¹.

Hintergrund derartiger Visionen war die weiter wachsende Unzufriedenheit mit den Rundfunkprogrammen von ARD und ZDF, für die es seit Ostern 1970 ein ausgesprochen anschauliches Symbol gab. An diesem Wochenende wurde nämlich der Beschluß des Koordinierungsausschusses des Deutschen Fernsehens umgesetzt, im Zuge der Umstellung von Schwarzweiß auf Farbe die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 auf den Fernsehwetterkarten beider Programme nicht mehr zu zeigen. Überlegungen zur Umstellung der Wetterkarte hatte es schon seit der Einführung des Farbfernsehens auf der 25. Großen Deutschen Funkausstellung in Berlin 1967 gegeben². Doch obwohl der Kartenwechsel schon feststand, bevor „Bahr in Moskau Gromyko und Duckwitz in Warschau seinen Verhandlungspartner Winiewicz“ treffen würde, war die Umstellung auf Farbe wohl auch ein willkommener „Vorwand“³, um die zumindest partiell politischen Motive zu camouflieren. Da auf der Schautafel des ZDF immerhin Leipzig und Breslau als „Erinnerungsposten“ an Mittel- und Ostdeutschland erhalten blieben, konzentrierte sich die Kritik der Vertriebenen vor allem auf die ARD, für deren Meteorologie der Hessische Rundfunk verantwortlich zeichnete.

Die bisherige ARD-Wetterkarte hatte zumindest noch den westlichen Teil Schlesiens und Pommerns gezeigt; künftig suchte man die Oder-Neiße-Gebiete und ihre wichtigsten Städte in dem neuen, auf jede politische Markierung verzichtenden geophysikalischen

¹ Die Welt, 29. September 1970. In einem Vermerk des Abteilungsleiters Vt im Bundesinnenministerium vom 1. Oktober 1970 (BAK B 106/23107) hieß es zu den Veranstaltern, diese stellten nur ein „extremes Grüppchen“ dar, während die Ostdeutschen Landesvertretungen bisher ihre Anliegen in der Regel sachlich vertreten hätten.

² Vgl. Fritsche, Ostdeutschland und das Bild der Vertriebenen, S. 17.

³ Kommentar von Hans Reiser in der Süddeutschen Zeitung, 31. März 1970.

Schaubild vergebens. Jenseits der Linie München – Frankfurt – Hamburg gab es jetzt nur noch, gleichsam als „Außenfort“, die Stadt Berlin. Die Kritik des BdV an diesem „verstümmelten Deutschland“ parierte HR-Intendant Hess mit dem Hinweis, die Wetterkarte habe in der Vergangenheit „immer wieder als politisches Demonstrationsobjekt“ für oder gegen bestimmte Positionen erhalten müssen; diese Fehlentwicklung sei jetzt korrigiert worden⁴. Allerdings wirkte der kartographische Wandel in der ARD wie eine Konzession, nachdem die Warschauer und Ostberliner Machthaber wiederholt heftige Attacken gegen die alten Wetterkarten gerichtet hatten; sie zeigten sich freilich auch jetzt noch nicht ganz zufrieden, weil nach wie vor – revanchistischerweise – „Wolken über dem polnischen Pommern“ (Westpommern, wie es wörtlich hieß) eingezeichnet würden⁵.

Pünktlich vor dem Besuch des polnischen KP-Chefs Gierek, so vermuteten die Landsmannschaften, ließ dann auch das ZDF am 11. Mai 1976 Breslau auf seiner Wetterkarte verschwinden⁶. Daß Intendant Karl Holzammer diesen Schritt „nur aus Gefälligkeit gegenüber den heute Mächtigen“ ging⁷, läßt sich aus den Quellen so allerdings nicht bestätigen, auch hier war es wiederum eher eine Mischung aus praktischen und politischen Erwägungen, die zu einem neuen Schaubild führte. Da der Mechanismus der seit 1962 in Betrieb befindlichen Wetterkarte „sich ausgeleiert“⁸ hatte, forderte Hauptabteilungsleiter Karlheinz Rudolph noch im Jahr 1975 „aus technischen und sicherheitstechnischen Gründen eine neue Wetterkarte“. Dabei ging es auch darum, das bisherige quadratische Format dem 3:4-Bildschirmformat anzupassen und Städtenamen generell „sehr sparsam“ zu verwenden, „um die Wetterzeichnung nicht zu stören“. Auf der sog. „kleinen Wettergraphik“, die außer in der „19-Uhr-Heute“ in allen anderen Sendungen gezeigt wurde, waren ohnehin „seit Jahren unbeanstandet“ nur drei westdeutsche Städte als Orientierungshilfen zu sehen⁹. Was Rudolph in einem Vermerk für den ZDF-Intendanten indes in Abrede stellte: „Die Wetterkarte ist keine politische Karte. Ich bedauere [...], daß die eine und die andere Seite diese Karte politisch oder polemisch interpretiert“¹⁰, räumte er gegenüber der Presse dann doch ein: „Seit Jahren sprechen uns die Polen bei jeder Gelegenheit darauf an. Das Thema Breslau in der Wetterkarte war ein echter Dauerbrenner“¹¹.

„Jetzt wird das ZDF die Wetterfahne nach dem Wind drehen. Ab Ende Januar gibt es für Breslau kein Wetter mehr“, kommentierte Bernhard Abel in der *Welt am Sonntag*¹². Bundestagsabgeordneter Hermann Kroll-Schlüter, Mitglied im ZDF-Fernsehrat, richtete in einer Fragestunde die Bitte um Aufklärung an den Intendanten. Holzammer insistierte auf dem ganz unpolitischen, rein sachlichen Charakter der Entscheidung und betonte, daß nach einem Beschluß des Hauses auf der neuen Wetterkarte „sinnvollerweise nur

⁴ DOD, Nr. 12, 1970, S. 11. Vgl. auch Leserbriefe und Schaubild in Bild und Funk, Nr. 16, sowie Bild am Sonntag, 12. April 1970 (Presseauschnittsammlung des HR-Archivs).

⁵ Süddeutsche Zeitung, 24. April 1970; Der Schlesier, 23. April 1970.

⁶ Die Bemühungen des vom BdV in den Fernsehrat des ZDF entsandten Rudolf Wollner, die neue Landkarte zu verhindern, hatten keinen Erfolg. DOD, Nr. 2, 1976, S. 12.

⁷ DOD, Nr. 12, 1976, S. 15. Zum Beschluß des Intendanten selbst vgl. das Ergebnisprotokoll der Direktorenitzung am 13. Januar 1976, in: ZDF-UA 3/363. DiSi 1976/1977.

⁸ Welt am Sonntag, 14. Dezember 1975.

⁹ Vermerk von Karlheinz Rudolph, Wiesbaden, 17. Dezember 1975, in: ZDF-UA 6/0367, Chefredakteur, Intern, HR-Aktuelles, 1976.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Welt am Sonntag, 14. Dezember 1975.

¹² Ebd.

Städte eingezeichnet worden“ seien, „in denen das Programm des ZDF auch gesehen werden kann“¹³. So plausibel diese Argumentation auch anmutete, so unübersehbar war, daß die Aufnahme Breslaus in das Bild 1962 noch als sinnvoll gegolten, sich aber seitdem in der politischen Wahrnehmung einiges verändert hatte. Nun läßt sich schwer einschätzen, welche Wirkung von der schlesischen Hauptstadt als meteorologischer Fixpunkt auf die ostdeutsche Erinnerungskultur tatsächlich ausging. Zumindest aber war mit Breslau ein täglich von Millionen Menschen wahrzunehmender – potentiell Fragen und Gespräche auslösender – Erinnerungsort an den historischen deutschen Osten von den Bildschirmen verschwunden.

Das Schicksal der Wetterkarte lag im Trend der allgemeinen Entwicklung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen. Die Nachmittagssendung „Alte und Neue Heimat“ etwa, die bislang am Samstag abwechselnd von WDR und NDR ausgestrahlt und immer wieder von den kommunistischen Machthabern im Ostblock kritisiert worden war, weil sie angeblich „vom Vertriebenenverband und seinem Funktionär Herbert Hupka vollständig beherrscht“¹⁴ wurde, fiel 1974 einem neuen Programmschema zum Opfer. Sie war fürderhin nur noch am Sonntag morgen um 8 Uhr zu hören, um schließlich 1981 weiter – auf 7.30 Uhr – vorverlegt und noch dazu vom Programm WDR II nach dem landesweit nicht in gleich guter Qualität zu empfangenden WDR III verschoben zu werden¹⁵. Selbst der Süddeutsche Rundfunk, der gerade im Begriff war, eine Patenschaft für den Schlesischen Rundfunk zu übernehmen (als SDR-Presseschef arbeitete der bekennende Ostdeutsche Heinz Rudolf Fritsche)¹⁶, gab zur Klage Anlaß: Seine guten Vertriebenen-Sendungen würden zur Hausfrauen-Zeit um 11.30 Uhr angeboten, während sich der Sender nach 17 Uhr lieber um Gastarbeiter-Themen kümmere¹⁷.

Der vom ZDF 1975 vorgelegte Jahresbericht nährte die wachsende Enttäuschung der Vertriebenen über die elektronischen Medien wegen des Rückgangs an Sendungen mit ostdeutscher Thematik sowohl in qualitativer wie quantitativer Hinsicht¹⁸. „Der Eindruck will nicht weichen“, so hieß es im BdV, „daß auch das ZDF die ‚regierungstreue Linie‘ der ARD immer stärker einschlägt und sich zumindest in politicis nicht mehr als Kontrastprogramm gebärdet“. Das seit 1969 gesendete ZDF-Magazin Gerhard Löwenthals, das ostdeutsche und Berliner Belange nach wie vor hinreichend berücksichtige, werde im Zuge dessen mehr und mehr „zum Kuriosum oder Alibi“¹⁹. Als charakteristischer auch für das ZDF-Programm wurden eher Sendereihen wie „Kennzeichen D“ empfunden. Diese stünden

¹³ Stellungnahme des Intendanten zum Schreiben von Herrn Kroll-Schlüter vom 7. Juli 1976, in: ZDF-UA 3/427. Fernsehrat, Korrespondenz A-K, 1976.

¹⁴ DOD, Nr. 6/7, 1970, S. 13; vgl. auch DOD Nr. 3, 1974, S. 8, sowie Baehr, Die Vermittlerrolle, S. 395.

¹⁵ DOD, Nr. 1, 1981, S. 3.

¹⁶ Zur Biographie Fritsches, der von 1955 bis 1976 leitender Redakteur und Abteilungsleiter beim Süddeutschen Rundfunk war (Von Merkat, Aus Trümmern, S. 424), und zu seinen Aktivitäten aus vertriebenenfeindlicher Sicht: Neue Kommentare, Nr. 13/1965, S. 9f. Der Süddeutsche Rundfunk übernahm 1965 etwa die Kosten für die Erforschung der Geschichte des Schlesischen Rundfunks. Intendant Hans Bausch hoffte, damit andere westdeutsche Sender zu ähnlichen Patenschaften animieren zu können. DOD, Nr. 18, 1965, S. 5.

¹⁷ DOD, Nr. 11/12, 1965, S. 4.

¹⁸ Zu den gesellschaftspolitischen Programminhalten vgl. ZDF-Jahrbuch 1975, S. 47–53.

¹⁹ DOD, Nr. 14, 1975, S. 8. Zum ZDF-Magazin vgl. die gegensätzlichen Positionen von Max von der Grün, Tatort ZDF-Studio Löwenthal, sowie von Gerhard Löwenthal, Ich bin geblieben. Daneben die empirische Analyse von Matthias Schuppe, Im Spiegel der Medien.

dem BdV „als radikalste[r] Kampfgruppe gegen die Ostpolitik von Brandt und Scheel“ zu tiefst skeptisch gegenüber und machten sich in einem daraus resultierenden Affekt gegen alles Ostdeutsche mitunter sogar über die schlichte Pflege von Vertriebenenbrauchtum lustig²⁰. Ähnlich lautete das Urteil über die ZDF-Sendung „Drüben“, die im Kontext des visa-freien Reiseverkehrs über Oder und Neiße eine Landkarte verwendete, „auf der nur die heutigen polnischen Bezeichnungen eingetragen waren“, statt diese zusammen mit den deutschen Namen zu zeigen²¹.

Einige Jahre später hatte sich an diesem Befund nichts geändert. Das ZDF-Programm wies auch 1977 „sehr wenig aus, das in den Bereich des Ost- und Mitteldeutschen einzuordnen wäre. Kaum eine Sendung, die sich mit diesen Gebieten befaßt, nur in den aktuellen Serien hier und dort [...] ein schwacher Schimmer“²². Offensichtlich aber reagierten die Anstalten mit ihrem Angebot nicht nur auf die Entspannungspolitik, sondern auch – einer inneren programmplanerischen Logik folgend – auf die geringer werdende Zahl der an ostdeutschen Themen aus biographischen Gründen besonders interessierten Hörer bzw. Seher. Generell waren Mitte der 1970er Jahre nach jahrelanger hitziger ostpolitischer Debatte gewisse Ermüdungserscheinungen hinsichtlich des Interesses an Themen des alten „deutschen Ostens“ vielleicht sogar unausweichlich. Denn in der Entscheidungsphase der Ostverträge hatte gerade das ZDF einem breiten Spektrum unterschiedlichster Positionen Raum gegeben und dabei auch immer wieder Beiträge gesendet, die von viel Verständnis für die Anliegen der Vertriebenenverbände gekennzeichnet waren.

Im Juni 1970 brachte das ZDF-Magazin einen Reisebericht unter dem Titel „Hinter Oder und Neiße“. Anhand von Gesprächen vor allem in Breslau und Stettin kam er zu dem Schluß, „von Furcht vor angeblicher territorialer Revanche deutscher Vertriebenen“ sei in Pommern und Schlesien keine Spur zu finden. Zur Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik äußerte ein Stettiner Stadtrat, dieser Schritt wäre zwar zu begrüßen, doch wenn er nicht erfolgen sollte, „werden wir uns ebenso gut fühlen wie jetzt“²³. Kein vernünftiger Mensch, so betonte Löwenthal in der Abmoderation, „stelle sich vor, daß die jetzt von Polen bewohnten Gebiete geräumt würden“; aber eine endgültige juristische Regelung der deutsch-polnischen Grenze sei nur im Zusammenhang mit einem Friedensvertrag möglich. Mit einem Wort Bismarcks aus der Zeit kurz vor der Reichsgründung schloß der Fernsehjournalist: „Wir können die Uhren vorstellen. Die Zeit geht aber deshalb nicht rascher, und die Fähigkeit zu warten, während die Verhältnisse sich entwickeln, ist eine Vorbedingung praktischer Politik“²⁴.

Das ZDF-Magazin erwies sich auch bei anderen Gelegenheiten immer wieder als wichtigste Bank für die Vertriebenen. Als 1971 die Frage der Bundeszuschüsse für die Lands-

²⁰ DOD, Nr. 8, 1973, S. 12. Das Polit-Magazin „Kennzeichen D“, auf die innerdeutschen Fragen spezialisiert, hat aber insgesamt nur selten über Vertriebenenthemen berichtet (etwa am 13. April 1972 „Wie denken unsere Vertriebenen?“ oder am 31. Mai 1977 anlässlich des Pfingsttreffens der Sudetendeutschen); so das Ergebnis einer Recherche in der Fernsehdatenbank TV im ZDF-Unternehmensarchiv, für die ich dessen Leiter, Veit Scheller, zu Dank verpflichtet bin.

²¹ „Drüben“-Dokumentation. Sendeinhaltsprotokolle der Folgen 1–180. Filmprotokoll Nr. 141 vom 16. Januar 1972, Blatt 1 (ZDF-Unternehmensarchiv). DOD, Nr. 5/6, 1972, S. 16.

²² DOD, Nr. 18, 1978, S. 8.

²³ ZDF-Unternehmensarchiv: Nr. 66 408. Sendungen ZDF-Magazin, 65.-72. Sendung, hier: Sendung vom 10. Juni 1970 (Sendemanuskript), S. 6 f.

²⁴ Ebd., Manuskript der Moderation, S. 3.

manschaften diskutiert wurde, nahm Hans Joachim Peters die „ostpolitischen Prügelknaben der Regierung“ vor dem Vorwurf in Schutz, mit der NPD in Verbindung zu stehen²⁵. Derselbe Autor sprach, als sich sozialdemokratische Oberbürgermeister zu Pfingsten 1973 weigerten, die Landsmannschaften auf deren Großveranstaltungen zu begrüßen, von „falsch verstandenem Entgegenkommen gegenüber unseren Vertragspartnern im Osten“²⁶. Das ZDF-Magazin war nicht der einzige Sendeplatz, von dem aus ein freundlicheres Bild der Ostvertriebenen gezeichnet wurde. Die Frage „Zur Versöhnung bereit“ bejahte etwa auch ein Beitrag über die sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde, den das ZDF an einem Sonntagabend im Juni 1971 zwischen 19.15 und 19.45 Uhr ausstrahlte. Zu sehen war darin das schon vor Jahren einsetzende Bemühen dieser Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Katholiken, nicht nur auf das Unrecht der Vertreibung hinzuweisen, „sondern auch auf die Verpflichtung zur Versöhnung“²⁷.

Der Beitrag über die Ackermann-Gemeinde war auch noch in anderer Hinsicht sehr aufschlußreich: Er lief gerade einmal zwei Tage vor einem scharfen Angriff auf die alte Ostkunde im Rahmen der ZDF-Sendung „Impulse“ und bestätigte tendenziell jene, die „dem Zweiten“ seit seiner Gründung einen „schier obsessiven Rechts-links-Proporz“²⁸ nachsagten. Ein halbes Jahr nach Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages, so kritisierte der „Impulse“-Beitrag, böten Schulbücher und Atlanten „immer noch ein verzerrtes Bild von der Wirklichkeit in den ehemals deutschen Ostgebieten“. „Eine überholte anti-kommunistische Grundhaltung und die Darstellung des polnischen Volkes im Freund-Feind-Schema“ würden häufig die Klischees des Kalten Krieges konservieren²⁹.

Angesichts der pluralistischen Programmviefalt nicht nur des ZDF kamen auch Verantwortliche in den Medien, die wie Fritsche den Vertriebenen nahestanden, zu einem viel weniger vernichtenden Urteil über die öffentlich-rechtlichen Sender als die BdV-Presse. Fritsche wandte sich gegen „irgendwelche verkürzenden Klassifizierungen“ nach dem Schema „rechts“ und „links“, da ARD und ZDF gleichermaßen „positive wie negative Darstellungen und Analysen, sachlich korrekte wie solche von einseitiger Tendenz“ zu attestieren seien³⁰. Tendenziell läßt sich aber doch der Eindruck gewinnen, als hätten sich die entspannungspolitische Orientierung und ihre Begleiterscheinungen beim ZDF weniger deutlich ausgeprägt als in den meisten Sendern der ARD. Symptomatisch war in dieser Hinsicht die Wahl Karl Günther von Hases zum Intendanten des ZDF. Über Hase, der in jüngeren Jahren Adenauer als Pressesprecher diente, später als Botschafter zwar loyal die neue Ostpolitik vertrat, aber „innerlich den daraus resultierenden Verträgen von Moskau

²⁵ ZDF-Unternehmensarchiv: Nr. 66 415. Sendungen ZDF-Magazin, 120.-127. Sendung, hier: Sendemanuskript vom 7. Juli 1971 („Vertriebene ohne Zuschuß“).

²⁶ ZDF-Unternehmensarchiv: Nr. 66 424. Sendungen ZDF-Magazin, 211.-220. Sendung, hier: Sendemanuskript vom 13. Juni 1973 („Heimattreffen unerwünscht“).

²⁷ ZDF. Programm der 27. Woche. 27. Juni bis 3. Juli 1971. Hg. vom ZDF. Hier: Sonntag, 27. Juni 1971, 19.15-19.45 Uhr: „Zur Versöhnung bereit?“

²⁸ So Nils Minkmar mit Verweis auf ZDF-Magazin und Kennzeichen D, die sich in den 1970er Jahren „die Waage“ hielten. Die Zeit, Nr. 37/2000 (Carrell, Karate und Cleopatra). http://zeus.zeit.de/text/archiv/2003/37/200037_m-zdfreporter.xml, 21. 03. 2005.

²⁹ Um zu einer „objektiven Neuorientierung“ beizutragen, lieferte der Beitrag „Kostproben aus dem“, wie es in der Vorschau hieß, „abstrusen Zitatenschatz zahlreicher Lehrbücher“. ZDF. Programm der 27. Woche. 27. Juni bis 3. Juli 1971. Hg. vom ZDF. Hier: Dienstag, 29. Juni 1971, 21.50-22.20 Uhr („Rübezahl versteht kein polnisch“).

³⁰ Fritsche, Ostdeutschland und das Bild der Vertriebenen, S. 16.

und Warschau nie zugestimmt“ hatte³¹, schrieb der BdV-Vertreter im ZDF-Fernsehrat anlässlich des Amtsantritts des neuen Intendanten im April 1977: „Dies gibt uns die Hoffnung, daß wir in Zukunft [...] eine bessere Berücksichtigung unserer Anliegen erhoffen dürfen“; schließlich sei es allein der „entschlossenen Haltung“ der „freiheitlich-konservativen Kräfte im Fernsehrat [...] gegenüber dem sozialliberalen Freundeskreis zu verdanken“, daß von Hase habe durchgesetzt werden können³².

Im heterogenen Kreis der ARD-Anstalten gewann der Bayerische Rundfunk – anders noch als in den 1960er Jahren – mit seiner betonten Zurückhaltung gegenüber rein entspannungspolitischen Sprachregelungen eine gewisse Sonderstellung³³. So gab es im Freistaat eine regelmäßige „Gesprächsrunde der Ost- und Westpreußenstiftung“, an der neben Mitgliedern der Staatsregierung, des Rundfunkrats und des BdV auch Verantwortliche des Bayerischen Rundfunks wie der Chefredakteur des BR-Fernsehens oder der Programmdirektor des Hörfunks teilnahmen. Der Leiter der Hauptabteilung „Nachrichten“ berichtete in einer Rede vor Rundfunkräten Anfang 1977, er habe seinen Redakteuren empfohlen, „nie gedankenlos eine riskante oder umstrittene Formulierung der Nachrichtenagenturen“ zu übernehmen. So sei z. B. die Bezeichnung „ehemalige Ostgebiete“ trotz des Warschauer Vertrags wegen des Friedensvertragsvorbehalts unzulässig, weshalb bei „redaktions-eigenen Bezeichnungen“ auf den neutraleren Ausdruck „Oder-Neiße-Gebiete“ rekuriert werde. Zur Frage der Ortsnamen dort gelegener Städte und Gemeinden betonte der Programmdirektor, im Bayerischen Rundfunk würden „nur die deutschen Ortsnamen gebraucht“³⁴. Der Linie des Senders korrespondierten eine ganze Reihe erinnerungskultureller Beiträge etwa zur Vorbereitung für einen vom Kultusministerium veranstalteten ostkundlichen Schülerwettbewerb. CSU-Politiker wie der Landtagsabgeordnete Sepp Prentl hatten ausdrücklich gefordert, „Sendungen über die ostdeutschen Gebiete nicht nur für die Vertriebenen, sondern vor allem auch für das bayerische Volk zu gestalten“, um zu zeigen, „was die Deutschen im Osten für das Gesamtdeutschtum geleistet“ hätten³⁵.

In den Rundfunkanstalten außerhalb Bayerns sah die Lage etwas anders aus. Schon Mitte der 1960er Jahre waren Polnische oder Tschechoslowakische Wochen, wie sie von Radio Bremen, dem Südwestfunk oder dem WDR veranstaltet wurden, in Vertriebenenkreisen als „propagandistischer Einbahnverkehr“ (Wenzel Jaksch) zu Lasten der deutschen Rechts-

³¹ So wußte zumindest BdV-Medienexperte Wollner. Neue Kommentare, Nr. 8/1977, S. 4.

³² Neue Kommentare, Nr. 8/1977, S. 4. Die vergleichsweise konservative, am Karlsruher Urteil orientierte deutschlandpolitische Linie des ZDF fand immer wieder Kritik von links. Vgl. etwa den – während einer Polenreise mit der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ entstandenen – offenen Brief von 23 Vertretern der Evangelischen Jugend an das ZDF vom September 1978, der es kritisierte, daß in Nachrichtensendungen des Senders „stets die ehemaligen Grenzen des Deutschen Reichs von 1937“ gezeigt würden. Süddeutsche Zeitung, 13. September 1978.

³³ Obwohl die Unionsparteien nach 1969 auch in anderen Ländern darauf abzielten, „Sender als ganze zu erobern“ (Lampe, Panorama, S. 280). CDU und CSU gingen von der laut Lampe (Panorama, S. 277) nicht ganz von der Hand zu weisenden Überzeugung aus, die „linke“ Berichterstattung im Fernsehen hätte den Wahlausgang 1969 entschieden. Tatsächlich agierten in den 1960er Jahren „alle politischen Fernsehmagazine der ARD links von der Mitte“. Ebd., S. 271. Wie die Eroberung eines Senders „zuerst beim BR praktiziert“ wurde, schildert Lampe, Panorama, S. 280 ff. Zum mehr und mehr „zeitkritischen“ Journalismus der 1960er Jahre vgl. jetzt am Beispiel der Fernseh-Magazine auch von Hodenberg, Konsens und Krise, S. 302–322.

³⁴ Neue Kommentare, Nr. 1/1977, S. 3.

³⁵ Neue Kommentare, Nr. 16/1977, S. 9 ff., Zitat S. 11.

positionen kritisiert worden³⁶. Der WDR in Köln kündigte einen Beitrag zur Polnischen Woche 1967 im Programmheft unter der Überschrift „Wroclaw (Breslau)“ an und sprach von einer Sängerin aus „Poznan, dem ehemaligen Posen“, während bei Warschau und Krakau solche Verrenkungen unterblieben³⁷. 1970 war in einer ARD-Nachrichtensendung dann nurmehr von Klodzko die Rede, als über ein Brandunglück in der Hauptstadt der ehemaligen schlesischen Grafschaft Glatz berichtet wurde³⁸.

Selbst vor der Sportberichterstattung machten die erinnerungskulturell sensiblen Bezeichnungsfragen nicht halt. Als der WDR 1979 aus dem „Olympiastadion in Wroclaw“ ein Fußballspiel zwischen Borussia Mönchengladbach und Śląsk Wroclaw (Schlesien Breslau) übertrug, begründete Reporter Armin Hauve seine Ansage „Wroclaw“ statt „Breslau“ damit, daß er sich „sehr eingehend erkundigt“ habe, wie die Stadt wirklich heiße. Der Name „Wroclaw“ stamme, so lautete die sprachlich und historisch holprige Argumentation, „aus der Geschichte Polens nach einem alten polnischen Fürstengeschlecht, der Piasten, benannt. Breslau, das war einmal und deshalb sollten wir auch sagen, Wroclaw“. Im übrigen würden die Polen „sehr allergisch“ reagieren, wenn sie „Breslau hörten. [...] Wer will es ihnen verwehren?“³⁹ Daß polnische Deutschland-Reporter selbstverständlich von Köln als „Kolonie“ und von Münster als „Monastyr“ sprachen, reflektierte der WDR-Sportjournalist nicht. Namen von Städten, dies hatte Hauve ebenfalls kaum hinreichend bedacht, meinen nicht nur ihre Gegenwart, sondern auch ihre Vergangenheit. Das heißt, wer als Tourist heute nach Wroclaw fährt, interessiert sich vor allem auch für das alte Breslau⁴⁰. Ein Beitrag zur Pflege des Erinnerungsortes „deutscher Osten“ wurde mittels Polonisierung alter deutscher Städtenamen jedenfalls nicht geleistet – ganz abgesehen davon, daß Sprachpolitiker wie Hauve das polnische „l“, das nicht wie ein deutsches „f“, sondern eher als „w“ ausgesprochen wird, nur selten korrekt zu artikulieren verstanden.

In anderer Weise problematisch waren Dokumentarfilme wie der für den WDR produzierte Streifen des 30 Jahre alten Klaus Bednarz „Verlorenes Land – Gewonnenes Land“, der Ende August 1973 ausgestrahlt wurde. Die ARD-Pressestelle rückte den Film über die polnische Besiedlung Schlesiens nach 1945 ausdrücklich in die Ahnenreihe jener Reportagen der Neven-du Mont und Stehle, die schon in den 1960er Jahren manchmal mehr Verständnis für das Los der – teilweise selbst vertriebenen – polnischen Neusiedler in den Oder-Neiße-Gebieten zeigten als für das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen: „[...] sie kamen freiwillig oder auf militärischen Befehl, auf Wunsch der Partei oder auch, weil es sonst nichts gab, wo sie hätten hingehen können: die polnischen Siedler, die sich nach dem Krieg in Schlesien niederließen“⁴¹. So gut wie unter den Tisch fiel bei Darstel-

³⁶ BAK B 150/3345a: Informationsdienst Radio Bremen, 11. Dezember 1964: „Radio Bremen und Wenzel Jaksch“. BAK 150/3345b: I B 3 – 2525a – 2952/66, 4. Januar 1967, an Herrn Scholz.

³⁷ DOD, Nr. 43, 1967, S. 9.

³⁸ DOD, Nr. 2, 1970, S. 11.

³⁹ DOD, Nr. 1, 1979, S. 4. Nicht nur im Sportteil von *Welt* und *Bild* (7. Dezember 1979), sondern etwa auch in der *Süddeutschen Zeitung* (7. Dezember 1978) war dagegen von „Breslau“ die Rede.

⁴⁰ Vgl. Boockmann, *Die Geschichte Ostdeutschlands*, S. 13. Eine bemerkenswerte Episode ereignete sich in diesem Zusammenhang Anfang 2001, als der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewki in einem *Spiegel*-Gespräch unter anderem Stettin, Küstrin und Grünberg bei ihrem deutschen Namen nannte und den verwundert nachfragenden Journalisten („Sie verwendeten die alten Namen der polnischen Städte?“) erklärte: „Da habe ich keine Komplexe. Wenn ich mit dem deutschen Nachrichtenmagazin spreche, kann ich doch die deutschen Namen verwenden. Das hat mit Politik nichts zu tun.“ *Der Spiegel*, Nr. 4, 2001.

⁴¹ DOD, Nr. 23/24, 1973, S. 5.

lungen dieser Art, daß es sich bei der Vertreibung der Deutschen überhaupt um ein Unrecht gehandelt hatte: „Ein Wort des Mitleids und des Bedauerns [...] für das Schicksal der vertriebenen Deutschen [...] wurde schmerzlich vermißt in diesem Film“, monierte Manfred R. Beer in der *Welt* und sprach von einer „Art Gefälligkeitsarbeit für die gegenwärtige Bonner Ostpolitik“⁴². Auch der Kritiker der *Süddeutschen Zeitung* bemängelte, daß „das Thema der Repressalien“ zu Beginn der polnischen Besiedlung 1945 „nicht erwähnt“ wurde⁴³.

Angesichts der wachsenden Distanz zum historischen deutschen Osten in den öffentlich-rechtlichen Medien, in die sich eine streckenweise einseitige Negativ-Berichterstattung über die BdV-„Funktionäre“ und die Landsmannschaften fügte⁴⁴, registrierten die Heimatvertriebenen im Gegenzug auch kleinere Silberstreifen am Horizont sehr aufmerksam: Sei es, wenn im sonst vielgescholtenen WDR, obgleich an dem ungünstigen Sendeplatz am Sonntag früh im Hörfunk, ein ziemlich ungeschminktes Bild von dem „kulturellen Völkermord“ vermittelt wurde, dem sich die in der CSSR verbliebene Minderheit der Sudetendeutschen ausgesetzt sah; sei es, wenn der Sänger Heino bei einem vom WDR übertragenen Platzkonzert in Bottrop das Lied vom Riesengebirge, dem „deutschen Gebirge“, sowie das Schlesierlied zu Gehör brachte⁴⁵, ja selbst schon dann, wenn angesichts des Verschwindens Königsbergs und Breslaus von den Landkarten der Nachrichtensendungen ein ZDF-Meteorologe im Februar 1972 „auch das Wetter in Schlesien und Ostpreußen“ mit ansagte (minus 15 bzw. 21 Grad) und bei dieser Gelegenheit an die – im Vergleich zur neuen westdeutschen Heimat – so strengen Winter dort erinnerte⁴⁶, oder wenn einer seiner Kollegen die Sturmwolken über dem Norden der Bundesrepublik ausdrücklich „nach Ostpreußen“ abziehen ließ⁴⁷.

In der Presselandschaft bot sich auch in den 1970er Jahren das aus der Dekade vorher gewohnte Bild. Der Hauptstrom, angeführt von den Hamburger Blättern, bewegte sich auf ausgesprochen vertriebenenkritischem Kurs⁴⁸, wobei in der Begründung der aktuellen ostpolitischen Positionen teilweise fragwürdige Geschichtsbilder aufschienen. So veröffentlichte der *Spiegel* in seiner Titelgeschichte „Oder-Neiße-Grenze. Ende einer Illusion“ am 4. Mai 1970 eine ziemlich einseitige, auf polnisch-nationaler Linie liegende Darstellung der preußischen Politik im 19. Jahrhundert und schilderte sie als direkten Vorläufer

⁴² Die Welt, 31. August 1973. Ähnliches galt wohl auch für eine Reportage des Süddeutschen Rundfunks über eine Breslau-Reise, die beharrlich von der „Universität Wrocław“ sprach. (DOD, Nr. 7, 1973, S. 7).

⁴³ Süddeutsche Zeitung, 31. August 1973.

⁴⁴ Vgl. etwa die ARD-Fernsehsendung vom 9. Februar 1977 (20.15 Uhr) „Reservate – Schlesien bewahren“, ein Film über die Arbeit der Landsmannschaft Schlesien am Beispiel ihrer Ortsgruppe in Neuenrade, wo es hieß, die Landsmannschaft betreibe „produktive Haßpolitik. [...] Es herrscht kalter Krieg in Neuenrade.“ (Der Schlesier, 25. Februar 1977), oder eine Kontraste-Sendung des SFB über die Deutsche Jugend des Ostens (DOD, Nr. 17, 1970, S. 12).

⁴⁵ DOD, Nr. 20, 1976, sowie Nr. 22, 1978, S. 2 f.; zu Heino, der als Kleinkind bis 1945 einige Jahre in Pommern gelebt hatte, in den 1950er Jahren der SPD nahestand und es heute „selbst anstößig findet“, daß einige seiner Erzeugnisse auf rechtsradikalen Websites besonders geschätzt und verkauft werden, vgl. den Bericht von Jan Feddersen, Eine Versöhnung mit Heino ist möglich, in: taz, 20. Januar 2005. Vgl. auch seine Erinnerungen: Heino, Und sie lieben mich doch.

⁴⁶ DOD, Nr. 5/6, 1972, S. 16.

⁴⁷ „Obwohl keiner den Menschen dort den Sturm wünschte“, hieß es im DOD (Nr. 2, 1976, S. 12), „war doch jeder froh, daß sie nicht nach Westpolen abzogen.“

⁴⁸ Vgl. etwa den Kommentar in der *Zeit* (vom 22. Mai 1970) zu den Pfingsttreffen der Landsmannschaften 1970.

„zu Hitlers Polen-Mord“⁴⁹. Zudem fiel auf, daß die deutschen Tageszeitungen in der Rubrik „Was die anderen schreiben“ kaum je einen Auszug aus der Vertriebenen-Presse brachten, ja daß deren „Rufe“ zunehmend „ohne Widerhall“ blieben⁵⁰. Kennzeichnend war auch, in welcher unkritischer Weise ein großer Teil der westdeutschen Presse 1972 eine Ostberliner Meldung aufgriff und von der Entdeckung eines neuen Buches des Westpreußen Nicolaus Copernicus berichtete, das in das polnische Museum „Olsztyn“ aufgenommen worden sei. Daß es sich bei „Olsztyn“ um das alte ostpreußische Allenstein handelte, fiel entweder gar nicht mehr auf oder wurde jedenfalls dort nicht der Erwähnung für nötig befunden, wo der Sinn für die Bewahrung des ostdeutschen Kulturerbes zusehends schwand⁵¹. Fast nur die Kreisverbände der Landsmannschaft Westpreußen bemühten sich 1973 in über 100 Gedenkstunden landauf landab darum, anläßlich des 500. Geburtstages des astronomischen Pioniers mehr Aufmerksamkeit auf die Geschichte Westpreußens zu lenken⁵².

Ein gewisses Gegengewicht zu den ostpolitischen und erinnerungskulturellen Entwicklungen bildete nach wie vor die Springer-Presse, deren Verleger am Tag der Heimat in Berlin auch als Hauptredner in Erscheinung trat⁵³. Als Berlins Regierender Bürgermeister 1970 einen Zuschuß zum Tag der Heimat ablehnte, kommentierte die *Berliner Morgenpost*: Nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages verschärfte sich offensichtlich das „Kesseltreiben gegen die politischen Manifestationen der Vertriebenen. [...] Sollte [...] der Schlesier oder Ostpreuße jetzt noch wagen, sich als Vertriebener zu bezeichnen, muß er damit rechnen, pauschal in die Kategorie der Ewiggestrigen eingeordnet zu werden“⁵⁴. In Springers politischem Flaggsschiff, der *Welt*, waren Berichte zum alten deutschen Osten zu lesen, die auch in Vertriebenenkreisen Akzeptanz fanden. So sorgte Ende 1976 Manfred R. Beer in einer ganzseitigen Beilage für ein „Wiedersehen mit Stettin“, wo bis 1939 – „ausgenommen der polnische Konsul“ – kein Pole gewohnt habe. Beer informierte über die Aufbauleistungen nach 1945, aber auch über die Ödflächen, die Schlangen vor den Lebensmittelläden oder den Abriß deutscher Grabsteine und resümierte: Fünfzig Prozent der 10 000 alten Stettiner, die allein 1975 ihre alte Heimat besucht hatten, wollten dies wiederholen, während die anderen fünfzig Prozent sagten: „Nein, nie mehr“⁵⁵.

⁴⁹ Der Spiegel, Nr. 19, 1970, S. 32.

⁵⁰ DOD, Nr. 14, 1975, S. 2 f.

⁵¹ DOD, Nr. 27, 1972, S. 6.

⁵² Dem Bemühen Warschaws, den Domherrn Nikolaus Copernikus als Polen zu reklamieren (schon auf der Weltausstellung in Montreal 1967 hatte Warschau Copernikus gleichsam als den „größten polnischen Forscher aller Zeiten“ vorgestellt, DOD, Nr. 4, 1974, S. 7), setzte die Landsmannschaft den Hinweis auf dessen deutsche Abstammung entgegen. Bereits in den 1950er Jahren hatte ein bundesdeutsches Lehrbuch für den Geschichtsunterricht zu dem im Grunde ahistorischen Streit um die Nationalität eines Westpreußen im 15. Jahrhundert zutreffend bemerkt: „[...] was besagte es für die Größe seiner für alle Menschen wichtigen Tat, ob der Domherr Nikolaus Kopernikg deutschen oder polnischen Blutes war?“ (Ebeling, Deutsche Geschichte, 25 f.). Zu den Aktivitäten der Landsmannschaft und zur zentralen Feier in Nürnberg im Februar 1973 anläßlich des 500. Geburtstages des Astronomen vgl. den Bericht des Bundeskulturreferates (der Landsmannschaft Westpreußen) vom 28. Januar 1974, in: BAK B 106/44793. Vgl. auch die im Rahmen der Nürnberger Veranstaltung vorgestellte Festschrift von Friedrich Kaulbach u. a., Nicolaus Copernikus zum 500. Geburtstag, sowie Gauger, Der historische deutsche Osten, S. 72 f., 206 ff.

⁵³ Springer, Aus Sorge um Deutschland, S. 69 ff.

⁵⁴ DOD, Nr. 27, 1970, S. 4.

⁵⁵ DOD, Nr. 26, 1976, S. 10.

Am 17. Oktober 1974 – der Streit um die Vertreibungsdokumentation des Bundesarchivs hatte gerade einen Höhepunkt erreicht – startete die im Heinrich Bauer Verlag erscheinende Illustrierte *Quick* eine zunächst auf zwölf Folgen angelegte Serie, die ausführlich und mit vielen Farbphotos die Geschichte der deutschen Ostgebiete und des Sudetenlands bis zur Vertreibung behandelte⁵⁶. Da die Redaktion der Zeitschrift die Zusammenarbeit mit den Vertriebenenverbänden gesucht hatte, sah der BdV dem publizistischen Unternehmen mit großer Erwartung entgegen⁵⁷ – und wurde nicht enttäuscht. „Quick bringt“, so hieß es zur Eröffnung der Serie, „was auf Anordnung der Bundesregierung noch immer geheimgehalten wird: den Bericht über eine unmenschliche Zeit, in der 14 Millionen Deutsche für einen furchtbaren Krieg bezahlen mußten“⁵⁸. Die Illustrierte erinnerte an den Tagesbefehl eines russischen Generals: „Gnade gibt es nicht – für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat“⁵⁹, und an seine Folgen: „Und so wurden Frauen gekreuzigt, Kinder gemordet, Greise geschlachtet“⁶⁰. Die „Menschenfalle Ostpreußen“⁶¹ thematisierte *Quick* ebenso wie den „Untergang des deutschen Schlesiens“, von dem „4 254 deutsche Gemeinden“ betroffen waren⁶², und nicht zuletzt den Massensebstmord aus Angst vor den Russen: „Grünberg als Beispiel, die Stadt, in der 12,5 Prozent der Bevölkerung Selbstmord begingen“⁶³. Angesichts des riesigen Interesses der Leser, das sich in einer Flut von Zuschriften an die Redaktion äußerte, verlängerte *Quick* die Serie schließlich auf 17 Folgen. Bald darauf übernahm die gleichfalls im Heinrich-Bauer-Verlag erscheinende Regenbogen-Postille „Wochenend“ die *Quick*-Dokumentation in abgeänderter Form. Der sogenannte „große Tatsachenbericht über die Flucht der Deutschen aus dem Osten“ war stärker komprimiert, dadurch aber „in der Gesamtaufmachung krasser“ und in den Schlagzeilen noch drastischer, wie z. B.: „Grauen ohne Ende – Stalin-Schüler spalten einer Greisin den Schädel“⁶⁴.

Mochte man in der unter Mitwirkung der Landsmannschaften entstandenen *Quick*-Serie noch die alten Fronten im Vertreibungsdiskurs erkennen, so erweckte eine Debatte um polnische Verbrechen im berüchtigten Lager Lamsdorf 1977 einen anderen Eindruck. War jetzt, nach Abschluß der Ostverträge, die Bereitschaft auch im linken geschichtspolitischen Lager größer geworden – größer, als sie es noch während der Verjährungsdebatte 1964/65 war –, sich unvoreingenommen und ohne Aufrechnungs-Ängste den an Deutschen begangenen Morden zuzuwenden? Manches spricht dafür. Die 1965 von der Landsmannschaft Oberschlesien erhobene Klage gegen sieben Wächter des Lagers Lamsdorf,

⁵⁶ *Quick*. Deutschlands große Illustrierte, 17. Oktober 1974 ff. Zur politischen Linie der *Quick* vgl. Holzer, *Illustrierte und Gesellschaft*.

⁵⁷ DOD, Nr. 28, 1974, S. 6.

⁵⁸ *Quick*, 17. Oktober 1974, S. 65.

⁵⁹ Ebd., S. 71.

⁶⁰ So faßte der DOD, Nr. 30, 1974, S. 7 f., den Bericht der *Quick* zusammen. Über Kreuzigungen informierte schon Band 1/1 der Dokumentation der Vertreibung (Dokument Nr. 4, S. 8), wo es in einem Bericht über russische Greuelthaten im ostpreußischen Nemmersdorf im Oktober 1944 heißt: „An dem ersten Gehöft stand ein Leiterwagen [...] An diesem waren 4 nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt [...]“.

⁶¹ *Quick*, 24. Oktober 1974, S. 36.

⁶² *Quick*, 28. November 1974, S. 45.

⁶³ *Quick*, 5. Dezember 1974, S. 46. Die Suizidquote geht auf einen in der Dokumentation der Vertreibung, Band 1/2, S. 349, abgedruckten Bericht des Grünwalder Pfarrers Georg Gottwald zurück.

⁶⁴ DOD, Nr. 7, 1975, S. 8.

darunter den ersten Kommandanten Czeslaw Gęborski⁶⁵, der nun als Polizeimajor in Katowitz tätig war⁶⁶, führte nach grotesken Verzögerungen⁶⁷ 1977 in Hagen endlich zur Anklageerhebung. In der Ostblockpresse, die den Vorgang in einen Kontext mit angeblich revisionistischen Tendenzen auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf Anfang März 1977 rückte, hagelte es Proteste gegen die „antipolnische[n] Aktivitäten der westdeutschen Nationalisten und Revisionisten“⁶⁸. „Wer in Auschwitz Millionen ermordet hat“, so hieß es in einem polnischen Kommentar wörtlich, habe „kein Recht andere zu beschuldigen“⁶⁹.

Die Reaktion der bundesdeutschen Presse fiel aber – verglichen mit den sonstigen erinnerungskulturellen Divergenzen – von links bis rechts erstaunlich geschlossen aus. *Die Welt* wandte sich ebenso gegen den Vorwurf, der Prozeß diene der Aufrechnung⁷⁰, wie die *Frankfurter Rundschau*, die ihre Position in die rhetorische Frage kleidete: „Werden Rechtsverletzungen wirklich gegenstandslos, wenn die politisch Verantwortlichen der Opfer dieser Rechtsverletzung sich selbst schwerer Rechtsbrüche schuldig gemacht haben? Ein seltsames Rechtsverständnis und wiederum nur Aufrechnung der anderen Seite“⁷¹. „Mord bleibt Mord“ bemerkte auch Gräfin Dönhoff in der *Zeit*, und sie fügte hinzu: „Revisionisten und Revanchisten – immer sind die Deutschen schuld, auch wenn die Polen Verbrechen begangen haben“⁷².

Die Reaktion auf den – 1979 allerdings ergebnislos abgebrochenen – Lamsdorf-Prozeß blieb nicht das einzige Indiz eines gewissen Klimawandels der Erinnerungskultur. Denn 1979 gelang dem Thema Vertreibung auch wieder der große Sprung in das Medium Fernsehen – und zwar spektakulärer als je zuvor –, nachdem die TV-Sendung „Holocaust“ Anfang des Jahres Millionen Zuschauer erschüttert hatte. Im Zuge der Diskussionen um den Film kam jetzt vielfach die Frage auf, weshalb nicht ebenso die an Deutschen begangenen Verbrechen gezeigt würden. Der aus Breslau stammende Südwestfunk-Redakteur Wolfgang Moser, der selbst etwa 100 Anrufe von Zuschauern entgegengenommen hatte, erstellte daraufhin für „Report“ aus Baden-Baden einen 26 Minuten langen Film über die Vertreibung. Davon waren fünf Minuten den nationalsozialistischen Verbrechen vorbehalten: „Wer über Verbrechen an Deutschen berichtet, ohne zu sagen, was ihnen vorausgegangen ist, der begeht Geschichtsfälschung. Das gilt aber auch für den, der verschweigt, was dann kam“⁷³.

⁶⁵ In deutschen Quellen teilweise als „Gimborski“ auftauchend.

⁶⁶ Naimark, *Flammender Haß*, S. 165, sowie vor allem Urban, *Deutsche in Polen*. Urban berichtet über einen 1958 eröffneten Geheimprozeß gegen Gęborski, der im Tauwetter nach dem XX. KPdSU-Parteitag möglich wurde, aber mit einem Freispruch vor dem Woiwodschaftsgericht Opoln endete. Eine Verurteilung hätte „auch die Frage nach seinen Vorgesetzten“ aufgeworfen; an deren Spitze hatte aber der zwischenzeitlich als KP-Parteichef amtierende Wladyslaw Gomulka, damals Minister für die Wiedererworbenen Gebiete, gestanden. Urban, *Deutsche in Polen*, S. 74–78, Zitat S. 77.

⁶⁷ Zwischenzeitlich waren die Akten, wie es im Schreiben des zuständigen Oberstaatsanwalts in Hagen 1975 hieß, „bedauerlicherweise außer Kontrolle geraten; sie konnten in der Zwischenzeit trotz eifriger Nachsuche nicht aufgefunden werden“. DOD, Nr. 1, 1976, S. 3; *Die Welt*, 7. Januar 1976.

⁶⁸ *Die Zeit*, 17. März 1977.

⁶⁹ Urban, *Deutsche in Polen*, S. 75. Vgl. auch den Bericht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 24. März 1977, über ein apologetisches Interview zum Thema Lamsdorf mit dem Direktor der Hauptkommission zur Erforschung von NS-Verbrechen in Polen, Czeslaw Pilichowski, in der Parteizeitung *Frybuna Ludu*.

⁷⁰ *Die Welt*, 10. März 1977.

⁷¹ *Frankfurter Rundschau*, 11. März 1977.

⁷² *Die Zeit*, 17. März 1977. Vgl. auch den sachlichen Bericht im *Spiegel*, Nr. 15, 1977, S. 118 ff. „Kriegsverbrechen. Außer Kontrolle“.

⁷³ DOD, Nr. 15, 1979, S. 2.

Die Ende Juni 1979 im ARD-Programm ausgestrahlte Sendung ging zwar „vom Raubdruck“⁷⁴ von Ahrens und von den polnischen und tschechoslowakischen Vertreibungschauplätzen aus, widmete sich aber am Beispiel Ungarns endlich auch einmal den Vorgängen im Südosten Europas. Der Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, nannte in dem Film die Zahl von 50 000 Toten, die „nachweislich durch Verbrechen“ umgekommen sind; rechne man Erhebungen u. a. des Statistischen Bundesamtes und der kirchlichen Suchdienste hoch, ergebe sich indes eine Gesamtzahl von 600 000 Vertreibungsverbrechen⁷⁵.

Moderator Franz Alt kommentierte den Beitrag mit der Bemerkung: „Warum tabuisiert die Bundesregierung die Verbrechen an Deutschen bei Kriegsende?“ Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß ein Deutscher, der sich mit dem Thema befassen wolle, auf den Raubdruck von Ahrens zurückgreifen müsse⁷⁶, und daß die Bundesregierung die Dokumentation des Bundesarchivs zurückhalte, „weil dies nicht ins Konzept ihrer Ostpolitik paßt“. Doch „nicht nur die meisten Politiker“, ergänzte Alt selbstkritisch, sondern „auch wir Journalisten haben über ein wichtiges Kapitel deutscher Geschichte zu lange geschwiegen“⁷⁷. Für bezeichnend hielt es der Fernsehmoderator zudem, daß das wichtigste Buch über die Vertreibung der Deutschen von einem Amerikaner (Alfred M. de Zayas) stamme.

Die Report-Redaktion erhielt hohes Lob u. a. von der *Frankfurter Allgemeinen*, weil sie es endlich „auf sich genommen“ habe, „vom Unaussprechlichen zu reden“. Die Dokumentation sei „neu und erregend“⁷⁸. In der landsmannschaftlichen Presse war sogar davon die Rede, das „Tabu um die Vertreibungsverbrechen“ sei gebrochen⁷⁹. Der *Spiegel* monierte zwar, daß die Arbeit des Bundesarchivs „von den sozialliberalen Entspannern geheimgehalten“ werde, bezog aber doch Gegenposition, weil „dieses Kapitel Zeitgeschichte“ durch die von Schieder zwischen 1953 und 1962 betreuten Bände „längst dokumentiert“ gewesen sei. Daß die Publikation „wie vieles aus der zeitgeschichtlichen Produktion der fünfziger und sechziger Jahre [...] weitgehend unbeachtet“ blieb, schrieb der *Spiegel* eher den allgemeinen „Verdrängungsmechanismen in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft“ zu⁸⁰.

Tatsächlich aber griffen auch beim Thema Vertreibung jetzt die üblichen Bewältigungsmechanismen, und es kam angesichts des „starken Echos“⁸¹ auf die Report-Sendung zu einer Reihe weiterer Beiträge im Fernsehen. Daß das ZDF-Magazin anläßlich der zweiten, englischen Auflage des Buches von de Zayas das „heiße Eisen“ der „Schreckensdokumente“ über die Vertreibungsverbrechen aufgriff⁸² – im übrigen ebenfalls nicht, ohne auf die auslösende Rolle der NS-Untaten hinzuweisen – war zu erwarten gewesen. Doch auch der Bayerische Rundfunk wurde nun im Rahmen der ARD aktiv, deren Fernseh-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf vor Journalisten im April 1979 die Vertreibung als ein wich-

⁷⁴ Beer, Verschlusssache, S. 393.

⁷⁵ DOD, Nr. 15, 1979, S. 2.

⁷⁶ Der Spiegel, Nr. 27, 1979, S. 75.

⁷⁷ DOD, Nr. 15, 1979, S. 2.

⁷⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 1979.

⁷⁹ So formulierte es Clemens J. Neumann in der Zeitung der Donauschwaben. Beer, Verschlusssache, S. 393.

⁸⁰ Spiegel, Nr. 27, 1979, S. 75.

⁸¹ Süddeutsche Zeitung, 26. Juni 1979.

⁸² DOD, Nr. 20, 1979, S. 3.

tiges, auf jeden Fall zu behandelndes Thema bezeichnete. Im regionalen Bayerischen TV-Programm war schon Ende 1978 eine Sendereihe „Vertreibung und Vertriebene“ eingerichtet und ausdrücklich damit begründet worden, „daß die Interessen der Vertriebenen in der Öffentlichkeit lange Zeit vernachlässigt und nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten und Streitpunkten gesehen worden seien“⁸³. 1979 begannen auf Initiative des BR-Chefredakteurs Rudolf Mühlfnzl die erfahrenen Fernsehautoren Jost von Morr und Eva Bertold in der zeitgeschichtlichen Redaktion – unter der Verantwortung von Henric L. Wuermeling und Norbert Matern – mit Dreharbeiten zu einer großen Dokumentation⁸⁴. Sie verwendeten in Deutschland bisher nicht gezeigte Aufnahmen vor allem auch aus dem Privatarchiv eines in den USA lebenden Russen und interviewten zahlreiche Augenzeugen aus den Oder-Neiße-Gebieten, dem Sudetenland, der Batschka, dem Banat und Siebenbürgen⁸⁵.

Die „Trilogie millionenfachen Leidens und Sterbens“⁸⁶ wurde von der ARD – die ersten beiden Teile „Inferno im Osten“ und „Die Rechtlosen“ zur besten Sendezeit um 20.15 Uhr – zwischen dem 29. Januar und dem 8. Februar 1981 ausgestrahlt. Trotz zeitweiliger Konkurrenz des „Derrick“ im ZDF sahen sich sechs bis zehn Millionen Menschen die Reihe im Fernsehen an, wobei die Einschaltquote bis zu 26 Prozent erreichte⁸⁷. Angesichts der ungewöhnlich und wohl auch unerwartet starken Wirkung der Fernsehsendung änderte das Erste Deutsche Fernsehen sein für den 10. Februar geplantes Programm und schob eine 90-minütige Diskussionsendung nach. Offensichtlich war es den drei Filmen über „Flucht und Vertreibung“ gelungen, auch einige jener emotionalen Verhärtungen zu lösen, „die betroffene [...] Zuschauer angesichts mancher seelischer Qual von Heimatlosigkeit, von Nichtbeachtung oder gar von Verachtung seit jenen Tagen vor sich und den anderen zu verbergen gewohnt waren“. Von den Vertriebenen selbst wurde „der gelegentlich erschütternde Ausbruch des Erlittenen“ sogar als „eine Art menschlicher Wiedergutmachung“ empfunden, „die längst einmal auch in aller Öffentlichkeit fällig war“⁸⁸. Mit Genugtuung registrierte man im BdV, daß die TV-Serie „ein Stück der Mauer des Schweigens durchbrochen“ habe, hinter welcher „der Vorgang der Vertreibung verdrängt worden“ sei, vor allem aber, daß nur „einige wenige deutsche Journalisten und Politiker“ sich der im Ostblock laut werdenden Kritik anschlossen⁸⁹.

Bei dieser Wahrnehmung scheint aber ein wenig der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein. Denn auch wenn es keine geschlossene linke Phalanx gegen den Film gab, war unübersehbar, wie schwer man sich vielfach mit ihm tat. Der Pressedienst der SPD-Bundestagsfraktion veröffentlichte Fragen, „die von den Autoren des Films nicht gestellt wurden“. Sie hätten „die Ursachen, die Gründe und die Quellen nicht genannt, die zu solchen Haßausbrüchen geführt haben“ und dadurch dem „notwendigen moralischen Ausgleich mit unseren polnischen, tschechischen und ungarischen Nachbarn“ gescha-

⁸³ DOD, Nr. 1, 1981, S. 2.

⁸⁴ Als Buch zum Film erschienen: Mühlfnzl, *Geflohen und vertrieben*.

⁸⁵ DOD, Nr. 1, 1981, S. 2; Nr. 4, 1981, S. 3.

⁸⁶ So titelte der DOD, Nr. 4, 1981, S. 3.

⁸⁷ Vgl. das Manuskript „Eine Sendung und ihr Feed-back. Das Echo auf die Sendereihe ‚Flucht und Vertreibung‘ des BR“, S. 4, sowie GfK-Kundendienst/GR, Sonntag, 1. Februar 1981, in: Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks. FS 2526.

⁸⁸ DOD, Nr. 4, 1981, S. 3.

⁸⁹ Ebd., S. 3 f.

det⁹⁰. Obwohl ein Teil der Zuschauerpost ganz im Gegenteil bemängelte, daß der „HOLOCAUST so deutlich gezeigt“ und die „FLUCHT verniedlicht“ worden sei⁹¹, hielt auch Rupert Neudeck im *Vorwärts* die Sendereihe für „mißlungen“; sie habe den Gesamtverlauf von „actio“ und „reactio“ nicht klar genug herausgearbeitet⁹². SPD-nahe Medien schlossen sich dieser Bewertung an. *Der Spiegel* ließ den 1975 emigrierten tschechischen Publizisten Werner Paul zu Wort kommen, der dem Film falsche „Perspektiven“ vorwarf und zudem – historisch verharmlosend – von einer nur „angebliche[n] Unterdrückung der deutschen Minderheit“ in Polen und der Tschechoslowakei nach 1918 sprach⁹³. Wie die *Stuttgarter Zeitung* bemängelte, gaukele der Film „vielleicht manchem redlichen Pommern oder Ostpreußen, der hier Wurzeln geschlagen hat und ein zufriedener Schwabe oder Hamburger geworden ist, ein falsches Recht auf die Heimat vor“. Die ausgerechnet vom Bayerischen Rundfunk ausgestrahlte Sendung habe letztlich „wie ein Echo oder eine Antwort auf ‚Holocaust‘ aus dem ‚roten‘ WDR“ gewirkt⁹⁴.

Neben den linken Kritikern gab es aber auch Journalisten, die die alten ostpolitischen Schützengräben verließen und – wie Karl-Heinz Janßen in der *Zeit* – den Vorwurf des Revanchismus gegen den Filmautor von Morr zurückwiesen. Gerade dieser habe doch früher in einer ganzen Reihe von Dokumentationen die Verbrechen des NS-Regimes angeprangert. Auch den Einwand, der Film leugne die geschichtlichen Kausalzusammenhänge, wie ihn in vorsichtiger Form etwa der Bonner Professor Hans-Adolf Jacobsen erhoben hatte, ließ Janßen nicht gelten. Vielmehr wertete er die Sendung als „volkspädagogische Tat“: „Wer gesehen hat, wie Frauen bei der Schilderung ihrer Erlebnisse noch nach mehr als drei Jahrzehnten in Tränen ausbrachen, wie auch Männern die Stimme zu versagen drohte, der begriff auf einmal: Diese Menschen haben seelisch noch nichts verarbeitet, sie sind fürs Leben gezeichnet“⁹⁵.

Noch bevor die Sendung überhaupt ausgestrahlt war, wurde sie schon zum Ziel massiver Angriffe aus dem Ostblock. Eugeniusz Gut publizierte in *Zycie Warszawy* und weiteren Zeitungen in Danzig, Stettin, Oppeln und Allenstein einen Artikel, der von einer Rückkehr „zu den schlimmsten Zeiten der antipolnischen Kampagne in der Bundesrepublik“ sprach, als Polen und die anderen sozialistischen Länder monatelang „für angebliche Verbrechen an Deutschen angeprangert“ worden seien. Sowohl die vom Fernsehen ausgewählten „revanchistischen“ Autoren wie die Federführung des Bayerischen Rundfunks („konservativster aller ARD-Sender“) stellten eine Provokation dar⁹⁶. Radio Moskau wertete den Film gar „als ein neues Symptom der Doppelgleisigkeit der Bonner Politik“, die im Zusammenhang „mit den Ereignissen in Polen“ (d. h. dem Erstarken der Solidarnosz) „besonders kraß zu Tage tritt“. Der Film sei Teil der psychologischen Kriegsführung des Westens und zerstöre im Verein mit dem „materiellen Wettrüsten“ die Grundlagen der

⁹⁰ Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 16. Februar 1981. Betr.: Fernsehfilm „Flucht und Vertreibung“, in: Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks, FS 2526.

⁹¹ Zuschauerpost, in: Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks, FS 2526 (Großschreibung im Original).

⁹² *Vorwärts*, 19. Februar 1981.

⁹³ *Der Spiegel*, 16. Februar 1981, S. 31, 32.

⁹⁴ So Wolfgang Ignée in der *Stuttgarter Zeitung*, 14. Februar 1981.

⁹⁵ *Die Zeit*, 20. Februar 1981.

⁹⁶ Manuskript „Resonanz der osteuropäischen Medien zum Fernsehfilm ‚Flucht und Vertreibung‘. 1. Polen. 19. 01. 81“, in: Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks, FS 2526.

internationalen Zusammenarbeit⁹⁷. Den nationalkommunistischen Polemiken trat Lew Kopelew, der ausgebürgerte russische Schriftsteller, mit dem Satz entgegen: „Die Wahrheit kann niemals Revanchismus sein“⁹⁸. Die *Neue Zürcher Zeitung* meinte ebenfalls, es müsse dreieinhalb Jahrzehnte nach Kriegsende erlaubt sein, über Geschehnisse zu sprechen, „die auch für die Siegerseite kein Ruhmesblatt bedeuten“⁹⁹.

In den Reaktionen deutscher Zuschauer, die sich in über zweitausend Briefen an den Bayerischen Rundfunk artikulierten, kehrte ein Satz immer wieder: „Es bleibt freilich die Frage, weshalb man auf diese Fernsehserie *fünfundreißig Jahre* warten mußte?“ Der Hinweis auf eine Reihe früherer Einzelsendungen beider deutscher Fernsehanstalten zum Flüchtlingsschicksal, so Rudolf Mühlfnzl, gehe am Kern der Fragestellung vorbei: „Machen wir uns nichts vor und gestehen wir es uns endlich ein: das Thema ‚Flucht und Vertreibung‘ war in der Bundesrepublik so gut wie tabu“. Der BR-Fernsehchef machte hierfür das „geschichtslose Bewußtsein unserer Zeit“ und das „Konzept der Entspannungspolitik“ verantwortlich, in welches die Erinnerung an die gewaltsame Vertreibung so „gar nicht [...] paßte“¹⁰⁰. Dagegen setzte Janßen in der *Zeit* einen etwas anderen Akzent: Nach 35 Jahren „Vergangenheitsbewältigung“ habe die Fernsehtrilogie „Flucht und Vertreibung“ schlagartig deutlich gemacht, daß die Deutschen „über dem Erkennen und Bekennen der nationalen Schuld an den Völkermorden im Zweiten Weltkrieg einen nicht minder folgenreichen Teil ihrer Zeitgeschichte vernachlässigt haben: [...] das Blutgericht [...], das 1945 über achtzehn Millionen Deutsche in den Ostprovinzen des Reiches, im übrigen Ostmitteleuropa und auf dem Balkan hereinbrach“¹⁰¹.

Eineinhalb Jahre nach der ARD-Serie brachte das ZDF am 29. November 1982 um 21.20 Uhr, nach dem Heute-Journal, das Dokumentarspiel „Flucht aus Pommern“¹⁰² von Eberhard Schubert, das sich darum bemühte, „sine ira et studio“¹⁰³ dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte zu beleuchten. Es ging von einer Situation aus, die der Dokumentation der Vertreibung entnommen war, und schilderte am Beispiel einer jungen – westdeutschen! – Frau mit Kind auf einem Gut in Ostpommern im Winter 1944/45 „eine winzige Episode des Front- und Fluchtinfernos“, die nachempfinden ließ, „was jenen zumeist wehr- und schutzlosen Menschen zugefügt wurde“¹⁰⁴. Eine wichtige Rolle spielte ein sowjetischer Offizier, der die Erschießung des gegen eine Vergewaltigung einschreitenden Flüchtlingstreckführers verhindert und später französischen Kriegsgefangenen und „einer zutiefst schockierten Flüchtlingsfrau“ erklärt, wie es bei den sowjetischen Soldaten zu der Einstellung „Töten und nehmen, was sie wollen“ gekommen war. Auch die Schuld der nationalsozialistischen Führung, die allzu lange unsinnige Durchhaltebefehle herausgegeben und die Evakuierung hinausgeschoben hatte, kam dabei zur Sprache. Wie in dem „zeitgeschichtlichen Vorbild ‚Holocaust‘“, so kommentierte die Medienkritik der *Frankfur-*

⁹⁷ Radio Moskau/dtsch/3. 2. 81/1720/Sf in: Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks, FS 2526.

⁹⁸ Zit. bei Mühlfnzl, *Geflohen und vertrieben*, S. 10.

⁹⁹ *Neue Zürcher Zeitung*, 2. November 1981. Vgl. auch Helbig, *Der ungeheure Verlust*, S. 75 ff.

¹⁰⁰ Mühlfnzl, *Geflohen und vertrieben*, S. 8.

¹⁰¹ *Die Zeit*, 20. Februar 1981.

¹⁰² Drehbuch des Films „Flucht aus Pommern“ in: ZDF-Drehbücher. Invent.-Nr. 17255 (ZDF-Unternehmensarchiv).

¹⁰³ So die Ankündigung des ZDF in: ZDF Presse – Programm. 48. Woche. 29. November–5. Dezember 1982, S. 26 (ZDF-Unternehmensarchiv).

¹⁰⁴ DOD, Nr. 22, 1982, S. 3.

ter Allgemeinen, seien die Rollen von Gut und Böse in dem Film „exakt verteilt: böse und unermeßlich dumm sind die Nazi-Funktionäre, die Wehrmachtssoldaten verstört, die treckenden Bauern hilfreich und gütig. Dennoch gelingt es dem Film, ohne Humanitätsduselei, das Verhalten der einmarschierenden Sowjetsoldaten [...] begreifbar zu machen. [...] Grausame Folgen eines grausigen Krieges“¹⁰⁵.

Verdanken sich die Produktionen der späten 1970er und frühen 1980er Jahre zweifellos – auch – dem „Holocaust-Boom“, so hatten die Medien bereits in den Vorjahren – unabhängig von ihrem ostpolitischen Standpunkt – durch Besprechung belletristischer Literatur mit ostdeutschem Bezug Beiträge zur Erinnerungskultur geleistet. Genannt sei beispielsweise¹⁰⁶ die schlesische „Tetralogie“, bestehend aus den Romanen „Die erste Polka“ (1975), „Septemberlicht“ (1977), „Zeit ohne Glocken“ (1979) sowie „Erde und Feuer“ (1982), mit der Horst Bienek aus Gleiwitz seiner Heimat ein bleibendes Denkmal setzte: „Oberschlesien ist der eigentliche Held dieser Romane“¹⁰⁷. Große Publikumserfolge wurden in den 1970er Jahren auch die Romane des Ostpreußen Arno Surminski, der nach der Deportation seiner Eltern 1945 in der Nähe von Rastenburg zurückgeblieben und erst später nach Schleswig-Holstein gekommen war¹⁰⁸. Ebenso wie Surminski von seiner masurischen Heimat geprägt war Siegfried Lenz, der den Landsmann an literarischem Rang noch übertraf. Bereits früher hatte Lenz mit den scherzhaften Erzählungen „So zärtlich war Suleyken“ (1955) einen bleibenden Beitrag zur Erinnerung an das südliche Ostpreußen geleistet. 1978 erschien sein großer, später verfilmter Roman „Heimattmuseum“, dem es „um eine höchst subtile Bewältigung von Schuld und Verstrickung in der jüngsten deutschen Geschichte zu tun ist“. In landsmannschaftlichen Kreisen setzte es zwar teils heftig Kritik an dem Roman mit seiner Absage an jede „heimattümelnde und sentimentale Erinnerungsschau“¹⁰⁹ (das in Schleswig-Holstein wiedererrichtete masurische „Heimattmuseum“ wird von seinem Gründer aus Protest gegen die Versuche, es vertriebenenpolitisch zu instrumentalisieren, am Ende gezielt in Brand gesetzt); andererseits attestierte die BdV-Presse der großen Erzählung über das alte Masuren und dessen Untergang, wie kaum ein anderer Roman vor ihm den Kriterien des § 96 BVFG zur ostdeutschen Kulturpflege zu entsprechen¹¹⁰.

Wie zerklüftet die Erinnerungslandschaft war, hatte sich bereits einige Jahre vorher drastisch gezeigt, als der erste Teil der Bienekschen Tetralogie erschien und eine Welle von Leserbriefen im *Schlesier* den Schriftsteller heftig attackierte. Bienek erwiderte: „Schle-

¹⁰⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Dezember 1982; vgl. auch die Kritik von Norbert Matern, Sah so die Flucht aus?, in: Die Welt, 1. Dezember 1982.

¹⁰⁶ Die folgende Auswahl bekannterer Autoren kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Zu anderen, hier nicht näher beschriebenen Schriftstellern wie Gertrud Fussenegger und Josef Mühlberger (Böhmen), Werner Bergengruen und Otto von Taube (Deutschbalten), Ernst Wiechert (Ostpreußen), Ilse Tielsch (Mähren) oder Heinz Piontek (Oberschlesien) vgl. den gelungenen Tagungsband von Kroll, Flucht und Vertreibung in der Literatur; zu Kurt Ihlenfeld oder Hugo Hartung, die beide den Untergang Schlesiens zum Thema machen, vgl. die literaturwissenschaftliche Analyse von Schneiß, Flucht, Vertreibung und verlorene Heimat. Wichtig auch die Studie des in Schlesien geborenen amerikanischen Germanisten und Kulturwissenschaftlers Helbig, Der ungeheure Verlust.

¹⁰⁷ Rautenberg, Die Vertreibung, S. 277. Vgl. hierzu auch die anlässlich der Verleihung eines Literaturpreises auf Bienek gehaltene Laudatio von Broszat, Eine zeitgeschichtliche Roman-Tetralogie, sowie Helbig, Der ungeheure Verlust, S. 178 ff.

¹⁰⁸ „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“ (1974); „Kudenow oder An fremden Wassern weinen“ (1978/79). Vgl. Rautenberg, Die Vertreibung, S. 275.

¹⁰⁹ Rautenberg, Die Vertreibung, S. 275.

¹¹⁰ DOD, Nr. 20, 1978, S. 8.

sien ist mir zu heilig, als daß ich die Erinnerung, die geistige Aura, das kulturelle Erbe, das mich damit verbindet, den Schlesierverbänden überlassen möchte“¹¹¹. Die tiefen Gräben zwischen den landsmannschaftlich organisierten „Heimatvertriebenen“ und den „anderen“ Vertriebenen waren auch in der literarischen Auseinandersetzung mit dem verlorenen „deutschen Osten“ einer der Gründe, weshalb die Konstruktion eines kollektiven Erinnerungsortes „Flucht und Vertreibung“ nicht gelingen wollte¹¹². Hinzu kam, daß etwa „Die Blechtrommel“ von Grass, die 1978 unter der Regie von Volker Schlöndorff verfilmt und zuerst im Kino, dann im Fernsehen zu einem großen Publikumserfolg wurde, mehr eine herrschende Moral erregte, als daß sie als ein Stück ostdeutscher Trauerarbeit, „vielleicht sogar das nachhaltigste, das es im Nachkriegswestdeutschland gab, aufgefaßt worden wäre“¹¹³. Und gilt nicht auch für die übrige „ostdeutsche“ Literatur, was über das Werk des ostpreußischen Lyrikers und Erzählers Johannes Bobrowski gesagt worden ist: Daß wir „das Licht aus dem Schattenland, den Rhythmus der Sarmatischen Zeit und den Klang der Litauischen Klaviere [...] mit unserem neuesten Welt- und Zeitgefühl“ registrierten: „als Lyrik ohne Raum und Zeit, als schönsten Klang, ohne dem nachzugehen, woher er stammt“?¹¹⁴

Die schon in den 1960er Jahren zu beobachtende Tendenz, daß sich „die großen und bekannten Autoren des deutschen Ostens [...] bei den großen Verlegern des Westens“, bei Hoffmann und Campe, Desch, DVA, Hallstein etc. fanden, setzte sich fort. Wie hilfreich das für die Verbreitung ostdeutscher Literatur prinzipiell war, „der so ein ‚Ghetto-Schicksal‘ erspart“ blieb, konstatierte man nach der Frankfurter Buchmesse 1974 auch im BdV¹¹⁵. Auf der anderen Seite gab es nur noch „dreieinhalb“ genuin ostdeutsche Verlage, vor allem den zu 80 Prozent sudetendeutschen Aufstieg Verlag München, die als „die letzten Mohikaner des deutschen Ostens“ mühsam ihre Stellung zu halten suchten und nur noch den Rezensenten der Heimatpresse und wenigen „Eingeweihten“ etwas sagten. Graefe und Unzer dagegen, einst ein beachtliches ostpreußisches Verlagsunternehmen „mit respektablem Ostpreußen- und Schlesienprogramm“ verschmorte (mittels seiner Kochbücher) gleichsam in der „lukullischen Garküche des Wohlstandsbürgers“ und dachte kaum mehr daran – schon gar nicht unsubventioniert –, Schrifttum zum alten deutschen Osten zu verlegen¹¹⁶.

Wie aber sah es im Bereich der wissenschaftlichen Literatur aus? Hier verstärkten sich die bereits in den 1960er Jahren einsetzenden Tendenzen zur weiträumigen Umgehung eines Themas, das vermeintlich allein der „Aufrechnung“ deutscher Schuld diene, nach den Schlachten um die Ostverträge noch weiter. Der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten haftete vor allem in den Augen jüngerer, sich politisch progressiv definierender Forscher mehr denn je „eine Art von Hautgout“¹¹⁷ an, so daß vor allem die Beschäftigung

¹¹¹ Hahn, *Flucht und Vertreibung*, S. 350.

¹¹² Vgl. hierzu Hahn, *Flucht und Vertreibung*, S. 350 f., die allerdings ausschließlich die organisierten Heimatvertriebenen für diese Entwicklung verantwortlich machen.

¹¹³ Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts*, S. 76.

¹¹⁴ So Schlögel, ebd., mit Anspielung auf Literatur des nach 1949 in Ostberlin lebenden, aber auch im Westen publizierenden Bobrowski, die stark von der Landschaft Litauens und vom antiken Sarmatien, dem Land zwischen Weichsel und Don, geprägt ist. Bobrowski, *Sarmatische Zeit*; ders., *Schattenland Ströme*; ders., *Litauische Klaviere*.

¹¹⁵ DOD, Nr. 29, 1974, S. 11.

¹¹⁶ Vgl. Georg Hermanowskis Bericht von der Frankfurter Buchmesse im DOD, Nr. 29, 1974, S. 11 f.

¹¹⁷ Bockmann, *Wo liegt Ostdeutschland?*, S. 17.

mit dem Vertreibungsgeschehen selbst als politisch inkorrekt erschien. Es war alles andere als ein Zufall, daß das wichtigste Buch zur Vertreibung in den 1970er Jahren aus der Feder des amerikanischen Völkerrechtlers de Zayas kam. Schon als junger Harvardstudent war de Zayas durch die Vertreibungen im Rahmen des Vietnam-Krieges für das Thema sensibilisiert worden und als Fulbright-Stipendiat nach Deutschland gekommen. Mit Fokus auf die Mitverantwortung der Anglo-Amerikaner – und ein amerikanisches Publikum – lieferte de Zayas eine zumindest aus Sicht der deutschen Vertriebenen „gelungene Zusammenchau“ der vorliegenden Erkenntnisse, die sich nicht nur an die wissenschaftliche Welt richtete¹¹⁸.

Das Anfang 1977 zunächst in englischer Sprache, noch im selben Jahr auch in einer deutschen Übersetzung beim Beck-Verlag erscheinende Buch¹¹⁹ fand indes in der deutschen Fachwelt keine sehr wohlwollende Aufnahme. Lothar Kettenacker monierte in seiner HZ-Rezension der englischen Ausgabe, de Zayas habe sich die Argumentation der von ihm zahlreich interviewten Vertriebenen, darunter „eine stattliche Anzahl ostelbischer Großgrundbesitzer sowie fast alle prominenten Sprecher der Vertriebenenverbände im deutschen Bundestag“, zu sehr zu eigen gemacht; die Perspektive osteuropäischer Wissenschaftler auf das Geschehen werde in dem Buch dagegen vernachlässigt, die deutschen Kriegsverbrechen in Osteuropa ausgeklammert und der Warschauer Vertrag allzu kritisch, „rein legalistisch“ betrachtet¹²⁰. In der Besprechung der deutschen Version des Buches beschränkte sich der aus Ostpreußen stammende, eher konservative Andreas Hillgruber in der HZ ein Jahr später auf einen knappen Bericht und enthielt sich jeder wertenden Aussage¹²¹.

Angesichts einer – wie Kettenackers Besprechung deutlich macht – auch politisch motivierten Rezeptionsgeschichte wird nachvollziehbar, daß es ein couragierter Privatdozent der Osteuropäischen Geschichte in Erlangen in einem Hauptseminar zur Vertreibung noch Mitte der 1980er Jahre für notwendig erachtete, defensiv-rechtfertigende Bemerkungen zu machen, um nicht allein aufgrund der Themenwahl in einen falschen, revanchistischen Verdacht zu geraten¹²². An den Universitäten Bremen und Marburg wurde der Begriff „Vertreibung“ durch den Begriff der „Völkerwanderung“ ersetzt¹²³; stellenweise löste sich die offensichtlich unzeitgemäß gewordene Vertreibungsgeschichte „gleichsam in Migrationsgeschichte auf“¹²⁴, wobei die Vertreibung manch fortschrittlichem Forscher nur mehr als „abrupte Lösung“ eines ansonsten „kontinuierlichen Prozesses der Ost-West-Wanderung im Rahmen der sektoralen Strukturwandlungen“¹²⁵ erschien. So richtig es einerseits war, der multiethnischen Dimension der Geschichte Ostmitteleuropas (Masuren, Oberschlesien etc.) verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken, die während des Bemühens

¹¹⁸ DOD, Nr. 6, 1978, S. 7.

¹¹⁹ De Zayas, *Nemesis at Potsdam*; dt. unter dem Titel: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*.

¹²⁰ HZ 227 (1978), S. 222–224, hier S. 224.

¹²¹ HZ 229 (1979), S. 748 f.

¹²² Kittel, *Preußens Osten*, S. 451.

¹²³ Schlechte, *Ostdeutschland*, S. 5.

¹²⁴ Stickler, *Ostdeutsch*, S. 14. Vgl. dagegen die Einleitung von Dierk Hoffmann, Marita Krauss und Michael Schwartz in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband: *Vertriebene in Deutschland*, S. 11: „Freiwillige Wanderung und erzwungene Flucht, Vertreibung oder Deportation müssen typologisch klar voneinander unterscheidbar bleiben“.

¹²⁵ Wiesemann/Kleinert, *Flüchtlinge*, S. 307. Vgl. auch den von der Bundeszentrale für politische Bildung verbreiteten Sammelband von Bade, *Deutsche im Ausland*.

der Vertriebenenverbände um Legitimation des deutschen Anspruchs auf die Ostgebiete vielfach zu kurz kommen mußte, so fragwürdig war der dabei manchmal entstehende Eindruck, der gesamte „deutsche Osten“ sei eigentlich bis in die Gegenwart hinein eine einzige ethnische Mischzone gewesen. Denn auf einen großen Teil der Oder-Neiße-Gebiete traf dies einfach nicht zu¹²⁶.

Parallel zu diesen Entwicklungen setzte sich der „Vorgang der gleichsam historiographischen Polonisierung der ostdeutschen Gebiete“¹²⁷ fort. Mit diesen Worten hat Klaus Zernack seine Diagnose einer „tiefe[n] Krise“ der „Landesgeschichte Ostdeutschlands“¹²⁸ 1992 auf den Punkt gebracht. Trotz der weitreichenden erinnerungskulturellen Zielvorgaben Willy Brandts änderte sich auch nach 1969 nichts daran, „daß wir in Deutschland mit dem institutionellen, personellen und auch national-kulturellen Aufwand“ nicht konkurrieren konnten, der für diese Arbeit in Polen nach 1945 zur Verfügung stand¹²⁹. Die Geschichte der altostdeutschen Länder wurde zu einer Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft¹³⁰. Hartmut Boockmann erklärte diese Entwicklung kurz vor dem historischen Umbruch 1989/90 auch damit, daß Landesgeschichte in Deutschlands Westen „rhein-donauländische Heimatkunde“ sei, im Osten eine strikt auf das Gebiet der alten DDR begrenzte Regionalgeschichte. Boockmann machte aber auch deutlich, daß diese Kritik nicht die Leistungen schmälern kann, die gerade in Anbetracht der geringen Mittel von den Historischen Kommissionen für die einzelnen ostdeutschen Länder erbracht worden sind¹³¹.

Boockmanns Erklärungsansatz ist insofern ergänzungsbedürftig, als die ostdeutschen Regionen, vom oberschlesischen Industriegebiet und dem katholischen Ermland abgesehen, so gut wie sämtlich zum flachen evangelischen Land gehörten. Und dessen Geschichte war – auch im westdeutschen Raum – ohnehin „nie das Lieblingskind einer einflußreichen Forschungsrichtung in der deutschen Nachkriegshistoriographie“ gewesen¹³². Das Hauptaugenmerk galt bekanntlich lange den gesellschaftlichen Entwicklungen in der Arbeiterschaft oder im Bürgertum der städtischen Zentren, nicht aber den politischen und sozialen Prozessen in der Agrarprovinz; und die daraus resultierenden Defizite wurden im evangelischen Bereich auch nicht durch eine Historiographie ausgeglichen, die der besser organisierten Katholizismus-Forschung in der Bundesrepublik irgendwie vergleichbar gewesen wäre¹³³.

Die entscheidende Frage bleibt, wie sich die professionelle Historikerschaft – über Schieders Dokumentationsprojekt hinaus – zum harten Thema der Vertreibungsverbrechen und zu anderen heiklen Fragen des deutschen Ostens in der Zeitgeschichte verhalten

¹²⁶ So auch Boockmann, *Die Geschichte Ostdeutschlands*, S. 11. Zur angesprochenen Problematik vgl. auch Oliger, *Osteuropaforschung als „Deutschtumforschung“*, und Overkrome, *Zur Kontinuität ethnozentrischer Geschichtswissenschaft*.

¹²⁷ Zernack, *Der historische Begriff „Ostdeutschland“*, S. 163. Zustimmung hierzu Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht*, S. 330 f.

¹²⁸ Zernack, *Der historische Begriff „Ostdeutschland“*, S. 161.

¹²⁹ Ebd., S. 162.

¹³⁰ Dabei wurde allerdings das Faktum der früheren Anwesenheit der Deutschen in den neuen polnischen Westgebieten vor 1989 überwiegend von der politischen Opposition thematisiert.

¹³¹ Boockmann, *Deutsche Geschichte ist mehr als rhein-donauländische Heimatkunde*, S. 12.

¹³² Pyta, *Dorfgemeinschaft*, S. 16; vgl. auch Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik*, S. 21 f.

¹³³ Vgl. z. B. die auch aus schlesischen Quellen gearbeitete, bei der Kommission für Zeitgeschichte veröffentlichte Studie von Vogel, *Katholische und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik*.

hat? Wie selten sich wissenschaftliche Qualifikanten hier heranwagten und Meilensteine der Forschung setzten – anders als im Bereich der Vertriebenenintegration¹³⁴ – ist unübersehbar¹³⁵. Martin Broszat, 1972 zum Direktor des Instituts für Zeitgeschichte avanciert, gab in einer Pressemitteilung wohl die herrschende Meinung zumindest der öffentlichkeitswirksamen Teile der Zunft wieder, als er den teilweise als „Enttabuisierung“ begrüßten Beschluß des neuen CSU-Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann, den ominösen Vertriebungsbericht des Bundesarchivs zur wissenschaftlichen Benutzung freizugeben¹³⁶, im August 1983 mit den Worten kommentierte: „Hier soll nicht bestritten werden, daß es eine gewisse Zurückhaltung [in der Forschung, M.K.] durchaus gibt: Schon dem Begriff ‚Vertriebungsverbrechen‘, oft vage, viel zu allgemein und nicht strafrechtlich distinkt gehandhabt, haftet der Geruch der Verrechnungsabsicht an. Neuere polemische Traktate aus rechtsnationaler Ecke, die die Definition und das Ausmaß der ‚Vertriebungsverbrechen‘ in absurder Weise ausweiten [...], geben solchen Befürchtungen reichlich Grund“¹³⁷.

Broszats Argumentation hätte an Stichhaltigkeit gewonnen, wenn er nicht nur das Wort Vertriebungsverbrechen in Anführungszeichen gesetzt, sondern in diesem Bereich ebenso kräftige Forschungsimpulse gegeben hätte, wie ihm dies auf zahlreichen anderen Feldern erfolgreich gelang. Tatsächlich aber unterblieb noch lange das von Broszat eingeforderte Nachholen dessen, „was in den fünfziger Jahren bei der vom Bundesvertriebenenministerium initiierten Dokumentation noch nicht möglich war [...]: eine nüchterne, exakte Zusammenfassung und Gesamtdarstellung des historischen Vorgangs von Evakuierung, Flucht und Vertreibung“¹³⁸. Rex Rexhäuser hatte im Jahr 2000 bei einem Vortrag zum Bild des Nachkriegslagers Lamsdorf¹³⁹ im kollektiven Gedächtnis der Deutschen zu resümieren: „Von den professionellen Historikern hat bisher niemand sich eigens mit Lamsdorf beschäftigt. Es gibt von dieser Seite keine Monographie, nicht einmal einen Aufsatz zu dem Thema“¹⁴⁰. Statt dessen blieb das von der Landsmannschaft der Oberschlesier 1969 herausgegebene Buch des Braunschweiger SPD-Stadtverordneten und früheren Lamsdorfer Lagerarztes Heinz Esser jahrzehntelang gleichsam das Standardwerk über „Die Hölle von Lamsdorf“¹⁴¹. Essers schwere Vorwürfe gegen das Lagerpersonal wurden zwar über zwei Jahrzehnte später, 1991 bzw. 1994, von dem polnischen Historiker Edmund Novak „in der Substanz“ bestätigt¹⁴², doch konnte das Buch Essers wissenschaft-

¹³⁴ Man denke nur an Franz Bauers vorzügliche, 1982 erschienene Studie: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik.

¹³⁵ Vgl. etwa Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem. Vgl. auch den Befund von Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 187, wonach die Forschung „bezeichnenderweise [...] primär auf den Aspekt der Eingliederung in die Ankunfts-gesellschaft [...] und sehr viel weniger auf die Leidens- und Verlustgeschichte der Vertreibung ausgerichtet“ gewesen sei.

¹³⁶ Die Freigabe erfolgte noch im Dezember 1982. Rheinischer Merkur, 17. Juni 1983.

¹³⁷ Broszat, „Vertriebungsverbrechen“ – ein mißverständlicher Begriff, S. 243.

¹³⁸ Ebd., S. 244.

¹³⁹ In dem nahe Oppeln gelegenen Lager hatten polnische Behörden vom Juli 1945 bis Oktober 1946 Tausende Menschen mit der Begründung interniert, daß sie Deutsche seien.

¹⁴⁰ Rexhäuser, Das Bild, S. 50.

¹⁴¹ Esser, Die Hölle von Lamsdorf. Zu Essers Biographie vgl. auch Urban, Deutsche in Polen, S. 76.

¹⁴² Rexhäuser, Das Bild, S. 49. Edmund Novak arbeitete als Historiker an der Gedenkstätte des Kriegsgefangenenlagers in Oppeln. Die deutsche Fassung seiner 1991 auf polnisch veröffentlichten Ergebnisse erschien unter dem Titel: Schatten von Lambinowice. Zu den polnischen Lagern allgemein vgl. auch Hirsch, Die Rache der Opfer.

lichen Ansprüchen insgesamt nicht genügen. Der von ihm aus Schieders Dokumentation übernommene „Bericht des Totengräbers“ etwa wurde in der „Hölle von Lamsdorf“ nicht nur verändert und zugespitzt, sondern bei den Angaben über Todesopfer sogar „verfälscht“¹⁴³. Natürlich kann man der Landsmannschaft der Oberschlesier den Vorwurf kaum ersparen, daß sie Essers Buch immer wieder unverändert nachgedruckt hat – auch noch nachdem Novaks Publikation erschienen war¹⁴⁴. Aber es ist – mit Rexhäuser zu reden – nicht ihre Schuld allein: „Es ist auch die Schuld der vielen deutschen Historiker und Publizisten, die von Lamsdorf und ähnlich heiklen Tatsachen nicht wissen und ungern wissen wollen. Wir sind so mitschuldig geworden an der Ghettoisierung der Vertriebenen“¹⁴⁵.

¹⁴³ Rexhäuser, *Das Bild*, S. 70.

¹⁴⁴ Die zwölfte unveränderte Auflage erschien in Dülmen 1994. Vgl. Rexhäuser, *Das Bild*, S. 66.

¹⁴⁵ Rexhäuser, *Das Bild*, S. 71.

XI. Erinnerung im „Ghetto der Landsmannschaften“: Der historische deutsche Osten und die Gesellschaft der Bundesrepublik

Ist die eingangs skizzierte These von einer „Vertreibung der Vertriebenen“, die vor allem auf die Zeit der sogenannten neuen Ostpolitik zwischen 1961 und 1982 zielt, im Lichte der vorliegenden Untersuchung zu halten? Die Antwort auf diese Frage muß differenziert ausfallen, und sie muß klar unterscheiden zwischen den 1960er und den 1970er Jahren. Denn die erinnerungskulturellen Wirkungen der neuen Ostpolitik hielten sich während ihrer Diskussionsphase bis 1969 zunächst noch in Grenzen. Anders als in der Ara Adenauer breitete sich indes in Teilen der publizistischen und intellektuellen Milieus bereits infolge der Zweiten Berlin-Krise und des Mauerbaus 1961 eine Tendenz aus, die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus dem Osten nur noch als gerechte Sühne für die Schuld an Weltkrieg und Holocaust zu betrachten und den Unrechtscharakter der Vertreibung selbst in einer bloßen Ursache-Folgen-Analyse aufzulösen¹. Historisch unzutreffend wurde den Ostdeutschen dabei eine Art Sonderschuld am Nationalsozialismus zugewiesen und der Opferstatus mehr oder weniger abgesprochen² – obwohl ein Drittel der Betroffenen Kinder unter 14 Jahren³ waren.

Das Phänomen läßt sich als Gegenbewegung zu den noch ganz anderen erinnerungskulturellen Prioritäten der Adenauer-Zeit deuten, die dezidiert antitotalitär, d. h. vor allem auch antikommunistisch lagen und zu einem vergleichsweise geringen Interesse an den Leiden der osteuropäischen Völker unter dem Dritten Reich beitrugen. Es war geschichtspolitisch ein Unglück, daß ausgerechnet deren Armeen, im Warschauer Pakt unter Moskaus Knute zwangsvereinigt, fortan die Freiheit der „Klassenfeinde“ in der Bundesrepublik Deutschland massiv bedrohten. Erst in den 1960er Jahren wurde in der bundesdeutschen Gesellschaft dennoch verstärkt das Bemühen spürbar, auch für die Millionen Opfer des Nationalsozialismus im Osten mehr Empathie zu wecken. Parallel dazu lieferten Presse, Hörfunk und Fernsehen aber oft auch schiefe Bilder von der

¹ Zwar hätte die Vertreibung ohne das faktische Prius des nationalsozialistischen Terrors offensichtlich nicht stattgefunden, doch reicht dieser Faktor allein zur Erklärung des historisch vielschichtigen Vertreibungsgeschehens nicht aus. So waren vor allem die knapp drei Millionen Niederschlesier ganz eindeutig nicht nur Hitlers, sondern auch Stalins Opfer: Weder die Anglo-Amerikaner noch die polnische Exilregierung in London waren bekanntlich darauf aus gewesen, dieses Gebiet von Deutschland abzutrennen (Vgl. Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, v. a. S. 423–428). Wie Motivketten nationalpolitischer, machtpolitischer, ideologischer und massenpsychologischer Art beim Entschluß zur Vertreibung zusammenwirkten, zeigt der europäisch vergleichend angelegte Beitrag von Kittel/Möller, *Die Benes-Dekrete und die Vertreibung*.

² Die Leiden und Ansprüche der Vertriebenen konnten fortan nicht nur „in offizieller Rede nicht mehr mit denen der Holocaust-Opfer gleichgesetzt werden“ (Goschler, „Versöhnung“ und „Viktimsierung“, S. 878), wofür es bekanntlich historische Gründe gab, sondern sie verschwanden so weit aus der öffentlichen Wahrnehmung, daß nachvollziehbar wird, weshalb sich Hermann Schäfer bei der Eröffnung der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Ende 2005 veranlaßt sah, ausdrücklich auf den Opfer-Status der Vertriebenen hinzuweisen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. Dezember 2005.

³ Urban, *Der Verlust*, S. 191.

Vergangenheit und Gegenwart der früheren deutschen Siedlungsgebiete, was bis zu der Suggestion reichen konnte, Breslau etwa sei eigentlich schon immer eine polnische Stadt gewesen.

Der Prozeß der Verzerrung oder Verdrängung des historischen deutschen Ostens fand seine Grenzen zunächst nicht nur in den Medien selbst, wo unterschiedlich nuancierte Gegenpositionen zeitweilig vom ZDF über die Springer-Presse bis zu der – bei allem ostpolitischen Umdenken erinnerungskulturell sensibel bleibenden – ostpreußischen Gräfin Dönhoff in der *Zeit* reichten. Darüber hinaus arbeiteten die wichtigsten im Bundestag vertretenen Parteien Verdrängungstendenzen eher entgegen, schon weil sie noch während der gesamten 1960er Jahre meinten, die Millionen Stimmen der Heimatvertriebenen nur gewinnen zu können, wenn sie ein enges Verhältnis zu deren Organisationen pflegten. Vor diesem Hintergrund blieben die in der Gründerzeit der Bundesrepublik errichteten Fundamente der Erinnerungskultur bestehen: Vom Kulturparagrafen des Bundesvertriebenenengesetzes (1953) über die ostkundlichen Empfehlungen für den Unterricht (1956) bis zu den Richtlinien des Städte- und des Landkreistages in bezug auf die Patenschaften für ostdeutsche Regionen (1953). Mittels der im BVFG 1953 geregelten Erblichkeit des Vertriebenenstatus schien die auf die Grenzen von 1937 pochende Bonner Republik potentiell sogar Durchhaltebereitschaft für längere Zeiten organisieren zu wollen⁴; sie tat zumindest einiges, um die „Deutsche Heimat im Osten“⁵ im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft zu verankern.

Doch gilt dieser Befund vor allem für die symbolische Ebene. Hier hielten Autobahnraststätten und Straßenschilder in den Kommunen, Schulschiffe der Bundeswehr und Gedenkbriefmarken oder die Berliner Ostpreußenhalle als Tagungsort der Bundesversammlung (bis 1969!) die Erinnerung an Ostdeutschland wach. Nur – allzuviel kosten durfte die Erinnerungskultur nicht, zumal schon die soziale Integration der Vertriebenen dem Staat so teuer war. Kaum ein Zufall schien es auch zu sein, daß die zuständigen Minister kamen und gingen – allein acht amtierten zwischen 1960 und 1969; besonders stark konnte so keiner von ihnen werden. Jedenfalls waren die paar Millionen Mark, die der Bund während der 1960er Jahre für seine Verpflichtungen aus dem Kulturparagrafen 96 des BVFG per annum aufbrachte, erstaunlich wenig; auch dann, wenn man die Organisationszuschüsse für die teils ebenfalls kulturelle Arbeit der Landsmannschaften sowie die Aufwendungen der Länder hinzurechnet, die zusammengenommen noch einmal ungefähr denen des Bundes entsprachen. Kaum ein Beispiel ist sprechender, als der damals oft gezogene Vergleich zwischen den sechs Millionen Mark, die die Bundesregierung 1968 zur Rettung des Tempels Abu-Simbel in Ägypten bereitstellte, und den nur ein Drittel dieser Summe betragenden Mitteln, die das Vertriebenenministerium im gleichen Jahr für die ostdeutsche Kulturarbeit insgesamt ausgeben konnte.

In den Ländern unterblieb es trotz der mehr oder weniger erfolgreichen Umsetzung des Ostkundeerlasses in die schulische Praxis vor allem, systematisch Lehrstühle für ostdeutsche Geschichte einzurichten und diese wissenschaftlich ähnlich fest zu verankern

⁴ Vgl. hierzu vor allem den einschlägigen Gesetzeskommentar zum § 7 BVFG und den Gesetzesentwurf aus dem Jahr 1951. Salzborn, *Grenzenlose Heimat*, S. 18, 172.

⁵ So der Titel einer vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unterstützten, im Herbst 1950 in Berlin gezeigten Ausstellung, die später in zahlreichen weiteren Städten der Bundesrepublik zu sehen war. Hahn, *Flucht und Vertreibung*, S. 341 f.

wie die Landesgeschichte der westdeutschen Regionen. Anders als z. B. die vertriebenen Karelrier hatten es die Ostdeutschen auch nicht vermocht, ihre eigenen Bildungseinrichtungen durch Transferierung oder Wiedereinrichtung im Westen zu erhalten. Vor allem die damit verbundene kulturpolitische „Einflußnahme auf das Bewußtsein der Gesellschaft Finnlands in seiner Gesamtheit“ ließ aber dort die geistige Integration der Vertriebenen so vorbildlich gelingen⁶. In der Bundesrepublik dagegen war es – nicht nur wegen des kulturpolitischen Kompetenzgerangels zwischen Bund und Ländern – unmöglich, das zersplitterte ostdeutsche Kulturerbe wenigstens in einer starken zentralen Institution zu bündeln und – etwa in Form eines Ostdeutschen Museums in Kassel, wie es auch Günter Grass 1970 forderte – einen großen erinnerungskulturellen Leuchtturm zu schaffen.

Die Zäsur zwischen den 1960er und den 1970er Jahren bestand dann im wesentlichen darin, daß die finanziell ohnehin nie auf Rosen gebettete ostdeutsche Kulturarbeit zumindest indirekt weiter erschwert wurde – die Organisationszuschüsse für den BdV schwanden seit 1970 spürbar –, und daß vor allem auf der ideellen Seite ein merklicher Wandel eintrat. Hierfür gewannen im bundesdeutschen Parteienstaat fundamentale Wandlungen von FDP und SPD in der Dekade des ostpolitischen Übergangs zwischen 1961 und 1969 entscheidende Bedeutung. Kaum etwas dokumentiert diese Entwicklung anschaulicher als der Nürnberger SPD-Parteitag 1968 mit der Formel von der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die entscheidende Rede hielt Willy Brandt, der noch auf dem Schlesiertag 1961 Kanzler Adenauer die Show gestohlen hatte, indem er persönlich an der Spitze der Berliner Schlesierjugend in den Saal marschiert war⁷. 1963 hatte Brandt jenes bekannte SPD-Grußwort an die Vertriebenen unterschrieben, das die Formel vom „Verzicht als Verrat“ enthielt – ohne daß dies damals allgemein als üble Assoziation an Kampagnen gegen Weimarer „Erfüllungspolitiker“ empfunden worden wäre. Nur vor dem Hintergrund dieser Vorgeschichte und des schon nach dem Bad Godesberger Parteitag 1959 einsetzenden, nachgerade innigen Werbens speziell Herbert Wehners um die Landsmannschaften ist das Ausmaß ihrer späteren Enttäuschung sowie die ganze Schärfe ihres Protestes gegen den ostpolitischen Richtungswandel der SPD zu erklären.

Bald nach 1969 herrschte im Streit um die operative Umsetzung der neuen Ostpolitik zwischen den Parteien der SPD/FDP-Koalition und den großen Vertriebenenverbänden geistiger Kriegszustand⁸. Manche Parolen von der rechten Peripherie der Landsmannschaften – z. B. Gefängnisstrafen für Verzichtspolitiker⁹ – atmeten den Geist des Nationalismus. Was die Politik der meisten ihrer demokratisch gewählten Sprecher angeht, ist indes zu bedenken, welch scharfe Kurve die Vertriebenen auf dem Weg der sozialliberalen Ostpolitik zu nehmen hatten. Was mindestens bis 1965 zu der von allen demokratischen Parteien getragenen politischen Kultur gehörte: den Verzicht auf die Ostgebiete und das Heimatrecht der Vertriebenen als Verrat zu brandmarken, das galt schon fünf Jahre später, 1970, plötzlich als moralisch vollständig verwerflich, wenn nicht rechtsradikal. Aber

⁶ Schlaw, Die Eingliederung, S. 161.

⁷ Die Welt, 12. Juni 1961.

⁸ Dagegen waren die Beziehungen zu den von der neuen Ostpolitik weniger betroffenen Verbänden offensichtlich entspannter. Vgl. etwa den Auftritt Willy Brandts beim Heimattag der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl 1970. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 1970.

⁹ Süddeutsche Zeitung, 3. Juli 1962.

war es wirklich ein Wunder, wenn sich die Opfer der Vertreibung aus dem Osten nicht in demselben Tempo der Entspannungspolitik anzupassen bereit waren wie die bundesdeutsche Gesellschaft als Ganzes? Müßte nicht stärker der prinzipiell von der SPD bis zur CDU anzutreffende, den Zwängen der Stimmenmaximierung bei der jeweils nächsten Wahl geschuldete Mangel an Aufrichtigkeit problematisiert werden, die Vertriebenen mit der – bei Adenauer wie Brandt bereits in den 1950er Jahren sich einstellenden – Überzeugung zu konfrontieren, daß die Ostgebiete definitiv verloren seien? Statt dessen aber wurden allenthalben „sophistische Rhetorikübungen“ veranstaltet. Andererseits trugen die Landsmannschaften selbst dazu bei, die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik in den 1960er Jahren „in die Sackgasse“ geraten zu lassen. Sie wollten oder konnten mehrheitlich „nicht wahrhaben“, daß sich die Siegermächte bei allen sonstigen Gegensätzen darin einig waren, eine Vergrößerung Deutschlands über die 1945 eingerichteten vier Zonen hinaus nicht mehr zuzulassen¹⁰. Die Wahrnehmungssperre hatte auch damit zu tun, daß Vertriebenenpolitiker, die der deutschen Schuld eher mit dem Weitwinkelobjektiv begegneten, der Schuld der Vertreiberstaaten dagegen mit dem Mikroskop, keine bloße Erfindung linker Entspannungseuphoriker waren¹¹.

Die Anpassung der deutschen Außenpolitik an die Zwänge internationaler Detente – mag man über manche Methoden streiten¹² – war für ein Land in der geopolitischen Lage der Bundesrepublik eine schlichte Notwendigkeit. Wenn die Regierung gegen die ostpolitisch aufsässigen Landsmannschaften am Geldhahn der Vertriebenen-Subventionen drehte, so hatte dies seine eigene parteipolitische Logik. Nur: Erinnerungskulturell produktiv war das alles nicht. Erschwerend kam im Laufe der 1970er Jahre hinzu, daß manche, vor allem, aber nicht nur im wachsenden sozialliberalen Milieu der Gesellschaft nun meinten, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, indem sie im gegenwärtigen Streben nach Konvergenz mit den sozialistischen Ostblockstaaten auch gleich noch „die Geschichte Ostdeutschlands leugneten“¹³ oder zumindest uminterpretierten, die Polonisierung oder Tschechisierung seiner Topographie betrieben, Denkmäler an den alten Osten im Westen stürzten oder kommunale Patenschaften über ostdeutsche Heimatkreise in Frage stellten. Dabei ist indes im Auge zu behalten, daß nicht nur in der Koalition die vertriebenenpolitische Spannweite zwischen dem linken Flügel der SPD und der gerade in der heißen Phase der Ostverträge betont um Deeskalation bemühten FDP beträchtlich war; auch das größte, sozialdemokratisch regierte Bundesland, Nordrhein-Westfalen, trug im Rahmen seiner anhaltenden Aktivitäten für die Patenlandsmannschaften weiterhin kräftig zur ostdeutschen Kulturpflege bei. Demgegenüber hatte vor allem die Entscheidung der sozialliberalen Bundesregierung, die vom Bundesarchiv erstellte Dokumentation der Vertreibungsverbrechen nicht zu veröffentlichen und auch den wissenschaftlichen Zugang zu erschweren, negative erinnerungskulturelle Signalwirkung¹⁴. Spätestens mit diesem Beschluß des Bun-

¹⁰ Stückler, Ostdeutsch, S. 433, 394.

¹¹ Welche Wirkungen das hatte, skizziert sehr nachdrücklich Helga Hirsch, Die Rache der Opfer, S. 7 ff.

¹² Vgl. etwa die Position Helmut Bärwalds, der als Leiter des Referates für innerdeutsche Fragen beim SPD-Parteivorstand kündigte, weil er zwar auch für Frieden und Aussöhnung eintrat, aber Methodik und Praxis der sozialdemokratischen Deutschland- und Ostpolitik, die auf einer Fehleinschätzung der kommunistischen Strategie beruhe, ablehnte. DOD Nr. 3, 1971, S. 7.

¹³ Boockmann, Wo liegt Ostdeutschland?, S. 17.

¹⁴ Wiewohl man sich fragen kann, ob eine statt dessen erfolgende Publikation angesichts des herrschenden gesellschaftlichen Klimas einen größeren Erinnerungsschub hätte auslösen können.

deskabinetts 1974 waren die Zeiger der Zeit – von der großen Politik her – auf Verdrängung gestellt, und die Folgen konnte man im ganzen Land besichtigen.

Die noch bis in die 1960er Jahre hineinreichende Hochphase der Errichtung Hunderter kleinerer Denkmäler zum Gedenken an Flucht und Vertreibung ging jetzt zu Ende¹⁵ – was eben nicht nur mit dem Erreichen eines normalen Sättigungsgrades zu tun hatte. In das Bild fügen sich ferner die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, wo die staatlichen Auftrag handelnden polnischen Wissenschaftler sich gegenüber ihren ungebundenen deutschen Kollegen „an der einen oder anderen Stelle [...] ein bißchen zu entschlossen durchsetzten“. In entspannungspolitischem Übereifer, so ist Bundeskanzler Helmut Schmidts diplomatische Formulierung vom Hamburger Historikertag im Oktober 1978 zu deuten, wurden auch einige allzu weitreichende Konzessionen zu Lasten historischer Fakten gemacht¹⁶. An die Stelle der in manchen Punkten tatsächlich überholungsbedürftigen alten deutschnationalen Ostkunde traten bald neue Fragwürdigkeiten, wie etwa der Verzicht auf eine angemessene Behandlung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung, ohne die alles weitere nicht zu verstehen ist. Frappierend war zudem, wie gleichgültig eine nicht nur erinnerungskulturell weithin unsensible Gesellschaft der andauernden Unterdrückung deutschsprachiger Minderheiten in Ostmitteleuropa begegnete, während sich auf der anderen Seite viele so leidenschaftlich für Menschenrechte in anderen, weiter entfernten Teilen der Welt – von Vietnam über Chile, Nicaragua bis hin nach Südafrika – engagierten¹⁷.

Wie stark diese Mentalität eines nicht nur politisch-faktisch, sondern auch geistigerinnerungskulturell anmutenden Schlußstrichs unter den historischen deutschen Osten wirkte, mag daraus erhellen, daß selbst die junge Generation der Vertriebenen, die 1951 gegründete Deutsche Jugend des Ostens (DJO), sich nach einer Reihe von jungsozialistischen Attacken – mit dem Versuch, die DJO aus dem Bundesjugendring und damit von finanziellen Zuschüssen auszuschließen¹⁸ – 1974 veranlaßt sah, ihren Namen zu ändern. Nach heftigen internen Richtungsdebatten, die das „progressive“ Lager gegen Widerstand vor allem aus Bayern und Baden-Württemberg mit denkbar knapper Mehrheit für sich

¹⁵ Münz/Ohliger, *Vergessene Deutsche – Erinnerter Deutsche*, S. 151. Vgl. hierzu am Beispiel des Landkreises Celle: Panne, *Erinnerungspolitik*; an oberbayerischen Beispielen: Landkreis Erding (Hg.), *Flüchtlinge und Heimatvertriebene*, S. 523–527, 874–883.

¹⁶ Zit. nach Stribrny, *Acht Schwerpunkte der Kritik*, S. 91. Drastischer hat es Helga Hirsch (*Die Welt*, 3. März 2006) formuliert: „Sozialliberale Gutmenschen traten ständig in pädagogische Vorleistung gegenüber Polen und bestärkten sie damit in ihren Versuchen, ihre Geschichte erpresserisch gegenüber Deutschland einzusetzen.“

¹⁷ Um dies zu beobachten, brauchte man nur ein waches Auge auf die Evangelischen Kirchentage zu haben, wo es in den 1980er Jahren immer wieder zu Kontroversen um die wenigen Aktivisten kam, die sich besonders auch für Menschenrechte deutscher Minderheiten in Osteuropa engagierten. Maier, *Porträt*, S. 25. Die neue Ostpolitik hatte es versäumt, in den Verträgen einen kulturellen und muttersprachlichen Mindeststandard für die Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße durchzusetzen. So blieb etwa an den Schulen in Oberschlesien Deutschunterricht bis 1988 verboten. Vgl. Urban, *Deutsche in Polen*, S. 148 f., oder Ther, *Die einheimische Bevölkerung des Oppelner Schlesiens*.

¹⁸ Bei verbandsinternen Neuwahlen nach dem Abschluß des Moskauer und Warschauer Vertrags hatte die DJO ihre ablehnende Haltung gegen die Ostverträge mit dem Argument bekräftigt, diese verstießen gegen das in der DJO-Satzung festgelegte Prinzip des Selbstbestimmungs- und Heimatrechtes. Zur Kontroverse um die DJO vgl. das Schreiben Bundesinnenminister Genschers vom 28. Dezember 1970 an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, in: BAK B 106/27451; DOD Nr. 3, 1971, S. 6, sowie Nr. 35/36, 1970, S. 5; Nr. 47, 1971, S. 7; *Frankfurter Rundschau*, 25. November 1970.

entschied¹⁹, firmierte der Verband künftig als „DJO – Deutsche Jugend in Europa“; er verbar also seinen eigentlichen Gründungsimpuls in einer Abkürzung, um die „neuen Perspektiven“ des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und der Wiederbegegnung mit den Völkern Osteuropas ganz in den Mittelpunkt zu rücken²⁰. Daß die SPD ihr Vertriebenenreferat nun mit der Abteilung Seniorenarbeit zusammenlegte, war sinnfällig. Aber auch in der CDU hatte Helmut Kohl damit zu tun, die Union der Ost- und Mitteldeutschen als Gliederung der Partei aufrechtzuerhalten, nachdem entspannungspolitisch orientierte Nachwuchskräfte im Bundesverband der Jungen Union auf einer Delegiertenversammlung 1975 eine Zufallsmehrheit für die Auflösung der ihres Erachtens unzeitgemäßen CDU-Arbeitsgemeinschaft zustande gebracht hatten²¹.

Nun muß man sehen, daß das hartnäckige Festhalten der Vertriebenensprecher an den deutschen Rechtspositionen im allgemeinen, an dem nicht nur musealen, sondern zukunftsweisenden Charakter ostdeutscher Kulturpflege im besonderen, auch manchen gegen die Erinnerungsorte „deutscher Osten“ und „Vertreibung“ einnahm, der ihre Kommemoration eigentlich für wünschenswert, die dahinter steckende revisionistische Absicht dagegen für problematisch hielt. Insofern eignete der erinnerungskulturellen Konstellation in den 1970er Jahren – und darüber hinaus bis zur endgültigen Regelung der deutsch-polnischen Grenzfrage im Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 – eine gewisse Tragik. Eine intensivere Erinnerungsarbeit wäre wohl nur dann möglich gewesen, wenn sich statt unterschiedlich deutbarer Positionen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesverfassungsgericht in der Oder-Neiße-Frage eine der beiden radikalen Alternativen zu diesen Formelkompromissen durchgesetzt hätte. Entweder hätte die Bundesrepublik also mit den Ostverträgen definitiv auf die Ostgebiete verzichten müssen – ohne jeden, noch dazu von höchstrichterlicher Seite bestätigten rechtlichen Vorbehalt; oder es hätte – hypothetisch gesprochen – trotz internationaler Entspannung in der Bundesrepublik weiterhin gesellschaftlicher Konsens darüber bestehen müssen, mit langem Atem auf veränderte außenpolitische Rahmenbedingungen zu hoffen, um dann auf friedlichem Weg in einem europäischen Rahmen tatsächlich soviel wie möglich von (Ost-)Deutschland zu retten; etwa im Sinne von Bundeskanzler Kiesinger, der den Heimatvertriebenen stets zu sagen pflegte, „es dürfe nicht so bleiben, wie es heute sei“; es könne aber „auch nicht einfach wieder so werden, wie es gestern gewesen sei“. Eine europäische Lösung müsse jedenfalls „auch der großen geschichtlichen Leistung des deutschen Volkes in jenen Gebieten gerecht werden“²². Im ersteren Fall hätten sich, befreit vom Revanchismusverdacht, Linke und Rechte

¹⁹ In welchem Mischungsverhältnis dabei Funktionärsinteressen von Berufsjugendlichen – es war vor allem die Verbandsspitze, die zur Reform drängte – und echter politischer Meinungswandel standen, dürfte nicht leicht zu bestimmen sein. In der vom heutigen Bundesvorstand in Auftrag gegebenen offiziellen Verbandsgeschichte von Jürgen J. Becker, „Wir woll(t)en Brücke sein!“, findet sich zu diesem Aspekt wenig.

²⁰ DOD, Nr. 9, 1976, S. 4 ff. Der Transformationsprozeß führte 1990 schließlich sogar zum Austritt der DJO aus dem BdV. Vgl. Becker, „Wir woll(t)en Brücke sein!“, S. 198 f., 270.

²¹ DOD, Nr. 11, 1975, S. 8.

²² So Kiesinger in einem Brief an den später, 1970, zum BdV-Präsidenten gewählten oberschlesischen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja im März 1967. Taschler, Vor neuen Herausforderungen, S. 115. Czaja hatte bereits ein Jahr vorher ein vertrauliches Schreiben ähnlichen Inhalts an den Vorsitzenden seiner Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, gerichtet. An eine Rückgliederung der Ostgebiete im Sinne einer nationalstaatlichen Restauration sei nicht zu denken, im Rahmen einer langfristig positiven Entwicklung der europäischen Einigung müßte aber „die Wiederherstellung der personellen und räumlichen Präsenz der Deutschen in den umstrittenen Gebieten oder Teilen dieser Gebiete ohne deren An-

mit vereinten Kräften ganz auf die Bewahrung des ostdeutschen Kulturerbes konzentrieren können; in letzterem Falle wäre ostdeutsche Erinnerungskultur weiterhin wichtiger Bestandteil einer heimatpolitischen Revisionsstrategie gewesen.

Nur ist aus mehreren Gründen evident, daß diese hypothetische erinnerungskulturelle Variante nicht sehr realistisch war. Der frühe Entschluß zur sozialen und vor allem auch (wohnungs-)wirtschaftlichen Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik entzog einer territorialen Revisionsstrategie, wie sie im Nahen Osten in den ewigen Flüchtlingsbaracken der Palästinenser gedieh, von vornherein den Nährboden. Selbst dort, wo noch der Wille zur Rückkehr in die alte Heimat vorhanden war, stieß er sich an der gerade in Polen von den Kommunisten bis zu den Katholiken reichenden, ganz entschiedenen Ablehnung, die „wiedergewonnenen“ Westgebiete auch nur mit den Deutschen zu teilen, geschweige denn, sie ihnen wieder ganz zu überlassen. Dies galt um so mehr, als die Vertriebenen in einem zukunftsweisenden Schritt bereits in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 auf die Anwendung von Gewalt verzichtet hatten und das Prinzip des Gewaltverzichts auch für ihre engsten Freunde in den Unionsparteien – wie Franz Josef Strauß – völlig außer Diskussion stand²³. So gesehen verwundert es kaum, daß der zur radikalen Revisionsstrategie passende, aber auf „gesamtdeutsche“ Bedenken stoßende Vorschlag, den alten ostdeutschen Ländern über Exilorgane Sitz und Stimme im Bundesrat zu geben²⁴, sich schon 1960 als nicht mehrheitsfähig erwies.

Die bemerkenswert große Bereitschaft der bundesdeutschen Bevölkerung, nicht nur die Oder-Neiße-Grenze politisch anzuerkennen²⁵, sondern den alten Osten gleichsam auch geistig abzuschreiben, scheint keineswegs allein das Resultat außenpolitischen Realitätssinns in der Ära der Détente bzw. entspannungspolitisch motivierter Verdrängungstendenzen gewesen zu sein. Sie wurzelte vielmehr in Entwicklungen, die bereits in den 1950er Jahren einsetzten, als von Verdrängung des alten deutschen Ostens staatlicherseits keineswegs die Rede sein konnte. Aber im Windschatten des legendären Schiederschen Forschungsprojektes zur Vertreibung, das bis heute den Blick auf eine bereits damals

schluß an einen deutschen Nationalstaat“ geprüft werden. Dazu muß man wissen, daß im BdV schon in den frühen 1960er Jahren „umfangreiche Berechnungen über die Aufnahmekapazität der Oder-Neiße-Gebiete“ angestellt wurden, um zu beweisen, daß dort „Platz für Deutsche und Polen“ sei. Die Tragik des „aus echter christlich motivierter Versöhnungsbereitschaft“ handelnden Czaja sieht StICKLER darin, daß seine „im Grunde zukunftsweisenden Pläne“, die „keinen Schlußstrich unter 800 Jahre deutsche Geschichte östlich von Oder und Neiße“ als Preis für den Krieg, sondern „einen Neuanfang auf der Basis eines gleichberechtigten Miteinanders und eines gerechten Ausgleichs der Gegensätze“ erstrebten, den Grundideen der „neuen Ostpolitik“ zuwiderliefen und von dieser konterkariert wurden. StICKLER, Ostdeutsch, S. 368, 367, 397.

²³ Vgl. etwa die Rede von Strauß auf dem Sudetendeutschen Tag von 1960: „Das Wort vom Verzicht auf Gewalt muß Bestand haben für alle Zukunft und zum politischen Kredo werden.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Juni 1960.

²⁴ Einem entsprechenden Vorschlag des Sprechers der Landsmannschaft Pommern, Oskar Eggert, war auch BdV-Präsident Krüger beigetreten (Die Welt, 7. Juni 1960). Neben verfassungsrechtlichen Hürden wurde in der Diskussion auch problematisiert, daß die Ziele der Vertriebenen durch eine eigene Repräsentanz im Bundesrat „zu Gruppenzielen degradiert“ würden, „dann wäre die Frage des deutschen Ostens [...] keine ‚gesamtdeutsche Frage‘ mehr“. So lautete etwa das Urteil von Carl Gustav Ströhm. DOD, Nr. 24/25, 1960, S. 10.

²⁵ Seit den frühen 1960er Jahren stieg der Anteil der Anerkennungsbefürworter in der Bevölkerung kontinuierlich an, bis die Demoskopien 1966 erstmals eine Mehrheit von 51% für die Oder-Neiße-Linie als Preis für die Wiedervereinigung ermittelten. StICKLER, Ostdeutsch, S. 423.

schwierige erinnerungskulturelle Realität zu trüben vermag²⁶, ließen sich erste Tendenzen der Abwendung vom alten deutschen Osten beobachten. Zum Eigentümlichen der Vertriebenenarbeit und speziell auch der ostdeutschen Kulturpflege gehörte es bald, daß sich an diesen Aktivitäten „meist nur noch die in den Vertriebenenverbänden Organisierten beteiligten“²⁷, also nur ein Teil der Vertriebenen selbst. Die anderen waren statt dessen mit ihrem persönlichen „Wiederaufbau“, mit der schwierigen Anpassung an eine von Vorurteilen gegen alles Ostdeutsche nicht freie Umwelt (Stichwort: „Flüchtlingspack“²⁸) oft genug mehr als beschäftigt²⁹. Sie richteten ihr Leben offensichtlich nach der Devise aus: „Wenn wir nur nicht lästig fallen“³⁰. Auch deshalb wohl entsprach die Zahl der Vertriebenen in den bundesdeutschen Parlamenten nirgends „auch nur annähernd ihrem Anteil an der deutschen Wohnbevölkerung der betreffenden Gebiete“³¹.

Die alteingesessene westdeutsche Bevölkerung ließ sich von den vertriebenenpolitischen Verrenkungen der für mächtige Verbandsinteressen sensiblen Politikerklasse wenig beeindrucken. Man arbeitete ebenfalls mehr am realen Wirtschaftswunder, als auf ein Wunder an der Oder zu hoffen oder auch nur „Trauerarbeit“ um den Verlust des deutschen Ostens zu leisten – schon weil die Westdeutschen an der Bewältigung der Kriegsfolgen als schwer Versehrter, als Witwe oder Ausgebombter selbst schwer zu tragen hatten. Folglich war bereits zeitgenössisch in den 1960er Jahren immer wieder besorgt davon die Rede, die Erinnerung an den Osten finde nur noch in den – noch dazu verstreuten – „Ghettos“ der Landsmannschaften, abgeschottet vom Rest der bundesdeutschen Gesellschaft statt³². Das „kommunikative Gedächtnis“ der vertriebenen Bevölkerungsminderheit unterschied sich jedenfalls schroff von dem der eingewanderten westdeutschen Mehrheit; doch diese hat mit ihrer geringeren Betroffenheit vom Verlust des historischen „deutschen Ostens“ die öffentliche Erinnerungskultur letztlich entscheidender geprägt.

Für den Ablauf des Verdrängungsprozesses dürfte auch der Einfluß der auf unterschiedlichen Ebenen – politisch und militärisch, wirtschaftlich und kulturell – sich vollziehenden Westintegration der Bundesrepublik kaum zu überschätzen sein. War Deutschland bis zum Zweiten Weltkrieg wesentlich dadurch charakterisiert, daß es wie kein ande-

²⁶ Auch Beer, Verschlussache, S. 384, hat ja konstatiert, daß das Projekt schon während seiner Entstehungszeit „keine große öffentliche und schon gar keine wissenschaftliche Resonanz“ erfahren habe. An einer vielversprechenden monographischen Studie zur Schieder-Dokumentation arbeitet derzeit Sven Oole (Berlin).

²⁷ Hahn, Flucht und Vertreibung, S. 339.

²⁸ Jolles, Zur Soziologie der Heimatvertriebenen, S. 262.

²⁹ Vgl. etwa Urban, Der Verlust, S. 15. Urban berichtet, wie seine vertriebenen Eltern im Rheinland „auf wenig Verständnis und Gehör für ihre Erzählungen über die schlesische Heimat und deren Verlust“ stießen; noch nach Jahrzehnten seien die engsten Freunde fast alle ebenfalls aus Breslau gekommen. Vgl. auch Hirsch, Schweres Gepäck, oder Ackermann, Das Schweigen der Flüchtlingskinder.

³⁰ Messerschmidt, „Wenn wir nur nicht lästig fallen“. Zur Wirkung wirtschaftlich-sozialer Integration auf die Vertriebenen nennt Czaja, Unterwegs, S. 569, ein seines Erachtens besonders drastisches Beispiel: „Der anfangs auch scharfe Sudetendeutsche Frank Seiboth erhielt von den hessischen Sozialdemokraten eine einträgliche Stelle beim Lotto und verstummte in unseren Anliegen, bzw. registrierte den Verlust der Heimat“.

³¹ Schlau, Die Eingliederung, S. 161.

³² Das Wort vom Ghetto war sogar bereits in den 1950er Jahren aufgetaucht, z. B. als die Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher 1958 unter der Parole „Schach dem Getto“ versuchte, den Ostkunde-Gedanken in der nichtvertriebenen Lehrerschaft zu verbreiten. Meinhardt, Deutsche Ostkunde, S. 63.

rer Staat auf dem Kontinent geographisch und geistig zugleich dem Westen und dem Osten Europas angehörte³³, so brach Konrad Adenauer radikal mit der daraus lange resultierenden Entwicklung einer schwankenden Außenpolitik. Er richtete zunächst vor allem mit Hilfe der Unionsparteien, bald aber im politischen Konsens, das Gesicht der Bundesrepublik ganz entschieden nach dem Westen aus. Je stärker die vor allem sicherheitspolitisch unabdingbare Orientierung an den USA, an Frankreich, an Großbritannien und Italien wurde und in Form vielfältiger Kooperation von der NATO und der EWG bis zum Schüleraustausch oder den Urlaubsreisen den Alltag bestimmte, desto mehr verlor sich – in einem streckenweise unaufhaltsamen Prozeß – die Spur des Ostens im Bewußtsein der Westdeutschen; zumal alles, was hinter dem Eisernen Vorhang lag, im Zeitalter des Antikommunismus immer weiter entfernt, ja zeitweilig regelrecht bedrohlich schien³⁴. „Glücklich darüber, daß Deutschland – oder wenigstens der größere Teil davon – nach 1945 endlich im Westen angekommen war“, mochte sich die Gesellschaft der Bundesrepublik „nicht gern von komplizierten Erinnerungen behelligen lassen“³⁵.

Als Symptom für diese mentale Westorientierung sei nur das beliebte Gesellschaftsspiel „Deutschlandreise. Wir fahren durch West- und Mitteldeutschland“ genannt, das der Ravensburger Otto Maier Verlag 1962 herausbrachte. Auf dem Spielfeld waren schon nur mehr west- und mitteldeutsche Städte zu erkennen, nicht aber die touristisch uninteressant gewordenen Städte im Osten; lediglich eine ganz kleine Landkarte fungierte noch als Feigenblatt gegenüber der geltenden politischen Sprachregelung und zeigte zusätzlich „Deutschland in den Grenzen von 1937“³⁶. Spätestens nach den Ostverträgen wurde es im Sprachgebrauch der Bundesrepublik dann zunehmend üblich, gleich die DDR als Ostdeutschland zu bezeichnen, was nicht nur im Hinblick auf die Geschichte Thüringens oder Mecklenburgs einigermaßen abwegig war, sondern den Sachverhalt verdeckte, „daß es Ostdeutschland nicht mehr gibt“³⁷.

Die nach der Katastrophe von 1945 einsetzenden Entwicklungen waren für das Verschwinden des alten deutschen Ostens aus dem Horizont der Westdeutschen sicher entscheidender als ein anderer, von Herbert Czaja in seinen Erinnerungen genannter Punkt. Der langjährige BdV-Chef wurde, wie er schreibt, „den Eindruck nicht los, daß schon während der Weimarer Republik, vielleicht auch früher, diese Distanz des Westens und der Mitte Deutschlands gegenüber dem Osten Platz gegriffen hatte.“³⁸ Angesichts des bekannten Stellenwerts etwa der „Ostpreußenhilfe“ im Ersten Weltkrieg³⁹ oder später des parteienübergreifenden Revisionismus gegenüber Polen in den Weimarer Jahren scheint dieser

³³ Wer den deutschen Osten nicht kennt, so zitiert Karl Schlögel den aus Ostpreußen stammenden Schriftsteller und Feuilletonisten Paul Fechter, „kennt die Hälfte der deutschen Welt nicht“. Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts*, S. 74.

³⁴ Im Blick auf die Epoche des Kalten Krieges, so auch Döring-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen*, S. 15, „umgreift der Westernisierungsbegriff konsequent den ideologischen Antitotalitarismus und Antikommunismus“.

³⁵ So hat es Christoph Stölzl in einem Ausstellungsband des Deutschen Historischen Museums zum „deutschen Osten“ auf den Punkt gebracht. Stölzl, *Vorwort*, S. 7.

³⁶ „Deutschlandreise. Wir fahren durch West- und Mitteldeutschland“. Otto Maier Verlag Ravensburg. Copyright 1962.

³⁷ Boockmann, *Wo liegt Ostdeutschland?*, S. 10.

³⁸ Czaja, *Unterwegs*, S. 542.

³⁹ Kossert, *Ostpreußen*, S. 204 ff.

Eindruck nicht ganz nachvollziehbar⁴⁰. Woran es aber bei vielen Bundesrepublikanern tatsächlich mangelte, war die Fähigkeit, sich einmal vorzustellen, nicht Ost-, sondern Teile Westdeutschlands, etwa die Rheinlande, wären 1945 abgetrennt worden, und die Mainzer müßten in Breslau Karneval feiern. Dieser von Wenzel Jaksch in einer Fernsehdiskussion einmal unterbreitete Hinweis „zur Objektivierung des Themas“⁴¹ war allein schon deshalb bedenkenswert, weil im deutschen Nationalbewußtsein die Gefahr eines Verlustes der linksrheinischen Gebiete lange Zeit viel reeller erschienen war als territoriale Zessionen an der deutsch-slawischen Grenze.

Wichtiger als der Mangel kontrafaktischen historischen Vorstellungsvermögens seitens der einheimischen Westdeutschen war indes noch etwas anderes: Der Zusammenhang zwischen der „Bewältigung“ des Nationalsozialismus im allgemeinen und der Vertreibung aus dem Osten im besonderen. Je stärker das Dritte Reich und seine Verbrechen mit der Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle 1958 und dem Frankfurter Auschwitz-Prozeß und vor allem auch infolge des Schubs historisch-politischer Pädagogik nach den Kölner Hakenkreuzschmierereien 1959 während der Zweiten Berlin-Krise in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten, desto mehr galt der große Exodus von 1945 nur noch als Ergebnis dieser deutschen Katastrophe und insofern als Geschehen von nachgeordnetem Interesse. „Der Holocaust wurde zum Flucht- und Bezugspunkt auch für die Einschätzung und Auseinandersetzung mit ‚Flucht und Vertreibung‘“⁴². Mit der Bewältigung der NS-Vergangenheit ging zudem ein allgemeines Verblässen nationaler Kategorien im historisch-politischen Bewußtsein der Westdeutschen einher, was die Identifizierung mit Traditionen im allgemeinen und dem ostdeutschen Kulturerbe im besonderen nicht eben beförderte⁴³. Weshalb sollte jemand, der sich mit seinem „Vaterland“ ohnehin nicht identifizierte, der Nationalhymne oder -flagge nach dem verbrecherischen Mißbrauch des deutschen Nationalgefühls durch das Dritte Reich mindestens für Kokolores hielt, ausgerechnet ein inneres Verhältnis zu den verlorenen Ostgebieten pflegen bzw. entwickeln?

Über den allgemeinen, in der 68er-Bewegung kulminierenden – und die zweite Generation der Vertriebenen im übrigen keineswegs ausnehmenden – Prozeß des Wertewandels hinaus⁴⁴ erwies sich ein Ereignis deutschlandpolitischer Art als wesentlich: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961. Diese wohl größte mentale Zäsur in der Geschichte der alten Bundesrepublik hat die Impulse potenziert, die von den Entwicklungen der NS-„Ver-

⁴⁰ Gregor Thum hat auf dem Kieler Historikertag 2004 in einem Vortrag über „Mythische Landschaften – das Bild vom deutschen Osten“ deutlich gemacht, welchen Stellenwert der „deutsche Osten“ nach dem ersten Weltkrieg als ebenso populärer wie diffuser Begriff einnahm. <http://www.historikertag.uni-kiel.de/abstracts/GregorThum.htm>, 06. 08. 2004. Vgl. auch Ludwig, Die nationalpolitische Bedeutung der Ost-siedlung.

⁴¹ AdSD DW 2-1f (1965/66): Manuskript der TV-Sendung „Unter uns gesagt“ vom 30. Juni 1965, 22.20 Uhr (mit Wenzel Jaksch, SPD, Josef Stingl, CDU, und Siegfried Zoglmann, FDP).

⁴² Beer, Die Dokumentation, S. 24.

⁴³ Vgl. auch Faulenbach, Die Vertreibung, S. 53. Auf das – nicht nur im deutschen Fall – komplexe Problem individuellen bzw. kollektiven Geschichts- und Nationalbewußtseins kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Vgl. z. B. Weidenfeld, Geschichtsbewußtsein der Deutschen.

⁴⁴ Das zum Teil führende Engagement „gerade junger Vertriebener“ in der 68er-Bewegung ist auch damit erklärt worden, daß sie, für die sozialer Aufstieg infolge weitgehend fehlenden Eigentums nur auf dem Wege der Oberschule und des Universitätsstudiums möglich war, in erheblichem Maße „zu einem kritischen Verhalten der bundesdeutschen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit gegenüber“ neigten. Schlau, Die Eingliederung, S. 156 f.

gangenheitsbewältigung“ auf die ostdeutsche Erinnerungskultur ausgingen. Der jetzt zu spürende Aufbruch zu einer neuen Deutschland- und Außenpolitik, zu entspannteren Beziehungen mit den Staaten des Sowjetblocks, war nicht unproblematisch, weil er stellenweise über unüberwindliche ideologische Gräben zwischen freiem Westen und kommunistischer Diktatur hinwegsah. Aber er wies eben auch in die Zukunft, wies auf Versöhnung mit den Völkern im Osten Europas. Deren erschütternde Opfergeschichten während des Zweiten Weltkrieges rückten dabei so sehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit, daß dies den Blick auf ihre eigenen Täterrollen, sei es als Helfershelfer der NS-Schergen während des Holocaust oder als Akteure während der Vertreibung, mehr und mehr zu versperren begann. Gravierender noch war: Jede Beschäftigung mit der Vertreibung aus dem Osten setzte sich fortan dem Generalverdacht aus, „aufzurechnen“, ewiggestrig zu sein und nicht über die richtige Moral zu gebieten; als ob die Singularität der nationalsozialistischen Katastrophe nicht durch die Erkenntnis sogar noch unterstrichen würde, daß die millenare „Größe der Verluste im Osten [...] das Fassungsvermögen unserer zeitgeschichtlichen Orientierung“ übersteigt⁴⁵, daß mit der Vernichtung zuerst des Judentums, dann der Vertreibung des Deutschtums, jener integrativen Kräfte im Osten des alten Mitteleuropa, ein Netz zerriß, „an dem ein ganzer Kontinent Jahrhunderte gewoben hatte“⁴⁶.

Auch wenn die Themen der NS- und der Vertreibungsverbrechen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander standen, löste schließlich ausgerechnet der Holocaust-Film 1979 einen nachhaltigeren Impuls der Beschäftigung mit dem Untergang des deutschen Ostens im Massenmedium Fernsehen aus: zunächst in einer SWF-Report-Sendung unter der Leitung von Franz Alt 1979, dann in einer großen ARD-Trilogie des Bayerischen Rundfunks, die Anfang 1981 sechs bis zehn Millionen Menschen an den Bildschirmen verfolgten. Man fragt sich unwillkürlich, so hieß es in einem damals erstellten Gutachten für die Bavaria Fernseh GmbH, weshalb vorher „ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete innerhalb von drei Nachkriegsjahrzehnten“ im deutschen Film kein „irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat“. Ein vergleichbarer Vorgang wäre undenkbar, wenn „ein ähnliches Schicksal [...] Frankreich, Italien oder England getroffen“ hätte⁴⁷. Waren bis 1979 zum Thema Judenmord bereits an die 100 TV-Sendungen ausgestrahlt worden⁴⁸, so hatten sich mit den Vertreibungsverbrechen tatsächlich nur einige wenige Fernsehfilme beschäftigt, auch wenn die – bei jedem neuen Schub der NS-„Vergangenheitsbewältigung“ in ähnlicher Weise zum Ritual gehörende – Behauptung, es habe bisher gar nichts in dieser Richtung stattgefunden, so keineswegs zutraf. Dies zeigt ein Blick auf die in dieser Studie dokumentierten Sendungen wie etwa den vom ZDF im zwanzigsten Jahr nach der Vertreibung im November 1965 zur besten Sendezeit ausgestrahlten Beitrag „Die europäische Tragödie“ oder die Dokumentation „Flucht über die Ostsee“ im Januar 1967. Führende Printmedien konnten zwar vielfach auch in den 1970er Jahren – aus ihrer anhaltenden Kampfstellung gegen die Lands-

⁴⁵ Raupach, Der Zusammenbruch des deutschen Ostens, S. 20.

⁴⁶ Schlögel, Die Mitte liegt ostwärts, S. 81.

⁴⁷ Westermanns Monatshefte, Mai 1980, S. 104.

⁴⁸ Die von *Bild am Sonntag*, 28. Januar 1979, ermittelte Zahl dürfte jedenfalls in der Größenordnung einigermaßen richtig liegen. Für die Zeit zwischen 1955 und 1965 siehe hierzu differenziert Classen, Bilder der Vergangenheit, v. a. S. 86 ff.

mannschaften und die verfassungsrechtliche Position der „Grenzen von 1937“ heraus – kein großes Interesse daran haben, ostdeutsche Erinnerungskultur besonders zu pflegen; doch sie haben zumindest punktuell, etwa beim Hagener Lamsdorf-Prozeß 1977, sachlich und ohne falsche entspannungspolitische Rücksichten über die Schrecken der Vertreibung berichtet.

Ein Vergleich der strafrechtlichen Verfolgung von NS- bzw. Vertreibungsverbrechen in der gerichtlichen Realität und im öffentlichen Diskurs der 1960er und 1970er Jahre verweist gleichwohl auf gravierende Defizite im Umgang mit der Zwangsaussiedlung der Ostdeutschen. Die millionenfachen Morde der Nationalsozialisten wurden weiterhin, seit 1958 mit neuer Entschlossenheit, in Zehntausenden von Ermittlungsverfahren verfolgt. Bekanntlich waren im Zuge dessen eine Reihe höchst problematischer Unterlassungen zu beklagen; dennoch leisteten Staatsanwälte und Richter in den von der Öffentlichkeit meist viel beachteten Prozessen einen herausragenden Beitrag zur zeitgeschichtlichen Aufklärung über das Dritte Reich. Hunderttausende Vertreibungsverbrechen dagegen wurden in aller Regel⁴⁹ nicht nur nicht verfolgt – das war aufgrund der praktisch unüberwindlichen Schwierigkeit, der meist in kommunistischen Ländern lebenden Täter habhaft zu werden, kaum zu kritisieren. Doch daß dieser Übelstand nicht einmal größere gesellschaftliche Debatten in der Bundesrepublik ausgelöst hat, darin lag das eigentliche Problem!

Ein Mitte der 1960er Jahre aus BdV-Kreisen unternommener Vorstoß, zumindest eine zentrale Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen zu schaffen, so wie sie für die ebenfalls schwer zu verfolgenden Untaten des DDR-Regimes nach 1961 in Salzgitter eingerichtet wurde, blieb so gut wie ohne öffentlichen Widerhall. Bundesjustizminister Jäger betrieb zwar 1965/66 eine dezentrale Ersatzlösung: Die Verfolgung der in einem bestimmten Gebiet wie Schlesien oder dem Sudetenland begangenen Verbrechen sollte jeweils den Staatsanwaltschaften einzelner Bundesländer zugeordnet werden. Selbst dieser Vorstoß aber scheiterte, nicht zuletzt im Hinblick auf seine außenpolitische Wirkung, am Veto der Landesjustizminister. Die Vertriebenensprecher wirkten wie Rufer in der Wüste, wenn sie fortan immer wieder einmal die Bundesregierung ermahnten, „den an Millionen Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen genauso nachzugehen, wie sie, dem rechtsstaatlichen Auftrag entsprechend, jene Verbrechen verfolgen hilft, die von Deutschen begangen wurden“⁵⁰.

Ein Schlaglicht auf diese Schieflage warf sowohl das Verschwinden der Akten über polnische Vertreibungsverbrechen in Lamsdorf, das der Oberstaatsanwalt am Landgericht Hagen Ende 1975 auf Anfrage der Landsmannschaft Oberschlesien einräumen mußte, als auch die Einstellung des Verfahrens im September 1979. Die Bundesregierung, so lautete die Begründung, habe davon abgesehen, wegen der Täter „an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten“⁵¹. Zu perspektivischen Verzerrungen im Erinne-

⁴⁹ Zu den Ausnahmen zählte etwa der Prozeß gegen den stellvertretenden Leiter des berüchtigten Internierungslagers Budweis, Vaclav Hrnccek, der später in Bayern von ehemaligen Lagerinsassen erkannt und von einem amerikanischen Gericht der Alliierten Hohen Kommission zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. De Zayas, *Die Anglo-Amerikaner*, S. 141 f.

⁵⁰ So MdB Becher in einer Anfrage an die Bundesregierung. DOD, Nr. 6, 1979, S. 9.

⁵¹ *Die Welt*, 28. Februar 1980. Erst nach der Epochenwende 1989/90 wurde es für die polnische Justiz möglich, das in Hagen gesammelte Material ohne politische Einflußnahme zu prüfen. 1998 brachte die

rungsdiskurs trug diese westdeutsche Justizpraxis besonders deshalb bei, weil Ostblockstaaten oft genug keinen Anstand daran nahmen, verdächtigen NS-Tätern notfalls auch in absentia öffentlichkeitswirksam den Prozeß zu machen. Zudem verhinderte es das Bekenntnis zur Entspannungspolitik bzw. zur friedlichen Koexistenz dort keineswegs, sich weiterhin sehr eingehend mit den historischen Verbrechen der anderen Seite zu befassen. Auch wenn man die ungleich größere Dimension der nationalsozialistischen Staatskriminalität berücksichtigt: So harmlos war die Vertreibung der Deutschen nun auch wieder nicht, als daß dies den enormen Hiatus ganz erklären würde, der in der öffentlichen Thematisierung beider Komplexe während der 1970er Jahre entstand. Und zwar nicht etwa, weil über die NS-Verbrechen zu viel, sondern weil über die Vertreibung zu wenig geredet wurde. Gewiß konnte der Prozeß der Verdrängung in einer freien und pluralistischen Gesellschaft kein totaler sein; Gegenkräfte vor allem in den Landsmannschaften, in der Bundeswehr oder im konservativen Spektrum der Unionsparteien pflegten, sei es aus erinnerungskulturellen, sei es aus revisionistischen, sei es aus parteipolitischen Motiven, das ostdeutsche Kulturerbe mit Nachdruck. Dennoch wird man resümieren müssen: Der Verdrängungsimpuls hat in dieser Hochphase sozialliberaler Entspannungspolitik, als sich „progressistische Öffentlichkeit und Funktionärskörper der Vertriebenenverbände“⁵² besonders schroff gegenüberstanden, eindeutig dominiert. Zwar erfuhr zugleich das Gruppengedächtnis der Vertriebenen durch die neuen Möglichkeiten des „Heimweh-Tourismus“ eine Auffrischung, doch wurde im kollektiven Gedächtnis vieles, bereits seit den 1950er Jahren brüchig Gewordene an Wissen über den Osten und an Interesse für die faszinierende, jahrhundertelange deutsch-slawische „Konfliktgemeinschaft“⁵³ noch weiter verschüttet.

Vergleicht man Deutschlands Verhältnis zu seinem historischen Osten und den Umgang etwa Frankreichs mit seiner kolonialen Vergangenheit in Nordafrika, das ja zeitweilig zum französischen Mutterland gezählt wurde, so werden die erinnerungskulturellen Defizite hierzulande noch deutlicher. „Algier und Oran sind“, mit Alfred Grosser zu reden, „niemals rein französische Städte gewesen und haben nur etwa hundert Jahre lang zu Frankreich gehört. Breslau und Königsberg sind deutsche Städte gewesen, rein deutsche, seit Jahrhunderten. Nirgends sonst auf der Welt, vor allem nicht im Nahen Osten“, so Grosser, sei unter Berufung auf die Realität oder unter Berufung auf den Frieden „ein endgültiges Opfer von solchem Ausmaß gefordert“⁵⁴ worden. Und dennoch: In den Erinnerungskulturen Deutschlands und Frankreichs spiegelt sich dieser Sachverhalt nicht wider. Vor kurzem, Ende Februar 2005, hat die französische Nationalversammlung vielmehr per Gesetz die Kolonialisierung in Nordafrika als „zivilisatorische Leistung“ gewürdigt und damit scharfen Protest beim algerischen Präsidenten Bouteflika ausgelöst; in einer Rede an der Universität in Setif (wo am 8. Mai 1945 ein Massaker gegen Anhänger der algerischen Unabhängigkeitsbewegung verübt worden war) verglich er die französische

Staatsanwaltschaft Breslau das Verfahren wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erneut ins Rollen. Unser Oberschlesien, 1. Februar 2001.

⁵² Schlögel, Die Europäisierung, S. 127.

⁵³ So auch der treffende Titel eines Buches zum deutsch-tschechischen Verhältnis 1780–1918. Kren, Die Konfliktgemeinschaft.

⁵⁴ So der französische Publizist Alfred Grosser während der Debatte um die Ostverträge. Kölner Stadtanzeiger, 5. September 1970.

Kolonialherrschaft unter Bezug auf die „Hochöfen von Guelma“ polemisch mit den nationalsozialistischen Herrschaftsmethoden⁵⁵.

In Deutschland dagegen wäre angesichts des katastrophalen Schlußkapitels deutscher Ostsiedlung und der NS-Gewaltpolitik nach 1939 nicht nur eine Resolution des Bundestages zur zivilisatorischen Leistung der Nation im Osten in dieser Form kaum denkbar⁵⁶. Vielmehr stößt hierzulande selbst das Konzept eines europäisch ausgerichteten „Zentrums gegen Vertreibungen“ in jüngster Zeit auf heftige Kritik – wenn auch wohl vor allem deshalb, weil es 1999 gleichsam von der „falschen Seite“, vom BdV und seiner Präsidentin Erika Steinbach maßgeblich initiiert wurde⁵⁷. Drei Jahrzehnte nach den Schlachten um die Ostverträge war der Abwehrreflex gegen die Landsmannschaften mancherorts noch größer als die Bereitschaft, sich angesichts des Engagements des sudetendeutschen Sozialdemokraten Peter Glotz für das „Zentrum“ neuen Einsichten zu öffnen⁵⁸.

Dies ist um so bedauerlicher, als die „ethnischen Säuberungen“ auf dem Balkan während der 1990er Jahre Zweifel nährten, ob die Bevölkerungsverschiebungen am Ende des Zweiten Weltkriegs der politischen Weisheit letzter Schluß waren. Es wäre jedenfalls der Frage nachzugehen, welche Rolle die Erfahrung der international akzeptierten „Friedensregelung“ von 1945 für die serbische Gewaltpolitik konkret spielte und ob es hier ähnliche Verbindungen gab, wie zwischen dem türkischen Genozid an den Armeniern und der nationalsozialistischen Zuversicht, eine „völkische Flurbereinigung“ im Osten dauerhaft durchsetzen zu können – nach dem berühmt-berüchtigten, wohl am Anfang von Hitlers Polenpolitik stehenden Satz: „Wer spricht heute noch von den Armeniern“⁵⁹. In eine ähnliche Richtung deutet zumindest die in der serbischen Führung verbreitete Auffassung, „ethnische Verschiebung“ sei ein ganz normaler Vorgang der Weltpolitik, notwendig, damit Völker sich nicht wie „Hunde und Katzen“ bekämpfen⁶⁰.

Nicht nur wegen der jugoslawischen Tragödien der 1990er Jahre hat die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten an aktueller Bedeutung gewonnen. Auch ist den Erinnerungsorten „Vertreibung“ und „deutscher Osten“ infolge der Revolutionen von 1989/90

⁵⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Mai 2005, S. 6.

⁵⁶ Wenig bekannt ist in diesem Zusammenhang, daß bereits SS-Führer Heinrich Himmler die deutsche Ostsiedlung insgesamt für gescheitert hielt, weil sie zwar zu einer Kultivierung der Slawen, nicht aber – wegen der Dekadenz des mit der katholischen Kirche verbundenen Deutschen Ordens – zu ihrer Verdrängung oder gar „Ausmerzung“ geführt habe. Vgl. etwa Himmlers Rede vor Gauleitern und anderen Parteifunktionären am 29. Februar 1940, in: Heinrich Himmler, Geheimreden 1933–1945, S. 123 f., 128 f.; vgl. auch Wolnik, Mittelalter und NS-Propaganda.

⁵⁷ Im Blick auf Bedenken, die u. a. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse geäußert hatte, betonte deshalb Michael Jeismann im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (2. Dezember 2005): „Ein Veto-recht der Polen und Tschechen gegen das deutsche Totengedenken kann es nicht geben“. Es gelte die Exklusivität der Erinnerung, die nur in der eigenen Erfahrung begründet sei, mit dem Begriff einer gemeinsamen Geschichte zu verbinden.

⁵⁸ Zu den schärfsten Kritikern zählt etwa Wolfgang Benz, der das „Zentrum“ für ein „deutschnationales Projekt“ hält. *Süddeutsche Zeitung*, 3. Januar 2006.

⁵⁹ Naimark, *Flammender Haß*, S. 77.

⁶⁰ Ebd., S. 213. Auf der anderen Seite der Skala ist zu sehen, wie in den 1990er Jahren Politiker mehrerer Staaten, aus denen Deutsche (zwangsgewaltsam) ausgesiedelt worden waren, diese nebst ihre Nachfahren dazu ermunterten, vom „Recht auf ihre Heimat Gebrauch zu machen“ (so der estnische Staatspräsident Lennart Meri am 3. Oktober 1995 in Berlin). Ähnlich äußerten sich der ungarische Ministerpräsident Gyula Horn (1996) und der rumänische Minister für europäische Integration, Alexandru Herlea (1997). De Zayas, *Heimatrecht*, S. 127.

und der Osterweiterung der EU eine politische Funktion wieder zugewachsen, die ihnen in der Ära der Entspannung logischerweise kaum mehr zukam – nur steht diese Funktion heute glücklicherweise unter ganz anderen Vorzeichen als in den 1950er Jahren. Die nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend zu Ende gegangenen „deutschen Geschichten im Osten Europas“ eignen sich noch immer als geistige Pfeiler für den Bau von Brücken zwischen den östlichen „Beitrittsländern“ und der Bundesrepublik⁶¹. Deshalb sollten sich die Deutschen nicht allzu ausschließlich auf das schreckliche Ende konzentrieren, sondern den Akzent zugleich stärker darauf legen, was vor der Vertreibung 1945 in den betroffenen Gebieten über sieben oder acht Jahrhunderte lang, keineswegs permanent im Streit, sondern oft genug in produktiver Kooperation mit den östlichen Nachbarvölkern geleistet wurde. So ist es schade, daß die Idee, in einem wiederaufgebauten Berliner Stadtschloß ein Museum der preußischen Geschichte einzurichten, in dem es zumindest um den preußischen Osten, wenn auch nicht um die deutsche Geschichte im Südosten Europas ginge, keine stärkere Resonanz erfahren hat⁶². Nach wie vor also bleibt die Forderung aktuell, „die Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa und der Vertreibung der Deutschen im 20. Jahrhundert in das Narrativ der deutschen Geschichte zu integrieren.“⁶³

Immerhin hat der Deutsche Bundestag die Planungen für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ 2002 grundsätzlich befürwortet. Wie sinnvoll ein „Zentrum“ dieser Art, aber auch ein ostdeutsches „Zentralmuseum“ wäre, daran ist vor dem Hintergrund der in dieser Studie aufgezeigten, breiten erinnerungskulturellen Defizite in der Bundesrepublik – von den noch viel größeren in der DDR zu schweigen⁶⁴ – kein Zweifel möglich. Niemand wird ja behaupten, wir hätten „miteinander“ – im Sinne jener Formulierung Willy Brandts von 1969 – wirklich alles getan, um „die kulturelle und geistige Substanz des deutschen Ostens [...] unserem Volk in seiner Gesamtheit“ zu erhalten⁶⁵. Zumindest streckenweise entwickelte sich die seit Anbeginn der Bundesrepublik strukturell schwierige Lage der Erinnerungskultur an den historischen deutschen Osten während der 1970er Jahre so ungünstig, daß sie Züge einer zweiten, geistigen Vertreibung der Vertriebenen annahm. Die vorher noch offiziell gepflegte „Identifikation des Gesamtvolkes mit dem Schicksal eines Volksteiles“, so hat es Michael Schwartz im Anschluß an Ekkehard Biehler pointiert for-

⁶¹ Christoph Stölzl hat in diesem Zusammenhang vom „Aufbau eines Beziehungsnetzes von Sympathien“ gesprochen, „die aus der Kenntnis von der gemeinsamen Geschichte rühren“. Stölzl, Vorwort, S. 7. Wie die deutsche Vergangenheit z. B. in Schlesien „mit immer größerer Selbstverständlichkeit als eigene Tradition angenommen“ wird und etwa der Breslauer Barde Roman Kolakowski singt „Im polnischen Wroclaw die deutschen Häuser/Das eben ist meine Heimat“, erhellt aus dem Bericht von Gerhard Gnauck in der *Neuen Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 16. Juni 2005 („Verlorene Heimat. Erworbene Fremde. In Schlesien wächst der Wille, sich das deutsche Erbe anzueignen“).

⁶² Berlin, so begründet der Historiker Karl Schlögel seine Anregung, brauchte den Ort des Schlosses nicht nur, „um seine Balance als Stadtkörper wiederherzustellen, sondern einen Punkt mitten in Europa, als ein Fenster nach Europa, vor allem ins östliche“. Karl Schlögel, Hommage und Grabstein für Preußen. Fällige Bemerkungen in Anbetracht einer baldigen Entscheidung über das Berliner Schloß samt eines Vorschlags, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. November 2001.

⁶³ Der zentrale Ort dafür sei „ein deutsches Geschichtsmuseum“, so die Kopernikus-Gruppe (Politiker und Publizisten aus Polen und Deutschland) in ihrem neunten Arbeitspapier im Herbst 2004. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. Dezember 2004.

⁶⁴ Schwartz, *Der historische deutsche Osten*, v. a. S. 81; grundlegend zur Entwicklung in der SBZ/DDR auch Schwartz, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“*.

⁶⁵ AdSD DW 2-I, Nr. 96: Willy Brandt, 22. April 1969, vor dem Beirat für Vertriebene und Flüchtlinge beim Parteivorstand.

muliert, ließ seither nicht nur spürbar nach, sondern mündete geradezu in ein „Bekennnis-Vakuum“ durch „Verdrängung oder Verschweigung des Problems“⁶⁶.

Auch in der Ära Kohl, als die Subsidien für die ostdeutsche Kulturpflege kräftig anwuchsen und eine Reihe vielversprechender Maßnahmen ergriffen wurden⁶⁷, kam es nicht zum Bau eines großen erinnerungskulturellen Leuchtturms mit bundesweiter Ausstrahlung, der am ehesten geeignet wäre, das Bewußtsein auch der nicht vertriebenen Deutschen zu erreichen. Noch 2001 konnte ein nüchtern abwägender Historiker zu dem Urteil gelangen: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten habe bis in die Gegenwart hinein „in der gemeinsamen Erinnerung der Nation nur zögerlich und wenig Raum“⁶⁸ gefunden. Obwohl sich seit dem „Krebsgang“ von Günter Grass und der Debatte um das „Zentrum“ der Wind allmählich zu drehen scheint⁶⁹ und das Interesse am östlichen Europa generell gewachsen ist, sind die Mittel für die Bewahrung und Förderung des Kulturerbes der Vertreibungsgebiete nach 1998 wieder um bis zu 45% gekürzt worden⁷⁰.

Offensichtlich haben die Deutschen ein Problem mit ihrem historischen Osten⁷¹. An diesem Problem können sie weder im heute polnischen Breslau⁷² noch in der Peripherie, im liebenswürdigen niederschlesischen Görlitz⁷³ oder andernorts arbeiten, sondern am besten in ihrer Hauptstadt Berlin. Vielleicht gewöhnen die östlichen Nachbarn dafür mehr Verständnis, wenn ihnen stärker bewußt wäre, welche Defizite – für sie vermutlich überraschenden Defizite – die Erinnerungskultur der Deutschen in bezug auf die Vertreibung jahrzehntelang aufwies. Umgekehrt könnte eine stärkere Öffnung nach Osten die Deutschen für die Emotionen sensibilisieren, die es vor allem in Polen weckt, daß das schreckliche Schicksal dieses Landes in der NS-Zeit und seine verlorenen Jahre während der kommunistischen Diktatur in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur vergleichsweise wenig vorkommen, sondern weithin vom Schatten des Holocaust und des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion überdeckt werden⁷⁴.

⁶⁶ Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 189; Biehler, Zur geistigen Bewältigung der Vertreibung, S. 404 f. BdV-Vizepräsident Hupka unterbreitete in jener Zeit sogar einmal den verzweifelten Vorschlag, „angesichts der Misere der Ostdeutschlandkunde [...] in freier Initiative ostgeschichtliche ‚Sonntagsschulen‘ [...] einzurichten“. DOD, Nr. 34, 1974, S. 6.

⁶⁷ Vgl. Kittel, Preußens Osten in der Zeitgeschichte, S. 455 ff.

⁶⁸ Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte, S. 23.

⁶⁹ Vgl. etwa die breite öffentliche Resonanz auf die im Dezember 2005 eröffnete Ausstellung zur Vertreibung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Dezember 2005.

⁷⁰ Koschyk, Der neue Stellenwert, S. 140.

⁷¹ Kennzeichnend hierfür ist auch ein 1983 erschienener Sammelband zur „Identität der Deutschen“, in dem die verlorenen Ostgebiete als mögliches Element dieser Identität erst gar nicht diskutiert wurden. Vgl. Weidenfeld, Die Identität der Deutschen.

⁷² Zu der 2002/2003 in der Bundesrepublik aufkommenden und auch von einigen namhaften polnischen Politikern und Publizisten unterstützten Forderung, ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen in der schlesischen Metropole einzurichten, vgl. Boll/Kruke, Einleitung: Zwangsmigration, S. 13 f.

⁷³ In dieser Stadt im kleinen, westlich der Neiße gelegenen Teil Schlesiens ist 2006 ein beachtliches Schlesisches Museum eröffnet worden, das den Reigen der zahlreichen Regionalmuseen mit ostdeutschem Bezug ebenso erweitert hat wie das neue Pommersche Landesmuseum in Greifswald.

⁷⁴ Vgl. Urban, Der Verlust, S. 10. Eigene Stichproben in führenden deutschen Tageszeitungen anlässlich runder Jahrestage des zweiten Warschauer Aufstands von 1944, den selbst ein deutscher Bundespräsident einmal mit dem Ghetto-Aufstand von 1943 verwechselte (Wolffsohn/Brechenmacher, Denkmal-

Gewiß werden die Vertriebenen und geschichtsbewußte Deutsche überhaupt die „Endgültigkeit der heutigen Grenze zwischen Deutschland und Polen“, wie sie 1990 völkerrechtlich besiegelt wurde, innerlich um so eher akzeptieren, „wenn sie spüren“, daß die 700jährige deutsche Vergangenheit „in großen Teilen des heutigen Polen nicht geleugnet wird“⁷⁵ – und für das deutsche Kulturerbe im heutigen Tschechien oder in anderen Regionen Ostmitteleuropas gilt ähnliches. Auf der anderen Seite haben die Deutschen bei diesem Thema überhaupt keinen Grund, mit dem Finger nur auf andere zu deuten: Auch für sie selbst wird es Zeit, mit ihrer langen Geschichte im Osten Europas anders und gründlicher umgehen zu lernen als etwa mit der Episode ihrer Kolonialherrschaft in Ostafrika⁷⁶.

sturz?, S. 31 ff.), haben gezeigt, wie wenig Interesse dieses Thema gefunden hat. Zur Verdrängung des Aufstands aus der Erinnerung „im Westen“ vgl. auch den Aufsatz von Adam Krzeminski („Einst verlassen, bald versöhnt?“) in der *Zeit*, 22. Juli 1994.

⁷⁵ So – mit zustimmendem Bezug auf Lipski – der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Friedbert Pflüger. Bachmann/Kranz, *Verlorene Heimat*, S. 13.

⁷⁶ Nach einer vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik beim Allensbacher Institut für Demoskopie in Auftrag gegebenen und jüngst publizierten Studie von Thomas Petersen (*Flucht und Vertreibung*, S. 33 f.) wissen die heute unter Dreißigjährigen über Schlesien und das Sudetenland tatsächlich nicht mehr, sondern eher weniger als über afrikanische Länder wie Äthiopien.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Bundesarchiv Koblenz

- B 150 Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt)
- B 137 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), seit 1969 unter der Bezeichnung Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB)
- B 106 Bundesministerium des Inneren (BMI)
- B 141 Bundesjustizministerium (BMJ)
- B 145 Bundespresse- und Informationsamt (BPA)
- B 234 Bund der Vertriebenen (BdV)

Unternehmensarchiv des ZDF, Mainz

ZDF-Programmdienst, Sendehaltsprotokolle, ZDF-Drehbücher, Funk-Korrespondenz

Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks (München), des Hessischen Rundfunks (Frankfurt) und des Norddeutschen Rundfunks (Hamburg)

Sendemanuskripte, Zeitungsausschnittsammlungen etc.

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD):

Seliger-Archiv
Zeitungsausschnittsammlung (DW 2-1f)

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München

Repertorium Alf Mintzel, Bd. 4, Signatur ED 720
Stenographische Berichte und Drucksachen des Deutschen Bundestages sowie der Landtage von Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen

Bayerisches Justizministerium, München

Aktennummer 4010-11-2875/65, II 3175/65, Heft 3, Band III

Archiv der Agnes-Miegel-Gesellschaft, Bad Nenndorf

Korrespondenz

Haus des Deutschen Ostens, München

Deutscher Ostdienst

Zeitungen und Zeitschriften

Bayernkurier, Bunte Illustrierte, Christ und Welt, Der Spiegel, Der Stern, Die Brücke, Die Welt, Die Zeit, Deutsche Volkszeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Hefte, Frankfurter Rundschau, Funk-Korrespondenz, Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln, Kulturpolitische Korrespondenz, Münchner Katholische Kirchenzeitung, Rheinischer Merkur, Neue Kommentare, New York Times, Neue Zürcher Zeitung, Quick, Regionalzeitungen (Bonner Rundschau, Fränkische Landeszeitung, Hamburger Abendblatt, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Mettmanner Zeitung, Reutlinger Generalanzeiger, Salzburger Nachrichten, Solinger Tageblatt, Stuttgarter Zeitung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Westfälische Rundschau), Sonntagsblatt, Süddeutsche Zeitung, Vertriebenenpresse (Deutscher Ostdienst, Das Ostpreußenblatt, Der Donauschwabe, Der Schlesier, Der Westpreuße, Elbinger Hefte, Pommersche Zeitung, Schlesische Rundschau, Sudetendeutsche Zeitung, Unser Oberschlesien), Vorwärts, Welt am Sonntag,

Literatur

- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Hg. vom Deutschen Bundestag. 16 Bde. Boppard 1982 ff. (Band 2, 1983, sowie Band 11, 1993)
- Abmeier, Hans-Ludwig/Lukaschek, Hans, in: Helmut Neubach/Ludwig Petry (Hg.), Schlesische Lebensbilder 5, Würzburg 1968, S.228–236
- Ackermann, Volker, Das Schweigen der Flüchtlingskinder – Psychische Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung bei Deutschen nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 434–464
- Adenauer, Konrad, Teegespräche, Bd. 2, 1955–1958, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986
- Ahonen, Pertti, After the expulsion, West Germany and Eastern Europe 1945–1990, Oxford 2003
- Ahrens, Wilfried, Verbrechen an Deutschen. Dokumente der Vertreibung, Rosenheim 1983
- Ahrens, Wilfried, Verbrechen an Deutschen, Die Opfer im Osten. Endlich die Wahrheit, die Bonn verschweigt, Huglfing/Obb. 1975
- Albert, Karl Simon, Das Haus des Deutschen Ostens – ein Kulturzentrum Bayerns, in: Horst Kühnle (Hg.), Haus des Deutschen Ostens München 1970–1990. Festschrift, München 1990
- Aly, Götz, Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995
- Ammon, Herbert, Die Vertreibung der Deutschen. Defizite der deutschen Zeitgeschichtsschreibung (Veröffentlichung des Hauses des Deutschen Ostens), München 1999
- Ders., Stiefkind derunft. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hat sich für das Thema Vertreibung wenig interessiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. September 1997, S. 10
- Assmann, Jan, Das kulturelle Gedächtnis. Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, 2. Aufl., München 1999
- Bachmann, Klaus/Kranz, Jerzy (Hg. unter Mitarbeit von Jan Obermeier), Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen, Bonn 1998
- Bachstein, Martin K., Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 29), Wien 1974
- Bade, Klaus J. (Hg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992
- Baden-Württemberg und seine Patenschaften. Ostdeutsche Kulturarbeit im Land und in den Gemeinden (hg. vom Innenministerium von Baden-Württemberg), Stuttgart 1987
- Baehr, Albrecht, Die Vermittlerrolle des Rundfunks, in: Merkatz, Aus Trümmern wurden Fundamente, S. 389–395
- Bärwald, Helmut, Das Ostbüro der SPD. Kampf und Niedergang 1946–1971, Krefeld 1991
- Barthel, Manfred, So war es wirklich. Der deutsche Nachkriegsfilm, Berlin 1986
- Bartoszewski, Władysław, Und reiß uns den Haß aus der Seele. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen, Warschau 2005
- Bauer, Franz, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 3), Stuttgart 1982
- Bausch, Hans, Rundfunkpolitik nach 1945, Bd. 1: 1945–1962, München 1980

- Bayer, Ulrich, Die „deutsche Frage“ auf den EKD-Synoden 1958–1963. Konsolidierung und Ernüchterung im Zeichen des Mauerbaus. Die Vertiefung der deutschen Teilung und das Ende der Einheit der EKD, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 3 (1990) 2, S. 336–354
- Becher, Walter, *Zeitzeuge. Ein Lebensbericht*, München 1990
- Becker, Jürgen J., „Wir woll(t)en Brücke sein!“ Zuwanderung – Jugendverbandsarbeit – Integration. 50 Jahre DJO-Deutsche Jugend in Europa, Berlin 2002
- Becker, Rolf O., Niederschlesien 1945. Die Flucht – Die Besetzung, Bad Nauheim 1965
- Beer, Mathias, Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (1953–1962). Ein Seismograph bundesdeutscher Erinnerungskultur, in: Gauger/Kittel, *Die Vertreibung*, S. 17–35
- Ders., Verschlußsache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989), in: Christoph Cornelißen, Roman Holec und Jirí Pesek (Hg.), *Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*, Essen 2005
- Ders., Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: *VfZ* 46 (1998), S. 345–389
- Ders. (Hg.), *Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat?*, Tübingen 2004
- Bendel, Rainer, *Aufbruch aus dem Glauben. Katholische Heimatvertriebene in den gesellschaftlichen Transformationen der Nachkriegsjahre 1945–1965*, Köln 2003
- Bender, Peter, *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau zur Vereinigung*, 4. Aufl., München 1996
- Benz, Wolfgang/Plum, Günter/Röder, Werner: *Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945*, Stuttgart 1978
- Berding, Helmut (Hg.), *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1996
- Berndt, Günter, Polen ein Schauermärchen – Das Polenbild der Deutschen, in: Berndt/Strecker, *Polen*, S. 8–15
- Berndt, Günther/Strecker, Reinhard, *Polen ein Schauermärchen oder Gehirnwäsche für Generationen. Geschichtsschreibung und Schulbücher. Beiträge zum Polenbild der Deutschen*, Reinbek bei Hamburg 1971
- Biehler, Ekkehard, Zur geistigen Bewältigung der Vertreibung, in: Merkatz, *Aus Trümmern wurden Fundamente*, S. 403–412
- Bingen, Dieter, *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, Baden-Baden 1998
- Ders. (Hg.), *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen, Vergangenheitspolitik, Zukunftskonzeptionen*, Wiesbaden 2003
- Birk, Gerhard, Die Rolle des Bundes der Vertriebenen in der Großen Koalition – unter besonderer Berücksichtigung der Deutschland- und Ostpolitik, in: *Jahrbuch für Geschichte* 33 (1986), S. 263–295
- Blasius, Rainer A. (Hg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963* (Schriftenreihe der VfZ, 68), München 1994
- Bliersbach, Gerhard, *So grün war die Heide. Der deutsche Nachkriegsfilm in neuer Sicht*, Weinheim/Basel 1985
- Blumenwitz, Dieter, *Die deutsch-polnischen Städtepartnerschaftsabkommen im Lichte des Staats- und Verfassungsrechts*, Bonn 1980
- Blumenwitz, Dieter/Gornig, Gilbert/Murswiek, Dietrich, *Nachruf auf Odo Ratzka*, in: Dies. (Hg.), *Minderheitenschutz und Demokratie (Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 20)*, Berlin 2004, S. 19–20
- Bobrowski, Johannes, *Sarmatische Zeit. Gedichte*, Stuttgart 1961
- Ders., *Schattenland, Ströme*, Stuttgart 1962
- Ders., *Litauische Claviere*, Berlin 1966
- Boll, Friedhelm/Anja Kruke, *Einleitung: Zwangsmigration in Europa im 20. Jahrhundert – Erinnerungskultur auf dem Weg zur Europäisierung*, in: Anja Kruke (Hg.), *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*, Bonn 2006
- Boockmann, Hartmut, *Alte Straßen, neue Namen*, in: *GWU* 45 (1994), S. 579–591
- Ders., *Die Geschichte Ostdeutschlands und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa*, in: *Deutsche im Osten. Geschichte – Kultur – Erinnerungen. Deutsches Historisches Museum Berlin* (Hg.), Berlin 1994, S. 9–21

- Ders., Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte 1 (1992), S. 7-19
- Ders., Deutsche Geschichte ist mehr als rhein-donauländische Heimatkunde. Die ostdeutsche Geschichte wird in der Bundesrepublik zu wenig erforscht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Mai 1989, S. 12
- Bösch, Frank, Die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Einbindung in die CDU, in: Schulze, Zwischen Heimat und Zuhause, S. 107-125
- Bosl, Karl, Zum Tode von Prof. Eugen Lemberg, in: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 18, München/Wien 1977, S. 398-401
- Brandes, Detlev, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001
- Brandt, Willy, Erinnerungen, Frankfurt/M. 1989
- Ders., Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976
- Brauers, Christof, Liberale Deutschlandpolitik 1949-1969. Positionen der F.D.P. zwischen nationaler und europäischer Orientierung, Münster 1993
- Broszat, Martin, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1961
- Ders., 200 Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963
- Ders., Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988
- Ders., Eine zeitgeschichtliche Roman-Tetralogie. Laudatio für Horst Bienek, in: Ders., Nach Hitler, S. 332-341
- Ders., „Vertreibungsverbrechen“. Ein mißverständlicher Begriff, in: Ders., Nach Hitler, S. 242-245
- Butterli, Urs, Golo Mann – Instanz und Außenseiter. Eine Biographie, Berlin, 2004
- Capellan, Frank, Für Deutschland und Europa: Der Deutschlandfunk. Rundfunkanstalt mit besonderem Auftrag 1961-1989, München, 1993
- Carstens, Karl (Hg.), Deutsche Gedichte, München 1993
- Classen, Christoph, Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955-1965, Köln/Weimar/Wien 1999
- Cornelißen, Christoph, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: GWU 54 (2003), S. 548-564
- Cysarz, Herbert, Das deutsche Nationalbewußtsein. Gegenwart, Geschichte, Neuordnung, München 1961
- Czaja, Herbert, Unterwegs zum kleinsten Deutschland. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik, Frankfurt a. M. 1996
- Dahrendorf, Ralf, Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit, München 2000
- Davis, Norman/Moorhouse, Roger, Die Blume Europas. Breslau – Wroclaw – Vratislavia. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt, München 2002
- Das west-ostdeutsche Patenschaftswerk in Nordrhein-Westfalen – Geschichte, Berichte und kulturelle Aufgaben, hg. vom Arbeits- und Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Troisdorf/Rheinland 1961
- Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Dokumentation. Hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bundesverfassungsgericht, Bonn 1973
- Deutsche Biographische Enzyklopädie, hrsg. von Walther Killy, Bd. 6, 9, München u. a. 1998
- Deutsche im Osten. Geschichte – Kultur – Erinnerungen, Deutsches Historisches Museum Berlin (Hg.), Berlin 1994
- Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift. Mit einem Vorwort von Präses D. Kurt Scharf, Hannover 1965
- Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966. Zweiter Halbband. 73.-167. Sitzung 1964-1966, Bearb. von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1993
- Doering-Manteuffel, Anselm, „Verzicht ist Verrat“. Beharrung und Wandel in den deutschlandpolitischen Vorstellungen der Bundestagsparteien 1949-1966, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Osteuropas 29 (1980), S. 120-130
- Ders., Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, bearb. von Ernst Deuerlein u. a., IV, Bd. 8, Frankfurt/M. 1977
- Dönhoff, Marion Gräfin, Namen die keiner mehr nennt. Ostpreußen – Menschen und Geschichte, Düsseldorf/Köln 1962

- Dies., *Weit ist der Weg nach Osten. Berichte und Betrachtungen aus fünf Jahrzehnten*, Stuttgart 1985
- Dies., *Im Wartesaal der Geschichte. Vom Kalten Krieg zur Wiedervereinigung. Beiträge und Kommentare aus fünf Jahrzehnten*, Stuttgart 1993
- Dies., *Ein wenig betrübt, Ihre Marion. Ein Briefwechsel aus fünf Jahrzehnten*, München 2005
- Dussel, Konrad, *Die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949 bis 1969*, Baden-Baden 1995
- Ebeling, Hans, *Deutsche Geschichte. Ausgabe A, III. Band: Europäische Neuzeit*, Westermann-Verlag 1955, S. 25 f.
- Ehmke, Horst, *Mittendrin. Von der großen Koalition zur deutschen Einheit*, Berlin 1994
- Elsing, Ludwig, *Sozialdemokratie und Polen. Die Polenpolitik der SPD bis zum Warschauer Vertrag*, Bonn 1981
- Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen (Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission – Schriftenreihe des Georg-Eckert-Institutes für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22), Braunschweig 1977
- Esser, Heinz, *Die Hölle von Lamsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager*, hg. von der Landsmannschaft der Oberschlesier e.V., Bundesverband, Münster 1969
- Faulenbach, Bernd, *Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland*, in: APuZ B 51-52/2002, S. 44-54
- Fiederlein, Friedrich Martin, *Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher*, Diss., Würzburg 1966
- Fischer, Frank, *„Im deutschen Interesse“. Die Ostpolitik der SPD von 1969–1989*, Husum 2001
- Franzen, Erik K., *Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer*, München 2001
- Ders., *Sudetendeutsche Tage als Gedenkstätten? Die Erinnerung an NS-Diktatur und Krieg in politischen Reden von Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1950–1995*, in: Christoph Cornelißen, Roman Holec, Jiří Pesek (Hg.), *Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*, Essen 2005, S. 197–219
- Friesen, Astrid von, *Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die 2. Generation deutscher Vertriebener*, Gießen 2000
- Fritsche, Heinz Rudolf, *Ostdeutschland und das Bild der Vertriebenen in Hörfunk und Fernsehen. Eine kritische Bestandsaufnahme zum ostpolitischen Programmbereich der elektronischen Medien*, Stuttgart 1979
- Frohn, Axel, *Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren*, in: VfZ 44 (1996), S. 485–526
- Frömel, Johann Heinrich, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Vertriebenenverbände 1945–1969. Vom Konsens zum Dissens (Deutschland und seine Nachbarn, 24)*, Bonn 1999
- Fünf Jahre Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Symposium, 2.–4. Oktober 1978, Schriften zur Rechtslage Deutschlands, Bd. 1, Köln u. a. 1979
- Gaida, Hans-Jürgen, *Die offiziellen Organe der ostdeutschen Landsmannschaften. Ein Beitrag zur Publizistik der Heimatvertriebenen in Deutschland*, Berlin 1973
- Gauger, Jörg-Dieter, *Der historische deutsche Osten im Unterricht. Diachrone Analyse von Richtlinien und Schulbüchern im Fach Geschichte von 1949 bis zur Gegenwart*, Hamburg 2001
- Ders./Kittel, Manfred (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur*, St. Augustin 2005
- Gauß, Karl-Markus, *Die versprengten Deutschen. Unterwegs in Litauen, durch die Zips und am Schwarzen Meer*, Wien 2005
- Gehrmann, Karl Heinz, *Kulturpflege und Kulturpolitik*, in: Lemberg/Edding, *Die Vertriebenen in Westdeutschland*, S. 159–203
- Geisler, Michael E., *Nazis into democrats? The Internationale Fröhshoppen and the case of Werner Höfer*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 31 (2003), S. 231–252
- Geiss, Imanuel, *„Nach Warschau – Ratifizierung auch auf gesellschaftlicher Ebene“*, in: *Kommunität. Vierteljahresshefte der Evangelischen Akademie*. Hg. für den Freundeskreis der Evangelischen Akademie Berlin, Heft 57, 15. Jg., Januar 1971, S. 1
- Genscher, Hans-Dietrich, *Erinnerungen*, Berlin 1995
- Gerlach, Christian, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999

- Glaab, Manuela, Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik 1949 bis 1990, Opladen 1999
- Golombek, Oskar (Hg.), Die katholische Kirche und die Völker-Vertreibung, Köln 1966
- Golczewski, Frank, Ziemlich weit und doch am Anfang. Zum Stand der Aufarbeitung von Vertreibung, in: Osteuropa 55 (2005), Heft 2, S. 116–120
- Goschler, Constantin, „Versöhnung“ und „Viktimisierung“. Die Vertriebenen und der deutsche Opferdiskurs, in: ZfG 53 (2005), S. 873–884
- Grass, Günter, Im Krebsgang, 2. Aufl., München 2006
- Grau, Andreas, Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973, Düsseldorf 2005
- Greis, Tina Andrea, Der bundesdeutsche Heimatfilm der fünfziger Jahre, Frankfurt a. M. 1992
- Greschat, Martin, „Mehr Wahrheit in der Politik!“ Das Tübinger Memorandum von 1961, in: VfZ (48) 2000, S. 491–513
- Große Kracht, Klaus, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Göttingen 2005
- Grotzky, Johannes, Die „Rahmenvereinbarungen“ über deutsch-polnische Städtepartnerschaften, in: Osteuropa 30 II (1980), S. 1316–1321
- Grulich, Rudolf, „Ethnische Säuberung“ und Vertreibung als Mittel der Politik im 20. Jahrhundert, München 1999
- Grün, Max von der, Tatort ZDF-Studio Löwenthal. Eine Dokumentation, Wuppertal 1975 (Schriftenreihe des Pressedienstes Demokratische Initiative, 21)
- Günther Schulz, Die Deutsche Bundesbahn 1949–1989, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hg.), Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 317–376
- Hachmeister, Lutz/Siering, Friedemann (Hg.), Die Herren Journalisten: Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002
- Hacker, Jens, Die Entwicklung der Ostforschung seit 1945. Ein Blick auf die bestehenden Institute und ihre Arbeitsweise. Sonderdruck aus: Das Parlament, Nr. 32, vom 13. August 1958
- Hackmann, Jörg, Vergangenheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und das Verhältnis zu Polen, in: Bordoziej, Włodzimirz/Ziemer, Klaus, Deutsch-polnische Beziehungen. 1939 – 1945 – 1949, Osnabrück 2000, S. 297–327
- Ders., Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem, Wiesbaden 1996
- Hahn, Eva/Hahn, Hans Henning, Flucht und Vertreibung, in: Etienne François/Hagen Schulze, Deutsche Erinnerungsorte: Eine Auswahl, Bd. 1, Bonn 2005, S. 335–351
- Halbwachs, Maurice, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt 1985 (fr. Original: Paris 1925)
- Hanke, Christian, Die Deutschlandpolitik der evangelischen Kirche in Deutschland von 1945–1990, Berlin 1999
- Heide, Mathias von der/Wagener, Christian, „Weiter rechts als die CDU“. Das erste Jahrzehnt der „Zeit“, in: Hachmeister/Siering, Die Herren Journalisten, München 2002, S. 165–184
- Heidtmann, Günter, Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945–1964, 3. stark erw. Auflage, Berlin 1964
- Heitmann, Clemens, FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972, Sankt Augustin 1989
- Heino, Und sie lieben mich doch. Die Autobiographie, München 1996
- Helbig, Louis Ferdinand, Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit, 2. Aufl., Wiesbaden 1989
- Heller, Edith, Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965, Köln 1992
- Hentschel, Volker, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg 1996
- Heuß, Alfred, Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses, Berlin 1984
- Hickethier, Knut, Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart/Weimar 1998
- Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4), Stuttgart/Wiesbaden 1984
- Himmler, Heinrich, Geheimreden 1933–1945 und andere Ansprachen, hg. von Bradly Smith und Agnes F. Peterson, Frankfurt u. a. 1974

- Hirsch, Helga, Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944–1950, Berlin 1998
- Dies., Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerung im Wandel, in: APuZ B 40-41 (2003), S. 14–26
- Dies., Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg 2004
- Hockerts, Hans Günter, Zugänge zur Zeitgeschichte, Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APuZ B 28 (2001), S. 15–30
- Hodenberg, Christina von, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006
- Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz Michael, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2000, S. 9–25
- Hoffmann, Johannes, Anmerkungen zur Bewahrung und Pflege von Erbe und Kultur des historischen deutschen Ostens und zur wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas „Flucht – Vertreibung – Integration“ in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Landes Nordrhein-Westfalen, in: Manfred Wille, 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzone/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 89–102
- Höfig, Willi, Der deutsche Heimatfilm 1947–1960, Stuttgart 1973
- Holzer, Horst, Illustrierte und Gesellschaft. Zum politischen Gehalt von „Quick“, „Revue“ und „Stern“, Freiburg im Br. 1967
- Humbert, Genevieve, Charles de Gaulle et la „Ligne Oder-Neisse“, in: Revue d'Allemagne 22 (1990) 4, S. 565–581
- Hummel, Karl-Joseph, Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978, Paderborn/München 1999
- Hupka, Herbert, Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen, München 1994
- Imhof, Michael, Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Organisation und gesellschaftliche Bedeutung, Marburg 1975
- Jacobsen, Hans-Adolf/Tomala, Mieczysław, Bonn-Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, Köln 1992
- Jacobsen, Hans-Adolf/Schweitzer, Carl Christoph/Sulek, Jerzy/Trzeciakowski, Lech (Hg.), Bundesrepublik Deutschland. Volksrepublik Polen. Bilanz der Beziehungen. Probleme und Perspektiven ihrer Normalisierung, Frankfurt/M. 1979
- Jahn, Hans Edgar, Pommersche Passion, Preetz/Holstein 1964
- Jakobmeyer, Wolfgang (Hg.), Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, Braunschweig 1979
- Janßen, Karl-Heinz, Die Zeit in der ZEIT. 50 Jahre einer Wochenzeitung, Berlin 1995
- Jaraus, Konrad H., Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin Sabrow u. a. (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München, 2003, S. 20–39
- Jaspers, Karl, Die Schuldfrage, Heidelberg 1946
- Ders., Lebensfragen der deutschen Politik, München 1963
- Jeismann, Karl-Ernst, Zur Problematik der Kritik internationaler Schulbuchempfehlungen. Eine Stellungnahme zu Josef Joachim Menzels Polemik gegen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, in: GWU 32 (1981), S. 147–161
- Jolles, Hiddo M., Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Köln/Berlin 1965
- Jonas, Klaus W., Golo Mann – Leben und Werk. Chronik und Bibliographie (1929–2004), Wiesbaden, 2004
- Kammann, Uwe, Spätschoppen. Der Fall Werner Höfer, in: Hachmeister/Siering, Die Herren Journalisten, S. 213–237
- Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, 2 Bde., München 1964 u. 1965
- Kaulbach, Friedrich u. a. (Hg.), Nicolaus Copernikus zum 500. Geburtstag, Köln/Wien 1973
- Kempfen, Bernhard, Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zwei-plus-Vier-Vertrages (Kölner Schriften zu Recht und Staat, 11), Frankfurt a. M. 1997
- Kempf, Udo/Merz, Hans-Georg (Hg.), Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001
- Kettenacker, Lothar, Die Oder-Neiße-Linie als Faustpfand, in: Adolf Birke u. a. (Hg.), Großbritannien und Ostdeutschland seit 1918 (Prinz Albert Studien, 9), München 1992, S. 61–79
- Kielmansegg, Peter Graf, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989

- Kittel, Manfred, Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952–1958, in: VfZ 41 (1993), S. 355–389
- Ders., Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36, München 2000
- Ders., Preußens Osten in der Zeitgeschichte. Mehr als nur eine landeshistorische Forschungslücke, in: VfZ 50 (2002), S. 435–463
- Ders., Nach Nürnberg und Tokio: „Vergangenheitsbewältigung“ in Japan und Westdeutschland 1945 bis 1968, München 2004
- Ders., Eine Zentralstelle zur Verfolgung von Vertreibungsverbrechen? Rückseiten der Verjährungsdebatte in den Jahren 1964 bis 1966, in: VfZ 54 (2006), S. 173–207
- Kittel, Manfred/Horst Möller, Die Benes-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich, erscheint im Heft 4, 2006, der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
- Knab, Jakob, Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995
- Knabe, Hubertus, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999
- Kopp, Marianne, Agnes Miegel. Leben und Werk, Husum 2004
- Korda, Rolf Martin, Für Bürgertum und Business. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, in: Michael W. Thomas (Hg.), Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980
- Koschyk, Hartmut, Der neue Stellenwert von Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur, in: Gauger/Kittel, Die Vertreibung, S. 137–142
- Kossert, Andreas, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005
- Krallert-Sattler, Gertrud, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und der Schweiz, München/Wien 1989
- Kren, Jan, Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918, München 1996
- Krieger, Wolfgang, Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern, (Persönlichkeit und Geschichte, 150), Göttingen 1995
- Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition (Studien zur Zeitgeschichte, 52), München 1997
- Kroll, Frank-Lothar (Hg.), Flucht und Vertreibung in der Literatur nach 1945, Berlin 1997
- Kruip, Gudrun, Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999
- Kühn, Volker (Hg.), Wir sind so frei. Kabarett in Restdeutschland 1945–1970, Berlin 1992
- Kunczik, Michael/Zipfel, Astrid, Publizistik. Ein Studienhandbuch, Köln 2001
- Lampe, Gerhard, Panorama, Report und Monitor. Geschichte der politischen Fernsehmagazine 1957–1990, Konstanz 2000
- Landkreis Erding (Hg.), Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Landkreis Erding. Eine Dokumentation von 1944–1984, Erding 1985
- Lehmann, Hans-Georg, Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979
- Ders., Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik, Bonn 1984
- Lehndorff, Hans Graf von, Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945–1947, München 1961
- Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, 3 Bde., Kiel 1959
- Lemberg, Eugen, Ostkunde. Grundsätzliches und Kritisches zu einer deutschen Bildungsaufgabe, Hannover 1964 (Bausteine ostkundlichen Unterrichtes. Schriftenreihe der Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht, Folge 12),
- Lemke, Michael, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: VfZ 41 (1993) S. 153–174
- Lenz, Siegfried, Heimatmuseum, 14. Aufl., München 2003 (zuerst 1978)
- Leonhart, Leonore, Das unsichtbare Fluchtgepäck, Köln/Berlin 1970
- Lepiarz, Jacek, Blühende Erinnerungslandschaft, in: Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin. <http://www.dialogonline.org/artikel.php?artikel=47&print=1>, 19. 05. 2005.
- Leugers-Scherzberg, August H., Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, Berlin/München 2002
- Lill, Johannes, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973, Frankfurt a. M. 2001

- Lindemann, Mechthild, Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius, Von Adenauer zu Erhard, S. 45-96
- Linnemann, Kai Arne, Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit, Marburg 2002
- Link, Werner, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974-1982, in: Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel. Die Ära Schmidt 1974-1982, Stuttgart 1987, S. 275-432
- Ders., Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Erhard und der Großen Koalition (sowie die dazu geführte Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Hg. vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, Bd. V/2, S. 1677-1743
- Ders., Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1996, S. 163-284
- Ders., Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: VfZ 49 (2001), S. 295-315
- Ders., Detente – Entspannungs- und Ostpolitik der siebziger Jahre im Widerstreit, in: Jürgen Aretz/Günter Buchstab/Jörg-Dieter Gauger, Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945, Freiburg 2003, S. 103-121
- Lipski, Jan Józef, Die antideutsche Karte des polnischen Regimes, in: Kontinent 33 (1985), Heft 2 (April-Juni), S. 57-62
- Lohmeyer, Henno, Springer – Ein deutsches Imperium, Berlin 1992
- Löwenthal, Gerhard, Ich bin geblieben. Erinnerungen, 2. Aufl., München 1987
- Lorenz, Franz, Die katholischen Vertriebenen, in: Merkatz, Aus Trümmern wurden Fundamente, S. 247-261
- Ludwig, Claudia-Yvonne, Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung in der Weimarer Republik und die öffentliche Meinung, Frankfurt a. M. 2004
- Ludwig, Michael, Polen und die deutsche Frage. Mit einer Dokumentation, Bonn 1991
- Lutz, Dieter (Hg.), Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992
- Magenau, Jörg, Martin Walser. Eine Biographie, Reinbek 2005
- Maier, Dieter, Porträt: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, in: edp-Entwicklungspolitik 24 (1989), S. 25
- Martin, Hans-Werner, „... nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“. Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD, Frankfurt a. M. 1996
- Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Eine Dokumentation kritischer Stellungnahmen. Hg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1980
- Mauer, Victor, Macmillan und die Berlin-Krise 1958/59, in: VfZ 44 (1996), S. 229-257
- Meinhardt, Rolf, Deutsche Ostkunde. Ein Beitrag zur Pädagogik des Kalten Krieges 1945-1968, Oldenburg 1978
- Meissner, Boris, Die Entwicklung des Göttinger Arbeitskreises e.V. seit 1946 und sein Beitrag zur Osteuropaforschung, <http://www.goettinger-arbeitskreis.de/entwicklung-gak.htm>, 20.09.2004
- Mende, Erich, Die FDP, Stuttgart 1972
- Ders., Von Wende zu Wende. 1962-1982, München/Berlin 1986
- Mensing, Hans-Peter (Hg.), Konrad Adenauer im Briefwechsel mit Flüchtlingen und Vertriebenen, Bonn 1999
- Menzel, Josef Joachim/Stribrny, Wolfgang/Völker, Eberhard, Alternativempfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in Schulbüchern, in: Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, S. 121-152
- Menzel, Josef Joachim, Friedenspädagogik oder Wahrheitspädagogik? Deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen und Alternativ-Empfehlungen, in: Internationale Schulbuchforschung, 2 (1980), 3, S. 60-65
- Merkatz, Hans Joachim von (Hg.), Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene/ Flüchtlinge/Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration, Düsseldorf 1979
- Messerschmidt, Rolf, „Wenn wir nur nicht lästig fallen...“. Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen (1945-1972), Frankfurt a. M. 1991
- Meyer, Harry, Geschichte der Wochenzeitung Rheinischer Merkur zwischen 1946 und 1963, Diss., Regensburg 2004 (unveröff. Manuskript)

- Minkmar, Nils, Die doppelte Wandertüte. Wie Henri Nannen den „Stern“ erfand, in: Hachmeister/Siering, Die Herren Journalisten, S. 185–195
- Miquel, Marc von, Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren, Göttingen 2004
- Möller, Horst, Schuld und Verhängnis in der jüngsten deutschen Geschichte – Verengungen unseres Geschichtsbewußtseins, in: Heimat – Tradition – Geschichtsbewußtsein, hg. von Klaus Weigelt, Mainz 1986, S. 217–237
- Moeller, Robert G., War stories. The Search for Usable Past in the Federal Republic of Germany, Berkeley/Los Angeles 2001
- Ders., Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik, in: Klaus Naumann (Hg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 29–58
- Mombauer, Annika, The origins of the First World War. Controversies and consensus, Harlow u. a. 2002
- Mühlen, Heinrich von zur (Hg.), Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland (Bd. 13 der Schriftenreihe des Ostdeutschen Kulturrats) Bielefeld 1974
- Ders., Die Förderung der Kulturarbeit durch die öffentliche Hand, in: Merkat, Aus Trümmern wurden Fundamente, S. 289–313
- Ders., Kulturwerke als Träger ostdeutscher Kulturarbeit, in: Merkat, Aus Trümmern wurden Fundamente, S. 367–377
- Mühlfenzl, Rudolf (Hg.), Geflohen und vertrieben. Augenzeugen berichten, Königstein/Ts. 1981
- Müller, Hans-Dieter, Der Springer-Konzern, München 1968
- Münz, Rainer/Ohliger, Rainer, Vergessene Deutsche – Erinnernte Deutsche. Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, in: Transit. Europäische Revue, Heft 15, 1998, S. 141–157
- Mursch, Heinz/Simon, Karl (Hg.), Hans-Christoph Seebohm zum Gedenken, München 1967
- Nahm, Peter Paul (Hg.), Kultur im Zeitenbruch (Bd. 11 der Schriftenreihe des Ostdeutschen Kulturrats), Bielefeld 1974
- Ders. (Hg.), Kultur und Politik im Spannungsfeld der Geschichte, Bielefeld 1975
- Naimark, Norman, Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004
- Nasarski, Peter (Bearbeiter), 25 Jahre Ostdeutscher Kulturrat, Bielefeld 1977
- Neubach, Helmut, Die Rolle der beiden christlichen Kirchen bei der Eingliederung der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Wille (Hg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S. 202–213
- Neumann, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim am Glan 1968
- Nora, Pierre, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 1998
- Novak, Edmund, Schatten von Lambinowice. Versuch einer Rekonstruktion der Geschichte des Arbeitslagers in Lambinowice in den Jahren 1945–1946, Opoln (Opole) 1994
- Nowak, Kurt, Vergangenheit und Schuld – Kommentar zum Beitrag von Dan Diner, in: Claudia Lepp/Kurt Nowak (Hg.), Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90), Göttingen 2001, S. 117–134
- Ohliger, Rainer, Osteuropaforschung als „Deutschtumsforschung“? Zwei Debatten von außen betrachtet, in: Osteuropa 9 (2000), S. 1048–1055
- Oppeland, Torsten (Hg.), Deutsche Politiker 1949–1969, 2 Bde., Darmstadt 1999
- Osterheld, Horst, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992
- Oberkrome, Willi, Zur Kontinuität ethnozentrischer Geschichtswissenschaft nach 1945, in: ZfG 49 (2001), S. 50–61
- Panne, Kathrin, Erinnerungspolitik – Erinnerungsspuren. Zur Funktion symbolischer Erinnerung an Flucht und Vertreibung im öffentlichen Raum. Eine Skizze, in: Schulze, Zwischen Heimat und Zuhause, S. 201–215.
- Pelzer, Jürgen, Kritik durch Spott. Satirische Praxis und Wirkungsprobleme im westdeutschen Kabarett (1945 bis 1974), Frankfurt/M. 1985
- Petersen, Thomas, Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung (hg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland), Bonn 2005

- Pfeil, Beate Sibylle, Das Zentrum gegen Vertreibungen. Information und Kommentar, in: *Europa ethnica. Zeitschrift für Minderheitenfragen* 60 (2003), S. 123-124
- Pinl, Claudia, Warthe im Westerwald. Warum die Namen deutscher Raststätten an die Vertreibung erinnern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. Januar 2006, Seite R 2.
- Plum, Werner (Hg.), *Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen*, Bonn 1984
- Pozorny, Reinhard, *Wir suchten die Freiheit. Weg einer Volksgruppe*, München 1959
- Protzner, Wolfgang, „Ostkunde“ – Geschichte eines politisch umstrittenen Unterrichts-anliegens, in: *APuZ B 46* (1974), S. 3-15
- Ders., *Umstrittene „Ostkunde“*, Kulmbach 1973
- Ders., „Kommunismus“ als Gegenstand bayerischer Schul- und Bildungsbemühungen seit 1945, Diss., Erlangen 1968
- Pyta, Wolfram, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996
- Raupach, Hans, *Der Zusammenbruch des deutschen Ostens*, in: Wilfried Schlau, *Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995*, München 1996, S. 9-22
- Rautenberg, Hans-Werner, *Die Vertreibung aus dem deutschen Osten und die kulturelle Elite*, in: Günther Schulz (Hg.), *Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert*, München 2001, S. 267-287
- Ders., *Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute*, in: *APuZ 53* (1997), S. 34-46
- Reitzner, Almar, *Das Paradies läßt auf sich warten*, München 1984
- Rexhäuser, Rex, *Das Bild des Nachkriegslagers in Lamsdorf im kollektiven Gedächtnis der Deutschen*, in *ZfO 50* (2001), H. 1, S. 48-72
- Rhein, Eduard, *Der Jahrhundertmann. Hans-Ulrich Horster erzählt die Geschichte seines Lebens und seiner Zeit*, Wien 1990
- Rhode, Gotthold, *Brief an Bischof Lilje: Anmerkung zur Diskussion um eine Denkschrift*, in: *Die politische Meinung 11* (1966), S.15-30
- Ders., *Ostdeutsche Gelehrte und wissenschaftliche Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Merkatz, Aus Trümmern wurden Fundamente*, S. 309-313
- Riechel, Danuta, *Begegnungen. Geschichte(n) einer Städtepartnerschaft. Bremen-Gdansk 1976-1996*, Bremen 1996
- Riehl-Heyse, Herbert, *Götterdämmerung. Die Herren der öffentlichen Meinung*, Berlin 1995
- Rohde, Reinhard, Heinrich Albertz und Erich Schellhaus: *Zwei Flüchtlingspolitiker der ersten Stunde*, in: Schulze, *Zwischen Heimat und Zuhause*, S. 126-140
- Rothfels, Hans, *Ostdeutschland und die abendländische politische Tradition*, in: Hermann Aubin, *Der deutsche Osten und das Abendland*, München, 1953, S. 193-208
- Rudolph, Hartmut, *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten*, Baden-Baden 1984
- Salzborn, Samuel, *Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände*, Berlin 2000
- Schacherl, Lilian, *Die Kulturwerke der Vertriebenen. Ihre Aufgaben, Tätigkeitsberichte und Arbeitsmethoden*, Bonn 1962
- Schaffner, Lothar, *Das Kabarett, der Spiegel des politischen Geschehens*, Kiel 1969
- Schildt, Axel (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 37)*, Hamburg 2000
- Schlau, Wilfried, *Die Eingliederung in gesellschaftlicher Hinsicht*, in: *Merkatz, Aus Trümmern wurden Fundamente*, S. 151-163
- Schlögel, Karl, *Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang*, Bonn 2002
- Ders., *Die Europäisierung des „Vertreibungskomplexes“*, in: *Gauger/Kittel, Die Vertreibung*, S. 123-138
- Schmidt, Michael, *Die FDP und die deutsche Frage 1949-1990*, Hamburg 1995
- Schmidt, Helmut, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996
- Schneiß, Wolfgang, *Flucht, Vertreibung und verlorene Heimat im früheren Ostdeutschland. Beispiele literarischer Bearbeitung*, Frankfurt/M. u. a. 1996

- Schöllgen, Gregor, Griff nach der Weltmacht? 25 Jahre Fischer-Kontroverse, in: *Historisches Jahrbuch* 106 (1986), S. 386–406
- Schollwer, Wolfgang, FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. Hg. von Monika Faßbender (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 15), München 1994
- Scholz, Hans, Am grünen Strand der Spree. So gut wie ein Roman, Hamburg 1955
- Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004
- Schreiber, Hermann, Henri Nannen. Drei Leben, München 1999
- Schremmer, Ernst, Bildende Kunst und Architektur der Ostdeutschen, in: Merkatz, Aus Trümmern wurden Fundamente, S. 325–337
- Schultze-Rhonhof, Friedrich-Carl, Straßennamen aus Kulturräumen der Vertriebenen, in: Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster von 1945 bis heute, hg. von der Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V., Münster 1996, S. 299–308
- Schulz, Günther (Hg.), Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001
- Schulze, Rainer/Brelie-Lewien, Doris von der/Grebing, Helga (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987
- Schulze, Rainer (Hg. zusammen mit Reinhard Rhode und Rainer Voss), Zwischen Heimat und Zuhause: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West)Deutschland 1945–2000, Osnabrück 2001
- Schuppe, Matthias, Im Spiegel der Medien. Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse anhand von Stern, ZDF-Magazin und Monitor 1965–1983, Frankfurt a. M. 1988
- Schwartz, Michael, Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: *Deutschland Archiv* 30 (1997), I, S. 177–195
- Ders., „Zwangsheimat Deutschland“. Vertriebene und Kernbevölkerung zwischen Gesellschaftskonflikt und Integrationspolitik, in: Klaus Naumann (Hg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 114–148
- Ders., Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004
- Ders., Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der DDR, in: Gauger/Kittel, *Die Vertreibung*, S. 69–84
- Schwarz, Eberhard, Die evangelischen Vertriebenen, in: Merkatz, *Aus Trümmern wurden Fundamente*, S. 235–246
- Schwarz, Hans Peter, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart 1983
- Ders., Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991
- Schweitzer, Carl Christoph, Das deutsch-polnische Konfliktverhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg. Multidisziplinäre Studien über konfliktfördernde und konfliktmindernde Faktoren in den internationalen Beziehungen, Boppard am Rhein 1975
- Siebenmorgen, Peter, Gezeitenwandel: Aufbruch zur Entspannungspolitik, Bonn 1990
- Siekmeier, Mathias, Restauration oder Reform? Die FDP in den 60er Jahren. Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung, Köln 1997
- Soell, Hartmut, Helmut Schmidt 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003
- Springer, Axel, Aus Sorge um Deutschland. Zeugnisse eines engagierten Berliners, Stuttgart 1980
- Stehle, Hansjacob, Nachbarn im Osten. Herausforderungen zu einer neuen Politik, Frankfurt a. M. 1963
- Ders., Die Ostpolitik des Vatikan, Bergisch-Gladbach 1983
- Stickler, Matthias, Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004
- Stölzl, Christoph, Vorwort, in: *Deutsche im Osten*, S. 7 f.
- Strecker, Reinhard, Gehirnwäsche für Generationen, in: Berndt/Strecker, *Polen ein Schauermärchen*, S. 16–53
- Streim, Alfred, Der Umgang mit der Vergangenheit am Beispiel der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, in: Thomas Schnabel (Hg.), *Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken*, Ulm 1994, S. 320–333
- Stribny, Wolfgang, Acht Schwerpunkte der Kritik, in: *Materialien zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen*, S. 91–94

- Strobel, Georg W., Chauvinismus und Verstrickung. Die Haltung der katholischen Kirche Polens gegenüber den Deutschen und Deutschland insbesondere nach 1945 (hg. von Horst Kühnel für das Haus des Deutschen Ostens), München 2000
- Szöllösi-Janze, Margit, „Aussuchen und abschießen“. Der Heimatfilm der fünfziger Jahre als historische Quelle, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 44 (1993), S. 308-321
- Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der großen Koalition (1966-1969), Düsseldorf 2001
- Theisen, Alfred, Die Vertreibung der Deutschen – ein unbewältigtes Kapitel europäischer Geschichte, in: *APuZ B* 7/9, 1995, S. 20-33
- Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956 (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, 127), Göttingen 1998
- Ders., Die einheimische Bevölkerung des Opperlner Schlesiens nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Entstehung einer deutschen Minderheit, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000), S. 407-438
- Thürer, Christoph, Die Patenschaft Recklinghausen-Beuthen O.S. im gesellschaftlichen Wandel 1952 bis heute (hg. vom Beuthener Heimatkreis Recklinghausen), Recklinghausen 2002
- Tiggemann, Anselm, CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969-72. Zur „Innenpolitik der Außenpolitik“ der ersten Regierung Brandt/Scheel, Frankfurt a. M. 1998
- Trimborn, Jürgen, Der deutsche Heimatfilm der fünfziger Jahre: Motive, Symbole und Handlungsmuster, Köln, 1998
- Tomala, Mieczysław, Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1990, Marburg 2000
- Tschechne, Wolfgang, Ich hab noch meine Schnauze in Berlin. Das Stachelschweinbuch, Hannover 1967
- Urban, Thomas, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993
- Ders., Der deutsche Vertriebene – Das mißverständene Wesen (Der besondere Vortrag, Bd. 3, Haus des Deutschen Ostens), München 1999
- Ders., Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert, München 2004
- Vertreibung und Vertreibungsverbrechen. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, hg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989
- Vogel, Wieland, Katholische und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik, Mainz 1989
- Vogtmeier, Andreas, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996
- Vom Neubürger zum Mitbürger. Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in Wiesbaden und Hessen. Eine Ausstellung des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden, Wiesbaden 1990
- Wachs, Philipp-Christian, Der Fall Theodor Oberländer (1905-1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt 2000
- Weber, Matthias (Hg.), Deutschlands Osten – Polens Westen. Vergleichende Studien zur geschichtlichen Landeskunde, Frankfurt a. M. 2001
- Węc, Janusz Józef, Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991. Die deutsche Frage aus polnischer Sicht, in: Dieter Bingen/Janusz Józef Węc, Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991. Von der Status-quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel, Krakau 1993
- Webersinn, Gerhard, Otto Ulitz. Ein Leben für Oberschlesien, Augsburg 1974
- Wehmeier, Klaus, Die Geschichte des ZDF, Bd. 1: Entstehung und Entwicklung 1961-1966, Mainz 1979
- Weidenfeld, Werner, Die Identität der Deutschen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 200), Bonn 1983
- Ders., Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation, 2. Aufl. Köln 1989
- Weigelt, Klaus (Hg.), Flucht und Vertreibung in der Nachkriegsliteratur: Formen ostdeutscher Kulturförderung, Melle/St. Augustin 1986
- Weiß, Hermann, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/M. 1985, S. 193-208
- Weizsäcker, Richard von, Die deutsche Geschichte geht weiter, 4. Aufl., München 1989
- Ders., Polnisch-deutsche Verständigung nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. von Volker Dreshen, Tübingen 2001

- Wesel, Uwe, *Der Gang nach Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht in der Geschichte der Bundesrepublik*, München 2004
- Wiesemann, Falk/Kleinert, Uwe, *Flüchtlinge und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der britischen Besatzungszone*, in: Dietmar Petzina/Walter Euchner (Hg.), *Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949*, Düsseldorf 1984, S. 297–326
- Winkler, Heinrich August (Hg.), *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004
- Wippermann, Wolfgang, *Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981
- Wirsching, Johannes, *Ostpreußen. Gestalt und Geschichte*, in: *Berliner Theologische Zeitschrift* 5 (1988), S. 223–236
- Witt-Stahl, Susanne, *„Ja, wir sind die Herren der Welt“. NS-Spuren im Liederbuch der Bundeswehr, Teil I*, in: *Neue Musikzeitung* 50 (2001, Oktoberheft), S. 30
- Wolffsohn, Michael/Brechenmacher, Thomas, *Denkmalsturz? Brandts Kniefall*, München 2005
- Wolfrum, Edgar, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999
- Wolnik, Gordon, *Mittelalter und NS-Propaganda*, Münster 2004
- Wünsch, Thomas (Hg.), *Oberschlesien im späten Mittelalter. Eine Region im Spannungsfeld zwischen Polen, Böhmen-Mähren und dem Reich vom 13. bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts*, Berlin 1993
- Zayas, Alfred M. de, *Nemesis at Potsdam – The Anglo-Americans and the expulsion of the Germans*, London u. Boston/Mass. 1977; dt. unter dem Titel: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*, München 1977
- Ders., *Heimatrecht ist Menschenrecht. Der mühsame Weg zu Anerkennung und Verwirklichung*, München 2001
- Zbigniew, Mazur, *Das deutsche Kulturerbe in den West- und Nordgebieten Polens*, in: *Osteuropa* 47 II (1997), S. 633–649
- ZDF Jahrbuch 1975. Hg. von der Informations- und Presseabteilung/Öffentlichkeitsarbeit des Zweiten Deutschen Fernsehens, Mainz 1976
- Zernack, Klaus, *Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte*, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge Band 1/1992, Heft 1*, S. 157–173
- Zwischen Ostsee und Donau. Ein Sach- und Lesebuch für den Unterricht in der deutschen Ostkunde*, zusammengestellt von Albert Schettler, Hannover-Linden 1968
- Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen. Dokumentation der parlamentarischen Bewältigung des Problems 1960–1979*, hg. vom Deutschen Bundestag, Bonn 1980
- 1978–2003. Partnerschaft Göttingen-Thorn*, hg. vom Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Göttingen 2003 (Bibliothek des Herder-Instituts, Marburg)

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ASD	Axel-Springer-Inland-Dienst
ASTA	Allgemeiner Studierenden Ausschuß
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BdV	Bund der Vertriebenen
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMVt	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
BPA	Bundespresseamt
BR	Bayerischer Rundfunk
BFGV	Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSSR/CSR	Tschechoslowakei
CSU	Christlich-Soziale Union
DJO	Deutsche Jugend des Ostens/ Deutsche Jugend in Europa
ddp	Deutscher Depeschen Dienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DOD	Deutscher Ostdienst
DVA	Deutsche Verlags-Anstalt
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FU	Freie Universität
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GuG	Geschichte und Gesellschaft
HR	Hessischer Rundfunk
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
KMK	Kultusministerkonferenz

KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KvD	Kulturwerk der vertriebenen Deutschen
MdB	Mitglied des deutschen Bundestages
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKR	Ostdeutscher Kulturrat
PR	Public Relations
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SL	Sudetendeutsche Landsmannschaft
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StPO	Strafprozeßordnung
SWR	Südwestrundfunk
TH	Technische Hochschule
UA	Unternehmensarchiv
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WDR	Westdeutscher Rundfunk
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfO	Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung

Personenregister

- Abel, Bernhard 148
 Achenbach, Ernst 74
 Adenauer, Konrad 8, 14–16, 22, 31, 35, 77, 78,
 80, 151, 171, 172, 177
 Ahlers, Conrad 117
 Ahrens, Wilfried 121, 158
 Albrecht, Ernst 134–136
 Alt, Franz 158, 179
 Aschenbrenner, Viktor 93
 Auen, Lodgman von 15
 Augstein, Rudolf 22, 35, 37
- Bahr, Egon 76, 104, S. 147
 Bartoszewki, Władysław 153
 Bärwald, Helmut 172
 Barzel, Rainer 43, 138, 174
 Baum, Gerhart 120, 121
 Bausch, Hans 149
 Bayerl, Alfons 142
 Becher, Walter 53, 61, 67, 68, 102, 127, 142
 Beckers, Rolf O. 24
 Bednarz, Klaus 153
 Beer, Manfred R. 154, 155
 Beer, Mathias 121
 Benda, Ernst 61, 69
 Bergengruen, Werner 24, 162
 Berndt, Günther 131
 Bertold, Eva 159
 Biehler, Ekkehard 183
 Bieneke, Horst 162
 Birnbaum, Immanuel 103
 Bismarck, Klaus von 20, 53
 Bismarck, Otto von 150
 Bismarck, Philipp von 20, 27
 Bobrowski, Johannes 163
 Böhm, Max-Hildebert 11
 Boockmann, Hartmut 165
 Booms, Hans 158
 Brandt, Willy 12, 76, 77, 81, 99, 101, 102, 104,
 108, 109, 112–115, 118, 119, 139, 150, 165,
 171, 172, 183
 Broszat, Martin 22, 23, 166
 Bucerius, Gerd 31, 32
 Bucher, Ewald 59, 60, 62
 Bülow, Arthur 66
 Bureauen, Theo 43
- Carstens, Karl 33, 127
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 14, 31
- Churchill, Winston 26
 Clemens, Helmut 51, 52
 Copernicus, Nicolaus 155
 Coulmas, Peter 47
 Cube, Walter von 45
 Cysarz, Herbert 94
 Czaja, Herbert 20, 36, 67, 105, 106, 113, 123,
 126, 138, 174, 175, 177
- Daniel, Jens (alias Rudolf Augstein) 35
 Dehler, Thomas 74
 Dirks, Walter 21
 Dohnanyi, Klaus von 142
 Dönhoff, Marion Gräfin 32–35, 92, 107,
 157
 Dregger, Alfred 126, 146
 Duckwitz, Georg Ferdinand 147
- Eckert, Georg 125
 Eggert, Oskar 175
 Ehard, Hans 65
 Ehmke, Horst 114, 118
 Eisele, Hans 13
 Engelmann, Bernd 53
 Erhard, Ludwig 35, 74, 78, 79, 102
 Erler, Fritz 103
 Eschenburg, Theodor 15
 Esser, Heinz 166, 167
- Faulenbach, Bernd 7
 Fest, Joachim 52
 Filbinger, Hans 48
 Fischer, Alfons 63
 Fischer, Fritz 22
 Franzen, Günter 7
 Frei, Norbert 8
 Friedeburg, Friedrich von 133
 Fritsche, Heinz Rudolf 149, 151
 Fussenegger, Gertrud 162
- Gabert, Volkmar 138
 Gauger, Jörg-Dieter 135
 Gaulles, Charles de 48, 49, 77
 Gaus, Günter 52
 Gęborski, Czesław 157
 Geiss, Imanuel 103, 131
 Genscher, Hans-Dietrich 113, 114, 132, 144
 Gscheidle, Kurt 33
 Gierek, Edward 139, 148

- Girgensohn, Jürgen 134, 135
 Globke, Hans 14
 Glotz, Peter 182
 Goldmann, Nahum 60
 Gollwitzer, Helmut 107
 Gomułka, Władysław 157
 Goppel, Alfons 137
 Göring, Hermann 15
 Goschler, Constantin 30
 Graf, Ulrich 66
 Grass, Günter 7, 24, 48, 107, 108, 109, 114,
 163, 171, 184
 Grebing, Helga 7, 12
 Grewe, Wilhelm 38
 Gromyko, Andrei 147
 Grosser, Alfred 181
 Grundmann, Konrad 78
 Grzimek, Bernhard 21
 Gut, Eugeniusz 160
 Gütt, Dieter 41, 53
- Haffner, Sebastian 20
 Hahn, Eva 7, 10
 Hahn, Hans-Henning 7, 10
 Halbwachs, Maurice 8
 Harpprecht, Klaus 101
 Hartung, Hugo 162
 Hase, Karl-Günther von 46, 68, 151, 152
 Hassel, Kai-Uwe von 74, 100, 105
 Hauptmann, Gerhart 127
 Hauve, Armin 153
 Heigert, Hans 45
 Heinemann, Gustav 53, 67
 Heino (Heinz Georg Kramm) 154
 Hellmann, Herbert 114
 Henlein, Konrad 93
 Herde, Georg 92, 93, 99, 117, 138
 Herlea, Alexandru 182
 Herles, Helmut 125
 Hermann, Kai 92–95
 Hermanowski, Georg 24, 33
 Herold, Karl 115, 117
 Hertz-Eichenrode, Wilfried 39
 Hess, Werner 46, 148
 Heuß, Alfred 8
 Hillgruber, Andreas 164
 Himmler, Heinrich 182
 Hirsch, Helga 173
 Hitler, Adolf 18, 19, 34, 182
 Höcherl, Hermann 47
 Höfer, Werner 40, 42
 Hoffmann, Egbert 38
 Holzammer, Karl 49, 50, 148
 Horn, Gyula 182
 Hrnccek, Vaclav 180
 Hudak, Adalbert 12
 Hugenberg, Alfred 18
- Hupka, Herbert 8, 76, 103, 105, 124, 126, 149,
 184
- Ihlenfeld, Kurt 162
- Jacobs, Rudolf 51
 Jacobsen, Hans-Adolf 160
 Jäger, Richard 65, 66, 69, 180
 Jahn, Ernst Edgar 24
 Jaksch, Wenzel 17, 20, 26, 29, 36, 46, 52, 76,
 79, 88, 102–104, 124, 152, 178
 Janßen, Karl-Heinz 160, 161
 Jaruzelski, Wojciech 143
 Jaspers, Karl 21
 Jeismann, Michael 182
- Kaufmann, Nicholas 56, 57
 Kessel, Albrecht von 38
 Kettenacker, Lothar 164
 Keudell, Walter von 77
 Kielmansegg, Peter Graf 13
 Kiesinger, Kurt Georg 67, 101, 102, 174
 Koch, Erich 50
 Kogon, Eugen 21
 Kohl, Helmut 115, 174
 Kohut, Oswald Adolph 94
 Kolakowski, Roman 183
 Kommenek, Boleslav 26
 Kopelew, Lew 161
 Koschnick, Hans 139, 143
 Kreibohm, Bernhard 134
 Kroll-Schlüter, Hermann 148
 Kronawitter, Georg 138
 Krüger, Hans 16, 17, 21, 32, 36, 38, 43, 49, 80,
 175
 Kühn, Heinz 138
- Laurien, Hanna-Renate 135
 Leber, Georg 88
 Lehmann, Ernst 92, 94, 131
 Lehdorff, Hans Graf von 24
 Lemberg, Eugen 92, 95, 132, 133
 Lemmer, Ernst 79, 94
 Lemmer, Gerd Ludwig 54
 Lenk, Klaus 52
 Lenz, Siegfried 7, 24, 162
 Leonhard, Wolfgang 32
 Leonhart, Leonore 82, 112
 Leverenz, Bernhard 66
 Liebe, Klaus 51
 Lilje, Hanns 69
 Lloyd, Selwyn 14
 Löwenthal, Gerhard 149
 Lübke, Heinrich 87, 122
 Luchtenberg, Paul 84
 Ludewig, Walther 126
 Lukascheck, Hans 17, 18

- Lutterbeck, Claus 127
- Macmillan, Harold 14
- Maier, Hans 135
- Maihofer, Werner 119, 120, 123, 126
- Mann, Golo 20–22, 28, 31, 52
- Manteuffel-Szoegge, Georg Baron 36, 85
- Martini, Winfried 39
- Matern, Norbert 159
- Mende, Erich 36, 27, 41, 57, 60, 62, 74, 75, 79, 94, 131
- Menzel, Josef Joachim 112, 126
- Meri, Lennart 182
- Merkatz, Hans-Joachim von 15, 83
- Merseburger, Peter 41
- Meyer-Sevenich, Maria 105
- Meyers, Franz 78
- Miegel, Agnes 32, 33, 146
- Mikolajczyk, Stanislaw 27
- Milbrad, Günter 52
- Mischnik, Wolfgang 16
- Moersch, Karl 127
- Morr, Jost von 159, 160
- Moser, Wolfgang 157
- Mühlberger, Josef 162
- Mühlfenzl, Rudolf 159, 161
- Müller, Reinhard 12
- Münch, Richard 19
- Nahm, Peter Paul 83, 84, 113, 114
- Nannen, Henri 32, 35–37, 41
- Nasarski, Peter 83
- Neudeck, Rupert 160
- Neumann, Clemens J. 33, 56, 84, 108, 158
- Neven-du Mont, Jürgen 40–45, 47, 103, 153
- Nevermann, Knut 7
- Nowak, Zenon 51
- Novak, Edmund 166, 167
- Novak, Hugo 94, 95
- Oberländer, Theodor 14–17, 32, 38, 84
- Ollenhauer, Erich 76
- Osten, Walter 103
- Palczynski, Alexander 63, 70
- Paul, Werner 160
- Peters, Hans-Joachim 151
- Pilichowski, Czeslaw 66, 157
- Piontek, Heinz
- Popović, Brako 64
- Pozorny, Reinhard 94
- Prentl, Sepp 152
- Protzner, Wolfgang 96
- Radau, Dieter 127
- Raiser, Ludwig 25
- Rathenau, Walther 16
- Ratza, Odo 129
- Rehs, Reinhold 43, 54, 55, 76, 79, 84, 85, 87, 104–106, 118
- Reinhard, Egbert 144
- Reißmüller, Johann Georg 40
- Reitzner, Almar 142
- Renger, Annemarie 127
- Rexhäuser, Rex 166, 167
- Richter, Hans Werner 56
- Rie, Robert 57
- Riedel, Clemens 127
- Riediger, Ernst
- Rhode, Gotthold 25, 26, 125
- Rosen, Hans Freiherr von 62
- Rothfels, Hans 18
- Rubin, Hans Wolfgang 37
- Rückerl, Adalbert 66
- Rudolph, Karlheinz 148
- Rühle, Jürgen 51
- Ruhnau, Heinz 107, 108
- Rutschke, Wolfgang 113
- Schäfer, Hermann 169
- Schaper, Edzart 24
- Scheel, Walter 37, 122, 150
- Scheler, Max 36
- Schellhaus, Erich 34, 80
- Scheurig, Bodo 45
- Schieder, Theodor 13, 22–24, 47, 118, 158, 165, 167
- Schier-Gribowsky, Peter 48
- Schlögel, Karl 136, 183
- Schlöndorff, Volker 163
- Schmidt, Helmut 102, 113, 123, 124, 126, 173
- Schmude, Jürgen 120
- Schneider, Heinrich 63
- Schoeler, Andreas von 126
- Schollwer, Wolfgang 73, 74
- Scholz, Günther 63
- Scholz, Hans 18
- Schröder, Gerhard 14, 44
- Schubert, Eberhard 161
- Schuchardt, Helga 33
- Schulz, Peter 66
- Schumacher, Kurt 21, 29
- Schütz, Klaus 114
- Schütz, Wilhelm Wolfgang 43
- Schwartz, Michael 183
- Schwarzkopf, Dietrich 158
- Seebohm, Berthold 15
- Seebohm, Hans-Christoph 14–16, 18, 29, 52, 78, 79, 87, 88
- Seiboth, Frank 176
- Siedler, Wolf Jobst 38
- Siekmeier, Mathias 74
- Slotta, Günter 106

- Spranger, Carl-Dieter 124
 Springer, Axel Căsar 37, 39, 54, 155
 Stanek, Hans 16
 Starke, Heinz 74
 Stauffenberg, Franz Ludwig Graf 121
 Steffen, Joachim 104
 Stehle, Hansjacob 39, 40, 45–47, 102, 153
 Steinbach, Erika 182
 Stern, Carola 120
 Stickler, Matthias 104
 Stingl, Josef 61, 80
 Stoltenberg, Gerhard 122
 Stölzl, Christoph 183
 Strauß, Franz Josef 61, 78, 87, 105, 137, 138,
 175
 Strecker, Reinhard 131
 Stribrny, Wolfgang 126
 Stücklen, Richard 88, 89
 Studnitz, Hans-Georg von 38
 Sulzberger, Cyrus L. 68
 Surminski, Arno 162

 Taube, Otto von 162
 Tern, Jürgen 44
 Ther, Philipp 26
 Tielsch, Ilse 162
 Thierse, Wolfgang 182
 Thum, Georg 178
 Toynbee, Arnold 18
 Troeltsch, Ernst 25

 Ulitz, Otto 16, 17, 60

 Vacek, Egon 36
 Victor, Herbert 56, 57
 Vogel, Hans-Joachim 138
 Völker, Eberhard 126
 Vries, Axel de 17

 Wallenreiter, Christian 53
 Walser, Martin 41
 Wehner, Herbert 67, 75, 76, 79, 102, 104, 105,
 107, 171
 Weizsäcker, Carl Friedrich von 20
 Wende, Manfred 106
 Wenger, Paul Wilhelm 21, 22, 48
 Wester, Reinhard 27
 Wetzel, Günter 114
 Wiechert, Ernst 162
 Wilczek, Gerhard 138
 Windelen, Heinrich 53, 85, 119–121
 Winiewicz, Josef 147
 Wisbar, Frank 55
 Wischnewski, Jürgen 107, 124
 Wittmann, Fritz 142
 Wuermeling, Henric L. 159
 Wyszynski, Stefan 33, 40

 Zayas, Alfred M. de 119, 158, 164
 Zernack, Klaus 165
 Zillich, Heinrich 42
 Zimmermann, Friedrich 166
 Zinn, Georg August 93
 Zintl, Ernst 93
 Zischka, Rudolf 53, 54

Oldenburg

Michael Schwartz

Vertriebene und »Umsiedlerpolitik« Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961

»Was der Historiker Michael Schwartz in seinem umfangreichen Werk zur Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR, zur Eingliederung von Flüchtlingen, Heimatvertriebenen und Zwangsausgesiedelten in Staat und Gesellschaft analysiert und theoretisch durchdringt, setzt neue Maßstäbe in der Vertriebenenforschung – zumal er vergleichend auch die Vertriebenenpolitik in der alten Bundesrepublik einbezieht.«

»Michael Schwartz hat ein Buch geschrieben, dessen Kenntnis für kommende Untersuchungen unerlässlich ist und das sowohl hinsichtlich des wissenschaftlichen Anspruchsniveaus als auch zu inhaltlichen Fragen der zukünftigen Vertriebenenforschung wichtige Impulse geben wird.«

[...] dass Schwartz ein Standardwerk vorgelegt hat, an dem sich die Forschung künftig orientieren muss.«

»Diese vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebene voluminöse Habilitationsschrift füllt eine Wissenslücke, fehlte es doch bislang an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Integration der von der sozialistischen Sprachpolitik euphemisch bezeichneten ›Umsiedler‹ in der SBZ/DDR.«

»Das Buch ist eine Arbeit, die für die künftige Forschung hohe Maßstäbe setzt.«

2004.
XIV, 1247 S.
Ln., € 128,00
ISBN 3-486-56845-0
Quellen und
Darstellungen zur
Zeitgeschichte, Band 61
Veröffentlichungen zur
SBZ/DDR-Forschung im
Institut für Zeitgeschichte

Karl Wilhelm Fricke in:
Frankfurter Allgemeine
Zeitung vom 07.06.2005

Manfred Wille in:
Historische Zeitschrift
280, 3/2005

Günter Holzweißig in:
Das Parlament,
21.03.2005

Theo Mechtenberg in:
Deutschland Archiv,
2/2005

Arnd Bauerkämper in:
sehenspunkte, 5(2005), Nr.1

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer

Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz und
Horst Möller

Jürgen Zarusky (Hrsg.)

Stalin und die Deutschen

Neue Beiträge der Forschung

2006. 276 S., Br., € 44,80

ISBN 3-486-57893-6

Damian van Melis und Henrik Bispinck (Hrsg.)

»Republikflucht«

Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR
1945 bis 1961.

2006. 276 S., Br., € 44,80

ISBN 3-486-57995-9

Dierk Hoffmann und Michael Schwartz (Hrsg.)

Sozialstaatlichkeit in der DDR

Sozialpolitische Entwicklungen im
Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft
1945/49–1989

2005. VI, 197 S., Br., € 39,80

ISBN 3-486-57804-9

Horst Möller und Maurice Vaisse (Hrsg.)

Willy Brandt und Frankreich

2005. X, 287 S., Br., € 49,80

ISBN 3-486-57649-6

Dimitrij N. Filippovych und Matthias Uhl (Hrsg.)

Vor dem Abgrund

Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie
ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise

2005. XIV, 265 S., Br., € 44,80

ISBN 3-486-57604-6

Antoine Fleury, Horst Möller und

Hans-Peter Schwarz (Hrsg.)

Die Schweiz und Deutschland 1945–1961

2004. XIV, 312 S., Br., € 49,80

ISBN 3-486-64508-0

Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und
Hermann Wentker (Hrsg.)

Vor dem Mauerbau

Politik und Gesellschaft in der DDR der
fünfziger Jahre

2003. 366 S., Br., € 54,80

ISBN 3-486-64507-2

Dierk Hoffmann und Hermann Wentker (Hrsg.)

Das letzte Jahr der SBZ

Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten
im Prozeß der Gründung der DDR

2000. 296 S., Br., € 49,80

ISBN 3-486-64506-4

Dierk Hoffmann, Marita Krauss und Michael
Schwartz (Hrsg.)

Vertriebene in Deutschland

Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungs-
perspektiven

2000. 475 S., Br., € 79,80

ISBN 3-486-64505-6

Dierk Hoffmann und Michael Schwartz (Hrsg.)

Geglückte Integration?

Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertrie-
benen-Eingliederung in der SBZ/DDR

1999. 398 S., Br., € 54,80

ISBN 3-486-64503-X

Hartmut Mehringer, Michael Schwartz und
Hermann Wentker (Hrsg.)

Erobert oder befreit?

Deutschland im internationalen Kräftefeld und
die Sowjetische Besatzungszone (1945/46)

1999. VI, 383 S., Br., € 54,80

ISBN 3-486-64504-8

Karl Otmar Freiherr von Aretin, Jacques Bariety
und Horst Möller (Hrsg.)

Das deutsche Problem in der neueren Geschichte

1997. VII, 169 S., Br., € 29,80

ISBN 3-486-64501-3

Horst Möller und Andreas Wirsching (Hrsg.)

Nationalsozialismus in der Region

Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung
und zum internationalen Vergleich

1996. 350 S., Br., € 39,80

ISBN 3-486-64500-5



Oldenbourg